STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19140618

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 139. Donnerstag, den 18. Juni 1914. 28. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags). in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderlaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213 a, Hchpt. Wilhelmsburg bei Adolf Bendt, Schulstr. 22 a. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Hierzu zwei Beilagen.

Preußischer „Volksvertretungs“-Segen.

So, nun sind die „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ von beiden Häusern des preußischen Landtages heimgekehrt oder in die Sommerfrische geeilt. Die „erlauchten“ sind die ganz hohen Herren fürstlichen Geblütes; die „edlen“ sind die Junker, die behaupten, sie seien, wie die Hohenzollern „auch von Gottesgnaden“ und früher in der Mark gewesen, als diese; die „geehrten“ sind die gewöhnlichen „Volksvertreter“-bürgerlichen Bluts, natürlich nur diejenigen, die zu den staatserhaltenden Parteien zählen, nicht auch die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause. Denn wer, dem es um Aufrechterhaltung der Reaktionsherrschaft zu tun ist, würde die „roten Gesellen“ würdig erachten, mitgemeint zu sein, wenn man von den „geehrten Herren“ die Rede ist!

Dem preußischen Parlament, das in seiner Eigenart als monströses Doppelwesen, Abgeordnetenhaus mit dem Dreiklassenwahlsystem und Herrenhaus mit dem System erblicher Vertretung-Berechtigung, der Berufung „aus besonderem allerhöchsten Vertrauen“ und der Standes-, Familien- und Körperschaftsvertretungs-Privilegien, einen schmählichen Hohn auf den Begriff Volksvertretung darstellt, kann sich diesmal einer besonderen Bevorzugung gegenüber dem Reichstage erfreuen. Die Session des Reichsparlaments ist geschlossen worden, obwohl damit eine ganze Reihe höchst wichtiger Gesetzesvorlagen, die zum großen Teil die vorbereitenden Kommissionen bereits wieder an das Plenum gebracht hatten, in den Orkus versanken. Hier wäre die Vertagung bis zum Herbst durchaus geboten gewesen, um bereits geleistete Arbeit nicht wertlos zu machen. Aber die Reichstagsmehrheit war nicht hübsch artig und folgsam gewesen gegen die Regierung, sie hatte sich an deren „Unannehmbar“ nicht gekehrt. Und zur „Strafe“ dafür, nicht aus sachlichen und rechtlichen Gründen, wurde dem Reichstage, diesem „Greuel-Geschöpf“ in den Augen der echt preußischen Leute, die Vertagung versagt, und zwar auf nachdrückliches Betreiben des preußischen Elements, der maßgebenden Faktoren.

Aber dieses Element hat seinem Parlament die Vertagung gewährt, damit unerledigte Gesetzentwürfe nicht unter den Tisch fallen und die Kommissionen weiter arbeiten können. Es kommt dabei wohl insbesondere die Rücksichtnahme auf das Fideikommißgesetz, das den Junkerinteressen dient, ein Privilegiengesetz schlimmster Art ist, in Betracht.

Der fünfmonatige Tagungsabschnitt hat nichts, aber auch rein gar nichts gebracht, was das Volk zu befriedigen vermochte, seinen Interessen entspricht. Was will es besagen, daß ein Ausgrabungsgesetz, die Ausdehnung des Moorschutzes, eine geringe Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter, die Besoldungsnovelle zustandegekommen sind? Wenn auch alles das nicht überflüssig, wenn es auch nützlich ist, so hat es doch so gut wie gar keine Bedeutung für die Entwicklung und Gesundung des Staatswesens, für den Fortschritt in Freiheit und Recht, für die Volkswohlfahrt.

In diesen Richtungen haben die Häuser der „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ nicht nur nichts geleistet, nein, die dort herrschenden reaktionären Parteien haben im Bunde mit der Regierung des öfteren demonstrativ ihren Entschluß kundgegeben, es zu freiheitlichen Reformen nicht kommen zu lassen, alles in allem die Herrschaft der Reaktionäre zu stärken und weiter auszugestalten.

Unter keinen Umständen soll eine Reform des preußischen Wahlrechts erfolgen. Das schamlos ungerechte und frivole Dreiklassenwahlsystem soll bestehen bleiben. Es ist ja, um mit dem konservativen Abgeordneten v. Heydebrand und der Lasa zu sprechen, „ein sicherer Damm gegen die umstürzlerischen Massen der im Deutschen Reiche durch das allgemeine Wahlrecht entfesselten Gewalt des vierten Standes“. Nicht einmal eine „Reform“ solch kläglicher Art, wie sie im Jahre 1910 die Regierung erfolglos vorgeschlagen hatte, soll erfolgen. Die ganze Dreiklassenwahl-Ungerechtigkeit soll unangetastet bleiben zur Schmach Preußens und des ganzen Reichs.

Man erinnere sich der schamlos-frechen und brutalen Angriffe, die in den Debatten über das Verhältnis Preußens zum Reich und bei andern Gelegenheiten aus dem Munde junkerlicher Kreaturen gegen das Reichstagswahlrecht, den Reichstag selbst, den Parlamentarismus gerichtet worden sind, ohne daß die Regierungsherren sich gemüßigt gefunden hätten, solche Gewissenlosigkeiten und Nichtswürdigkeiten „staatserhaltenden“ parteipolitischen Geistes gebührend zurückzuweisen. Dem Reichstagspräsidenten überließen sie es, gegenüber dem politischen Notzuchtsversuch der Junker die Würde des Reichstags zu wahren.

Und dann die Hetze der „erlauchten und edlen Herren“, ihre Scharfmacherinfamie, gerichtet gegen die Sozialdemokratie und die freie gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, gegen das Koalitions- und Vereinigungsrecht der Arbeiter unter dem elenden Vorwande der „Notwendigkeit des Arbeitswilligenschutzes“, der „Bekämpfung des sozialdemokratischen Terrorismus“ sowie die erbärmlichen Versuche, die Justiz zu beeinflussen, gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wegen des Sitzenbleibens beim Kaiserhoch „entschieden vorzugehen“.

Bei allen Vorstößen gegen die Reichsverfassung, gegen bestehendes und vom Volke gefordertes und erstrebtes Recht, gegen Sozialdemokratie und Arbeiterklasse hatten die „Edelsten der Nation“ immer die Regierung auf ihrer Seite, teils ganz offen, teils hinter Verelgenheitsausreden versteckt. Denn sie sind die Herren im Staate, und leider erstreckt sich ihre unheilvolle Herrschaft, die mit den reaktionären preußischen Regierungsgewalten identisch ist, auch auf das Deutsche Reich. Sie sind mächtiger als die unter ihrem Einfluß wechselnden Minister der Krone, ja, wie sich das so oft schon gezeigt hat, mächtiger als die Krone selbst, mächtiger als ihr König „von Gottes Gnaden“, dessen Diktum: „Es ist mein Wille“ sie — wie beim Wahlrecht — immer nur dann respektieren, wenn es ihrer nicht genug zu verdammenden, gewissenlosen Volksunterdrückungs- und Ausbeutungspolitik entspricht. Sonst pfeifen sie auf den feierlich verkündeten „Willen“ des „allerhöchsten Herrn“. Er mag der Herr „von Gottes Gnaden“ sein, der für sein Tun und Lassen „nur dem Himmel Rechenschaft schuldet“ und „sonst keinem verantwortlich ist“; die „Edelsten der Nation“ sind bemüht, unausgesetzt auf ihn einzuwirken, indem sie ihm begreiflich zu machen versuchen, daß er, um sie sich als „festeste Stützen des Thrones“ zu erhalten, also im Interesse der Dynastie, unbedingt ihren Willen tun müßte.

Sie sagen: „Keine Wahlrechtsänderung“ — und der Minister des Innern bekennt sich namens der Regierung zu derselben Parole. Sie zetern: „Unterdrückung des sozialdemokratischen Terrorismus“ — und der Minister verspricht ihnen, daß er diese Leistung staatserhaltender Politik vollbringen werde. Das Fideikommißgesetz des Landwirtschaftsministers genügt ihnen nicht, sie verballhornisieren es — und der Minister fügt sich ihnen nach schwächlichem Widerstreben. Und wenn Herr v. Bethmann-Hollweg, der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident, nun nicht bald einsieht, daß er „viel zu wenig preußisch“, „viel zu liberal“, ja geradezu „demokratisch“ ist — wenn er sich nicht unbedingt zu den Forderungen bekennt, die sie als die „wichtigsten der Gegenwart“ bezeichnen — dann werden sie diesem philosophischen Staatsmanne ihre entscheidende Macht fühlen lassen, ihm die Wege weisen.

Schließlich haben die „erlauchten und edlen“ Herrenhäusler noch eine Musterleistung zugunsten der „bewährten preußischen Beamtendisziplin“ vollbracht und dabei dem Abgeordnetenhause eine schlechte Zensur erteilt. Die Mehrheit dieses Hauses hatte, ausnahmsweise rein vernünftiger Eingebung folgend, es abgelehnt, daß der skandalöse Disziplinararrest gegen die Krankenkassenbeamten angewandt werde. Aber die junkerliche Mehrheit des Herrenhauses empörte sich gegen diese Verletzung der Traditionen der „guten alten Zeit“. Sie verwarf den Beschluß des Abgeordnetenhauses; sie wollen auch die Krankenkassenbeamten der entwürdigenden „Disziplinierung“ durch Arreststrafe unterwerfen; über jeden dieser Beamten soll beständig das Damoklesschwert dieser Strafe hängen. So muß denn das Abgeordnetenhaus sich nochmals mit dieser „Frage“ befassen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich dann in ihm eine Mehrheit findet, die der Herrenhäusler-Sippe zu Kreuze kriecht.

Ueber das „Heldenstück“, das sich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unmittelbar vor der Vertagung leistete, indem sie den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des gegen den Abgeordneten Liebknecht vor dem Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Leipzig eingeleiteten Disziplinarverfahrens für die Dauer der Session ablehnte. Sie hat damit gebrochen mit einer alten, bisher stets beobachteten parlamentarischen Gepflogenheit, und zwar nicht etwa aus rechtlichen und sachlichen, sondern aus persönlichen Gründen, die sich gegen den Abgeordneten Liebknecht richten; sie hat ihn unter dem Vorgeben, daß man „das Wirken der Justiz nicht sistieren und der Gerechtigkeit nicht in den Arm fallen“ dürfe — eine Erwägung, die bisher noch niemals für die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität geltend gemacht worden ist — den Ehrenrichtern überliefert. Ein „Heldenstück“, durchaus würdig der „politischen Moral“ der Mehrheit des Dreiklassenparlaments.

Nun mögen die „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ in den langen Ferien sich stärken und vorbereiten zu neuen Leistungen, die dem Volke beweisen, daß das bestehende preußische Parlament fallen muß, wenn es zu einer wirklichen Volksvertretung kommen soll.

Der Hansabund und die Angestellten.

Zur Tagung des Hansabundes in Köln, worüber wir bereits berichtet haben, wird uns aus Angestelltenkreisen geschrieben:

Der Hansabund hat schon seine Rolle ausgespielt. Herr Rießer ist am Ende seiner Weisheit und seiner Kraft. Als er im Jahre 1909 auszog, um dem deutschen Volke zu einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik zu verhelfen, stand an der Spitze aller Reden der Satz von der „unüberbrückbaren Kluft“ zwischen der konservativen Agrardemagogie und dem freiheitlichen Geist der liberalen Weltanschauung. Heute, nach fünfjährigem Bestehen, hat dieser Gegensatz plötzlich seine Unversöhnlichkeit verloren, und Herr Rießer unterbreitet der erstaunt aufhorchenden Mitwelt als neues Programm eine Paritätspolitik, die auf jeden Kampf und jede Auseinandersetzung verzichtet und nur noch von einem billigen Ausgleich der widerstreitenden Interessen handelt. Das Staatsministerium soll „paritätisch“ aus Mitgliedern der beiden konservativen Parteien, des Zentrums und der beiden liberalen Gruppen zusammengesetzt werden, und mit dieser Regierung will Herr Rießer dann — die Sozialdemokratie bekämpfen! Die Idee ist so dumm und so nationalliberal, daß selbst gemäßigt liberale Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, sich sofort dagegen gewandt und die absolute Zwecklosigkeit solchen Planes betont haben.

Man kann sich in der Tat kaum einen größeren Widerspruch denken als den, der sich zwischen diesem Grabgesang und Rießers ersten Reden offenbart. Im letzten Grunde allerdings entspricht seine jetzige Haltung vollkommen jenen „Kreuzzeitungs-Briefen“, mit denen er im Dezember 1910 seine erste große Verbeugung vor den Konservativen vollzog. Damals versicherte er, daß er von der Notwendigkeit einer Bekämpfung der Sozialdemokratie durchdrungen sei, und, um jede Mißdeutung auszuschließen, fügte er ausdrücklich hinzu, daß der Kampf gegen die agrarische Herrschaft nur neben jenem ersten und wichtigeren geführt werden solle. Diesem Programm ist Herr Rießer treu geblieben; er hat es sogar weiter entwickelt, indem er jetzt nicht nur gegen die böse Sozialdemokratie zu Felde zieht, sondern auch den unbotmäßigen Privatangestellten den Krieg erklärt!

Nach der Art unserer großindustriellen Scharfmacher ist er zu der Meinung gelangt, daß die Zukunft des deutschen Volkes in Frage gestellt wird, wenn die radikalen Angestelltenverbände über die „gemäßigten“, das heißt über die alten kraftlosen Harmonieverbände den Sieg davontragen. Nur die Vereine, die für die nationalliberale Sozialpolitik Verständnis haben und jede ernsthafte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ablehnen, sollen ferner des Hansabundes Wohlwollen genießen; von den radikalen Verbänden jedoch, die in dem Unternehmer einen Feind erblicken und ihre Forderungen eventuell mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verfechten, will man weit abrücken.

Diese mit besonderer Betonung vorgetragenen Erklärungen haben zunächst das Eigentümliche, beinahe wörtlich mit den Aufforderungen übereinzustimmen, die die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in dieser Hinsicht bereits im Herst 1909 an die Leitung des Hansabundes gerichtet hat. Der Vorgang beweist also nur, daß der Hansabund sich vollständig im Schlepptau der schlimmsten Scharfmacher befindet. Es ist dasselbe Spiel, wie seinerzeit mit dem Koalitionsrecht. Auch dieses wollte der Hansabund anfänglich durchaus nicht in das Feld seiner Tätigkeit einbeziehen; denn es lag ja auf der Hand, daß jede Entscheidung in dieser Frage ihn mit zahlreichen Volksschichten in Gegensatz bringen mußte, auf die er, wenn er den Kampf gegen das agrarkonservative Regiment ernsthaft führen wollte, unbedingt angewiesen war. Aber diese gefährliche Klippe in der Hansabundpolitik ist von seinen Gegnern auf der Arbeitgeberseite schnell erkannt und von ihnen freudig als bestgeeignete Angriffsfläche benutzt worden. Wochen- und monatelang erklang in den Organen der Schwerindustrie die Frage, welche Stellung denn der Hansabund zur Frage des Arbeitswilligenschutzes einzunehmen gedenke, und dessen Führer waren durchaus nicht die Männer, die sich stark genug fühlten, um solchem Treiben gegenüber kaltblütig mit den Achseln zu zucken und zu erklären: Das geht uns gar nichts an! Im Gegenteil, diese fortgesetzten Anfragen sind ihnen der willkommene Anlaß gewesen, um sich einmal offen zu ihren eigenen unsozialen Neigungen zu bekennen und jene berühmte Denkschrift über die Schmälerung des Koalitionsrechtes und den verstärkten „Arbeitswilligenschutz“ ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung herauszugeben, durch die sich der Hansabund für alle Zeiten als Scharfmacherorganisation par excellence bekannt hat.

Diese Stellungnahme hat ebenso wie seine zweifelhafte Haltung in andern sozialpolitischen Fragen nicht bloß bei den Arbeitern, sondern auch bei allen selbstbewußten Privatbeamten große Entrüstung hervorgerufen und namentlich die letzteren veranlaßt, ihre Gegnerschaft gegen den Hansabund offen anzumelden und ihre Mitglieder vor jeder Unterstützung dieses verfehlten Gebildes zu warnen. Der Bannfluch, mit dem Herr Rießer die radikalen Angestelltenverbände nun in seiner Kölner Rede bedacht hat, war deshalb im Grunde ein sehr harmloses Privatvergnügen, das an den bereits vollzogenen Tatsachen nichts mehr zu ändern vermag. Er ahmt damit nur die Geste jener Leute nach, die allemal, henn sie etwas verloren haben, nachträglich noch ein eigenes Verdienst daraus machen wollen. Aber Herr Rießer braucht diese Gesten, um seine Zuhörer zu unterhalten und um seinen Geldgebern irgendetwas zu sagen, was ihnen angenehm in den Ohren klingt.

Herr Rießer ist eben am Ende seines Lateins angekommen. Der große Gedanke einer Sammlung aller erwerbstätigen Personen in Handel, Gewerbe und Industrie zur Ueberwindung und Beseitigung der agrarischen Mißwirtschaft ist kläglich gescheitert. Gescheitert an der intransigenten Politik der Schlot- und Grubenbarone, denen weniger an niedrigen Zöllen als an niedrigen Löhnen gelegen ist. Trotz des Ausscheidens des Herrn Landrat a. D. Rötger und seiner Freunde ist der Hansabund heute nichts anderes mehr als eine Filiale des Zentralverbandes Deutscher Industrieller oder, wenn man will, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Politische Uebersicht.

Der „Schutz der Staatsautorität“.

Der am letzten Sonntag gefaßte Beschluß der sozialdemokratischen Vereine Berlins, für die Erkämpfung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Preußen eventuell auch einen Massenstreik ins Auge zu fassen und für den Zweck einen Kampffonds zu gründen, hat die reaktionären Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts ganz aus dem Häuschen gebracht. Sofort wetterte in der „Post“ der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz dagegen los mit dem lieblichen Bemühen, schon die Erwägung eines politischen Massenstreiks zum Hochverrat zu stempeln. Er schreibt:

„Von selbst wirft sich die Frage auf, ob nach dem geltenden Rechte die Vorbereitung der Revolution und die Sammlung eines Revolutionsfonds ungestraft öffentlich beschlossen werden darf, und wenn diese Frage nach Lage unserer Strafgesetzgebung aus dem Grunde zu bejahen wäre, weil man zur Zeit ihrer Verabschiedung die neueste Form der Revolution, des Massen- oder Generalausstandes noch nicht kannte, so reiht sich daran ohne weiteres die Frage, ob es nicht notwendig und dringlich ist, unsere Strafgesetze alsbald durch Bestimmungen zu ergänzen, welche die Aufforderung zum politischen Massenausstand oder zu einer Vorbereitung unter die Strafe des Hochverrats stellen.“

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexö.
Einzige autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Kiy.

[44]

Aber in der Nacht wurde Karl durch heftiges Stechen in der einen Seite geweckt. Er mußte mehrere Stunden lang schief im Bett liegen, dann verschwand der Schmerz plötzlich und tauchte kurz darauf in der einen Schulter unterm Schlüsselbein wieder auf. Die ganze Nacht lag er, auf jede Bewegung und Empfindung in seinem Körper lauschend und spähend, und am nächsten Tage ging er zum Arzt und erklärte ihm umständlich alle Krankheitsanzeichen.

Der Arzt erkannte auf eine leichtere Pleuritis und meinte, sie werde sich im Laufe von einer oder zwei Wochen wieder geben. Der Patient solle aufbleiben und wie bisher ins Freie gehen, aber die Abendluft vermeiden und seine Temperatur im Auge behalten.

Karl war erbittert darüber, daß der Arzt die Sache nicht ernster nahm, und beschloß, nicht mehr zu ihm zu gehen. Bei all seiner Kränklichkeit litt er zum ersten Male an einer bestimmt lokalisierten Krankheit, und diese nahm seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Empfindungen kamen und gingen, sie wechselten beständig den Ort, bewegten sich vom Lungenjack zur Lungenspitze oder von der einen Lunge zur andern; bald spürte er einen Stich, der schneidend weht tat, wenn er atmete, bald bloß ein Zerspringen einer ganzen Reihe von kleinen Bläschen, während er Luft einatmete.

Er merkte, daß die Stimmung viel zu sagen hatte. Es gab Zeiten, wo ihm gar nichts fehlte; aber dann genügte ein wenig Niedergeschlagenheit bei dem Gedanken, daß es gewiß wiederkommen werde, das Ganze hervorzurufen. Und dann kam die Angst, bewirkte eine Stauung im Blutumlauf und verschlimmerte den Zustand noch mehr. Und es stellte sich etwas Neues ein, ein hartnäckiges, verzweifeltes Dagegenkämpfen, hier und da abgelöst durch entsprechende Selbstaufgabe, die äußerst qualvoll war. Er konnte sich nicht mehr in seinen Zustand der Schlaffheit versenken und fühlte, daß im Ernstfall der Todeskampf wieder aufflammen und schlimmer als je werden würde, jetzt, wo er am Leben Geschmack gefunden hatte.

Sein ganzer scheuer Drang nach Einsamkeit tauchte wieder in ihm auf. Er wich Else aus und verkroch sich wie ein kranker Hund. Und die beiden Frauen begannen wieder, gequält auf seine Tritte zu lauschen, geflüsterte, bedrückte Gespräche zu führen, wie es ihm wohl heute gehen möge. Bloß der Umstand, daß er sie in seiner Nähe duldete, wurde wieder ein Lichtpunkt in ihrem Dasein.

Eines Abends, als er früh zu Bett gegangen war und sie sich beeilt hatten, mit der Arbeit fertig zu werden, um ihm Gesellschaft zu leisten, jagte er sie aus seinem Zimmer und bat sie, sich um sich selber zu kümmern. Hart erzählte er ihnen, daß er ihr weinerliches Mitleid nicht aushalten könne und am nächsten Tage abreisen wolle. Er hörte Else den größten Teil der Nacht weinen, blieb aber fest: war es doch eine nützliche Operation, das Kranke aus ihrem Dasein wegzuschneiden. Darum wollte er abreisen, sich in einem entlegenen Landesteil in irgendein Krankenhaus begeben und dort sterben.

Als Else ihm am Morgen seinen Tee bringen wollte, war die Tür verschlossen, und auf ihr Bitten, zu öffnen, gab er keine Antwort. Am Vormittag hörten sie ihn die Treppe hinabkommen und auf dem Korridor kramen, und kurz darauf ging er draußen den Weg entlang, gebeugt und mit schweren Schritten.

„O Mutter, Mutter,“ rief Else schluchzend.

„Na na, das geht schon wieder vorüber. Er ist ja nicht zum ersten Male so.“

„Aber so arg war es noch nie — er will mich ja gar nicht kennen.“

„Der dumme Mann sollte sich schämen! Solange er Dir gefallen kann, braucht er sich wohl keine Skrupel zu machen. Aber die Krankheit ist's, davon ist er so verstört; Du sollst sehen, es wird schon wieder gut mit ihm werden. Vielleicht haben wir uns auch zu sehr um ihn gehabt.“

„Es kommt bloß daher, weil er so viel an mich denkt.“

„Ja, das ist eine schöne Art, an die zu denken, wenn man sich aufführt, als ob man sie nicht leiden mag. Na ja, jedem sein Pläsier.“ Die Mutter sagte das geschwind und lärmend, sie konnte diese Kopfhängerei, mit der es jeden Tag schlimmer wurde, nicht leiden.

Eine Zeitlang arbeiteten sie schweigend; aber dann hörte Else plötzlich mit einem verzweifelten Ruck auf: „Nein, ich halt es nicht aus, Mutter! Du weißt nicht, wie entsetzlich es ist.“ Schluchzend legte sie sich über den Tisch.

„Aber so nimm doch Deine Sachen und geh ihm entgegen,“ sagte die Mutter mit raschem Entschluß. „Gewöhnlich hilft das ja bei ihm, wenn er sieht, wie Du ihm nachläufst. Lieber das, als hier für nichts und wieder nichts heulen.“

Else gehorchte zögernd. Aber die Mutter sah recht gut, wie sie sich beeilte, als sie erst aus dem Pförtchen hinaus war.

Mit ziemlich hartem Ruck begann Dortea Hansen wieder mit der Arbeit. Es war ihr schon recht, auch Elses Arbeit verrichten zu sollen. Mit Elses Fleiß war es sowieso nicht weit her in der letzten Zeit, da sie ihre Gedanken nicht recht beisammen hatte und sie Karl außerdem mit Beschlag belegte für Spaziergänge. Es war sicher richtig so, und dem Mädchen tat es gewiß not, sich ein wenig zu amüsieren, während sie jung war. Aber dies hier schien ja in bloße Kläglichkeit auszulaufen, und das war schade für sie.

Frau Hansen begriff ihn nicht; denn nun hatte sie ihn so einigermaßen gesund gefüttert und seinen Magen in Ordnung gebracht; und er war im Begriff, diese Krankheit, die überall und doch nirgends saß, zu vergessen — und da ging er auf einmal hin und wurde wirklich krank! Aber wenigstens brauchte er Else — und bald hätte sie gesagt: auch sie selbst — mit seiner schwarzen Laune nicht anzustecken. Herrgott, er trug doch auch nicht den Jammer der ganzen Welt auf seinen Schultern, und jedenfalls wurde es nicht besser, mochten sie alle drei den Kopf noch so sehr hängen lassen.

Sie gönnte Else und auch ihm all das Glück, das sich auf Gottes grüner Erde auftreiben ließ. Die beiden liebten einander nun einmal, und es konnte vielleicht gutes und böses daraus werden — aber darüber wußte man nichts. Und so, wie es war, war es nun einmal! Man mußte versuchen, das Beste daraus zu machen, und sie fand, Karl tat das nicht — und auch Else nicht, wenn sie ihm so nachrannte, um ihn wieder zu besänftigen.

Else schritt schnell aus. Der Wind fegte über den gefrorenen Weg und peitschte ihr den scharfen Kies ins Gesicht; ihre Seele blutete beim Gedanken an Karl.

Daß er sich so ihre Liebe zum Vorwurf machen konnte, gerade wenn er sie am allernötigsten brauchte, verstand sie nicht — sie fühlte sich ja beglückt durch ihn, wie er auch war. Aber daß er Angst hatte, das verstand sie; wie entsetzlich hatte es ihr Herz bedrückt und gequält, wenn sie die Gedanken aus seinen Augen ablas.

Und außerdem mußte er ja gar nicht sterben; das waren bloß Gedanken, auf die er kam, weil er ein Mann und trotzdem nicht stark war. Sie würde ihn an sich pressen, bis er warm und kräftig würde; denn Gesundheit steckte an, das hatten sie ja schon gesehen. Und wenn er trotzdem schwächlich blieb, so konnten sie doch glücklich werden. Sie würde ihm eine starke, gute Schwester sein und ihn tragen, wenn es nötig war; gerade das machte sie so stolz, alles für ihn zu tun und ihn zu behüten. Und es lag etwas so Rührend-Liebes darin, sich ihn recht hilflos zu denken — wenn es denn nicht anders sein konnte.

Aber wenn er recht hatte in dem entsetzlichen Punkt, so konnte auch das sie nicht trennen. Selbst wenn sie es nicht gewollt hätte, mußte ihr Leben mit dem seinen verrinnen, so verschmolzen war sie mit ihm.

Sie konnte den Weg ein langes Stück mit den Augen verfolgen, aber Karl war nicht zu sehen. Dann hatte er sich gewiß hinter einem Strauch oder einer Hecke versteckt und tauchte nachher plötzlich auf! Wenn er nur wollte . . . der Stoß ins Herz war so herrlich, wenn sie ihn plötzlich gewahr wurde.

Aber er tauchte nicht auf, und jetzt waren auf der ganzen Strecke bis zur Wassermühle keine Hecken mehr — so weit konnte er nicht gehen. Sie blieb stehen und blickte mit dem Ausdruck stummer Klage um sich, dann ging sie etwas weiter und bog in den Weg ein, der übers Feld nach dem kleinen Eichengebüsch führte.

Der Pfad erstreckte sich in einen tiefen Graben hinab, der mit gefrorenem Schnee gefüllt war, und von da über einen hohen Deich und ins Gehölz hinein; der Stamm einer alten Eiche lag horizontal über dem Eingang, so daß man sich tief bücken oder darüberwegklettern mußte. Drinnen gab es nackte, knorrige Eichen und offene Rodungen, wo keine Tannen und Buchen wuchsen.

Karl saß zusammengekauert hinter einem großen Stapel Brennholz; als er Else erblickte, stand er auf und lief davon. Aber sie verfolgte ihn, die allerzärtlichsten Namen rufend, die sie wußte, und endlich warf er sich ächzend auf einen Fleck von steifgefrorenem Waldgras hin. „Geh' Deiner Wege!“ zischte er und starrte feindselig auf ihr gesundes, rotwangiges Gesicht.

Doch sie schritt auf ihn zu und ließ sich neben ihm auf den Boden fallen. „Ich muß doch da sein, wo Du bist,“ sagte sie und lächelte ihm unsicher zu. Und plötzlich schlang sie die Arme heftig um ihn: „Ich bin ja Dein, nicht wahr?“

Mit schmerzlichem Zucken machte er sich frei.

„Ach, Du Lieber, hat es weh getan?“ Aengstlich starrte sie ihn an.

Er öffnete den Mund an der einen Seite — boshaft, schloß ihn aber wieder.

„Tut es da drinnen sehr weh?“ fragte sie und ließ ihre Hand über seinen Rücken gleiten.

„Ach, verschon' mich doch mit Deinem Mitleid,“ sagte er hart.

„Liebst Du mich denn gar nicht?“ fragte sie leise.

„Nein — ich hasse Dich.“

Mit vorwurfsvollem Lächeln sah sie ihn an:

„Aber, mein lieber Junge, wie kannst Du das übers Herz bringen?“

„Ja, ich hasse alles Gesunde! Gern söge ich Dir das Blut und auch das Leben aus, wenn das mir selber helfen könnte — mehr mach' ich mir nicht aus Dir.“

„Aber es gehört ja Dir — alles,“ sagte sie mit glänzendem Blick. „Nimm es doch! Auch wenn es Dir nichts nützen kann, sollst Du es nehmen — um zu sehen, wie lieb ich Dich habe. Denn ich bin Dein — nur Dein!“ Große Tränen traten ihr in die Augen.

„Was soll ich mit Deinem Leben?“ fragte er höhnisch. „Du kannst es mir nicht einmal geben, sondern es höchstens für Dich zerstören. Niemand kann dem andern etwas geben,“ fuhr er, sie übertönend, fort, als er sah, daß sie den Mund öffnete. „Man kann nur nehmen, und nur, wenn man der Stärkere ist. Der Starke beraubt den Schwachen — stets. Du beraubst mich — ohne es zu wollen,“ fügte er milder hinzu, „Du bringst mich dazu, daß ich leide, mich schäme und mir gemein vorkomme, weil ich

Diese hübschen Erwägungen haben die freikonservative Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses zu einer „Tat" begeistert. Sie hat unter Führung von Dr. Arendt, trotz der unmittelbar bevorstehenden Vertagung des Abgeordnetenhauses, noch folgenden Antrag eingebracht:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, gegenüber den Beschlüssen der sozialdemokratischen Verbandsgeneralversammlung zu Berlin vom 14. Juni 1914, welche auf Erzwingung des gleichen Wahlrechts für Preußen durch Vorbereitung des Massenstreiks und Sammlung eines Kampffonds gerichtet sind, alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln zu treffen."

Welcher Art die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität sein sollen, erfahren wir von den Antragstellern vorläufig nicht; wir werden uns bis zum November, da das Dreiklassenhaus wieder zusammentritt, gedulden müssen. Wir tun es mit Gemütsruhe. Der Staat wird ja auch bis dahin durch Erörterungen über die Möglichkeit des Massenstreiks so wenig aus den Fugen gehen, als die bisherigen Erörterungen das haben bewerkstelligen können. Auch die Sammlungen für den Kampffonds werden das Resultat nicht haben können. Die Besorgnis um die Aufrechterhaltung der Staatsautorität richtet sich denn auch auf den Ausbruch eines Massenstreiks; den werden aber, welcher Art die geplanten Maßnahmen immer sein mögen, auch diese nicht verhindern können, wenn die Massen von der erbitterten Stimmung erfaßt werden, von der Empörung über das Unrecht, die sie alles an dessen Beseitigung setzen läßt. Im Gegenteil, die reaktionären Maßnahmen würden zur unausbleiblichen Folge haben, daß Empörung und Erbitterung wachsen.

Wenn die freikonservativen Herren im Dreiklassenhause aber auf eine Aenderung der Strafgesetze abzielen, was nach der obigen Auslassung des Herrn v. Zedlitz zu vermuten ist, so sind sie an die unrechte Schmiede gegangen. Die Strafgesetzgebung im Reich untersteht ja glücklicherweise nicht dem Dreiklassenhause, sondern dem Reichstag. In diesem haben die freikonservativen Herren freilich wenig zu sagen und wenig Aussicht, mit ihren reaktionären Wünschen viel Anklang zu finden. Deshalb haben sie ihre Aktion in das preußische Junkerparlament verlegt. Dort wird man zwar die Strafgesetze nicht ändern können, aber die Reaktionäre schaffen sich doch eine schöne Gelegenheit, sich einmal wieder ordentlich austoben zu können. Das ist offenbar der Hauptzweck der Uebung. Daneben soll natürlich die Regierung zu reaktionären Taten scharf gemacht werden.

Die „Wahlparlamente"

sind den „edlen und erlauchten Herren", die das preußische Herrenhaus zieren, gar sehr ein Stein des Anstoßes. Nach ihrer Meinung wäre es offenbar viel besser, wenn es weder einen Reichstag noch ein preußisches Abgeordnetenhaus gebe, denn auch letzteres bleibt trotz des Dreiklassenwahlgesetzes ein Haus, auf dessen Zusammensetzung auch Leute Einfluß haben, die weder Fürst, noch Graf, noch Baron oder Oberbürgermeister sind. Und alles, was „unter" diesen und noch einigen andern mit Erbweisheit begabten Kategorien weithin im Lande herumwimmelt, ist für die „edlen und erlauchten Herren" eine unangenehme Zugabe, denn sie halten sich für die allein Berufenen, um der Gesetzgebung ihren Stempel aufzudrücken.

Das hat in der letzten Sitzung des Herrenhauses am Dienstag einer der „Edlen", ein Herr v. Buch, mit der diesen Kreisen eigenen Un—befangenheit verkündet. Es handelte sich um die Schlußberatung über die Besoldungsgesetznovelle. Der Finanzminister Dr. Lentze hatte erklärt, daß die Initiative bei der Erhöhung der Beamtengehälter die Regierung sich vorbehalten müsse. Das könne sie sich vom Parlament nicht nehmen lassen. Diese in der Verfassung nirgends begründete Auffassung glaubte der Herr v. Buch noch besonders bekräftigen zu müssen, indem er ausführte:

„Es steht aber nicht im Einklang mit der Verfassung, wenn in den Wahlparlamenten dauernd auf eine Erhöhung der Gehälter der einzelnen Gruppen hingedrängt wird. Ohne Wahl und ohne Qual werden dort die Gehaltserhöhungen gefordert, lediglich auf Grund der eingegangenen Petitionen. Und die Parteien laufen Wette, um sich bei den einzelnen Beamten lieb Kind zu machen und ihre Stimmen bei den Wahlen sich zu sichern. Das muß einmal offen gesagt werden. Es haben sich in den einzelnen Parlamenten schon besondere Schutzheilige für einzelne Beamtenkategorien herausgebildet. Um so mehr danken wir dem Finanzminister dafür, daß er ganz stramm erklärt hat: entweder nehmt ihr unsere Vorlage an oder die Beamten müssen verzichten. Ich wünschte, dieser Standpunkt wäre auch im Reiche gewahrt worden. Aber dort hat man wieder mit der Kompromisselei angefangen. Da fängt man an und weiß selten, wo es aufhört. Deshalb erwarten wir dringend, daß die Regierung sich nicht auf den Standpunkt stellt, daß unter allen Umständen dem Reiche alles nachgemacht werden muß. Wir haben doch einen selbständigen Staat. Und dann die Beamten! Sie haben ein ganz verschiedenes Gesicht vor der Anstellung und nachher. Vorher drängen sie sich dazu, und wenn man nachher ihre Petitionen liest, dann glaubt man, daß es die unglücklichsten Menschen der Welt wären. Dann fragt man sich, warum diese Leute überhaupt Staatsbeamte geworden sind. Das Herrenhaus muß betonen: Diese Beamten sind königliche Staatsbeamte, sie unterstehen der Autorität des Staates und ihrer Vorgesetzten und nicht der der Parlamente."

Diese „forsche" Rede fand bei den übrigen „erlauchten" Herren lebhaften Beifall. Aber sie wird dadurch nicht richtiger. Die „königlichen" Beamten werden bekanntlich von den Steuerzahlern bezahlt und schon darum haben deren gewählte Vertreter auch über die Art und Höhe der Entlohnung ein Wort mitzureden. Den geborenen und berufenen Gesetzgebern aber scheint das Gewähltsein schon an und für sich ein Makel zu sein. Man kann an dem Erguß des Herrn v. Buch erkennen, wes Geistes die feudalen Herren sind, die über Preußens Geschicke mitbestimmen.

Der vierte deutsche Städtetag.

Am zweiten und letzten Verhandlungstage wurde nach einem Vortrage über den Werkbundgedanken über die Verbindung von städtischem und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen beraten. Es sprachen hierzu Regierungsrat Dr. Leoni-Straßburg und Oberbürgermeister Körte-Königsberg. Die Redner begründeten ausführlich folgende Leitsätze:

„Eine Verbindung von Städten und Privatkapital der wirtschaftlichen Unternehmungen wird für die deutschen Stadtverwaltungen bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb Schwierigkeiten entgegenstehen. Auf jeden Fall erscheint es wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten. Die nähere Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Städten und Privatkapital hängt von der Lage des Einzelfalles ab. Der deutsche Städtetag spricht sich aber dagegen aus, daß auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung bestimmte Rechtsformen oder -normen für die Verbindung von Gemeinden und Privatkapital geschaffen werden."

Die Redner schilderten die gewaltige Bedeutung des Großkapitals vor allem in der elektrischen Industrie, die Notwendigkeit der Städte, vielfach mit ihm zusammen zu arbeiten und die großen wirtschaftlichen Vorteile, die sich dabei notwendig herausstellen. — Allgemeines Aufsehen erregte es, daß Dr. Leoni eine vom Ingenieur der A. E. W.-Werke, v. Ludwig, ausgearbeitete Broschüre der Elektrizitätswerke vorlegen ließ, in der angeblich einwandfrei bewiesen werde, wieviel leistungsfähiger und billiger die private Elektrizitätserzeugung sei.

In der sehr ausgedehnten Debatte platzten die Meinungen ziemlich heftig aufeinander. Neben zahlreichen Befürwortern der Leitsätze betonte Oberbürgermeister Cunow-Hagen, daß diese für ihn völlig unannehmbar seien. Die kommunale Selbstverwaltung, von der man immer so viel rede, werde völlig preisgegeben. Der Einfluß der großen Unternehmungen sei bedauerlicherweise bis in diese Versammlung hineingedrungen. — Genosse Heimann-Berlin führte unter gewisser Aufmerksamkeit aus: Die Gegner der rein kommunalen Betriebe müssen erst beweisen, daß die 27 Städte mit eigenem Elektrizitätswerk schlechter arbeiten als die Privatbetriebe. Die städtischen Betriebe sind nicht nur in der Höhe ihres Kapitals, sondern auch in der sozialen Gestaltung ihrer Tarife den Privatwerken ebenbürtig oder überlegen. Es stimmt auch bedenklich, daß die gemischtwirtschaftliche Unternehmung immer nur für solche Betriebe propagiert wird, die große Gewinne versprechen. Das andere bleibt den Gemeinden überlassen. (Heiterkeit und Beifall.) Trotz aller vorsichtigen Verträge wird doch immer die Gemeinde praktisch durch den Privatkapitalisten übervorteilt werden. Denn diese behalten doch weiter die praktische Leitung. Nur die städtische Regie bewahrt vor der Umklammerung durch den Elektrizitätstrust; nur sie sichert der Gemeinde den Einfluß, den der Besitz so großer Werke auf zahlreichen Gebieten gewährt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gemeinden, wenn sie sich in gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen einlassen, auf ihr Selbstverwaltungsrecht verzichten, zugunsten der Aktionäre privatkapitalistischer Gesellschaften. (Lebhafter Beifall.)

Nach weiterer Aussprache wurden die Leitsätze mit einigen Abänderungen gegen eine beträchtliche Minderheit angenommen; unter dieser Minderheit befanden sich auch die etwa 25 sozialdemokratischen Vertreter. — Große Bedeutung haben die Leitsätze nicht, da sich ja jede Stadt nach ihren besonderen Verhältnissen und vor allem nach dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß, der sie beherrscht, richten wird. — Damit waren die Verhandlungen des deutschen Städtetages beendet.

Zur gesetzlichen Regelung des Irrenrechts.

Trotz vielfacher und sicherlich guten Teils berechtigter Klagen über das heutige Irrenrecht und seine Handhabung scheint aus einer reichsgesetzlichen Regelung des Irrenwesens sobald nichts werden zu sollen. Wie Berliner Blätter berichten, ist über die Frage bei den Bundesregierungen eine Umfrage gehalten worden, die ergeben hat, daß eine große Anzahl das Bedürfnis dazu verneint hat. Unter diesen befindet sich auch die preußische Regierung. Infolgedessen wird die Frage, ob eine reichsgesetzliche Regelung des Irrenwesens in Betracht kommen kann, nicht weiter verfolgt. Dagegen sind die zuständigen Ressorts in Preußen wegen Ausarbeitung eines Irrengesetzes in Verbindung getreten, und gegenwärtig schweben Erwägungen darüber, ob zum Schutz des Individuums gegen widerrechtliche Einbringung und Festhaltung in einer Irrenanstalt weitere gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind.

Die Vorarbeiten sind bereits vor einiger Zeit in Angriff genommen worden, und ärztliche Autoritäten sowie Provinzialbehörden haben ihr Gutachten zur Materie abgegebn. Durch das Oberverwaltungsgericht ist im übrigen Klarheit darüber geschaffen worden, daß die rechtliche Verpflichtung zur Tragung der Kosten der gesamten öffentlichen Fürsorge für das Irrenwesen, also auch für die Unterbringung von gemeingefährlichen Geisteskranken, nach der bestehenden Gesetzgebung den Provinzen obliegt, nicht aber dem Staat. Es ist demnach nicht zu erwarten, daß besondere Staatsanstalten geschaffen werden zur Internierung der Irren, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit unterzubringen sind. Irre dieser Art müssen nach wie vor den Provinzialanstalten überlassen bleiben. Ein gesetzgeberisches Vorgehen nach dieser Richtung hin ist schon deshalb nicht geplant, weil Bedenken gegen die Trennung der Irrenpflege auf diesem Gebiete bestehen. Die Grenze zwischen den erwähnten Irren und den übrigen Geisteskranken würde sehr schwer zu finden sein, und durch die Zweiteilung des Irrenwesens würden jedenfalls den Steuerzahlern erheblich höhere Kosten erwachsen. Es ist auch geltend gemacht worden, daß es eine Härte für die Irren bedeute, wenn sie staatlichen Anstalten überwiesen würden, weil naturgemäß, da dies nur in beschränktem Umfange der Fall sein könnte, die Einrichtung zur Heilung solcher Leute in den staatlichen Anstalten nicht in der Vollkommenheit getroffen werden könnten, wie das bei den Provinzen jetzt schon der Fall ist. Eine andere Frage sei es, ob die allerdings erheblichen und sich steigernden Kosten nicht etwa eine bessere Dotierung der Provinzen gerechtfertigt erscheinen lassen.

Danach ist zu erwarten, daß bei der ganzen Regelung nicht viel von Belang herauskommen wird.

Die Abwehr der Dänen Nordschleswigs.

Trotz aller Anfechtung seitens der Deutschtümler Nordschleswigs setzen die Dänen den Kampf für die Erhaltung ihrer Kultur dort mit großer Zähigkeit fort. Ihre Hauptwaffen sind drei große Vereine: der Wahlverein, der Sprachenverein und der Schulverein. Die alljährliche Generalversammlung dieser Vereine, die am Sonntag in Hadersleben stattfand, ist für die dänische Bevölkerung Nordschleswigs zu einem nationalen Festtage geworden, der durch die Massenbeteiligung den Charakter einer imponierenden Demonstration gewinnt, die in agitatorischer Beziehung von großer Bedeutung ist.

Der Sprachenverein besteht nun 33 Jahre. Seine Tätigkeit besteht in der Verbreitung dänischer Literatur durch Einrichtung und Unterhaltung von Volksbibliotheken, die jedem Dänen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Der Verein hat im vergangenen Jahre einen Zuwachs von 548 Mitgliedern gehabt und zählt gegenwärtig 6359 Mitglieder. Von der großen Zentralbibliothek des Vereins werden nicht weniger als 170 kleine Bibliotheken unterhalten.

Der Schulverein sieht seine Aufgabe darin, durch Unterstützungen verschiedener Art jungen dänischen Nordschleswigern den Besuch reichsdänischer Volkshochschulen und ähnlicher Bildungsinstitute zu ermöglichen. Für die Wirksamkeit dieses Vereins sollte die preußische Regierung dankbar sein, hilft er doch viele Nordschleswiger über die Mängel hinweg, die ihnen beim Verlassen der preußischen Volksschule noch anhaften. Der Schulverein zählt gegenwärtig 11 831 Mitglieder und hat im Berichtsjahre 465 jungen Nordschleswigern auf dänische Volkshochschulen verholfen. — Der Wahlverein regelt die politischen Angelegenheiten der Dänen. Er hat im Berichtsjahre einen Mitgliederzuwachs von 919 gehabt, so daß der gegenwärtige Stand 8219 beträgt, davon 7038 Männer und 1196 Frauen. Die dänische Verteidigung ist verstärkt worden durch die Gründung der sogenannten „Volkswehr", die zur Aufgabe hat, den nordschleswigschen Grund und Boden in dänischem Besitz zu erhalten.

Nach den Generalversammlungen hielt der Reichstagsabgeordnete H. P. Hansen einen Vortrag über die Zustände in Nordschleswig. Er unterzog die preußische Desperado-Politik einer scharfen, aber berechtigten Kritik und kennzeichnete die Kampfesweise der chauvinistischen Gegner.

In der den Schluß der Tagung bildenden Volksversammlung fiel natürlich so manches bittere, aber berechtigte Wort gegen die preußische Gewaltpolitik. Alles in allem hat die Tagung gezeigt, daß die preußische Regierung mit ihrer Nordmarkenpolitik das Gegenteil von dem gewollten Zweck erreicht.

Die badische Regierung und die Sozialdemokratie.

Die badische Zweite Kammer lehnte am Dienstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen die direkte Wahl für die Kreis- und Bezirksverwaltungen ab. In der Debatte beschuldigte Genosse Frank den Minister Bodman, die Sozialdemokratie beleidigt zu haben durch den Vorwurf, ihr fehle der im Verwaltungsgesetz vorgesehene Gemeinsinn; der Minister verletze aber die Verfassung durch die Aechtung der politischen Gesinnungsfreiheit. Der Minister antwortete, die Sozialdemokratie sei für die staatliche Verwaltung untauglich wegen ihrer Geringschätzung der Monarchie und wegen ihrer revolutionären Politik; sie wolle ja auch den Massenstreik.

Der badische Minister, wie auch andere Gegner der Sozialdemokratie verwechseln, um ihr reaktionäres Treiben zu rechtfertigen, Ursache und Wirkung. Sie selbst verweigern der Sozialdemokratie das gleiche Recht, fordern aber, daß die Sozialdemokratie sich auch noch dieser Politik des Unrechts ohne Gegenwehr unterwerfe. Die Sozialdemokratie muß aber die Kampfmittel zur Erringung des gleichen Rechts wählen, wie sie ihr wirksam erscheinen; sie hat sich auch dabei immer im Rahmen des Gesetzes bewegt.

Das Zentrum und die Sozialdemokratie in Baden.

Der badische Zentrumsführer, Geistlicher Rat Wacker, findet in der „Kreuzzeitung" einen begeisterten Lobredner, der ihm das Zeugnis ausstellt, daß Wacker einer der fähigsten und bedeutendsten politischen Führer sei, dem nur hin und wieder die Einsicht in die Entwicklung der Parteiverhältnisse gefehlt habe. In diesem Leitartikel, den das preußische Junkerblatt dem badischen Zentrumsführer widmet, werden auch Erinnerungen wachgerufen, die freilich dem Zentrum nicht sehr angenehm sein dürften:

„Eine demokratische Partei gab es in Baden nicht. Einige versprengte Achtundvierziger mit Rudimenten großdeutscher Gesinnung führten ein Leben im Verborgenen. Nur die „jüdischen Mitbürger" fühlten das Bedürfnis nach demokratischer Betätigung. Diese Ansätze wußte Wacker zu hegen, und wo sich ein freisinniger Konventikel mit jüdischer Führung auftat, leistete Wacker Beihilfe und führte die Zentrumsstimmen restlos den Freisinnigen zu. So kamen allgemach an Stelle von Nationalliberalen 4 bis 6 Demokraten in die Zweite Kammer. Es war ein Kunstgewächs, gezüchtet mit Wackerscher Treibhauswärme.

Auch den Sozialdemokraten ließ Wacker seine Hilfe angedeihen; wo es einen Nationalliberalen zu stürzen galt, wurde auch ein Sozialdemokrat mit Zentrumshilfe gewählt. Wacker wurde namentlich von konservativer Seite auf das prinzipiell Unrichtige dieser Taktik aufmerksam gemacht und ihm vorgehalten, daß es sich stets als politisch unrichtig und als sittlich falsch erwiesen habe, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Wacker aber bestand auf seinem Schein."

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß früher das Zentrum in Baden bei Reichstags- und Landtagswahlen sehr oft zugunsten der Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben hat; ja, es gab eine Zeit, in der das Uebereinkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bestand, mit aller Kraft gegen die einer Wahlreform abgeneigten Nationalliberalen vorzugehen und zu diesem Zwecke, wenn nötig, sich gegenseitig zu unterstützen. Es gibt auch Dokumente, in denen das Zentrum sich auf diese Taktik festgelegt hat. Freilich, heute wird dem Zentrum gerade die Erinnerung an jene Zeit doppelt unangenehm sein, und so stolz Wacker sonst auf den „Kreuzzeitungs"-Artikel sein könnte, für den Liebesdienst, diese alten Erinnerungen ausgekramt zu haben, wird er seinem Lobredner kaum danken.

Die elsaß-lothringischen Rekruten.

Aus Straßburg wird der „Voss. Ztg." telegraphiert: Die Verfügung, wonach die dienstpflichtigen Elsässer nur in Garnisonen außerhalb Elsaß-Lothringens dienen sollen, hat hier eine starke Mißstimmung hervorgerufen. In der Presse des Landes kommt fast einstimmig die Meinung zum Ausdruck, daß diese Reform eine Strafe für Zabern sein soll. Die demokratische „Bürgerzeitung" findet, daß diese Rückkehr in die Zeit vor 1903 außerordentlich bedauerlich sei, denn sie werde neue Verstimmungen in Elsaß-Lothringen wecken. Der klerikale „Elsässer" schreibt: „Für die Sünden eines Offiziers muß der Heeresersatz eines ganzen Landes bestraft werden. Weil der neue Erlaß den Charakter einer Strafmaßregel trägt, verurteilen wir ihn mit aller Entschiedenheit. Die Maßnahme ist eine Verordnungsblüte, die auf dem Boden des Vorurteils, der Ungerechtigkeit und der Engherzigkeit gewachsen ist, den Widerspruch und den Haß erweckt. Wir sehen die Politik der eisernen Faust am Werke."

Die Schweigepflicht der Journalisten.

Der in Kopenhagen tagende Internationale Pressekongreß beschäftigte sich auch mit der Frage der Schweigepflicht der Journalisten und nahm mit allen gegen drei Stimmen eine Resolution an, nach der die Presseorganisationen der verschiedenen Länder durch das internationale Bureau von neuem aufgefordert werden sollen, Eingaben an ihre Regierungen und Parlamente zu richten wegen Einführung von gesetzlichen Bestimmungen, durch die die Journalisten das Recht erhalten sollen, ihre Quellen geheim zu halten.

Aus der Schweiz.

r. Endlich ist die Beratung des Fabrikgesetzes zu Ende gekommen. Nach dem wiederholten Hin- und Herschieben der Vorlage zwischen Nationalrat und Ständerat ist durch gegenseitiges Nachgeben eine Einigung erzielt worden. Die letzten Differenzen zwischen den beiden Parlamenten betrafen die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren in Glasfabriken und das Verbot der Verabreichung von alkoholischen Getränken in den Fabriken während der Arbeitszeit. Der Nationalrat hatte beide Bestimmungen abgelehnt, während der Ständerat daran festhielt. Bezüglich der ersten Differenz einigte man sich nun dahin, daß die Nachtarbeit von jugendlichen Arbeitern nur während einer gewissen Uebergangszeit vom Ständerat gestattet werden kann. Und im Alkoholartikel wurde die Beschränkung auf Arbeiter unter 18 Jahren gestrichen, um nicht erst recht durch das Verbot bei den jungen Leuten das Verlangen nach den verbotenen Früchten zu wecken. Die Regelung dieser Frage ist also die, daß die Unternehmer durch Aufnahme einer bezüglichen Bestimmung in die Fabrikordnung die Abgabe von alkoholischen Getränken an die Arbeiter durch die Fabrikkantine während der Arbeitszeit, also außer den Mahlzeiten, verbieten können.

Die Vorlage beschäftigt nun noch die Redaktionskommission, so daß sie also in dieser Session der Bundesversammlung definitiv parlamentarisch verabschiedet wird. Da im Mai 1910 der Bundesrat die Vorlage der Bundesversammlung zugehen ließ, hat ihre Erledigung mehr als vier Jahre in Anspruch genommen. Ihr Urheber, Bundesrat Deucher, ist inzwischen gestorben und der fortschrittlich gesinnte Mann hat in dem Advokaten und Geldsackpolitiker Schultheß einen sehr unähnlichen Nachfolger gefunden, der die ursprüngliche Vorlage arg verpfuscht und das Gesetz zu einer wahren Karikatur derselben gemacht hat. Für rückständige Betriebe bildet sie freilich immer noch einen Fortschritt und darin allein liegt auch ein Vorteil für die gesamte Arbeiterschaft, deren fortgeschrittenster Teil keinerlei direkten Nutzen davon hat.

Dabei ist das revidierte Gesetz, wenn es jetzt parlamentarisch verabschiedet wird, noch keineswegs unter Dach. Es wird nun eine Frist von drei Monaten gegeben, um eventuell das Referendum dagegen anzurufen, das heißt, 30 000 Unterschriften zu sammeln, um es zur Volksabstimmung und Verwerfung zu bringen. Ob dieser Schritt gemacht wird, bleibt abzuwarten. Kommt es zur Volksabstimmung, so wird es sehr wahrscheinlich von den verbündeten Reaktionären und Arbeiterfeinden verworfen und dann bleibt noch lange Jahre das bestehende alte Fabrikgesetz von 1877 in Kraft. Wird das Referendum indessen nicht angerufen, so dürfte das neue revidierte Fabrikgesetz mit dem 1. Januar 1915 in Kraft gesetzt werden. Die Arbeiterschaft wird ihrerseits das Referendum nicht ergreifen und, wenn es von anderer Seite kommt, nicht unterstützen, so wenig seine Neuerungen sie zu befriedigen vermögen. Es blieben ihr ja noch immer ihre Gewerkschaften, mittels denen sie bisher Arbeitszeitverkürzungen und andere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erreichte und mit denen sie auch fernerhin die notwendigen Fortschritte und Erfolge erringen wird.

Im Nationalrat hat unsere Fraktion eine Erklärung abgegeben, in der sie die grundsätzliche Ablehnung aller militärischen Forderungen bekannt gab, solange nicht auch die Mittel zur Deckung dieser Ausgaben beschafft werden, und zwar nicht durch ungleich stärkere Belastung der unteren Volksschichten als der oberen, sondern umgekehrt etwa nach dem Vorbild des Wehrbeitrages in Deutschland. In der Sache selbst handelte es sich um die Erwerbung des Waffenplatzes Bière (Kanton Waadt) um 485 000 Frank für den Bund. In der sozialdemokratischen Erklärung wird auch auf das uferlose Anwachsen der Militärausgaben hingewiesen. Im Jahre 1900 betrugen sie 27 Millionen Frank, 1910 42 Millionen, 1912 45 und 1913 45,8 Millionen Frank. Unsere Fraktion wünschte auch die Mitteilung der für die nächste Zukunft geplanten neuen militärischen Projekte, was aber der Vertreter des Bundesrates ablehnte. Die Vorlage über die Erwerbung des genannten Waffenplatzes wurde sodann mit 88 gegen 13 Stimmen angenommen.

In der Schweiz gibt es bekanntlich kein Heer pensionierter Beamten und Offiziere, wie etwa in Deutschland. Nur die Kantone kennen Ruhegehalte für Lehrer und Pfarrer und für die Bundeseisenbahner besteht eine Pensions- und Hilfskasse, die sie aber mit ihren Beiträgen in der Hauptsache selbst erhalten müssen. Ein eidgenössisches Pensionsgesetz ist vor Jahren in der Volksabstimmung verworfen worden. Immerhin leistet der Bund 2 bis 2½ Millionen Frank Jahresbeitrag an Hilfskassenfonds und Lebensversicherung von Beamten, die außerdem so lange wie möglich in Diensten gehalten werden. Dieser Zustand ist natürlich auch kein idealer, wennschon das Volk dabei von der schweren Millionenlast vieler Pensionäre befreit ist. Jetzt ist im Nationalrat im Hinblick auf die Zollbeamten neuerdings die Schaffung eines Pensionsgesetzes angeregt, vom Vertreter des Bundesrats aber wegen der „gegenwärtigen Finanzlage" mit der Ermahnung zur Geduld beantwortet worden. Immerhin gestattet die „gegenwärtige Finanzlage" jederzeit neue Militärausgaben zu den bisherigen hohen alten hinzu.

Und wer das Lied nicht weiter kann ....

Jr. Paris, 16. Juni. Die Vorstellung des Ministeriums Viviani unterschied sich wesentlich von der Sitzung am vergangenen Freitag. Sie glich aber desto mehr den Vorstellungen der diversen Ministerien Briand, Poincaré, Barthou usw. Dasselbe Schaukelspiel, dieselben Beteuerungen des „wahren republikanischen Herzens", dieselben „nationalen Notwendigkeiten", derselbe „Appell an die republikanische Mehrheit". Und es war auch dieselbe Mehrheit, deren rechter Flügel mit Begeisterung und Freude, mit Schadenfreude klatschte, und deren linker Flügel stimmte, aber nur mühsam seine Verstimmung unterdrückte. Dieselbe Mehrheit, die bis hinüber zum Zentrum geht und von der links abgeschnitten sind die Sozialisten und eine Handvoll unentwegter Radikaler.

Schon der äußere Eindruck der Sitzung ließ erkennen, daß es vorbei ist mit dem Elan der geschlossenen Linken, vorbei mit der geordneten Schlacht zwischen zwei großen Heerlagern. Der Zudrang zu den Tribünen war nicht halb so stark als am Freitag, und auch die Abgeordneten ließen sich gemütlich Zeit. Viele kamen erst nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung, als interessiere es sie wenig, was die neue Regierung dem neuen Parlament zu sagen hätte.

Die Verlesung verlief freilich nicht weniger stürmisch als am Freitag. Aber während die Zwischenrufe am Freitag sowohl von den Bänken der Radikalen wie der Sozialisten kamen, waren es diesmal die Sozialisten allein, die Herrn Viviani mit meist ironischen Zwischenrufen bedachten. „Das hat Ribot auch gesagt!" „Es war nicht der Mühe wert, die Regierung zu wechseln!" So und ähnlich kam es von den sozialistischen Bänken.

Die Regierungserklärung unterschied sich in der Tat von der des Herrn Ribot nur durch ihre Zweideutigkeit in der Militärfrage und durch ihre etwas demokratischere Färbung. Hervorzuheben ist der Passus über die auswärtige Beziehung. Bekanntlich hat der russische Kriegsminister in einem Petersburger Blatt dieser Tage erklären lassen, daß Frankreich durch seine Allianz mit Rußland verpflichtet sei, die dreijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten. Herr Viviani, nachdem er vor der „Allianz" und der englischen „Entente" die obligate Verbeugung gemacht hatte und die „guten Beziehungen zu den andern Regierungen" erwähnt hatte, fügte hinzu: „Aber Frankreich zieht seine Kraft nicht nur aus dieser Allianz, aus dieser Entente, aus diesen guten Beziehungen. Es zieht seine Kraft aus sich selbst." Das ist eine zwar diplomatische, aber nichtsdestoweniger deutliche Antwort auf die russische Unverschämtheit.

Bezüglich der Sozialgesetzgebung kündigte die Erklärung die Notwendigkeit an, die Altersversicherung zu vervollständigen durch die Versicherung gegen die Invalidität und die Arbeitslosigkeit.

In der Militärfrage enthielt die ministerielle Erklärung wörtlich, was wir darüber bereits berichteten. Die Frage der Verkürzung der Dienstzeit wurde offen gelassen.

Die Diskussion brachte wenig Klarheit über die wirklichen Absichten der Regierung. Genosse Jaurès wies in einer ausgezeichneten Rede darauf hin, daß alle die schönen Reformen, die das Programm der Regierung enthält, sich an dem Widerstand des Senats und der Reaktion brechen müssen, wenn die Regierung nicht getragen werde von dem entschlossenen und geschlossenen Willen der gesamten Linken. Die zweideutige Haltung der Regierung in der Militärreform, die die Situation beherrsche, lasse eine solche Mehrheit nicht zu. Jaurès wies unter den wütenden Zwischenrufen der „Dreijahristen" nach, daß während der Monate Januar—April nahezu 120 000 Mann in den Kasernen gefehlt haben, sei es durch Krankheit oder infolge oft unverlangter Beurlaubungen. Es gäbe ein einfaches Mittel, das System der bewaffneten Nation vorzubereiten und zu organisieren: das regierende Rekrutierungssystem. Die jetzige Formel des Herrn Viviani sei zwar nicht dieselbe, wie die erste. Aber es kann nicht angenommen werden, daß Herr Viviani in drei Tagen seine Meinung geändert habe. Wie aber denken seine Mitarbeiter, wie die radikale Partei? Und Jaurès stellte dem Regierungsprogramm das Programm des radikalen Parteikongresses gegenüber, das von dem Minister des Innern, Malvy, unterzeichnet ist.

In seiner Erwiderung erklärte Herr Viviani, daß er sich bestimmter ausdrücken wolle. Aber nur in einem Punkte waren seine mündlichen Erklärungen unzweideutig. „Wenn ich im Jahre 1915 die Verantwortung der Regierung haben werde, werde ich die Jahresklasse von 1913 nicht entlassen." Mit andern Worten, die dreijährige Dienstzeit wird effektiv durchgeführt werden und die angekündigten Reformen werden daran in den nächsten Jahren nichts ändern.

Das genierte die Radikalen offenbar sehr. Herr Franklin-Bouillon, der in deren Namen sprach, meinte, daß man sich auf Worte nicht so versteifen dürfe. Die Vergangenheit der Minister sei eine Bürgschaft für die Zukunft. Unter diesen Bedingungen und mit diesen Bedingungen wurde mit 362 gegen 139 Stimmen und etwa 100 Enthaltungen eine vage Vertrauensresolution angenommen.

Die Mehrheit der Linken ist zerbrochen, zerbrochen durch die Schuld der radikalen Minister. Das alte Intrigenspiel der Cliquen dauert fort!

Aus der französischen Partei.

Jr. Paris, 15. Juni. Bei den am 7. und 14. Juni vorgenommenen Ersatzwahlen zum Pariser Gemeinderat und den Wahlen der Kantonsräte der Vorortgemeinden des Seinedepartements hat die sozialistische Partei ausgezeichnet abgeschnitten. In Paris hat sie ihre zwei zur Ersatzwahl stehenden Mandate mit erheblichem Stimmenzuwachs behauptet. Bei den Kantonswahlen konnte die Partei nicht nur einen ganz bedeutenden Stimmenzuwachs, sondern auch einen Gewinn von fünf Mandaten verzeichnen. Paris, das während der letzten 15 Jahre für die Partei ziemlich stationär geblieben ist, scheint jetzt endlich, seiner revolutionären Vergangenheit getreu, zu einer Hochburg des Sozialismus zu werden.

Ein außerordentlicher Parteitag wird am 14., 15. und 16. Juli in Paris stattfinden. Ihm wird am 12. Juli eine große Manifestation vorangehen zur Feier des Sieges bei den letzten Parlamentswahlen und am 13. Juli eine Sitzung des Nationalrats. Der Nationalrat wird sich mit der Regelung interner Verwaltungsangelegenheiten beschäftigen. Der außerordentliche Parteitag wird die Tagesordnung des internationalen Kongresses von Wien durchberaten und Ersatzwahlen zur Parteileitung vornehmen.

In dem Bericht der Parteileitung wird hauptsächlich die letzte Wahlkampagne besprochen. Wir entnehmen daraus folgende Zahlen. Der Wahlaufruf der Partei wurde in 88 000 Plakaten zu je 200 in jedem Wahlkreis verbreitet. Zwei Wahlbroschüren erschienen in 50 000 Exemplaren. Von der Parteileitung wurden zehn verschiedene illustrierte Wahlflugblätter herausgegeben, wovon über 7 Millionen verbreitet wurden. Ueber die von den Wahlkreisorganisationen selbst herausgegebenen Plakate und Flugblätter liegen keine Angaben vor, doch dürfte deren Zahl gleichfalls in die Millionen gehen. In 423 von 602 Wahlkreisen wurden Kandidaten aufgestellt, für die 1 397 373 Stimmen abgegeben wurden. Die Stimmenzunahme beträgt 267 399. Bemerkenswert ist die außerordentliche Stimmenzunahme und das glänzende Resultat in rein ländlichen Departements, und zwar nicht in den Departements, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, sondern in den kleinbäuerlichen. Der stärkste Prozentsatz sozialistischer Stimmen wurde in den vorwiegend kleinbäuerlichen Departements Haute-Vienne mit 37,3 pZt. der Wahlberechtigten, und Allier mit 33,5 pZt. abgegeben. Von den acht Departements, wo mehr als 25 pZt. der Wahlberechtigten sozialistisch stimmten, sind sechs mit vorwiegender kleinbäuerlicher Bevölkerung. Das ist in einem Bauernlande wie Frankreich von außerordentlicher Bedeutung. Dagegen sind die Departements, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, für uns am schwersten zugänglich. Wir werden auf diese zunächst überraschende Erscheinung und ihre Ursachen gelegentlich eingehender zurückkommen. Die Wahlkampagne hat eine erfreuliche Mitgliederzunahme im Gefolge gehabt, die noch nicht abgeschlossen ist. Am 31. Mai betrug diese Zunahme bereits über 4000. Zu diesem Zweck wird von der Partei für die Woche vom 27. Juni bis 4. Juli eine „rote Woche" organisiert. Im ganzen ist also eine erfreuliche Stärkung nach innen und eine energische Aktion nach außen zu konstatieren.

Die Gemeinderatswahl in Rom.

Nach dem amtlich festgestellten Ergebnis der römischen Gemeindewahlen haben die 64 konservativ-klerikalen Kandidaten 33 682 Stimmen erhalten. Vom demokratischen Block kommen als gesetzliche Minderheitsvertretung bloß 16 Mann in die Gemeindevertretung. Der frühere Bürgermeister Nathan hat bloß zwei Stimmen mehr erhalten, als zu seiner Wahl erforderlich war. Es heißt, die Niederlage des Blocks habe den Führer der Reformisten, Bissolati, bestimmt, das Kammermandat des zweiten römischen Wahlkreises niederzulegen — was nur logisch wäre, denn die ganze Grundlage des Reformismus ist das Vertrauen auf die Allgewalt und Sieghaftigkeit der Blockpolitik, das heißt der proletarisch-bourgeoisen Verbrüderung.

„Bombenartig".

Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, ist ein neuer Verdachtsgrund mutmaßlicher Attentäter gefunden worden. Nach dem „Berl. Lokalanz." wurde in Odessa kurz vor der Ankunft der Zarenfamilie ein „Anarchist" verhaftet,

---

Beschlag auf Dich lege und Deine Jugend stehle, ohne Dir etwas dafür zu geben."

„Du legst nicht Beschlag auf mich," sagte sie ernst; „ich, ich hänge an Dir, weil ich Dich nicht entbehren kann. Denn ich vermag ja nicht ohne Dich zu leben!"

„Doch, Du kannst, das Gegenteil wäre unnatürlich," sagte er mit eisiger Ruhe. „Du kannst mich entbehren und zugleich Deinen Nutzen aus mir ziehen. Sieh die beiden Bäumchen dort an — Du findest, sie ständen so schön aneinander geschmiegt wie zwei, die sich recht lieb haben! Aber sie führen Krieg, Du! Das schwächere muß absterben, es hat schon angefangen; und dann wird es dem andern als Dünger dienen. Du kannst mich nicht nur entbehren, sondern ich werde eine unheimliche Erinnerung für Dich sein — an zu nahe Berührung mit dem fahlen Knochenmann — und werde Deine Lebensgenüsse würzen. Der Starke kann alles gebrauchen, selbst den Tod." Seine Stimme klang, als bereitete ihm seine Logik Genuß.

Sie schüttelte den Kopf, die Tränen hingen wie Perlen an ihren gesenkten Wimpern: „Ich habe keine Verwendung für Erinnerungen."

Er lachte höhnisch: „Du willst wieder mit mir sterben, nicht? Willst auf meinem Grabe verhungern, wie die treuen Hunde in den Lesebüchern? Oder Dich über meiner Leiche erdolchen, so daß die beiden Liebenden in schwarzer Erde beisammen ruhen können, während der Mond trist die Nacht erhellt. — Vergiß nur nicht, Ernst daraus zu machen!"

Sie sah ihn an und fuhr fort zu starren, weiß, mit einem Blick, der alles gerinnen ließ; es war, als gefröre ihr ganzes Innere in diesem Blick zu einem Nichts. Ohne zu zucken, saß sie so da, nur das Häutchen des Auges wurde immer trockener und glanzloser, als ob alle Lichter in ihr, eins nach dem andern, erloschen; dann fiel sie vornüber, mit der Stirn auf seine Knie.

„Genau so muß der sich verhalten, den eine Kugel ins Herz getroffen hat," dachte Karl und starrte sie entsetzt an. Dann legte er seine Hand auf ihren Rücken und begann, ruhig, fast weich zu sprechen: er sei brutal in seinem Hohn gewesen, doch in der Sache selbst habe er recht. Sie solle ihn aus ihrem Dasein fortschieben, wie der gesunde Körper einen kranken Bestandteil ausscheide; denn er sei zum Tode verurteilt, ein Unglücklicher, der nur Mitleid erregen könne, aber keine gesunden Gefühle. Und das Mitleid habe kein Recht in dem Verhältnis zwischen Mann und Weib; es sei erlernt und gehöre zur Religion der Schwächlinge; sobald sie sich selber erst gefunden habe, werde es sowieso damit aus sein. — Sie solle ihn abschütteln und sich dahin wenden, wo das Leben gelebt werde — und ihm vielleicht einen kleinen, freundlichen Platz in ihrer Erinnerung anweisen. „Du kannst ja Deinen Erstgeborenen nach mir benennen, dann wird mir reichlich zuteil, was mir zukommt," sagte er lächelnd. Doch da begann sie zu schluchzen.

(Fortsetzung folgt.)

nachdem in dem Hotel, in welchem er abgestiegen war, ein bombenartiger Gegenstand gefunden worden war.

Früher hieß es, daß eine Bombe gefunden wurde; heute genügt der findigen Polizei schon ein „bombenartiger" Gegenstand, worunter man sich nach Belieben einen Apfel, eine Gurke oder eine Sardinenbüchse vorstellen kann.

Die Kämpfe in Albanien.

Durch Funkspruch wird vom österreichischen Kreuzer „Szigetvar" gemeldet:

Das Gefecht in der Nacht zum 16. Juni dauerte nur kurze Zeit und beschränkte sich auf ein erfolgloses gegenseitiges Feuer, das nach einer halben Stunde auf der ganzen Linie verstummte. Die übrige Zeit der Nacht verlief ohne Zwischenfall. Der Feind räumte die Höhen nördlich von Durazzo und zog sich in der Richtung auf Rasbul hinter die Hügelkette zurück. Dort stehen starke Posten der Aufständischen. Der Vormittag verstrich, ohne daß das Gewehrfeuer wieder eröffnet wurde. Immerhin wurden die Anhöhen um Durazzo zeitweilig mit Geschützfeuer bestrichen. Das eigene und das feindliche Gelände wurde nach Toten und Verwundeten abgesucht, deren Anzahl zwar nicht genau bekannt ist, aber hundert betragen muß. Während des ganzen Vormittags wurden die aufgefundenen Toten beerdigt. Für abends war ein Vormarsch der Regierungstruppen mit den gestern angekommenen 1200 Malissoren gegen das Rebellenlager bei Schik geplant. Da der Fürst aber einen Rasttag anordnete, wurde der Vorstoß um einen Tag verschoben. Ins Palais gelangten Nachrichten aus Kawaja, daß dort gestern nacht Kämpfe der Regierungstruppen mit den Rebellen stattfanden. Die Rebellen sollen sich ergeben und erklärt haben, keine eigenmächtigen Ziele zu verfolgen, sondern zum Kampfe aufgehetzt zu sein.

Die Großmächte sind übereingekommen, die Sorge um die Organisation Albaniens, „wenn der Fürst gezwungen wäre, das Land zu verlassen", der Kontrollkommission anzuvertrauen. Der italienische offiziöse „Popolo Romano" meint, wenn der Fürst sich infolge der Ereignisse wieder an Bord eines Schiffes begibt, so würde das auf Nimmerwiedersehen geschehen.

In dem Wiener Blatt „Zeit" veröffentlicht der in Sarajewo wohnhafte Ingenieur Karl Steinmetz, der sich seit Jahren mit den albanischen Dingen befaßt und ein guter Kenner der Zustände ist, einen Artikel, worin er ausführt, daß Fürst Wilhelm in Albanien unmöglich geworden sei, selbst wenn es ihm gelinge, den Aufstand zu bezwingen. Nur die Besetzung des Landes durch eine große Okkupationsarmee könnte ihn auf dem Thron erhalten und überhaupt den Staat Albanien retten. Dem Fürsten scheint es in keiner Weise gelungen zu sein, sich in das Gefühlsleben und in den Ideenkreis des albanischen Volkes einzuleben. Er hat sich auch gar nicht bemüht, dem Volke näher zu kommen, und unbegreifliche kleine Fehler und Verstöße hätten ihn immer mehr vom Volke entfernt. So seien bei der Thronbesteigung Bilder des Fürstenpaares verteilt worden, auf denen die Fürstin in tief dekolletierter Hoftoilette abgebildet worden war, was geradezu Empörung bei dem mohammedanischen Teile der Bevölkerung hervorrief. Hofmarschall v. Trotha hat Essad Pascha über die Achsel angesehen und ihn nicht wie einen Mann behandelt, der bei seinem Volke großes Ansehen genoß. An solchen kleinen und großen Fehlern scheiterte der Fürst.

Früher waren deutsche Prinzen ein gutgehender Ausfuhrartikel. In neuerer Zeit aber finden sie keinen Anklang mehr, der Absatz stockt und Rücksendungen nehmen überhand. Entweder hat sich der Geschmack der Kunden geändert oder die Qualität der Prinzen.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Angesichts der immer lauter werdenden Kriegsdrohungen der Griechen treffen die Türken Gegenmaßregeln. Die Regierung verordnete die Verhängung des Belagerungszustandes über die längs der Dardanellen befindlichen Ortschaften und über Smyrna.

Der Minister des Innern, Talaat Bey, hat telegraphiert, daß er den Gouverneur der Dardanellen wegen Nachlässigkeit in der Frage der Auswanderung der Griechen, sowie den Gouverneurstellvertreter in Aivali wegen eigenmächtigen Verlassens seines Postens absetzte.

Ferner wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der serbische Geschäftsträger im Auftrage seiner Regierung dem Großwesir den freundschaftlichen Rat erteilte, die Griechenverfolgungen einzustellen, da deren Fortsetzung die gegenwärtigen ausgezeichneten serbisch-türkischen Beziehungen beeinflussen könne. Die Antwort soll beruhigend gewesen sein.

Die griechische Kammer vertagte, „wegen der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage" die Arbeiten auf einige Zeit.

Die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten hat soeben seine Jahressitzung im Sherman-Hotel zu Chicago abgehalten. Das Nationalkomitee vertritt gewissermaßen unsere Parteitage, da sich der Einberufung von Parteitagen infolge der großen Entfernungen Schwierigkeiten entgegensetzen.

Der Sekretär des Komitees, Genosse Lanfersiek, konstatierte in seinem Bericht, daß die Mitgliederzahl der Partei im März und April 1914 104 581 betrug. Im Jahre 1913 waren in den Monaten Mai und Juni nur 82 624 Parteimitglieder vorhanden. In den zehn letzten Monaten bis zum Zusammentritt des Komitees wurden durch die Propaganda-Abteilung mehr als 5 Millionen Flugblätter und Propagandaschriften verteilt. In Zukunft werden die Propagandaschriften immer in einer Auflage von einer Million hergestellt. — Die Einnahmen der Partei betrugen im verflossenen Geschäftsjahr 16 880 Dollar. Dabei sind nicht gerechnet die Einnahme der an die Partei angeschlossenen 11 fremdsprachigen Gruppen, von denen z. B. die Gruppe der finnländischen Genossen allein für die Streikenden der Kupferbergwerke von Michigan 20 000 Dollar gezahlt hat. Um die Propaganda für die Wahlen energisch und umfassend betreiben zu können, schlug Genosse Lanfersiek vor, einen Spezialfonds zu bilden, wozu alle Parteimitglieder einen Tageslohn in Höhe von 2,05 Dollar beitragen sollen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Die sozialistische Presse in den Vereinigten Staaten zählt gegenwärtig elf Tageszeitungen, von denen jedoch nur zwei in englischer Sprache erscheinen. Die übrigen neun Zeitungen gehören den Sektionen der anderssprachigen Genossen. Die ungarische Tageszeitung „Elobe" erscheint in New-York in einer Auflage von 9000 Exemplaren und deckt ihre Unkosten. Die tschechischen Genossen haben fünf Blätter, darunter eine Tageszeitung. Das Zentralorgan der Partei, „The Party Builder", war bis heute ein einfaches Mitteilungsblatt. In Zukunft soll es wöchentlich erscheinen und ein großes Wochenblatt für Nachrichten und für die Propaganda sein. Es soll seine Spalten allen Genossen öffnen, die Fragen des Parteilebens behandeln wollen.

Die Versammlung des Nationalkomitees in Chicago war eine der wichtigsten, die bisher von der Partei veranstaltet worden sind. Alle Entscheidungen wurden fast einstimmig beschlossen. Fragen der Taktik standen diesmal nicht auf der Tagesordnung. Die Debatten waren im allgemeinen sehr kurz, so daß es möglich war, Beschlüsse über zahlreiche Gegenstände zu fassen. Unter den Beschlüssen waren die wichtigsten: die Gründung einer sozialistischen Presse, die im Eigentum und in der Verwaltung der Partei verbleibe; die Errichtung eines Parteigebäudes in Chicago, wo die Zentralinstanzen der Partei ihren Sitz haben; die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der Kinder von Streikenden; die Organisation des demnächstigen Wahlfeldzuges; die Veröffentlichung von Büchern, Broschüren, Streitschriften und Propagandablättern nach einem der bisherigen Erfahrung entnommenen System; die Veranstaltung einer Versammlung in Washington, um die sozialistischen Kräfte des Landes zu vereinigen; die Diskussion eines Vorschlages, sozialistische Parteiorgane auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten; die Eröffnung einer Enquete, um eine energische Bekämpfung des Alkoholismus durchzuführen; die Beratung eines Vorschlages, die sozialistische Jugend der Parteiorganisation anzuschließen usw.

Das Nationalkomitee beschloß ferner, daß die sozialistische Partei in Verbindung mit der Union der Bergarbeiter von Amerika, der Föderation der Bergleute des Westens und der Föderation der Arbeit von Pensylvanien in kürzester Frist in Washington eine Riesenversammlung veranstalte, um die Verabschiedung der Arbeiterschutzgesetzgebung zu fördern und um Maßnahmen zu fordern, damit Arbeitermorde, wie sie in Colorado, Michigan und Virginien in letzter Zeit stattgefunden haben, unmöglich werden. Der Versammlung sollen Delegierte aus Staaten der Union und von allen großen Arbeitervereinigungen Amerikas beiwohnen. — Dann wählte das Nationalkomitee noch die Delegierten für den Internationalen Sozialistenkongreß in Wien, die den Auftrag haben, dem Wiener Kongreß vorzuschlagen, den nächsten Internationalen Kongreß im Jahre 1917 in den Vereinigten Staaten abzuhalten.

Mexiko.

Der Bruch zwischen den Rebellenführern ist nun vollzogen. Amerikanische Telegramme aus El Paso melden, daß Villa in der vergangenen Woche Carranza seinen Verzicht auf den Oberbefehl angeboten habe. Daraufhin hielten Villas militärische Führer eine Konferenz ab und benachrichtigten Carranza, daß sie keinen andern Führer anerkennen würden als Villa. Gestern besetzte Oberst Ornales, der Militärgouverneur von Juarez und ein Parteigänger Villas, mit Waffengewalt die Telegraphenämter von Juarez, die unter Carranzas Kontrolle stehen. Villa befahl allen Garnisonkommandeuren des Gebietes, das unter seiner Kontrolle steht, unverzüglich nach Torreon zu kommen.

Damit sinken die Aussichten Carranzas, den Wilson gern als anerkannten Präsidenten Mexikos gesehen hätte, so ziemlich auf den Nullpunkt.

Einstweilen geht die sogenannte Vermittlung ihren Schlendrian weiter. Die amerikanischen Delegierten der Friedenskonferenz begaben sich nach Buffalo, um mit den Vertretern des Generals Carranza zu konferieren. Wie man erfährt, erwarten sie die Liste derjenigen Mexikaner zu erhalten, die für die Konstitutionalisten als provisorische Präsidenten in Frage kommen. In der Montagssitzung der amerikanischen Delegierten mit den Vertretern der Konstitutionalisten, die in Buffalo stattfand, ist der Versuch, die Rebellen in Uebereinstimmung mit dem Ziel der Vermittlungskonferenz zu bringen, gescheitert. Die Konstitutionellen teilten den Amerikanern mit, daß sie nicht imstande seien, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Sie erklärten ferner, nur ein hervorragender Mann aus ihren Reihen sei als provisorischer Präsident annehmbar. — Da sich die Delegierten Huertas ihrerseits weigerten, einen Rebellen als provisorischen Präsidenten anzunehmen, glauben alle an den Vermittlungsverhandlungen Beteiligten, daß am Freitag die letzte Sitzung stattfinden wird. Die Vermittler selbst haben die Hoffnung, das Problem der inneren Lage Mexikos zu lösen, aufgegeben.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 17. Juni.

Hamburg.

Eine Senatorwahl mit Verblüffungen.

Wenn im Hamburger Rathaus ein neuer Senator zu wählen ist, geht es selten ohne Ueberraschungen ab. Dafür sorgt schon der Mummenschanz, der zur traditionellen Begleiterscheinung einer solchen Staatsaktion gehört. Wenn es aber sonst erst Ueberraschungen gab, wenn von den vier unter strengster Heimlichkeit im Senatsgehege ausgesiebten Kandidaten die zwei vom Senat als „würdig" befundenen öffentlich genannt und dann unter diesen beiden wieder die Wahl vollzogen wurde, fing es diesmal gleich mit Verblüffungen an. Die ersten Verblüfften waren „Onkel Rudi" und sein Fraktionskollege Binder, die für die Rechte als Vertrauensmänner fungieren sollten. Es kam nämlich ganz anders. Die Rechte, die so manches liebe Mal bei Blockstreichen mitgeholfen, war am Vorabend dieser Senatorwahl plötzlich tugendhaft geworden. Sie wollte sich, wie sie heute mittag durch den „Correspondenten" offiziös verkünden ließ, an keiner „Vergatterung" zugunsten bestimmter Wahlvorschläge beteiligen. Damit war der Block der alten Fraktionen gesprengt, Linkes Zentrum und Linke verbanden sich nun mit den Vereinigten Liberalen, um die ihnen genehmen Personen auf den Wahlaufsatz zu bringen. Die Rechte muß davon schon gestern abend „Wind" bekommen haben, denn ihre Vertrauensleute, Binder und Dr. Mönckeberg, hatten den für das Konventikel im Senatsgehege unerläßlichen Frack gar nicht erst angezogen. Herr Binder, hinter dem „Onkel Rudi" mit der Bescheidenheit, die ihn immer ziert, zurückgetreten war, fiel denn auch glänzend durch. An seiner Stelle zog neben den gestern bereits genannten Herren (Dr. Bagge, Dr. Braband, J. Rohde) noch ein zweiter Linkenmann, Herr Hirsch, in das geheime Kabinett des Senats ein. Die weitere Verblüffung, die nun eintrat, war, daß nach kaum verdautem Senatsfrühstück die Nachricht umlief, der Wahlaufsatz sei schon beim ersten Versuch gelungen. Das ist lange nicht dagewesen und war am wenigsten bei dieser Wahl zu erwarten. Indes, die Nachricht bestätigte sich. Die Vertrauensmänner der „zweiten Garnitur" brauchten also nicht mehr in Aktion zu treten. Bis der Senat von dem Wahlaufsatz die zwei Namen, die ihm nicht gefielen, gestrichen hatte, verging allerdings noch geraume Zeit. Ueber eine Stunde dauerte das Warten. Dann kam die dritte Ueberraschung. Neben Herrn Rodatz, der schon bei der vorigen Senatorwahl vorgeschlagen war, damals aber gegen Herrn Sachse durchfiel, stand jetzt ein ziemlich unbekannter Herr Matthies auf dem Wahlaufsatz, von dem wir nur wissen, daß er der Sohn eines früheren, bald nach Amtsantritt verstorbenen kaufmännischen Senators ist. Mitglied der Bürgerschaft war dieser Kandidat nicht, er braucht es auch nach der Verfassung nicht zu sein. Trotzdem waren ihm die Stimmen der Rechten, die im Aerger über ihre Ausschaltung während eines großen Teils der Sitzung Fraktionsberatung außerhalb des Saales abgehalten hatte, wohl vollzählig gesichert, schon weil der Senat ihn offenbar bevorzugte. Da gab es denn abermals eine Verblüffung, die sich besonders deutlich auf dem Gesicht Dr. Rudolf Mönckebergs malte, als der Kandidat der Linken, Herr Rodatz, als gewählt verkündet wurde. Er ist nur mit knapper Mehrheit gewählt und verdankt diese Mehrheit der Stimmenthaltung unserer Genossen, denen unter diesen Umständen der Ausgang der Wahl gleichgültig sein konnte. Was wir von Herrn Rodatz halten, ist im „Echo" bereits bei der vorigen Senatorwahl gesagt worden. Er hat sich sozialpolitisch stets zur arbeiterfeindlichen Mehrheit seiner Fraktion gehalten, ist rednerisch aber fast nur in Fragen hervorgetreten, die die Finanzdeputation angingen und galt als fleißiges und gewissenhaftes Mitglied dieser Behörde. Daß der neugewählte Senator selbst auch zu den Verblüfften am heutigen Tage gehörte, läßt eine Unterredung erkennen, die ein Vertreter des „Fremdenblattes" bei dem üblichen Gratulationsbesuch mit ihm hatte. Danach hat Herr Rodatz sich so geäußert:

Ueber die auf ihn gefallene Wahl sei er überaus erfreut; er habe sich sehr gewundert, daß sein Name schon diesmal wieder auf dem Auffatz erschien; das habe er nicht erwartet, und sei durchaus überrascht gewesen. Noch gestern habe er sich geäußert, daß wohl Matthies gewählt werde. Um so mehr freue ihn seine Wahl, wenn er es auch lebhaft bedauere, aus der liebgewordenen Arbeit in der Bürgerschaft und der Finanzdeputation ausscheiden zu müssen. Er hoffe, an der Stelle, an die er jetzt gestellt sei, das Beste für Hamburg leisten zu können, was in seinen Kräften stände.

Mit ähnlichen frommen Wünschen begleiten auch die bürgerlichen Blätter Hamburgs die heutige Wahl. Im übrigen ist die Verblüffung noch so groß, daß sie außer einigen Personalnotizen nichts zu sagen wissen. Nur daß es infolge dieser Wahl noch „Krach" im Block geben wird, scheint mit Sicherheit festzustehen.

Ein Programm.

Der Kaiser wird Sonnabend, den 20. Juni, gegen 2 Uhr nachmittags, von Hannover kommend, im Automobil in Hamburg eintreffen und an Bord der an den St. Pauli Landungsbrücken liegenden Jacht „Hohenzollern" Wohnung nehmen. Um 2½ Uhr nachmittags wird der Kaiser auf dem Staatsdampfer „Hamburg" zum Stapellauf des dritten Schiffes der Imperatorklasse nach der Werft von Blohm u. Voß fahren. Sonntag, den 21. Juni, um 12 Uhr mittags, wird der Kaiser die Gartenbau-Ausstellung in Altona besuchen und nachmittags den Rennen in Horn beiwohnen. Abends um 8 Uhr findet ein Mahl bei dem Preußischen Gesandten von Bülow statt. Montag, den 22. Juni, wird der Kaiser nach einem Frühstück im Hause des Herrn Ballin Hamburg um 3 Uhr nachmittags an Bord der Jacht „Hohenzollern" verlassen und sich nach Brunsbüttel begeben, um Dienstag, den 23. Juni, an der Segelwettfahrt des Norddeutschen Regatta-Vereins auf der Unterelbe und an dem Regattadiner auf dem Dampfer „Viktoria Luise" der Hamburg-Amerika-Linie teilzunehmen.

Da soll noch einer sagen, daß es kein schwieriges Geschäft ist, in Deutschland Monarch zu sein.

Taschen zu!

Das Rote Kreuz bereitet für Hamburg einen Fischzug vor, wie er schon in verschiedenen Städten und auch auf dem platten Lande — kürzlich erst in Schleswig-Holstein — stattgefunden hat. Am Sonnabend soll er in Hamburg vor sich gehen. Das organisierte Proletariat hat keine Ursache, diesen im Zeichen der Margeriten- und Kornblumentage inszenierten Wohlfahrtsrummel mit zu unterstützen. Das Rote Kreuz ist eine Institution, die sich im strikten Gegensatz zu den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung befindet. Anstatt dafür zu kämpfen, daß der Krieg aus der Welt verschwinde, betrachten die Leute vom Roten Kreuz den Krieg als etwas gottgewolltes und ihre Aufgabe erblicken sie nur darin, daß auf den Schlachtfeldern die zerfetzten Leiber von den Roten Kreuzkolonnen zusammengelesen und zusammengeflickt werden. Selbst wenn man der Meinung ist, daß der Krieg heute noch unvermeidlich ist und infolgedessen auch die Krankenpflege im Kriege gut organisiert und mit Geldmitteln fundiert sein muß, so halten wir es doch für verkehrt, dieses Geld durch Betteleien großen Stils aufzubringen. Dann hat eben der Staat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die nötigen Mittel bereitzuhalten. Es wird an den Roten Kreuztagen nur einmal wieder den bürgerlichen Dämchen Gelegenheit gegeben, sich den Heiligenschein der Wohltätigkeit zu verschaffen.

Die Veranstalter dieser Roten Kreuz-Sammlung hätten sich auch einmal überlegen sollen, welchen Eindruck ihr Beginnen auf andere Nationen macht. Wird nicht beim Auslande wieder einmal der Schein erweckt, als ob Deutschland bald loszuschlagen gedenkt? Vor kurzem sind die ungeheuren Rüstungsforderungen glatt bewilligt, nun sollen auch die Verbandskästen gefüllt werden und dann, ja dann kanns losgehen. Deutschland ist bereit! Wenn auch das internationale Proletariat diese künstlichen Machenschaften richtig einzuschätzen weiß, in bürgerlichen Kreisen wird nur dem Chauvinismus neue Nahrung zugeführt.

Die Parole für die Arbeiterschaft Hamburgs wird also am Sonnabend lauten: Taschen zu! Keinen Pfennig der Roten Kreuz-Schnorrerei!

Thalia-Theater. Am Donnerstag findet die Erstaufführung von Strindbergs interessanter Komödie „Kameraden" statt. Die Leitung dieses Stückes liegt in den Händen Leopold Jeßners. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Orska, May, Keune, Marba, Radel, Kramer, und die Herren Schönemann, Brahm, Wengard, Keune und Marlitz. Am Sonntag wird noch einmal der lustige Schwank „Das Tal des Lebens" von Max Dreyer wiederholt, und am Dienstag findet die zweite Aufführung von „Kameraden" statt. Karten für diese Vorstellungen sind an den im Inserat bezeichneten Stellen zum Preise von 75 Pfg. zu haben.

Konzerte im Zoologischen Garten. Für die mit Recht beliebten Konzerte im Zoologischen Garten, der jetzt an den schönen Sommerabenden einen genußreichen Aufenthalt bietet, ist wieder ein hübsch ausgestattetes Programmheft herausgegeben worden. Den Hauptinhalt des Heftes bildet ein anregender Aufsatz über das Leben und Treiben der Schimpansen, die schon so manchem Besucher des Gartens vergnügten Zeitvertreib verschafft haben, durch diesen Aufsatz aber in ihrer Menschenähnlichkeit besonders anschaulich geschildert werden. — Am Sonntag findet ausnahmsweise ein Vormittagskonzert von 7 bis 10 Uhr statt. Es wird ausgeführt von dem Musikkorps des Infanterieregiments Nr. 30 unter Leitung des Musikmeisters Steinkopf.

Zirkus Schumann. Neben dem bisherigen reichhaltigen artistischen Programm, das von uns bereits eingehend gewürdigt worden ist, bringt der Zirkus Schumann nun noch ein großes Ausstattungsstück, „Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler", das sich aber von ähnlichen früheren Veranstaltungen ganz wesentlich und vorteilhaft unterscheidet. In den einzelnen Bildern wird das Leben in einem holländischen Fischerdorf gezeigt, aus dem ein junges Mädchen während eines Volksfestes von einem Seeräuber geraubt wird, der es auf eine einsame indische Insel verschleppt, auf der große Schätze an Gold und Edelsteinen aufgehäuft sind. Der Geliebte des jungen Mädchens, der von den Pflegeeltern abgewiesen war, ist in die weite Welt gezogen, um Schätze zu suchen. Er kommt natürlich auch auf diese Insel und sieht zu seinem Schrecken, daß neben anderen Frauen auch seine geliebte Fanella hier gefangen gehalten und von dem Piraten verfolgt wird. Er wendet sich an den Beherrscher des Landes und erfleht von ihm Hilfe, der ihm aber wenig Glauben schenkt. Plötzlich gewahrt er aber auch den Mädchenhändler, der dem Maharadscha seine menschliche Ware vorführt und anpreist. Als dieser sich erkannt sieht, schwingt er sich mit seinen Frauen auf die in der Nähe stehenden Pferde und entflieht. Der Maharadscha nimmt die Verfolgung auf, sie erstürmen die Burg des Piratenhäuptlings und befreien die gefangenen Frauen und Mädchen, unter ihnen auch Fanella, und nehmen den Häuptling gefangen. Nach allerlei abenteuerlichen Vorbereitungen wird der gefesselte Seeräuber dann nach althindustanischem Brauch hingerichtet. Das Urteil wird von einem Elefanten vollstreckt, indem er mit dem rechten Fuß den Kopf des Verbrechers eindrückt. Eine Reihe schöner und eigenartiger Tänze schlingt sich um die ganze Handlung, Tänze der Fischer und Fischermädchen, der gefangenen Frauen und Mädchen, der Bajaderen, Tänze der Priesterinnen ꝛc. Den Schluß der Pantomime bildet eine wahrhaft blendende Apotheose, die an wunderbaren Lichteffekten alles bisher Dagewesene übertrifft.

Zur Kirmeß nach Kollmar am Sonntag, 21. Juni fährt morgens 7½ Uhr der große Expreß-Salondampfer „Cuxhaven" von Hamburg-St. Pauli, Landungsbrücken Nr. 5. Zurück von Kollmar abends 9,45 Uhr. Preis hin und zurück M 3,20, einfache Fahrt M 2. Die Rückfahrtkarten gelten für drei Tage zur Rückfahrt von Kollmar morgens 7 Uhr.

Allgemeines Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, 18. Juni. Oeffentliche Vorlesungen. 6 bis 7 Uhr. Dr. Dolberg: Höhere Geodäsie, Hörs. G des Vorlesungsgebäudes. Einlaßkarten nicht erforderlich. 8 bis 9 Uhr: Dr. Slataper: Venezia e lo sviluppo della sua coltura. La sua arte. Hörs. C. des Vorlesungsgebäudes. In italienischer Sprache. Einlaßkarten nicht erforderlich.

w. **Ein Zusammenstoß** ereignete sich am Montag in der Hammerbrookstraße. Ein Rollwagen der Firma W. Wunder, Altona, kam aus einem Torweg. In diesem Moment kam ein Straßenbahnwagen der Linie 14 und rannte gegen den Rollwagen, so daß der Kutscher vom Bock aufs Straßenpflaster geworfen wurde, wo er liegen blieb. Er hat verschiedene Verletzungen erlitten und kam ins Krankenhaus. Dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt. Er mußte nach der Remise zurückgebracht werden. Zum Glück sind weiter keine Menschen verletzt.

Eine feine Firma. Zwei Handlungsgehilfen, von denen der eine 22 Jahre, der andere 25 Jahre alt ist, gründeten unter dem Namen E. Hartmann, Hamburg, eine Firma. Der eine stahl der Firma, bei der er angestellt war, Oel und verkaufte dieses unter dem Firmennamen E. Hartmann (Export) nach Rußland zu einem etwas niedrigeren Preise, wodurch er die Firma um M 2600 schädigte. Der andere entwendete seinem Chef für M 300 Unterzeug. Für za. M 200 Trikotagen wurden noch beschlagnahmt, desgleichen ein Quantum Oel im Werte von M 600, das nach Berlin gesandt worden war. Die beiden „Gründer" gerieten hinter Schloß und Riegel.

Eine Hochstaplerin, die sich für eine Zirkusreiterin und Filmdiva ausgab, mietete bei einer Frau B. in der Grindelallee ein Zimmer mit voller Pension. Vor einigen Tagen versuchte sie der Logisgeberin ein Darlehn von M 1000 abzuschwindeln, indem sie angab, sie sei bei der Union-Gesellschaft in Berlin engagiert und solle dort gegen ein Wochenhonorar von M 1000 eine Rolle als Filmdiva übernehmen. Als die Pensionsinhaberin erst den Engagementsvertrag sehen wollte, verschwand die Diva heimlich unter Zurücklassung einer Schuld von M 239. Kriminalbeamte ermittelten sie in der Nacht zum Mittwoch und nahmen sie fest.

Vor der Wohnungstür beraubt wurde am Dienstag abend die am Mittelweg 25 wohnende Witwe Cröpelin. Als sie vor ihrer Wohnungstür stand, entriß ihr ein Bursche im Alter von zirka 15 Jahren das Portemonnaie und lief davon. Die geraubte Börse enthielt Geld und Postwertzeichen.

Ueber Kindesberaubungen haben wir in den letzten Tagen mehrfach berichtet. Jetzt wurde in der Süderstraße das 13jährige Schulmädchen Becker aus der Lippeltstraße dabei abgefaßt, als es einem fünfjährigen Mädchen 50 ₰ aus der Hand riß und damit davonlaufen wollte.

Selbstmord eines in St. Georg wohnenden Ingenieurs D. Der Mann ist Betrügern in die Hände gefallen, die ihn um sein ganzes Geld gebracht haben und nun zum Selbstmord trieben. Der ruinierte Mann erschoß sich in seinem Bureau. Am Mittwoch sollte gegen ihn in Berlin noch vor Gericht verhandelt werden, doch hat der Mann den Termin gar nicht erst abgewartet.

In der Badeanstalt bestohlen. Am Dienstag mittag wurden dem Bauschlosser Adolf von Schaffen in der Badeanstalt Steinwärder folgende Sachen gestohlen: Ein blauer Anzug, ein schwarzer steifer Hut, ein Kragen mit Vorhemd und gelbem Selbstbinder, ein weißes Normalhemd, ein paar Stiefel, Strümpfe, eine Nickeluhr mit Goldrand und Doubleekette (Nr. 27760), ein braunes Portemonnaie mit M 4 Inhalt, eine Invalidenkarte, zwei Entlassungszeugnisse, ein militärisches Führungszeugnis. Die Papiere lauten sämtlich auf den Namen Heinrich Adolf von Schaffen, geb. am 9. Oktober 1891. Der Bestohlene wohnt Feßlerstr. 7, 1. Et., bei Seligmann.

Entwendete Goldwaren. Nach Zertrümmern eines Schaufensters im Hause Kleine Reichenstraße 21 stahlen Diebe dem Uhren- und Goldwarenhändler Rosenbrock 142 goldene Trauringe und sechs goldene Damenuhren im Gesamtwert von M 1000. Die Täter entkamen mit der Beute.

Ein Zimmerbrand rief Mittwoch nachmittag die Feuerwehrzüge 5 und 10 nach der Auenstraße 28. Während die Mannschaft des fünften Zuges das Feuer löschte, kehrte Zug 10, ohne in Tätigkeit getreten zu sein, ins Depot zurück.

Wieder ins Leben zurückgerufen wurde ein junger Mann, der sich in seinem Logis in der Gothenstraße aufgehängt hatte. Man fand den Erhängten, schnitt ihn ab und stellte Wiederbelebungsversuche an, die schließlich von Erfolg gekrönt waren.

Vom Zigeunerelend. Eine verheiratete Zigeunerin, die mehrfach Betrügereien verübte, indem sie Dienstmädchen beschwatzte, ihr ein Goldstück zu geben, damit sie sie von irgend einem Leiden befreien könnte, was natürlich stets mit dem Verschwinden des Goldstückes endete, geriet in Haft. Sie ist in einigen Fällen bereits von den Betrogenen wiedererkannt worden und soll anderen Geschädigten demnächst vorgeführt werden. Außerdem wird die Zigeunerin noch von der Staatsanwaltschaft zu Landsberg a. d. W. wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt. Auch diese Straftat gesteht die Verhaftete ein. Traurig ist es um das Familienleben der Frau bestellt. Zehn kleine Kinder, in Lumpen gehüllt, warten ihrer, während sie das elfte Kind noch unter dem Herzen trägt.

Hafen und Schiffahrt.

Zum Beweise der Seeuntüchtigkeit bei Schiffsversicherungen.

js. Wird die Seeuntüchtigkeit des versicherten Schiffes für einen Schiffsunfall ursächlich, so ist die Versicherungsgesellschaft der Zahlungspflicht enthoben. Strittig ist in Rechtsprechung und Rechtsliteratur, ob der Versicherer nicht nur den Beweis zu erbringen habe, daß Seeuntüchtigkeit des Schiffes vorgelegen hat, sondern daß auch diese Seeuntüchtigkeit für den Verlust ursächlich geworden ist. In dieser Beziehung hat das Reichsgericht schon ausgesprochen, daß auch hinsichtlich der Ursächlichkeit die Beweislast den Versicherer trifft. (Vergl. Reichsgerichtsentscheidung Band 70 S. 95.) Diese Beweispflicht ist aber nicht schon dann erfüllt, wenn der Versicherer den Beweis der Seeuntüchtigkeit erbringt und dann noch beweist, daß der Schaden möglicherweise durch diese Seeuntüchtigkeit entstanden ist. In solchen Fällen hat das Gericht stets freie Hand, auf Grund anderer Vorbringen selbständig zu prüfen, ob die Ursächlichkeit zwischen Seeuntüchtigkeit und Schaden vorhanden ist.

Der Schiffbauer R. in Moorburg hatte im November 1910 den in Christiania liegenden norwegischen Dampfer „Drammen" auf Abbruch gekauft und die Schleppschiffahrts-Gesellschaft „Unterweser" beauftragt, das Schiff nach Moorburg zu schleppen. Für die Reise hatte er den Dampfer bei der Norddeutschen Versicherungsgesellschaft in Hamburg und in neun anderen Versicherungsgesellschaften in Höhe von M 40 000 versichert. Am 24. November 1910 wurde die Reise angetreten. Die Maschinen waren auseinandergenommen und die Kessel und Maschinenpumpen waren außer Betrieb. Am 26. November ist der „Drammen" in der Nähe von Sylt leckgesprungen und gesunken, so daß Totalverlust vorliegt. Die Versicherungsgesellschaften, die als Einschuß auf Totalschaden M 20 000 gezahlt haben, verweigern jede Zahlung, indem sie nach dem Spruch des Seeamts Bremerhaven geltend machen, daß das Schiff seeuntüchtig gewesen und deshalb verloren gegangen sei. Kläger verlangt nun in der gegenwärtigen Klage Zahlung der anderen M 20 000, während die Beklagten Rückzahlung der gezahlten Summe begehren.

Das Landgericht Hamburg hat den Kläger zur Rückzahlung verurteilt. Dagegen hat das Hanseatische Oberlandesgericht die Beklagten verurteilt, die restlichen M 20 000 für Totalverlust zu zahlen. Das Reichsgericht hat die von den Beklagten gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision zurückgewiesen und zur Begründung unter anderem folgendes ausgeführt: In der Vorinstanz haben die Beklagten zugegeben, daß es an ihnen liege, die Seeuntüchtigkeit zu beweisen, haben aber nicht das gleiche gelten lassen wollen, was den ursächlichen Zusammenhang der Seeuntüchtigkeit des Schiffes mit seinem Untergang angeht. Der Vorderrichter ist ihnen darin nicht gefolgt. Die Seeuntüchtigkeit hat der Versicherer zu beweisen. Die Frage, ob auch darin eine Seeuntüchtigkeit gelegen hat, daß der Donkeykessel nicht betriebsfähig gewesen ist, wird offengelassen. In letzterer Beziehung können die weiteren Ausführungen des Vorderrichters nur so verstanden werden, daß der ursächliche Zusammenhang mit dem Schiffsuntergang verneint wird. Unverkennbar folgt hier der Vorderrichter dem Gutachten des Sachverständigen, den er letzten Ortes aufgerufen hat, um sich im Widerstreit der Meinungen das Urteil bilden zu können, und der allein sich mit eingehender Begründung auf diese Frage eingelassen hat: wären diese Maschinenteile betriebsfähig gewesen, so hätte man sie doch nicht im voraus unter Dampf gehalten, und selbst wenn man das getan hätte, wäre mit Pumpen der Untergang des Schiffes vielleicht etwas verzögert worden, aber nicht vermieden. Das ist das vom Vorderrichter angenommene Ergebnis, zu welchem der Sachverständige gelangt ist. Dagegen erblickt das Gericht einen Zustand von Seeuntüchtigkeit darin, daß das Schiff nur mit drei Mann besetzt war und zwei von diesen keine berufsmäßigen Seeleute waren. Doch ist auch in dieser Beziehung ausschlaggebend, daß diese Seeuntüchtigkeit für den Verlust des Schiffes nicht ursächlich geworden ist. Diesen Schluß zieht das Oberlandesgericht mit Recht aus den weiteren Gutachten. Es ist mithin in den Gründen eine Beurteilung des Beweismaterials zum Ausdruck gekommen, welche die Verneinung des ursächlichen Zusammenhangs vollauf rechtfertigt. Infolgedessen mußte die Zurückweisung der Revision erfolgen.

w. **Schiffskollision im Hafen.** Der von der Unterelbe kommende Steinewer „Martha" mußte beim Einholen in den Zollkanal einem ihm entgegenkommenden Oberländer Kahn ausweichen, der sich im Tau eines Schleppdampfers befand. Der Ewer lief dadurch aus dem Steuer und rannte gegen eine Pfahlgruppe, so daß er ziemlich bedeutenden Schaden am Vorderschiff erlitt. Kaum war er von der Pfahlgruppe frei, so kam er mit dem Oberländer Kahn in Kollision, den er mittschiffs traf. Diesem ist an der Backbordseite ein großer Teil seines schrägen Decks fortgerissen und mehrere Platten eingedrückt worden. Der Ewer hat hierdurch auch noch Schaden an seiner Takelage erlitten. Auch ist ihm sein Beiboot zerdrückt worden.

w. **Schiffskollision auf der Heimreise.** Der Hamburger Dampfer „Valeria" der Hamburg-Amerika-Linie ist beim Anlaufen von Antwerpen mit einem anderen Dampfer in Kollision gewesen. Hierbei hat er verschiedene ziemlich bedeutende Schäden erlitten. Der Dampfer ist nach hier gekommen und nach der Werft von H. Brandenburg gebracht worden.

w. **Gemeldetes Schiff.** Die deutsche Bark „Hedwig Binnen" der Reederei Binnen ist am 28. Mai auf 15° S. und 36° W. durch den Dampfer „Principe Umberto" angesprochen worden. An Bord alles wohl.

w. **Eine Schiffskollision** ereignete sich in der Nacht auf Mittwoch auf der Unterelbe, unweit der Lühe. Dort ist ein unterelbischer Fischewer von einem unbekannten, segelnden Kutter angerannt worden. Dem Fischewer ist an der Steuerbordseite die Verschanzung eingedrückt und eine Planke gebrochen worden. Außerdem ist er von seiner Verankerung losgerissen und hat dadurch einen großen Teil seiner Netze teils beschädigt, teils verloren, was für den Fischer ein bedeutender Schaden ist. Der Kutter hat ebenfalls Schaden am Vorderschiff erlitten, auch ist ihm das große Segel zerrissen worden. Er hat sich nach der Kollision schnell entfernt.

Zum Stapellauf des dritten Dampfers der Imperatorklasse. Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe und die Polizeibehörde erlassen gemeinsam folgende Bekanntmachung: Im Werfthafen wird am 20. d. M. gegen 3 Uhr nachmittags von der Werft von Blohm u. Voß ein besonders großer Schiffskörper zu Wasser gebracht. Durch diesen Stapellauf wird eine sehr erhebliche Wassermenge rasch verdrängt und dadurch eine starke Wellen- und Strombewegung hervorgerufen werden, deren Wirkung sich in den umliegenden Hafengebieten bemerklich machen wird und für Schiffe und Fahrzeuge gefährlich werden kann. Die Schiffsführer und -eigentümer solcher Fahrzeuge werden auf diese Gefahr hingewiesen und aufgefordert, die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Den Anordnungen der Hafenbeamten ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 38 des Hafengesetzes bestraft.

w. **Auf ein Riff festgerannt** ist der Bergungsdampfer „Athlet". Beim Abbringen eines Schiffes rannte er auf Seelands Riff und blieb sitzen. Der Bergungsdampfer „Hertha" befindet sich bei der Strandungsstelle und macht Abbringungsversuche.

w. **Verkauftes Schiff.** Der deutsche Dampfer „Hollmann", der hier im Hafen auflag, ist durch eine Maklerfirma an eine Reederei in Spanien verkauft worden. Nach der Bodenbesichtigung und Uebernahme hat der Dampfer den Namen „Biabra" erhalten. Unter diesem Namen hat er nach Vigo bestimmt den Hafen verlassen.

w. **Der Hamburger Dampfer „Adelaide",** der mit dem Dock 11 von Blohm & Voß kollidierte, ist an der Werft zur Reparatur festgelegt worden.

Der sogenannte Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, der die Spree mit der Oder verbindet, wurde am 17. Juni für eröffnet erklärt. Er soll den Namen „Hohenzollernkanal" führen.

Wasserstand der Oberelbe am 17. Juni: Aussig + 0,15, Dresden — 1,34, Torgau + 0,45, Wittenberg + 1,57, Barby + 1,21, Magdeburg + 1,04, Wittenberge + 1,32, Dömitz + 0,88, Boizenburg + 0,86, Lauenburg + 1,01. — Aussig, 17. Juni: Pegelstand + 0,15 m. Vom Oberlauf werden 7 cm Wuchs gemeldet. Wetter: Schön.

w. **Unglücksfälle.** Auf dem im Hansahafen liegenden Hamburger Dampfer „Johanna Oelsner" war der Schauermann Gustav Kordt im Zwischendeck mit Anlegen der Luken beschäftigt. Hierbei glitt einer der Lukendeckel ab und K. fiel mitsamt dem Lukendeckel in den Unterraum. Der Verunglückte hat innere Verletzungen und Rippenbrüche erlitten. Er mußte nach dem Hafenkrankenhause gebracht werden. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß kein Scherstock eingelegt war. Die Lukendeckel auf diesem Schiffe reichen über die ganze Luke, sie sind also sehr lang. Da nun der Scherstock fehlte, hatten die Lukendeckel zu wenig Halt. Einer kippte auf und das Unglück war geschehen. — Der Hafenarbeiter Amandus Wolgenannt war auf der Galias „Emma" mit Verstauen von altem Eisen im Raum beschäftigt. Ihm wurde ein Kübel voll Eisen auf den Körper geschüttet. W. hat dadurch Verletzungen am Kopf, Rücken und an beiden Beinen erlitten. — Auf einem im Hafen liegenden alten Schiffe, war der Arbeiter Wilhelm Müller mit dem Auseinanderschlagen eines eisernen Tanks beschäftigt. Hierbei ist er von einem abspringenden Nietenkopf getroffen und im Gesicht und am Hals bedeutend verletzt worden. — Der Speicherarbeiter Ludwig Rückertsen transportierte im Freihafengebiet beim Sandtorhöft einen mit Oel gefüllten Tank, den er auf einen kleinen Rollwagen laden wollte. Der Wagen kam ins kippen und der Tank fiel zurück. Er traf den R. derartig gegen den Unterleib und beide Beine, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Ein herbeigerufener Heildiener brachte den Bewußtlosen ins Leben zurück und legte ihm Notverbände an. — Dem Kutscher Wilhelm Sauber fiel beim Verladen von Fässern mit Schmalz ein Faß vom Wagen und traf ihn so unglücklich auf das rechte Bein, daß er einen Bruch des Beines erlitt.

Pestverdächtige Ratten. An Bord des von Buenos Aires hier eingetroffenen Dampfers „Tropea" sind pestverdächtige Ratten gefunden. Das Schiff wird einer Ausgasung mit dem Rattentötungsapparat „Desinfektor" unterworfen. Die Weiterlöschung des Schiffes wird unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln gestattet werden. Menschen sind nicht erkrankt.

Die Feuerwehr wurde am Mittwoch nachmittags nach den St. Pauli-Landungsbrücken gerufen, um ein ins Wasser gefallenes Pferd zu bergen. Das Rettungswerk gelang den Feuerwehrleuten des dritten Zuges. — Bei Green u. Sörmann am Warthdamm 21 brannten leere Fässer. Die Feuerwehr sandte außer den Zügen 2 und 8 noch das Feuerboot 2 zur Brandstelle. Es gelang, die Flammen im Keime zu ersticken.

w. **Feuer im Hafen.** In der Schute 7782, die im Oberhafen längsseits des Bremer Lloydkahns Nr. 12 lag, brach letzte Nacht Feuer aus. Es gerieten etwa 20 Säcke mit Cobra in Brand. Das Feuer ist durch elektrischen Kurzschluß auf dem Kahn entstanden. Der Zug 8 der Feuerwehr beseitigte das Feuer in kurzer Zeit.

Altona und Umgegend.

Vorsicht beim Waten am Strande! Zwei Knaben und ein Mädchen traten sich beim Waten am Strande von Oevelgönne große Scherben in die Füße. Sie wurden mit einem Notverband versehen und in die elterliche Wohnung gebracht.

Aus dem Fenster gestürzt. Das zweijährige Söhnchen der Bahrenfelderstraße 63 im ersten Stock wohnenden Eheleute Günther kletterte in einem unbewachten Augenblick auf die Fensterbank und stürzte in den Hof. Zum Glück hat der Kleine keine schweren Verletzungen erlitten. Er wurde von Nachbarn aufgehoben und in die elterliche Wohnung gebracht.

Ein eigenartiges Vergnügen machten sich zwei Unbekannte, die einen Hamburger Gastwirt aus der Bramfelderstraße in der Kleinen Freiheit in ein Schaufenster stießen. Der Gastwirt wurde erheblich verletzt; die Täter entflohen.

Die neugierige Wirtin. Ein Schuhmachergeselle aus der Schauenburgerstraße erstattete gegen seine Wirtin Anzeige wegen Verletzung des Briefgeheimnisses. Die neugierige Frau hat fast sämtliche an ihren Mieter gerichteten Briefe geöffnet und gelesen.

Rissen. Wer hat recht? In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde über eine Zuschrift des Herrn Godefroy verhandelt, worin von den Anliegern verlangt wurde, den Sandmoorsweg zu beleuchten. Vor längerer Zeit wurde von diesen Anliegern mit der Gemeinde die Vereinbarung getroffen, daß die Anlieger auf ihre Kosten die Anlage für elektrische Beleuchtung errichten und die Gemeinde hierzu einen Betrag von M. 600 beisteuert. Außerdem sollte auf dieser Strecke die Gemeinde auf ihre Kosten vier Straßenlampen brennen lassen. Die Anlieger haben nun die Anlage für die Privatbeleuchtung fertiggestellt, für die Straßenbeleuchtung aber nicht und verlangen nun von der Gemeinde, daß diese die Anlage errichtet. Da die Gemeindevertretung übereinstimmend der Ansicht war, daß es sich nur um das unentgeltliche Einschalten und Brennen der Lampen handeln kann, war man allseitig erstaunt ob dieses Verlangens. Genosse Lorenzen vertrat die Ansicht, daß die Gemeinde deshalb zurzeit auch noch keine Verpflichtungen habe. Da es sich nun hier aber um „große Herren“ handelt, waren die bürgerlichen Vertreter zu einer konsequenten Haltung nicht zu bewegen. Es wurde beschlossen, daß ein Herr aus der Gemeindevertretung mit den Anliegern verhandeln soll. Eine spätere Sitzung wird sich mit dieser Sache weiter befassen.

Rissen. Die Gemeinderechnung schließt in der Einnahme mit M. 126 005,69, in Ausgabe mit M. 83 993,12 ab, so daß für das neue Rechnungsjahr ein Uebertrag von M. 42 012,57 verbleibt. Die Rechnung für die Schule schließt in Einnahme und Ausgabe mit M. 11 257,28 ab. Hiervon sind aus Gemeindemitteln M. 8 206,55, aus Staatsmitteln M. 2060, der Rest von M. 991,73 aus sonstigen Einnahmen. An Grundsteuern wurden vereinnahmt M. 1789,55, an Gebäudesteuern M. 7202,70, an Gewerbesteuern M. 1292,40, an Einkommensteuern M. 15 946,19, an Umsatzsteuern M. 3178,85, an Lustbarkeitssteuern M. 597, an Hundesteuern M. 587,50 und an Wertzuwachssteuern M. 15 273,36. Von der aufgenommenen Anleihe von M. 48 000 für das Lichtleitungsnetz sind rund M. 21 000 verausgabt, der Rest steht noch für ausstehende Rechnungen zur Verfügung. Für Straßenbauzwecke sind im letzten Jahre rund M. 33 000 aus laufenden Mitteln verausgabt. Für Stromverbrauch und Zählermiete sind in den 5 Monaten des Betriebes M. 4500 vereinnahmt. Ein erhebliches Mehr gegen den Voranschlag brachte die Wertzuwachssteuer, dagegen blieb die Einnahme aus der Umsatzsteuer etwas gegen den Voranschlag zurück.

Aus den Altonaer Gerichten.

Weil sie schlechtes Fußzeug hatten, öffneten zwei Schulknaben im Alter von 13 Jahren mit einem Stück Holz zwei Kabinen einer Badeanstalt und entwendeten daraus zwei Paar Schuhe. Ihre abgetragenen Schuhe stellten sie dafür in die Kabinen. Die Strafkammer II verurteilte die kleinen Sünder, die nur aus Not gehandelt haben, wegen schweren Diebstahls zu je drei Wochen Gefängnis. Sie sollen der bedingten Begnadigung empfohlen werden. Den Vorsitz in der Verhandlung führte der Landgerichtsdirektor Lohmann.

Wegen schweren Diebstahls hatte sich vor der Strafkammer II der Arbeiter Paul R. aus Stellingen zu verantworten. Er hat in Laubenkolonien zahlreiche Einbrüche verübt und Gartengeräte, Früchte, Geflügel usw. gestohlen. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Beantragt waren 10 Monate Gefängnis.

Des Meineides angeklagt waren der Geflügelhändler Kruse und die Geflügelhändlerin Baukus, beide aus Altona, die sich am Dienstag vor dem Schwurgericht zu verantworten hatten. Im beiderseitigen Ehescheidungsprozeß sollen beide einen Meineid geschworen haben. Nachdem die Geschworenen sie schuldig befunden hatten, wurde Kruse zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, die Baukus zu neun Monaten Gefängnis, beide zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Kruse ist wegen Unzucht mit zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus vorbestraft.

Hart bestrafte Greisin. Das Altonaer Schwurgericht verhandelte am Mittwoch unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Levin gegen eine 76jährige Hebamme aus Altona, die wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange angeklagt war. Die alte Frau hatte der Vorschrift zuwider bei dem neugeborenen Kinde eines Maschinenmeisters das Zungenbändchen gelöst, damit das Kind die Brust nehmen könne. Es trat eine starke Blutung ein, die den Tod des Kindes zur Folge hatte. Die Angeklagte, die seit 46 Jahren Hebamme ist und noch keine einzige Vorstrafe erlitten hat, gab an, daß sie solche Operationen in denen sie bei ihrer Ausbildung von einem Professor unterwiesen worden, sei, öfter ausgeführt habe, ohne je einen Mißerfolg erzielt zu haben. Erst im Jahre 1904 sei den Hebammen auf Betreiben der Aerzte die Vornahme solcher Operationen untersagt worden. Die Ausführungen der Sachverständigen (Professor Starck aus Kiel, Medizinalrat Dr. Neidhardt, Dr. Friede und Dr. Villinger-Altona) widersprechen sich teilweise. Dr. Neidhardt sagt unter anderem, daß der Angeklagten eine inkorrekte Führung der Schere nicht nachzuweisen sei. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig und bejahten die Frage nach mildernden Umständen. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrage des Staatsanwalts auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Die Verurteilte soll der Begnadigung empfohlen werden.

Wandsbeck und Umgegend.

Adolf Hesbergs Niederlage.

Vor dem Schöffengericht standen sich in der letzten Sitzung zwei edle Herren gegenüber. Angeklagt war der Kaufmann Karl Friedrich Meyer, der sich in der ersten Verhandlung als Teilhaber der Streikbrechervermittlungsfirma Lindenberg u. Meyer (früher Auguste Müller) präsentierte. „Offiziell“ ist er kein Teilhaber mehr. Meyer war seit Juli 1911 bei Adolf Hesberg in Blankenese teils als Buchhalter, teils als Kontrolleur tätig. Zu seiner Arbeit gehörte auch die Auszahlung der Gelder für die Streiks in Gent und Rotterdam, die wahrscheinlich deshalb in Essen erfolgte, weil die Belgier die Hesbergschen auf gute Art los sein wollten. Einen Teil des Geldes hatte Meyer gleich mitbekommen, der größere Teil von M. 30 000 wurde an einen Rechtsanwalt in Essen überwiesen. Die Auszahlung erfolgte nach den Lohnzetteln der in Gent tätig gewesenen Kontrolleure. Bei der Aufstellung über den Streik in Gent soll sich Meyer dadurch bereichert haben, daß er auf mehreren Buchseiten die Summen falsch addierte und den so erzielten „Ueberschuß“ in seine Tasche fließen ließ. M. stellte das in Abrede; die Additionsfehler führte er auf den Mangel an Zeit zurück. Er habe kein Geld übrig behalten. Auf einer Fahrt von Essen nach Hamburg habe er dem Hesberg in der Eisenbahn einen größeren Betrag gegeben, ohne daß er eine Quittung bekommen habe. Der Verteidiger Meyers machte darauf aufmerksam, daß M. nach seinem Fortgang aus der Stellung bei Hesberg ein Konkurrent Hesbergs geworden sei. Hesberg habe darauf mehrere Anzeigen gegen M. gemacht und Klagen gegen ihn erhoben. Zweimal, in Hamburg und Essen, habe er ihn wegen „Fluchtverdachts“ gerade immer dann verhaften lassen, wenn er unmittelbar vor einem „Geschäftsabschluß“ stand. Quittungen, erklärte der Angeklagte auf Befragen, gab es nicht; es handelte sich immer um Galoppgeschäfte.

Die Angaben der Herren Adolf, Julius und Heinrich Hesberg aus Blankenese unterstützte sein „Geschäftsführer“, ein Herr Lucascewicz, der die Fehler in der Addition entdeckt hat. Als der Verteidiger Dr. Lübbe sich nach den Vorstrafen Hesbergs erkundigte, bekam H. einen gelinden Wutanfall, was ihm eine Zurechtweisung des Vorsitzenden eintrug. Nach längerem Hin und Her stellte sich heraus, daß die Angelegenheit ebensowenig wie in der ersten Sitzung klarzustellen ist. Damals war die Prüfung der Hesbergschen Bücher beschlossen worden. Aber Hesberg teilte nun mit, der Staatsanwalt habe auf die Durchsicht der Bücher keinen Wert gelegt. Das Ende vom Lied war, daß der Amtsanwalt selbst beantragte, M. freizusprechen. Der Verteidiger tat ein übriges und stellte fest, daß Hesberg sich lediglich von seiner Wut auf den Angeklagten, der sein Konkurrent geworden sei, habe leiten lassen. Die Glaubwürdigkeit Hesbergs sei stark in Zweifel zu ziehen. Das Gericht folgte denn auch dem Antrag des Verteidigers, sah die Sache als nicht genügend geklärt an und stellte fest, daß Hesberg auch ein gewisses Interesse am Ausgang der Klage habe. Bei der Art und Weise, wie bei Hesberg die Geschäfte erledigt werden, hätten dem Angeklagten, wenn er sich habe bereichern wollen, ganz andere Wege offen gestanden.

Ein neues Ruhmesblatt im Kranze, zog Adolf Hesberg wutentbrannt von dannen.

Ein Frauenbildungsabend findet am Freitag abend im Lokale des Genossen Hogrebe statt. Ueber die Verhandlungen der Generalversammlung wird ein Bericht gegeben werden. Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen wird gebeten.

Bramfeld. Beschlagnahme einer Kindesleiche. Die hiesige Polizeibehörde ließ im Ortsteile Hellbrook die Leiche eines ein Jahr alten Kindes mit Beschlag belegen, weil die Anzeige eingegangen war, daß das Kind nicht eines natürlichen Todes gestorben sei. Als Ursache wurde Nahrungsmangel angegeben. Die Leiche wurde in das Sektionszimmer des Spritzenhauses gebracht und dort von dem Kreisarzt, Herrn Geh. Medizinalrat Dr. Hunnius aus Wandsbeck, einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Ob der vorliegende Verdacht begründet ist, konnte bisher mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Die Beschlagnahme ist jedoch aufgehoben und das Kind bereits beerdigt worden.

t. **Ahrensburg.** Bahnhofsumbau. Der hiesige Bahnhof, der schon seit längerer Zeit dem immer mehr anwachsenden Verkehr nicht mehr genügte, ist deshalb einem Umbau unterzogen worden. Der Bahnhof entspricht in allen Teilen jetzt den Verkehrsverhältnissen. Der Umbau einschließlich der Nebenanlagen erforderte einen Kostenaufwand von rund M. 1 800 000. Der Personenverkehr ist seit der Einführung der Sonntagsfahrkarten ganz bedeutend gestiegen.

Vereine und Versammlungen.

Frauen-Bildungsabend in Altona am 10. Juni. Genosse Frohme hielt einen lehrreichen Vortrag über „Die Frau der Zukunft.“ Die Frauenbewegung sei keine willkürliche, sondern eine geschichtliche Entwicklung. Die sozialistische Frauenbewegung sei durch den Kapitalismus hervorgerufen, die proletarische Frau kämpfe neben dem Manne um ihre Gleichberechtigung. Die bürgerliche Frau dagegen kämpfe nur für ihr Geschlecht. Auf dem Gebiete des Gerichtswesens kann eine aufgeklärte Frau viel Segen stiften. Auch auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, sowie des Schulwesens werden der Frau der Zukunft gesetzliche Rechte eingeräumt werden. Unter „Verschiedenes“ wurde noch auf den Streik in der Seifenfabrik von Douglas Söhne hingewiesen. Schluß der von über 80 Frauen besuchten Versammlung um 11 Uhr.

Telegramme des Wolffschen Bureaus.

Das preußische Kommunalabgabengesetz in der Kommission.

Berlin, 17. Juni. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Kommunalabgabengesetzes nahm eine Resolution des Zentrums an, worin ein Gesetzentwurf gefordert wird, wodurch eine Verbesserung des Warenhaussteuergesetzes, insbesondere hinsichtlich der Grundlage der Steuerbemessung und ihrer Höhe, sowie des Verwendungszweckes herbeigeführt wird. Angenommen wurde ein Antrag, wonach bei der Gemeindeeinkommensteuer für Genossenschaften mit beschränkter Haftung der gleiche Steuersatz wie für die physischen Steuerzahler in Kraft tritt.

Flieger-Schicksal.

Breslau, 17. Juni. Bei den Probeflügen auf dem Gandauer Flugplatze stürzte der Unteroffizier Seel mit einem Doppeldecker aus 30 Meter Höhe ab. Der Apparat ist stark beschädigt. Seel, der ohne Beobachter flog, ist leicht verletzt.

Chartres, 17. Juni. Der Fliegeroffizier Major Felix ist heute nachmittag auf dem hiesigen Flugplatze tödlich verunglückt, als er einen Versuch mit einem neuen Apparat unternahm.

Die religiösen Orden in Hessen.

Darmstadt, 17. Juni. Die Zweite Kammer trat heute vormittag in die Beratung der Regierungsvorlage, betreffend die Revision der Gesetze über die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, ein. Zur Begründung der Vorlage ergriff der Minister des Innern, von Holbregt zu Bech, das Wort, um den falschen Schlüssen und übertriebenen Befürchtungen entgegenzutreten, die sich in evangelischen Kreisen an die Einbringung der Vorlage geknüpft hätten. Namentlich trat er der Befürchtung entgegen, daß durch die Bestimmung, wonach die Niederlassungen von religiösen Orden usw., deren Mitglieder sich ausschließlich der Seelsorge widmen, gestattet sei, die Rückkehr der Jesuiten ermöglicht werde. Die Rückkehr der Jesuiten sei und bleibe nach dem bestehenden Gesetz ausgeschlossen und werde auch durch diese Vorlage nicht ermöglicht. Sodann trat der Minister dem Vorwurf entgegen, daß sich die Regierung durch die Vorlage staatlicher Hoheitsrechte begebe. Die vorhandenen Bestimmungen reichten vollständig aus, um etwaigen Uebergriffen der Orden entgegenzutreten. Von diesen Bestimmungen habe die Regierung übrigens nicht nötig gehabt, Gebrauch zu machen. Es sei im Interesse der Orden selbst gelegen, alles zu vermeiden, was in weiteren Kreisen Anstoß erregen könne. Daß Proteste aus evangelischen Kreisen kommen würden, habe man vorausgesehen. Ueberrascht habe nur die große Zahl der Proteste.

Da es sich aber um eine konfessionelle Frage handelt, in der eine Einigung nicht zu erzielen sei, sei es um so mehr Aufgabe der Regierung, alle religiösen Streitigkeiten und Empfindlichkeiten zu vermeiden und den Frieden zu wahren. Die Regierung habe geglaubt, mit dieser Vorlage berechtigten Klagen aus katholischen Kreisen entgegenzukommen, wobei sie die fast einstimmige Zustimmung der Kammer erhalten habe. Wenn einerseits aber die Konzession als unzulänglich bezeichnet würde und der Regierung anderseits vorgeworfen würde, daß sie sich staatlicher Hoheitsrechte begeb, so werde ihn das Bestreben, den konfessionellen Frieden zu wahren, erschwert. Die Regierung glaubt, daß trotz des ausgebrochenen Sturmes es doch möglich sein würde, den konfessionellen Frieden zu erhalten, wenn man mit Sachlichkeit und ohne Voreingenommenheit und unter Hintansetzung aller Parteiinteressen an die Beratung der Vorlage herangehe und von der Ueberzeugung ausgehe, daß so dem Wohl des Landes und der Erhaltung des religiösen Friedens gedient werde.

Hochseefischereikongreß.

Kopenhagen, 17. Juni. Der zweite nordeuropäische Fischhändler- und Hochseefischereikongreß, zugleich den zweiten zwischenstaatlichen Ostseefischereikongreß umfassend, ist in Malmö mit einer Begrüßungsansprache des Ehrenpräsidenten, des ersten Hofjägermeisters Freiherrn von Trolle, eröffnet worden. Der Präsident des Kongresses, Wendsyssel-Kopenhagen sprach den Dank allen denen aus, die für das Zustandekommen des Kongresses gearbeitet haben, in erster Reihe dem König der Schweden und dem Landwirtschaftsministerium. Der deutsche Delegierte Fischereidirektor Lübbert-Hamburg und der russische Delegierte, Wirkl. Staatsrat Kusnetzow, überbrachten Grüße.

Das neue Fabrikgesetz in der Schweiz.

Bern, 17. Juni. Der Nationalrat nahm einstimmig das neue Fabrikgesetz an. Das Gesetz beruht auf einem Kompromiß zwischen Industrie und Arbeiterschaft; es bringt den Zehnstundentag, schränkt die Nacht- und Sonntagsarbeit ein und verbietet diese für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren, setzt als Mindestalter für Fabrikarbeiter das 14. Lebensjahr fest und gewährt einen Wöchnerinnenschutz bis zu acht Wochen.

Schiffszusammenstoß.

London, 17. Juni. Nach einer Lloydmeldung ist der deutsche Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ im Aermelkanal mit dem englischen Dampfer „Incemore“ zusammengestoßen. Der Engländer wurde am Vorderteil schwer beschädigt. „Kaiser Wilhelm II.“ fuhr von Southampton nach New York. Der Zusammenstoß fand in dichtem Nebel statt. „Kaiser Wilhelm II.“ ist sofort nach Southampton zurückgekehrt.

Bremen, 17. Juni. Nach einer drahtlosen Nachricht des Dampfers „Kaiser Wilhelm II“ sind alle an Bord befindlichen Passagiere und Mannschaften wohlbehalten.

Das englische Unterhaus.

London, 17. Juni. Aubrey Herbert fragt, ob im Hinblick auf die drohende Erneuerung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei die britische Regierung die Möglichkeit erwägen wolle, ihre freundschaftlichen Dienste anzubieten.

Parlamentsunterſekretär Acland erwiderte, die britische Regierung werde gemeinsam mit den anderen Mächten jede sich bietende Gelegenheit benutzen, die dem Bestreben, den Frieden zwischen Griechenland und der Türkei zu erhalten, dienen könne. Aber gewöhnlich seien die freundschaftlichen Dienste nur dann wirksam, wenn sie von beiden im Streit begriffenen Parteien gewünscht werden.

Aubrey Herbert fragte sodann, ob Sir Edward Grey die erforderlichen Schritte zum Schutze der sehr großen britischen Handelsinteressen in Smyrna und an der Mündung der Dardanellen erwägen wolle, wenn diese freundschaftlichen Dienste nicht angenommen würden.

Acland erwiderte, auch dieses werde erwogen.

Marineminister Churchill brachte einen Antrag ein, die Marineverwaltung zur Aufwendung von 2,2 Millionen Pfund zum Erwerb des Aktienkapitals der Anglo-Persian Oilcompany zu ermächtigen. Er sagte, daß er allein die beste Art und Weise, den nötigen Heizölvorrat für einen annehmbaren Preis der Flotte zu sichern, in Betracht zöge, nicht die Politik, etwa weitere ölbeheizte Schiffe zu bauen. Großbritannien fahre fort, die Kohle als die Hauptbewegungskraft der Flotte anzusehen, ebenso große Oelvorräte überall in der Welt zu kaufen und den heimischen Vorrat in Staatsbesitz befindlichen Oeles zu vermehren. Die Versuche würden fortgesetzt, Oel aus Kohlen zu gewinnen. Die Nachforschungen nach Oel innerhalb des britischen Reiches würden gefördert, soweit es finanziell gerechtfertigt sei, betreffe der Vorschlag nicht etwa eine einzige Quelle des Schiffsheizöles, sondern eine allerdings wichtige Hilfsquelle hinsichtlich ihrer Ergiebigkeit und der dadurch ausgeübten Einflüsse auf die Oelpreise. Die Admiralität habe schon lange ihr Augenmerk auf Persien gerichtet, das eine Bezugsquelle des Oelvorrats zu werden verspreche. Sie mußte ein Oelgebiet in Händen haben, das ein annehmbar im Betriebe befindliches Gebiet mit ganz bestimmten Aussichten und großer Entwicklungsmöglichkeit sei. Dies habe sie allein in Persien gefunden. Churchill rechtfertigte die Erwerbung der Shares der genannten Gesellschaft und erklärte, die jetzt produzierenden Schächte deckten die Bedürfnisse der Admiralität. Man wäre auch berechtigt, eine Entwicklung der Werke zu erwarten, die einen großen Einfluß auf die Oelmarktlage ausüben müßte. Strategische und außenpolitische Fragen erörternd sagte Marineminister Churchill, es könne nicht behauptet werden, daß die Erwerbung unerwartete Wirkungen auf die auswärtigen Beziehungen ausübe. Keine in Persien bestehende Schwierigkeit werde dadurch verschlimmert oder verwickelter. Die Admiralität glaube, keinen Heizölmangel Großbritanniens in Kriegszeiten befürchten zu müssen. Er hoffe, kein unbegründetes Gerede zu hören, es hinge die Existenz des britischen Reiches von der kleinen Erdölleitung ab, die durch Gebirgsgegenden ihren Weg sucht. Das britische Reich beruhe auf dem Reichtum Britanniens und seiner Flottenstärke. Die Erdölfrage sei nicht eine Frage ersten Ranges für die Kriegsführung, sondern eine Angelegenheit des Friedens und der Finanzen. Betreffend die den Rohölmarkt beherrschenden Gruppen, sagte Churchill, die Regierung habe schon längst die Erfahrung gemacht, daß sie beständig von den Oeltrusts ausgepreßt würde und daß die Preise auf mehr als das Doppelte gestiegen seien als vor einigen Jahren. Hiernach fühle sich die Regierung verpflichtet, sich ohne Verzug eine bessere Stellung zu sichern. Die Regierung halte diese Kapitalanlage für einen vorsichtigen, vorteilhaften und geschäftlich gesunden Vorschlag. Allerdings könne sie sich nicht auf den engen Händlerstandpunkt beschränken, sondern müsse die Interessen der Flotte berücksichtigen. Wenn die Marinesachverständigen es künftig für nötig hielten, Oel bei schnellen Großkampfschiffen, kleineren Schiffen und Torpedofahrzeugen zu verwenden, so dürfte die Regierung sich nicht wegen der Schwierigkeit der Oelbeschaffung mit weniger wirksamen Kriegsmaschinen begnügen. Die Oeltrusts hätten schon lange ihr Auge auf Persien geworfen. Wenn die Politik der Regierung in dieser Frage nicht die Zustimmung des Parlaments finden würde, so würde zweifellos eine Verschmelzung irgendwelcher Art der Anglo-Persian Oilcompany mit einer anderen Gesellschaft eintreten.

Eisenbahnunglück in England.

Bexhill, 17. Juni. Der Expreßzug von Worcester ist heute vormittag in den von Reading nach Paddington gehenden Lokalzug außerhalb der Station Reading hineingefahren. Beide Lokomotiven entgleisten. Der Lokomotivführer und der Heizer des Lokalzuges wurden schwerverletzt unter den Trümmern hervorgezogen.

Bexhill, 17. Juni. Bei dem Eisenbahnunglück bei Reading ist von den Passagieren nur eine Dame verletzt worden. Von den beiden verletzten Beamten ist einer gestorben.

Die Budgetberatung im französischen Senat.

Paris, 17. Juni. Der Senat begann heute die Budgetberatung. Aimond, Generalberichterstatter der Budgetkommission, erklärte, seiner Meinung nach würden weder die Vorlage zur Einkommensteuer, die man in das Budget 1914 aufnehmen wolle, noch die neue von Ribot vorgeschlagene Erbschaftssteuer genügen, um das Defizit zu decken. Man werde gleichzeitig zu direkten und indirekten Steuern greifen müssen. Für den Augenblick werde die Besteuerung des Alkohols einen wichtigen Beitrag liefern. Man werde wieder ein außerordentliches Budget aufstellen, aber man müsse baldmöglichst die dauernden Ausgaben durch dauernde Einnahmen decken. (Beifall.)

Albanien.

Wien, 17. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo vom 16. Juni: Die Aufständischen schickten an diesem Tage nachmittags zwei Parlamentäre in die Stadt, die mit verbundenen Augen in den Konak geführt wurden, wo die Verhandlungen begonnen haben.

Wien, 17. Juni. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet: Die in Durazzo eingetroffenen zwei Parlamentäre überbrachten einen Brief, in dem die Aufständischen bitten, ihre Toten und Verwundeten fortschaffen zu dürfen. Gestern abend 8 Uhr kehrten die Parlamentäre zurück.

Durazzo, 17. Juni. Meldung der Agenzia Stefani von 7 Uhr 15 Minuten abends. Ein aus etwa 1000 Mirditen und Malissoren bestehendes Expeditionskorps ist von den Aufständischen umzingelt und dezimiert worden.

Durazzo, 17. Juni. Meldung der Agenzia Stefani von 1,30 Uhr mittags. Die Aufständischen griffen die Stadt plötzlich wieder an, während die Mirditen gegen Sick im Gefechte stehen. Man fürchtet, daß die Aufständischen jeden Augenblick zahlreich in die Stadt eindringen könnten. Die Malissoren weichen zurück, aber man ist dabei, neue Verteidigungsmaßregeln zu treffen, um die Stadt zu halten, bis neue Verstärkungen vom Norden eintreffen.

Valona, 17. Juni. Die Regierungstruppen haben, wie die Albanische Korespondenz meldet, unter der Führung des Majors Besim nach hartnäckigem Kampfe mit den Aufständischen die Höhen von Ardenica erstürmt und die Aufständischen unter Verlusten in die Flucht geschlagen. Sie zogen sich in der Richtung Ljuschma zurück, wohin die Regierungstruppen vorrücken sollen.

Griechenland und der Balkan.

Sofia, 17. Juni. In Erwiderung auf die Interpellation über die griechenfeindliche Bewegung bestritt Ministerpräsident Radoslawow in der Sobranje, daß Ausschreitungen gegen die Griechen vorgekommen seien. Die Kirchen des griechischen Patriarchats seien ohne Ruhestörung in Besitz genommen worden. Die Regierung sei von der Bewegung überrascht worden in dem Augenblicke, als sie in Athen mit einigem Erfolge Schritte unternommen habe, um die die öffentliche Meinung Bulgariens erregende Bulgarenverfolgung zu beendigen. Das bulgarische Volk besitze genug gesunden Sinn, um Ausschreitungen zu vermeiden. Die Regierung habe Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

Konstantinopel, 17. Juni. Wie verlautet, übernahm die russische Botschaft, zwischen der Pforte und dem Patriarchat wegen der Wiedereröffnung der griechischen Kirchen und Schulen zu vermitteln. Auf die diesbezüglichen Schritte der Botschaft soll das Patriarchat erwidert haben, die Bedingungen seien: Wiedereinsetzung der Ausgewanderten in ihre Häuser, von denen der größte Teil bereits durch eingewanderte Muselmanen besetzt sei, Rückgabe ihrer Habe, Schadloshaltung und Beendigung des Boykotts, Beendigung der Griechenverfolgung, schließlich sichere Zukunftsbürgschaften für den Augenblick der Einsetzung einer europäischen, nach einer anderen Version russisch-englischen Kommission, die die Ausführung der Bedingungen überwachen soll.

Konstantinopel, 17. Juni. Der „Tanin“ meldet: In der Gegend von Ribussas sind zwei Muselmanen von Griechen getötet worden.

Dem „Taswir-i-Efkiar“ zufolge ist eine 60 Mann starke Bande in Siwir Hissar bei Smyrna gelandet. Nach einem Zusammenstoße mit einer schwachen Gendarmerieabteilung schiffte die Bande sich wieder ein, indem sie eine griechische Familie mitnahm.

Der „Jeune Turc“ dementiert die Gerüchte, daß in Konstantinopel eine fünfgliedrige albanische Deputation eingetroffen sei, um den Thron von Albanien einem türkischen Prinzen anzubieten.

Türkisch-deutscher Handelsvertrag.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Regierung hat der Kammer eine Vorlage zugehen lassen, durch die die Verlängerung des türkisch-deutschen Handelsvertrages von 1890 mit den Zusatzprotokollen von 1907 gutgeheißen wird.

Von der „Pretoria“.

New York, 17. Juni. Die Hamburg-Amerika-Linie veröffentlicht eine Depesche des Kapitäns des Dampfers „Pretoria“, wonach die „Pretoria“ den positiv richtigen Kurs 10 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 65 Grad 6 Minuten westlicher Länge gefahren sei. Die „New York“ allein habe an der Kollision schuld. Während der Kollision habe keinerlei Verwirrung an Bord geherrscht.

New-York, 17. Juni. Vor der staatlichen Aufsichtsbehörde für Dampfschiffahrt begann heute die Untersuchung der Ursachen des Zusammenstoßes zwischen den Dampfern „Pretoria“ und „New-York“, um festzustellen, ob dabei Gesetzesverletzungen die Anklage rechtfertigen würden, obwohl eine solche bisher nicht erhoben worden ist.

Mexiko.

Washington, 17. Juni. In einem Gefecht zwischen Huertas Kanonenboot „Guerrero“ und dem Rebellenkanonenboot „Tampico“ ist die „Tampico“ unterlegen. Der Kampf fand bei Mazatlan statt.

Admiral Horward meldet, daß der Kapitän und der erste Ingenieur der „Tampico“ Selbstmord begangen hätten.

Zum Untergang der „Empreß of Ireland“.

Quebec, 17. Juni. Vor der Kommission, welche die Ursachen des Untergangs der „Empreß of Ireland“ untersucht, erklärte der erste Offizier der „Storstadt“, Alfred Juftenes, daß die „Storstad“, nachdem sie die „Empreß“ gesichtet habe, ihren Kurs nicht geändert hätte, wie dies der Kapitän der „Empreß“, Kandall, behauptete. Im Gegenteil sei die „Empreß“ getroffen worden, weil sie an dem Bug der „Storstad“ vorbeifahren wollte.

Letzte Telegramme.

Berchtesgaden, 17. Juni. Der 26jährige Friseur Ernst Kraft aus Gießen ist gestern abend vom Hohengöll abgestürzt. Heute vormittag wurde seine Leiche von der Rettungsexpedition aufgefunden.

London, 17. Juni. Das Lazarettschiff „Maine“ ist im Firth of Lorne aufgelaufen und gilt als verloren. Die Mannschaften und Kranken wurden in Booten gerettet.

Baku, 17. Juni. Der Streik flaut ab. Gegen 2000 Arbeiter haben die Arbeit wiederaufgenommen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen in Balachony wurde eine Person getötet und eine verwundet.

Alexandria, 17. Juni. Fünf Fälle von Bubonenpest sind amtlich festgestellt worden. Davon sind zwei Fälle, wobei es sich um Griechen handelt, tödlich verlaufen.

Champaign (Illinois), 17. Juni. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff kam von der Eisenbahnstation. In seiner Begleitung befand sich unter anderm der Vizepräsident der Universität. Ein Polizeibeamter forderte sie auf, das Automobil zu halten. Da er jedoch nicht in Uniform war, wurde sein Befehl unbeachtet gelassen. Darauf feuerte dieser einen Schuß ab.

Eine weitere Meldung lautet: Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff ist heute knapp dem Tode entgangen. Als ein Polizeibeamter auf das Automobil feuerte, in dem der Botschafter sich zu der Semesterfeierlichkeit an der Universität nach Illinois begab.

Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion

ist nur vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 6 bis 8 Uhr.

Zwei streitende Genossen. Die betreffenden Geschäftsleute werden nicht entschädigt.

O. H., Altona. 1. Beide Kinder sind zum Unterhalt der Mutter gesetzlich verpflichtet. Die Höhe der zu leistenden Unterstützung richtet sich nach dem Einkommen. 2. Sie sind nicht verpflichtet, bei Ihrer Mutter zu wohnen. 3. Ihnen gehörige Sachen können Sie mitnehmen.

W. St., Diagonalstraße. Sie haben nur für die erhaltenen Sachen zu zahlen. Wenn die Firma die Abmachungen nicht innehält, so sind Sie auch nicht mehr daran gebunden.

A. St. 85. In Hamburg und auch in Altona gibt es Eisenbahn-Reparaturwerkstätten.

E. P. 624. Darüber gibt Ihnen die Reederei der Kosmoslinie nähere Auskunft.

M. M. 5. Wenn man Ihnen nachweisen kann, daß Ihr Junge die Scheibe eingeworfen hat, müssen Sie sie bezahlen.

Alter Scholeser in Altona. Die Herrschaft Ihrer Frau hat sich dadurch strafbar gemacht. Sie können den Fall bei der Behörde für Invalidenversicherung, Klopstockstraße 2, zur Anzeige bringen. Dort erfahren Sie alles Nähere.

Lilienstraße. Ein hamburgischer Staatsbeamter darf nur mit Erlaubnis der vorgesetzten Behörde außerhalb Hamburgs wohnen und Nebenbeschäftigung betreiben.

F. 3. 1. Die Schriften sind durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

F. R. Es ist Anmeldung bei der Polizeibehörde erforderlich, dann ergibt sich alles andere von selbst.

A. B. 44. Wenn nichts bestimmtes ausgemacht ist, so muß dem Hauswirt eine „angemessene“ Zeit zur Besichtigung der Wohnung gewährt werden. Was angemessene Zeit ist, richtet sich nach der Ortsgewohnheit und kann auf Anrufen vom Richter festgesetzt werden. 2. Das können Sie. 3. Das brauchen Sie nicht zu gestatten.

H. Schiffbek. Das erfahren Sie bei der Reederei.

E. H. Ja, das kann sie.

Hamburg 112. 1. u. 2. Die Anmeldung auf dem Standesamt muß in der Stadt erfolgen, wo die Eheschließung vorgenommen werden soll. Um weiteres haben Sie sich nicht zu bekümmern, das geschieht durch die Behörde. 3. Der Stiefmutter.

Nr. 1893. 1. Als Drucksache unter Kreuzband. Porto 5 ₰ für je 50 g. Eine Drucksache nach dem Ausland darf das Höchstgewicht von 2 kg nicht überschreiten. 2. Die „New Yorker Volkszeitung“, New York, Nr. 15, Spruce-Street.

N. M. 24. Die Reederei Satori u. Berger in Kiel, deren Schiffe nach Königsberg fahren, giebt Ihnen gern die gewünschte Auskunft.

D. S., Kielerstraße. 1. Der 1. Mai 1890 fiel auf einen Donnerstag. 2. Der erste Maifestzug fand am Sonntag, 3. Mai 1891, statt.

F. B. Die Frau bekommt dann ¼, die Kinder ¾ des Nachlasses.

Scholeser. In Nr. 136 bereits beantwortet.

P. P. 1896. Sie müssen sich bei der Ersatzkommission melden unter Vorlegung Ihres Geburtsscheines.

Doppel H. H. 1. Das ist ein Grund zur Ehescheidung. Ihren Schwager können Sie aber erst bestrafen lassen, wenn die Ehe geschieden ist. Ehebruch wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. 2. Das ist eine Beleidigung.

J. R. Wenn eine jährliche Mietsumme ausgemacht ist, so müssen Sie vierteljährlich kündigen. Ist aber nur ein monatlicher Mietpreis ausgemacht, so können Sie vom 15. auf den 1. kündigen.

Angehender Ehemann. Ist erst in der Sonntagsnummer ausführlich beantwortet.

Wickström. Sie können sie bei jeder Postanstalt bestellen; dort erfahren Sie auch den Bezugspreis.

Veilchen 200. Aerzte empfehlen wir nicht; im Adreßbuch finden Sie alle verzeichnet.

H. L., Hamburg 30. An die Armenverwaltung.

78 M. und Continental. Vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der dreizehnten ist das Krankengeld auf mindestens zweidrittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes zu bemessen. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln (nicht dem vollen Arbeitslohn) und dem Krankengeld ist von dem Unternehmer des Betriebs zu ersetzen, in dem der Unfall sich ereignete.

Wien. 1. Das ergeben die Statuten der Kasse. 2. Wenn Sie mündig sind, nicht.

Unwissende und **P., Laufgraben.** Wenn das Mädchen zu der Zeit auch noch mit einem anderen verkehrt hat, so wird die Klage abgewiesen; das Mädchen bekommt also keine Alimente.

P. M. Lohnbeschlagnahme ist zuläsig, doch nur insoweit, als das Einkommen M. 1500 übersteigt.

Schwerhöriger. Die im Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona, Gau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Bureau: Besenbinderhof 57, II., Gewerkschaftshaus) vereinigten Buchdrucker haben es übernommen, für die Angehörigen des graphischen Gewerbes zum Sonnabend, 11. Juli, zwischen 4 und 6 Uhr, einen Extrazug zu stellen. Dieser Zug wird als Eilzug (3. Klasse) durchgeführt. Die nur für die Hinfahrt gültige Karte kostet M. 7, also die Hälfte des gewöhnlichen Fahrpreises.

Ak., Bundesstraße. 1. Der Kantinenbetrieb ist ein Gewerbebetrieb und gehört zum Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. 2. Die vierzehntägige Kündigungsfrist ist bindend. Bei groben Beleidigungen oder Tätlichkeiten durch den Arbeitgeber ist der Arbeitnehmer berechtigt, den Dienst sofort zu verlassen. Bezüglich der Ruhezeit schreibt das Gesetz vor: „In Gast- und Schankwirtschaften ist jedem Gehilfen über 16 Jahre für die Woche siebenmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren.“

Zwei Streitende vom Großmannsplatz. 1. Das ist verschieden, weil darüber keine gesetzliche Vorschrift besteht. 2. Breitrück wurde am 15. Februar 1896 in Altona hingerichtet.

A. H. 14. 1. Ja. 2. Nein.

Vorwärts. Das ist nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches verboten.

B. St. 147. Staats-, Gemeinde- und akademische Vakanzen-Zeitung, Berlin.

Eduardstraße. Wenn fünf Jahre ununterbrochen M. 1200 versteuert sind.

Scholeser 24 S. „Ueberfluß“ wird demnächst bei Albert Langen, München, in Buchform herausgegeben.

A. B. Auf den Seiten 27 und 28 des ersten Abschnitts im Adreßbuch finden Sie alle Kassen verzeichnet.

F. T. Um Altersrente zu bekommen, müssen 1200 Marken geklebt sein.

Unwissende 24. Das Halten von Hühnern ist in Hamburg nicht verboten.

H. H. 1. Mit dem 21. Lebensjahre. 2. Ja. 3. Dagegen ist nichts zu machen. 4. Sie müssen sich bei dem nächsten Bezirkskommando melden. Die Meldung muß aber vor dem 25. Juli erfolgen.

E. S. 96. Das Gesuch ist an die Ersatzkommission zu richten, wo Sie auch die Bedingungen erfahren.

000 W. Das erfahren Sie bei der Polizeibehörde.

Auktionen.

18. Juni.

9½ Uhr: Elbstraße 9, Pfänder (Gerichtsv.).
9½ „ Bäckerbreitergang 73, Pfänder (Lombardverw.).
10 „ Jägerstraße neben 37, Mobilien, Hausstandssachen usw. (Gerichtsv.)
10 „ Speersort 6, Zigarren, Zigaretten (Martin Levy).
10½ „ Weidenallee 22/24, Mobilien usw. (Carl F. J. Marks).

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 139.

Donnerstag, den 18. Juni 1914.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Fehlandstraße 11.** — Verantwortlicher Redakteur: **J. Reitze in Hamburg.**

Hamburger Bürgerschaft.

27. Sitzung.

Mittwoch, 17. Juni 1914, vormittags 11 Uhr.

Präsident Dr. Schön verliest zunächst die Eingänge, worunter sich folgende Anträge aus dem Hause befinden:

C. Winkler (Z.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß die Dienstzeit der Beamten der Deputation für das Feuerlöschwesen (soweit sie jetzt 48 Stunden Dienst und 24 Stunden Freizeit beträgt) auf 24 Stunden Dienst und 24 Stunden freie Zeit ermäßigt werde.

Dr. Goldfeld (L.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, eine Verkleinerung der öffentlichen Grünanlagen in der Stadt ohne zwingenden Grund nicht zuzulassen und insbesondere die Errichtung eines Kunstausstellungsgebäudes auf dem Gelände öffentlicher Anlagen nicht zu gestatten.

Auf der Tagesordnung steht

1. Wahl eines Senators.

Vom Senatspräsidenten ist ein Schreiben eingegangen, wonach als Vertrauensmänner des Senats bei der Aufstellung des Wahlaufsatzes ernannt sind: Senator Dr. Schröder, Senator von Berenberg-Goßler, Senator Dr. Diestel und Senator Sachse. Die Bürgerschaft erwählt ihrerseits Dr. Bagge (Z.) mit 106, Dr. Braband (VL.) mit 105, Hirsch (L.) mit 70 und Rohde (L.) mit 106 Stimmen. Binder (R.) bleibt mit 36 Stimmen in der Minderheit.

Während sich die Erwählten in das Senatsgehege zurückziehen, fährt die Bürgerschaft in der Erledigung ihrer Tagesordnung fort.

Da das Haus auf der rechten Seite fast völlig leer geworden ist, wird Nr. 2 der Tagesordnung (Wahl von Deputationsmitgliedern) ausgesetzt. Es folgt

3. Staatshaushaltsabrechnung über das Jahr 1912.

Der Senat überreicht die mit Ende Dezember 1913 abgeschlossene Abrechnung über das Jahr 1912 nebst den Abrechnungen über das Rückstandskonto und das Staatsschuldenwesen, sowie Nachtragsabrechnungen für die Jahre 1910 und 1911 über Gehalts- und Pensionsnachzahlungen gemäß Gehaltsordnung vom 19. Juni 1912, die Bilanz der Hauptstaatskasse Ende Dezember 1913 und die Betriebsabrechnungen.

Das Jahr 1912 schließt mit einem Fehlbetrage von ℳ 675 349,28 ab. Gegen die am 14. Februar beziehungsweise 17. Oktober 1913 (durch die Beilage C zum Budget für 1914) der Bürgerschaft mitgeteilte Schätzung, wonach sich ein Fehlbetrag von ℳ 1 747 400 ergab, hat sich der Fehlbetrag um ℳ 1 072 050,72 ermäßigt. Die Einnahmen haben sich um etwa ℳ 672 000 höher, die Ausgaben um etwa ℳ 400 000 niedriger gestellt.

Zur Prüfung der Abrechnung soll ein Ausschuß gewählt werden. Während der Wahl stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Der Präsident will die Wahl unterbrechen und später fortsetzen.

Stolten (SD.) widerspricht diesem Verfahren und erklärt, daß die Wahl dann von neuem vorgenommen werden müsse.

Die Wahl wird vorläufig ausgesetzt.

4. Ufereinfassungen vor Miete- und Erbbauplätzen.

Der Senat richtet das Ersuchen an die Bürgerschaft, es mitzugenehmigen, daß auf das Anleihekonto „Ufereinfassungen vor Miete- und Erbbauplätzen" ein weiterer Betrag von ℳ 600 000 bewilligt werde.

Es wird so beschlossen.

5. Besprengung der Wellingsbütteler Landstraße.

(Zweite Lesung.)

Der Beschluß erster Lesung lautet:

Die Bürgerschaft spricht den Wunsch aus, daß auch die Wellingsbütteler Landstraße regelmäßig besprengt wird.

Der Beschluß erster Lesung wird, nachdem **Kamlade** (Z.) und Dr. **Leistikow** (VL.) nochmals kurz dafür gesprochen, endgültig angenommen.

6. Aufhebung eines Verkaufstermins.

Schweimler (VL.) und Genossen beantragen:

Die Bürgerschaft beschließt und ersucht den Senat um seine Mitgenehmigung, daß 1. der für den 25. Juni, nachmittags 2½ Uhr, anberaumte Verkaufstermin der Plätze an der Schürbeckerstraße, der Ilmenau, der Birkenau und dem Mundsburgerdamm aufgehoben wird; 2. die Bebauungsplankommission ersucht wird, in Gemeinschaft mit der Baupflegekommission eine anderweitige Verwendung der Plätze unter Berücksichtigung der gegebenen örtlichen Verhältnisse in Vorschlag zu bringen.

Schweimler (VL.): Durch die Erbauung der Hochbahn und insbesondere durch den Bau der Haltestelle Mundsburg hat der Platz an der Schürbeckerstraße ein bedeutend verbessertes Aussehen erhalten. Er sollte daher nicht mehr verbaut werden. Auch mit Rücksicht auf die Bevölkerung, die keine eigenen Gärten besitzt, sollte von einer Bebauung abgesehen werden. Das ist ein Wunsch, der in der Presse und in den Bürgervereinen wiederholt zum Ausdruck gekommen ist. Trotzdem hat die Finanzdeputation jetzt den Platz zum öffentlichen Verkauf gestellt. Es hat sich wahrscheinlich ein Spekulant gefunden, der dorthin Etagenhäuser bauen will. Die Finanzdeputation ist leider allzuschnell bereit, jedes Stückchen freie Erde unter den Hammer zu bringen. Wir haben aber auf die Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen. Auf keinen Fall dürfte dieser Platz mit fünfstöckigen Häusern bebaut werden. Wenn er nicht als öffentlicher Garten erhalten bleiben soll, dann kann er vielleicht später für ein Staatsgebäude in Frage kommen. Es wäre eine Schmach, wenn wir dieses schöne Stadtbild zerstören lassen wollten. Daher bitte ich, meinem Antrage zu folgen.

Rafflenbeul (Z.) nimmt Bezug auf eine Eingabe des Vereins für Heimatschutz und bittet um Annahme des Antrages Schweimler.

Rodatz (L.): Die Finanzdeputation hat allerdings einen Käufer für den Platz an der Hand und hat ihm versprochen, ihm den Platz zuzuschlagen, falls im öffentlichen Verkaufstermin kein Käufer ein höheres Gebot abgibt. Bei dieser Sachlage sind wir rechtlich gebunden und der Senat wird schwerlich bereit sein, dem Antrag Schweimler zuzustimmen, falls er hier angenommen wird.

C. Mönckeberg (VL.): Die Finanzdeputation hätte sich nicht in diese Lage zu bringen brauchen, wenn sie den Vorschlag der Baupflegekommission befolgt hätte. Hier handelt es sich keineswegs nur um Wünsche einer Gruppe von Aesthseten, sondern um das Wohl der ganzen Bevölkerung, das unter allen Umständen gewahrt werden muß.

Dr. **Eddelbüttel** (Z.): Die rechtlichen Bedenken des Herrn Rodatz sind nicht stichhaltig. Der Staat ist nicht an die Vereinbarung der Finanzdeputation gebunden.

Stolten (SD.): Auch wir halten die Erhaltung dieses Platzes für dringend wünschenswert und sind derselben Auffassung wie Herr Mönckeberg und Dr. Eddelbüttel. Selbst wenn aber in der Rechtsfrage Herr Rodatz recht hätte, gäbe es noch einen Ausweg. Es brauchte nur im öffentlichen Verkaufstermin ein Beauftragter des Staates einen höheren Betrag zu bieten. (Heiterkeit und Widerspruch.) Ich meine das natürlich nur für den Fall, daß auf andere Weise keine Vereinbarung gefunden wird. Wir sind grundsätzlich dafür, daß die jetzt noch freien Plätze der Stadt nicht mehr an Private verkauft, sondern für die Zwecke der Allgemeinheit reserviert werden.

Dr. **Goldfeld** (L.): Im vorliegenden Fall kann ich, trotzdem ich für Erhaltung der Grünplätze bin, nicht dem Antrag Schweimler zustimmen. Der Staat muß auf alle Fälle loyal verfahren. Er darf von einmal getroffenen Vereinbarungen nicht zurücktreten. Er darf nicht handeln wie ein geriebener Geschäftsmann.

C. Mönckeberg (VL.): Eine Rolle, wie sie der Vorredner eben gemeint hat, mutet niemand dem Staate zu. Wir wollen nur, daß dem Bedürfnis der Allgemeinheit Rechnung getragen wird. Das rechtfertigt unter Umständen auch ein etwas schärferes Vorgehen, als es sonst üblich ist. (Sehr richtig!)

Paeplow (L.): In einem früheren Fall, beim Verkauf eines Grundstücks an der Mönckebergstraße, hat man auch schon Vereinbarungen der Finanzdeputation umgestoßen, und zwar auf Antrag des Herrn J. Rohde, der jetzt gewiß auch einen andern Standpunkt einnehmen würde als sein Fraktionskollege Rodatz, wenn er im Saal anwesend sein könnte.

Stamm (L.): In dem Fall, an den Herr Paeplow erinnert, lag die Sache doch anders. Da war der Preis zu niedrig. So zu verfahren, wie Herr Stolten gemeint hat, ist für den Staat nicht möglich.

Rodatz (L.): Wir können die Vereinbarung der Finanzdeputation nicht einfach umstoßen. Der Finanzdeputation steht das ihr von der Bürgerschaft ausdrücklich anerkannte Recht zu, Staatsplätze zu verkaufen. Da hier ein angemessener Preis geboten ist, wüßte ich nicht, wie man den Käufer abweisen sollte, ohne künftige Verkäufe zu erschweren.

Schweimler (VL.): Die gegen meinen Antrag vorgebrachten Bedenken sind nicht stichhaltig. Es handelt sich bei dem Abkommen der Finanzdeputation doch nur um eine Vereinbarung, nicht um einen vollzogenen Verkauf. Die Finanzdeputation hat ihre Vollmacht vor 12 Jahren erhalten, als die durch den Hochbahnbau geschaffenen Verhältnisse noch gar nicht vorauszusehen waren. Das hätte die Deputation berücksichtigen sollen, ehe sie den Verkaufstermin ausschrieb.

Stolten (SD.): Es ist mir nicht eingefallen, dem Staat die Rolle eines geriebenen Geschäftsmannes zuzumuten, wie Dr. Goldfeld und Stamm behaupteten. Ich habe nur auf die äußersten Konsequenzen aufmerksam machen wollen.

Dr. **Eddelbüttel** (Z.) betont nochmals, daß rechtlich unbedenklich nach dem Antrag Schweimler verfahren werden kann.

Stamm (L.) widerspricht dieser Auffassung. Treu und Glauben müßten gewahrt bleiben.

Der Antrag Schweimler wird mit 61 gegen 38 Stimmen angenommen. Er bedarf einer zweiten Lesung.

Die nunmehr vorgenommenen Wahlen haben folgendes Resultat:

In die Bebauungsplankommission wird an Stelle des ausgeschiedenen Häseler gewählt: Hüne (L.).

In den Ausschuß zur Prüfung der Staatshaushalts-Abrechnung für 1912 werden gewählt: Bieber, Dr. Daus, Dr. Engel, Grevsmühl, Gutknecht, Homann, Koltz, O. Matthiessen, Dr. Matthiessen, Meht, Polis, Voppenhusen, Schulze, Dr. Tesdorpf, Wiesinger, Weinheber und Zaffke (SD.).

7. Gewährung einer Zulage an den Direktor der Taubstummenanstalt.

Der von der Bürgerschaft am 29. April 1914 niedergesetzte Ausschuß zur Prüfung des Antrags des Senats, betr. Gewährung einer pensionsfähigen Zulage an den Direktor der Schule der Taubstummenanstalt, beantragt einstimmig unter der Voraussetzung, daß die Oberschulbehörde die Befugnisse des Direktors der Taubstummenschule gegenüber der Schule für Schwerhörige in derselben Weise beschränkt, wie dies in Berlin geschehen ist, und daß der Schule für Schwerhörige demgemäß die gleiche Selbständigkeit gewahrt bleibt, wie den anderen Volksschulen, die Bürgerschaft wolle den Senatsantrag genehmigen und den Bericht dem Senat überweisen.

Hüne (L.): Es liegt im Zuge der Zeit, Schwächliche und Gebrechliche zu fördern. Diesem Zweck dienen auch die Hilfsschulen für taubstumme und stotternde Kinder. Der Ausschuß hat sich für die Annahme des Senatsantrags erklärt, aber gleichzeitig beschlossen, seinen Bericht dem Senat zu überweisen. Das bedeutet, daß er die Erhaltung der Selbständigkeit unserer Schwerhörigenschule gewahrt wissen will.

Krause (SD.): Ich habe nur schweren Herzens dem Ausschußantrag zustimmen können, weil ich immer noch fürchte, daß die Schwerhörigenschule leiden könnte. Denn in Hamburg ist die Schwerhörigenschule im Gegensatz zur Taubstummenschule entstanden. Es wird zwar jetzt ein neuer Direktor der Taubstummenschule sein Amt antreten und wir wollen hoffen, daß er der Schwerhörigenschule mit mehr Sympathie gegenübersteht als sein Vorgänger. Allein verstehen kann ich nicht, warum der Schulrat bei methodischen Fragen über die Taubstummenschule selbständig entscheiden kann, während er bei der Schwerhörigenschule zuvor den Sachverständigenrat des Direktors der Taubstummenschule hören muß. Ich kann nur dringend wünschen, daß durch die Regelung die Schwerhörigenschule, die wir dem energievollen Eintreten unseres leider zu früh verstorbenen Schulinspektors Fricke verdanken, nicht geschädigt wird. (Bravo!)

Junge (VL.) befürwortet zunächst eine Eingabe der Taubstummenlehrer um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse. Redner kritisiert weiter die Rückständigkeit der Taubstummenanstalt, an der die Abneigung des Vorstandes dieser Anstalt gegen jeden Fortschritt die Schuld trage. Den Lehrern der Taubstummenanstalt wird die Bewegungsfreiheit genommen. Hat man doch sogar einem Lehrer die Anstellung von Versuchen in unserem staatlichen Phonetischen Laboratorium verboten. (Hört! hört!) Es wäre zu wünschen, daß die Oberschulbehörde dem fortschrittsfeindlichen Treiben des Vorstandes der Taubstummenanstalt ihre Aufmerksamkeit zuwendet.

Bauer (L.) schließt sich den ehrenden Worten Krauses zum Gedächtnis des verstorbenen Schulinspektors Fricke an und macht auf Unstimmigkeiten in der Verwaltung der Schwerhörigenschule aufmerksam.

Der Antrag des Ausschusses wird darauf angenommen.

Es tritt eine Pause ein, nach deren Beendigung in der Tagesordnung fortgefahren wird.

8. Polizeiwache 25 an der Lübeckerstraße.

Der von der Bürgerschaft am 11. Februar 1914 niedergesetzte Ausschuß zur Prüfung des Antrags des Senats, betreffend Nachbewilligung für den Neubau der Polizeiwache 25 an der Lübeckerstraße, beantragt: Die Bürgerschaft möge beschließen: 1. daß für den Neubau der Polizeiwache 25 an der Lübeckerstraße ℳ 5500 nachbewilligt und in Art. 87 des Budgets für 1914 eingestellt werden; 2. Ueberweisung dieses Berichts an den Senat.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

9. Nachbewilligung für die Volksbadeanstalten.

Der von der Bürgerschaft am 8. April 1914 niedergesetzte Ausschuß zur Prüfung des Senatsantrages auf Nachbewilligung von ℳ 31 000 für den Betrieb und die Unterhaltung der Volksbadeanstalten beantragt einstimmig, den Senatsantrag anzunehmen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Mobiliar für die Zentrale des Kolonialinstituts.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß für die Beschaffung von Mobiliar für die Zentralstelle des Kolonialinstituts, einige Seminare und einige Räume des Vorlesungsgebäudes insgesamt ℳ 34 500 aufgewendet und in Art. 96 Rubr. 12 des Staatsbudgets für 1914 nachträglich eingesetzt werden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Erbauung einer Kaimauer.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß für die Erbauung einer Kaimauer und Herstellung einer Straßen- und Geleiseverbindung am Nordostufer des Kohlenschiffhafens ein Betrag von ℳ 1 600 000 aufgewendet und die Finanzdeputation ermächtigt wird, den Betrag durch Anleihe zu beschaffen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Ausführung der Grundbuchordnung.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle dem nachfolgenden Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes, betreffend Ausführung der Grundbuchordnung, ihre Mitgenehmigung erteilen:

Gesetz
zur Aenderung des Gesetzes, betreffend Ausführung der Grundbuchordnung.

In das Gesetz, betreffend Ausführung der Grundbuchordnung vom 14. Juli 1899 (Amtsblatt S. 376) wird hinter § 15 folgender

§ 15a eingestellt: Bei der Anlegung neuer Bücher für den Bezirk des Grundbuchamts in Bergedorf kann ein im Grundbuch eingetragenes Recht zur Benutzung eines Platzes in einem dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäude oder auf einer öffentlichen Begräbnisstätte von der Mitübertragung ausgeschlossen bleiben. Das Bestehen des Rechts wird dadurch nicht berührt.

Senatsantrag und dementsprechend das Gesetz werden angenommen.

13. Dienstgebäude der Marineverwaltung in Cuxhaven.

Der Senat beantragt, daß für Erweiterung und Instandsetzung des Dienstgebäudes des Kommandeurs und Lotsinspektors in Cuxhaven nach Maßgabe der auf der Kanzlei der Bürgerschaft niedergelegten Kostenanschläge nebst Plänen und Skizzen vorbehältlich etwaiger bei der Bauausführung sich ergebender Aenderungen ℳ 22 200 aufgewendet werden, und dieser Betrag nachträglich in das Budget des laufenden Jahres der 2. Sektion der Baudeputation eingestellt wird.

Der Senatsantrag wird angenommen.

14. Nachbewilligung für die Steuerdeputation.

Der Senat beantragt, daß für zurückzuzahlende Steuern aus den abgerechneten Jahren ein weiterer Betrag von ℳ 50 000 bewilligt und in Art. 75 Rubr. 9 des Staatsbudgets für 1914 eingestellt werde.

Der Senatsantrag wird angenommen.

15. Beamtenstellen bei der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben.

Der Senat beantragt, 1. daß zum 1. Juli 1914 bei der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben die Stelle eines Regierungsrats der Klasse 20 in die Stelle eines Regierungsrates der Klasse 23 umgewandelt werde, sowie die Stellen eines Oberrevisors (Klasse 13) und eines Bureauvorstehers am Stempelkontor (Klasse 12) neu geschaffen werden, 2. daß demgemäß in das Budget für 1914 bei Art. 77 Rubr. 1 für ein halbes Jahr nachträglich eingestellt werden Regierungsrat (Klasse 23) ℳ 4250, Oberrevisor (Klasse 13) ℳ 2300, Bureauvorsteher am Stempelkontor (Klasse 12) ℳ 2000, 3. daß im Budget für 1914 bei Art. 77 Rubr. 1 der Posten 3 Regierungsräte (Klasse 20) ℳ 19 500 abgeändert werde in 3 Regierungsräte (Klasse 20), davon ein Regierungsrat für ½ Jahr, ℳ 15 250.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Die beiden folgenden Gegenstände (Hammer Park betreffend) werden von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgt

18. Honorare der Senatsmitglieder.

Der am 1. Oktober 1913 niedergesetzte Ausschuß beantragt, die von C. Mönckeberg zu dem Gesetz über die Honorare der Mitglieder des Senats vom 10. April 1885 gestellten beiden Anträge abzulehnen.

C. Mönckeberg (VL.) rügt, daß die von ihm bei der Stellung der Anträge angeführten Gründe nicht vom Ausschuß berücksichtigt worden sind.

Die Anträge von C. Mönckeberg werden abgelehnt.

Unter Aussetzung von Nr. 19 (Dienstprämien für Schutzleute) kommt zur Beratung

20. Neue Volksschule für Barmbeck.

A. Koltz (VL.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft beschließt und ersucht den Senat, den Bau einer neuen Volksschule für Barmbeck schleunigst veranlassen zu wollen.

Koltz (VL.) schildert die Ueberfüllung der Barmbecker Schulen und die nachteiligen Folgen der Umschulungen. Da erfahrungsgemäß mehrere Jahre vergehen, ehe ein neues Schulhaus zustande kommt, ersucht Redner um Annahme seines Antrags.

Der Antrag Koltz wird angenommen.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, vertagt sich das Haus bis 2½ Uhr. Um diese Zeit überbringt Vizepräsident Dr. Bagge die Nachricht, daß der Wahlaufsatz zur

Senatorwahl

gelungen ist. Kurz vor 3½ Uhr teilt der Präsident mit, daß der Wahlaufsatz mit einem Schreiben des Senats eingetroffen ist. Der Wahlaufsatz enthält die Namen

Karl Hermann Matthies und
Johannes Anton Rodatz.

Es erhalten Stimmen Matthies 46 und Rodatz 57 Stimmen. 19 Zettel sind unbeschrieben abgegeben. Rodatz ist somit zum Senator erwählt.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vom Getreidemarkt.

Vom Mai an steht der Getreidemarkt Europas gewöhnlich unter dem Einfluß der Spekulation auf die kommende Ernte. Das ist sehr erklärlich. Soweit noch Vorräte aus der vergangenen Ernte vorhanden sind, fragt es sich, ob es angebracht ist, diese Vorräte an den Mann zu bringen oder sie lagern zu lassen. Fällt die kommende Ernte günstig aus, so ist mit einem Weichen der Preise zu rechnen, fällt sie ungenügend aus, mit einem Steigen der Preise. Nun ist aber um diese Zeit das Resultat der Welternte selbstverständlich nicht mit Sicherheit zu beurteilen. In einigen Gegenden ist der Weizen bereits im Juni schnittreif, so in den südlichen Getreidegebieten der Vereinigten Staaten, in Kalifornien, Texas, Kansas; die Haupterntezeit in Europa und Nordamerika fällt in die Monate Juli und August; in Argentinien, das sich zu einem wichtigen Exportland entwickelt hat, wird im November-Dezember geerntet, in Indien im Januar. Daher ist selbst nach vollendeter Ernte in Mitteleuropa die Gestaltung der Preise im beginnenden Erntejahre noch nicht sicher zu beurteilen, denn eine reiche oder geringe Ernte im nördlichen Rußland, in Kanada, in Argentinien muß diese Preise naturgemäß beeinflussen. Immerhin wäre es heute zweifellos möglich, wenigstens den Saatenstand in den Hauptproduktionsgebieten mit einiger Sicherheit zu beurteilen und damit Anhaltspunkte zur Beurteilung der Preise zu gewinnen. Freilich können Enttäuschungen eintreten, denn es kommt vor, daß auf großen Gebieten knapp vor der Ernte das Korn herrlich stand, dann aber Dürre eintrat, die es „frühreif" machte, das heißt die Körner sich nicht entwickeln ließ, oder daß die Ernte verregnete, das Korn nicht rechtzeitig geschnitten werden konnte, in den Garben oder gar auf dem Halm auswuchs. Aber solches Unheil betrifft doch selten viele Länder gleichzeitig, und die gesamte Getreideernte der Welt wird dadurch verhältnismäßig wenig beeinflußt.

In Wirklichkeit ist es aber mit den Saatenstandsberichten sehr schlimm bestellt. Es werden zwar in einzelnen Ländern amtliche Berichte veröffentlicht, aber das System, nach dem sie zustande kommen, ist weder einheitlich noch zuverlässig. Dabei wird den Berichten mancher Länder, zum Beispiel Rußlands, mit Recht nachgesagt, daß sie tendenziös sind. Braucht der Zarenstaat neue Anleihen, so muß die wirtschaftliche Lage möglichst rosig gemalt werden, und die Ernteaussichten werden günstig dargestellt; liegt ein solches Bedürfnis nicht vor, so läßt man pessimistische Berichte ins Land gehen, um den Preis in die Höhe zu treiben. Auch den ungarischen und rumänischen Berichten sagt man ähnliches nach. Mehr Vertrauen verdienen die amerikanischen Berichte, da man in der Union das System der Berichterstattung sorgfältig ausgebaut hat. Die deutschen Berichte haben den Mangel, daß sie von privaten Vertrauensmännern ausgehen, von Landwirten, die stets die Neigung haben, die Lage möglichst günstig zu schildern; eine Kontrolle durch uninteressierte Sachverständige findet nicht statt. Aus den Gutachten der einzelnen Vertrauensmänner werden dann im statistischen Amt Schlüsse gezogen und amtliche Berichte herausgegeben, wobei man sich einer Skala bedient, in der 1 sehr gut, 5 ganz schlecht bedeutet. Charakteristisch ist aber, daß die Note 1 und 2 überhaupt nicht vorkommt. In Jahren, die Rekordernten ergeben, lauten kurz vor der Ernte die amtlichen Saatenstandsberichte höchstens auf 2 mit einem Bruchteil, was also auf eine Ernte über mittel deuten würde.

Alles in allem tappt daher der Handel in der Zeit vor der Ernte ziemlich im Dunkel. Gar oft wird denn auch versucht, durch private Berichte über ungünstige Momente — Regenfälle, Dürre, Hagelschläge, Heuschreckenplage usw. — die Börse zu beeinflussen. In diesem Jahre scheinen nun im allgemeinen die Aussichten für die Welternte günstig zu sein. Aus den Vereinigten Staaten wird durchweg Gutes berichtet. In den südlichen Staaten, die den meisten Weizen liefern, lauten die Schätzungen geradezu überschwänglich. In Kansas zum Beispiel schätzt man die diesjährige Ernte auf 130 bis 150 Millionen Bushel, während 90 Millionen schon eine gute Ernte bedeuten. Es dürfte also eine „Bonanza"-Ernte werden, eine Glücksernte. Aus Kanada und Rußland liegen ebenfalls günstige Berichte vor. Der soeben herausgegebene amtliche Saatenstandsbericht für Deutschland enthält folgende Noten: Winterweizen 2,6, Sommerweizen 2,5, Winterroggen 2,7, Sommerroggen 2,5, Gerste 2,4, Hafer 2,5, Kartoffeln 2,7, Klee 2,6, Wiesen 2,3. Danach wäre also jedenfalls eine Ernte zu erwarten, die über dem Durchschnitt steht. Ungarn und die Balkanstaaten melden ebenfalls Günstiges.

Im Einklang damit ist denn auch der Getreidepreis auf dem Weltmarkt in den letzten Wochen gesunken. Soweit Landwirte und Händler in den Vereinigten Staaten, in Argentinien und in Rußland noch Getreide auf Lager haben, beeilen sie sich die Ware abzustoßen, das Angebot ist also groß. Auf der andern Seite ist die Kauflust gering, da die Müller nur wenig kaufen, nur ihren laufenden Bedarf decken.

In Deutschland jedoch vollzieht sich der Lauf der Dinge anders. Hier kommt das natürliche Verhältnis nicht in der gleichen Weise zum Ausdruck, weil durch das System der Einfuhrscheine, d. h. der Ausfuhrprämien, der Markt in Unordnung gebracht wird.

Betrachten wir den Verlauf des Handels mit Brotgetreide im letzten Erntejahr, d. h. seit August vorigen Jahres am Berliner Markte, der maßgebend für den größten Teil Deutschlands ist. Die einheimische Ernte war überaus reichlich, sowohl am Weizen, als an Roggen. Die Qualität des Getreides war dagegen zum Teil gering, besonders der Roggen war vielfach feucht geerntet worden. Die Welternte von 1913 war weit über mittel. Eine Enttäuschung brachte nur Argentinien, wo die Ernte sich zwar vorzüglich anließ, aber schließlich infolge des schlechten Erntewetters unter dem Durchschnitt blieb. Im August sank denn auch in Berlin der Weizenpreis auf ℳ 202, der Roggenpreis auf ℳ 168 pro Tonne. In den folgenden Monaten dauerte das Sinken an. Ende Oktober sank der Weizenpreis bis auf ℳ 185,25, ein in den letzten Jahren nicht mehr beobachtetes Niveau, der Roggenpreis auf ℳ 158,75. Das Fehlschlagen der argentinischen Ernte führte ein Steigen des Preises auf dem Weltmarkte und damit auch in Berlin herbei: am Jahresschluß war der Preis um ℳ 10 über den Tiefstand gestiegen — ℳ 195. Von Januar bis Ende April schwankte dann der Preis zwischen ℳ 195 bis 200. Jetzt, wo der Weltmarktpreis, wie gesagt, unter dem Einfluß der zu erwartenden großen Ernte zurückgeht, steigt er in Berlin: am 10. Juni wurden für sofort lieferbare Ware ℳ 210 bis 212 gezahlt. Der Roggenpreis sank bis Ende des Jahres noch um ein geringes und stand Ende des Jahres auf ℳ 157,25. In den folgenden Monaten änderte er sich nicht stark für sofort lieferbare Ware, aber für Mailieferung wurde im März bereits mit höheren Preisen gerechnet, ℳ 160 bis 165. Jetzt ist der Preis aber für sofort lieferbare Ware ℳ 175, und für Julilieferung wird mit diesem Preise gerechnet.

Diese Preisbewegung wäre kaum verständlich, wenn man nicht mit der Ausfuhrprämie zu rechnen hätte. Als nämlich die Preise in Deutschland verhältnismäßig niedrig waren, setzte die Ausfuhr ein, bei der die Exporteure auf jede Tonne Weizen ℳ 55 einstreichen, auf jede Tonne Roggen ℳ 50. Nach der amtlichen Statistik sind in der Zeit vom 1. August 1913 bis 30. April 1914 rund 894 100 Roggen ausgeführt worden, gegen 718 700 rund 714 400 Tonnen in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre. Bei Weizen betrug die Ausfuhr 686 200 Tonnen gegen 426 500 und 419 600 in den beiden Vorjahren. Weil die Ernte groß war, hat man eben mehr Getreide ausgeführt. Das Resultat ist aber, daß gegen Ende des Erntejahres die Vorräte in Deutschland gänzlich erschöpft sind und der Preis in die Höhe getrieben wird. Das wiederholt sich regelmäßig, seit das System der Einfuhrscheine die Ausfuhr künstlich fördert. In diesem Jahre kommt noch hinzu, daß bereits seit ein paar Monaten mit der Einführung des russischen Einfuhrzolles auf Getreide gerechnet wurde. Das betreffende Gesetz ist denn auch vor kurzem veröffentlicht worden und tritt am 12. Juni in Kraft. Mit diesem Tage hört die Möglichkeit auf, Getreide aus Deutschland nach Rußland zu schaffen, denn was der Exporteur von der deutschen Regierung an Ausfuhrprämie erhält, muß er der russischen Regierung an Zoll zahlen. Deshalb hat man im Mai und Anfang Juni noch gewaltige Mengen Roggen über die Grenze geschafft, um ihn vor Toresschluß an die im russischen Zollgebiet gelegenen Mühlen abzuliefern. Die amtlichen Zahlen umfassen diese Mengen der Ausfuhr noch nicht. Aber das scharfe Steigen des Roggenpreises zeigt, wie diese Ausfuhr wirkt.

Vor zwanzig Jahren forderte Graf Kanitz, der Wortführer der Agrarier, das Reich solle den Handel mit ausländischem Getreide monopolisieren und auf diese Weise bewirken, daß die Tonne Weizen nicht unter ℳ 215, die Tonne Roggen nicht unter ℳ 165 in Deutschland verkauft werde. Damals soll Wilhelm II. geäußert haben, man könne ihm nicht zumuten, Brotwucher zu treiben. Inzwischen ist durch Erhöhung der Zölle und das System der Einfuhrscheine es dahin gekommen, daß selbst in einem so außerordentlich günstigen Jahre die Preise nicht erheblich unter jener Norm zurückbleiben. Wir haben es wirklich weit gebracht.

Das System der Einfuhrscheine, das heißt der Prämien auf die Ausfuhr von Getreide, hat ja nun glücklich einen Riß bekommen; die Ausfuhr nach Rußland wird, wie gesagt, aufhören. Interessant ist aber, daß die Börse nicht geneigt ist, die Wirkung dieser Aenderung hoch anzuschlagen. Es wird nämlich Roggen für Septemberlieferung mit ℳ 166 gehandelt. Das bedeutet also, daß die Händler darauf rechnen, Ende September, wo diese Käufe reguliert werden müssen, werde der Preis nicht niedriger sein. (Stellt er sich niedriger, dann würden jene, die zu diesem Preise gekauft haben, Verluste erleiden, denn sie müssen ihren Kontrahenten ℳ 166 pro Tonne zahlen, während die Ware am Markte billiger zu haben ist.) Nun ist aber Ende September bereits der einheimische Roggen neuer Ernte am Markte, und auch die Zufuhren aus Südrußland setzen bereits ein. Zieht man in Betracht, daß in allen Ländern, die Roggen anbauen, besonders aber in Deutschland und Rußland die Ernteaussichten als günstig bezeichnet werden, daß ferner die Menge des geernteten Roggens in Deutschland den Verbrauch erheblich übertrifft, so müßte man auf ein Sinken des Preises schließen, wenn der Ueberfluß nicht mehr im gleichen Maße an das Ausland abgestoßen werden kann. Die Börse rechnet dagegen mit dem gleichen Preise wie im Vorjahre. Offenbar nimmt man an, daß zwar die Ausfuhr nach Rußland aufhören, dafür aber die Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern, nach Holland und Belgien um so mehr forciert werden wird. In der Tat wird das Ausland jedenfalls nicht als Retter in der Not für die deutschen Konsumenten erscheinen. Solange die arbeitenden Massen Deutschlands sich nicht zu energischem Protest aufraffen, wird das System des Brotwuchers weiter blühen. J. Karski.

Parteinachrichten.

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen.

Im Auftrage der Vertreterinnen sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen all der Länder, die durch das Internationale Sekretariat sozialistischer Frauen miteinander verbunden sind, berufen die Unterzeichneten hiermit die

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen

für den 21. und 22. August nach Wien ein. Die Konferenz tagt im Französischen Restaurant des Konzerthauses, Lothringer Straße, und wird Freitag, den 21. August, vormittags 9 Uhr, eröffnet. — die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Bericht der internationalen Sekretärin.
3. Der Kampf um das Frauenwahlrecht.
4. Gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind.
5. Verschiedenes.

Die Referentinnen werden auf Grund der Vorschläge der Organisationen bestimmt, die international verbunden sind.

Freitag, den 21. August, abends, findet eine Demonstrationsversammlung der Genossinnen statt, mit der Tagesordnung: Gegen Militarismus und Imperialismus, für die sozialistische Völkerverbrüderung.

Die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen, wie alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterinnenorganisationen werden dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Die Zahl der Delegierten ist für keine Organisation beschränkt.

Entsprechend dem inneren oder auch dem organisatorischen Zusammenhang, in dem die proletarische Frauenbewegung mit der allgemeinen klassenbewußten Arbeiterbewegung aller Länder steht, faßt die Konferenz keine Beschlüsse, die für die allgemeinen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bindend sind.

Die Delegierten sind sobald als möglich und spätestens bis 15. Juli bei der unterzeichneten internationalen Sekretärin anzumelden.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz gut beschickt wird und erfolgreich das Werk grundsätzlicher Aufklärung und praktischer Arbeit fortzusetzen vermag, das die Konferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen begonnen haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Im Auftrag:

Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart, internationale Sekretärin.

Luise Zietz, Berlin, **Adelheid Popp**, Wien, **Anna Boschek**, Wien, Mitglieder des vorbereitenden Komitees.

Ein mittelfränkischer Jugendtag.

Am Sonntag, 14. Juni, fand auf dem Burgfarrnbacher Keller, einige Wegstunden von Nürnberg, ein mittelfränkischer Jugendtag für die freie Arbeiterjugend statt. Trotzdem zu vermuten war, daß infolge der schlechten Witterung, die Tagung nicht stattfinden würde, waren mehrere Hunderte von Jugendlichen, darunter zahlreiche Mädchen sowie viele Arbeitereltern erschienen. Der Regen verhinderte nicht, daß ein großer Teil des festgesetzten Programms erledigt wurde. Es waren die Städte Nürnberg, Erlangen, Lauf, Schwabach, Fürth und eine Anzahl kleinerer Orte vertreten. Bei strömendem Regen, unter Blitz und Donnerschlag hielten die Genossin Grünberg und der Genosse Endres zündende Ansprachen, in denen unter großem Beifall der Jugend ausgeführt wurde, daß alle reaktionären Machenschaften der Regierungen und der bürgerlichen Parteien, auch das Verbot der Jugendorganisationen ein siegreiches Vorwärtsschreiten der freien Arbeiterjugend nicht aufhalten werden.

Aus den Organisationen.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs findet am 25. und 26. Juli in Eßlingen statt. Neben den Geschäftsberichten stehen Referate über die Reichs- und Landespolitik sowie über die Jugend- und Frauenorganisationen auf der Tagesordnung. Auch das Delegationssystem wird voraussichtlich Gegenstand lebhafter Debatten bilden. Nach dem geltenden Statut werden die Parteigenossen, wie in nahezu allen mittleren und kleineren Landesorganisationen, auf der Landesversammlung durch Delegierte der Ortsvereine vertreten. Es können vertreten sein Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern durch einen Delegierten, mit 100 bis 300 Mitgliedern durch zwei Delegierte. Bei Vereinen mit über 300 Mitgliedern entfällt auf je weitere volle 200 Mitglieder ein weiterer Delegierter ohne Begrenzung durch eine Höchstzahl. Die vorjährige Landesversammlung beauftragte den Landesvorstand, die damals vorliegenden Abänderungsanträge gemeinsam mit dem Landesausschuß und den Kreisvorständen durchzuberaten und der nächsten Landesversammlung geeignete Vorschläge zu machen. In Ausführung dieses Beschlusses hat am 26. April eine Konferenz stattgefunden, die mit überwiegender Mehrheit zu dem Ergebnis kam, der Landesversammlung eine Aenderung des geltenden Rechts nicht zu empfehlen. Für den Fall aber, daß die Landesversammlung doch eine Aenderung beschließen sollte, eine Vorlage auf der

Grundlage der Vertretung nach Oberamtsbezirken (Landtagswahlkreisen) zu machen. Ueber diese Vorlage beriet eine zweite Konferenz der genannten Körperschaften, die am 14. Juni in Stuttgart stattfand und an der auch Vertreter aller württembergischen Parteiblätter teilnahmen. Ein vom Landesvorstand vorgelegter Entwurf fand Zustimmung mit einer vom Genossen Schepperle-Göppingen beantragten Aenderung. Nach diesem Entwurf werden die Delegierten in den einzelnen Oberamtsbezirken durch Urwahl gewählt. Es wählen die Oberamtsbezirke bis zu 200 Mitgliedern auf je 50 Mitglieder 1, sodann von 201 bis 600 Mitglieder auf je 100 1, von 601 bis 2000 Mitglieder auf je 200 1, über 2000 auf je 400 1 Delegierten. Dieser Vorschlag, der der Landesversammlung als Eventualantrag unterbreitet wird, fand einstimmig Annahme.

Die Wahlkreisorganisation für Anhalt II (Bernburg-Cöthen) hielt am 14. Juni in Bernburg ihre Generalversammlung ab, auf der 28 Orte durch 50 Delegierte, darunter vier Genossinnen, vertreten waren. Der gedruckt vorgelegte Geschäftsbericht verzeichnet eine Zunahme der Mitglieder um 440, wodurch eine Gesamtmitgliederzahl von 4790 (darunter 1399 weibliche) erreicht wurde. Die Mitgliederzunahme ist doppelt beachtenswert, da vom 1. Oktober vorigen Jahres ab der 10 ₰- beziehungsweise 5 ₰-Wochenbeitrag eingeführt und die Befürchtungen eines Rückganges dieserhalb zerstört worden sind. Bis dahin wurden pro Monat 30 beziehungsweise 15 ₰ Beitrag erhoben. Vereinnahmt wurden an Mitgliederbeiträgen ℳ 14938,02. Der Kassenbestand steigerte sich um rund ℳ 4000. Abgehalten wurden 45 öffentliche und 166 Mitgliederversammlungen. Von den 76 sozialdemokratischen Gemeindevertretern sitzen 39 in sieben Städten (darunter 16 im Hauptort Bernburg) und 37 in 17 Landgemeinden. Für die allernächsten Tage ist für Anhalt eine Kommunalwahlrechtsvorlage zu erwarten, in der das Wahlrecht erheblich verschlechtert werden soll. Die Frage, in welcher Weise der Kampf gegen diesen Wahlrechtsraub geführt werden soll, bildete im Anschluß an ein Referat des Landtagsabgeordneten Voigt den Hauptverhandlungspunkt der Konferenz. Ueber den Parteitag in Würzburg referierte Günther-Bernburg. Er besprach unter anderm die Kaiserhoch-Angelegenheit, riet aber davon ab, die zu wählenden Delegierten auf eine bestimmte Stellungnahme festzulegen. Dem stimmte die Konferenz zu. Zum Schluß hielt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Bender-Elberfeld, ein beifällig aufgenommenes Referat über die politische Lage. — Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Landeskonferenz für das Herzogtum Koburg, die am Sonntag stattfand, diente gewissermaßen als Einleitung der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl. Es waren 76 Delegierte, darunter fünf Frauen, der Landesvorstand, Vertreter des Parteiblattes und Einzelmitglieder aus verschiedenen Orten anwesend. — Genosse Klingler als Vorsitzender der Landesorganisation, gab den Geschäftsbericht, der ein zufriedenstellendes Bild der Entwicklung zeigt. Die Mitgliederzahl stieg von 658 auf 1020, darunter 106 (41) Genossinnen. Ein gleich günstiges Bild des Fortschrittes ergaben die Kassenverhältnisse. Die Neuwahlen brachten keine Aenderung. Mit lebhaftem Interesse wurde der Vortrag des Reichstagskandidaten, Genossen Hofmann-Hof, über die bevorstehende Reichstagsersatzwahl verfolgt. Einverständnis herrscht im übrigen auch mit den Maßnahmen des Vorstandes für die Wahlarbeit.

Im Sozialdemokratischen Verein des Wahlkreises Torgau-Liebenwerda steigerte sich die Mitgliederzahl im verflossenen Geschäftsjahre trotz der Einführung des 10 ₰-Wochenbeitrages und der herrschenden Krise, von 1774 auf 1843. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 296. Der Kreis ist rein ländlich, ohne jede nennenswerte Industrie. Auch die Leserzahl der Parteipresse stieg von 1646 auf 1735. Die „Arbeiterjugend" zählt rund 300 Abonnenten. In den 21 Distriktsvereinen wurden 187 Mitglieder- und 39 öffentliche Versammlungen abgehalten, 53 000 Flugblätter, 15 500 Volkskalender und 23 000 Handzettel wurden verbreitet. Die Gesamtzahl der Parteivertreter in den Gemeinden beträgt im Kreise jetzt 60. Die Kreiskasse hat einen Bestand von ℳ 5308 zu verzeichnen. Der Kreistag erklärte sich einstimmig mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch einverstanden.

Die Arbeiterbildungsausschüsse des Agitationsbezirks Niederrhein, 38 an der Zahl, die sich über 12 Wahlkreise erstrecken, veranstalteten im verflossenen Geschäftsjahr 55 Theatervorstellungen, außerdem Konzerte, Kunstabende, Ausstellungen usw. Auch fehlte es nicht an Lichtbildervorträgen, Experimentalvorträgen und Märchenabenden. Der Bildungsausschuß des Wahlkreises Remscheid unternahm mit der Schuljugend Wanderungen und hielt mit ihr Spiele ab. Zu den Unkosten spendete der Remscheider Metallarbeiterverband und die Konsumgenossenschaft ℳ 300.

Die Kreiskonferenz des 9. hannoverschen Wahlkreises (Hameln und Linden) tagte am Sonntag, den 14. Juni, in Limmer bei Hannover. Aus dem Jahresbericht ist ersichtlich, daß im Wahlkreise 2670 männliche und 490 weibliche Mitglieder vorhanden sind; Abonnenten auf den „Volkswillen" sind 3879 vorhanden. Besonders erfreulich ist, daß die Jugendbewegung einen guten Fortschritt genommen hat. Hat der Wahlkreis doch in diesem Jahre 549 Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend" aufzuweisen. Wenn der Wahlkreis auch unter der wirtschaftlichen Krise und der gelben Bewegung zu leiden hatte, so ist doch in diesem Jahre ein Fortschritt zu verzeichnen.

Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda, der am Sonntag seine Kreisgeneralversammlung abhielt, ist im vergangenen Geschäftsjahr von 1774 auf 1843 gestiegen. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 296. Der wenn auch nur geringe Fortschritt ist um so bemerkenswerter, als der Wahlkreis zum weitaus größten Teil agrarischen Charakter trägt und im Laufe des Jahres der 10 ₰-Wochenbeitrag zur Einführung gelangte. Das Vereinsleben kann als ein sehr reges bezeichnet werden, denn es wurden in allen 21 Bezirksvereinen insgesamt 187 Mitglieder- und 39 öffentliche Versammlungen abgehalten und 53 000 Flugblätter, 23 000 Handzettel und 15 500 Volkskalender ausgetragen. Außerdem wurden 10 Frauenversammlungen abgehalten und 400 Broschüren „Sozialistische Erziehung im Hause" verteilt. Die vier im Kreise bestehenden Bildungsausschüsse waren unter Ueberwindung der zahlreichen Widerstände bemüht, durch belehrende Veranstaltungen die Parteibewegung zu vertiefen. Um das Bildungsbedürfnis der meist in kleineren Orten wohnenden Parteimitglieder zu wecken und zu fördern, wurden zwei Wanderbibliotheken eingerichtet. Das „Hallesche Volksblatt" hat im Kreise 1735, die „Arbeiter-Jugend" 274 Abonnenten. 17 Gemeindevertreter- und 3 Stadtverordnetensitze wurden neu gewonnen, so daß die Gesamtzahl der parteigenössischen Vertreter 61 beträgt. Die Kreiskasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit ℳ 5308,62 und einem Kassenbestand von ℳ 1634,46 ab. Nach einigen zustimmenden Ausführungen des Reichstagskandidaten Menzel über das Verhalten der Reichstagsfraktion beim Reichstagsschluß, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, wonach sich der von insgesamt 40 Delegierten besuchte Kreistag mit der Haltung der Genossen beim Kaiserhoch vollkommen einverstanden erklärte.

In den Berichten, die die Delegierten auf der sozialdemokratischen Wahlkreiskonferenz des Reichstagswahlkreises Neumarkt (Oberpfalz) erstatteten, erfuhr die terroristische Taktik, die das Zentrum in den ländlichen Wahlkreisen treibt, eine interessante Beleuchtung. Die größte Stadt in diesem Kreise ist Neumarkt, die nur ein paar Hundert über 6000 Einwohner zählt und einige kleinere Fabriken besitzt. Sonst findet man Industriearbeiter nur in den an den Flußläufen zerstreuten Glasschleifereien. Der Wahlkreis hat in der überwiegenden Mehrheit landwirtschaftliche Bevölkerung, die bis auf einen winzigen Bruchteil katholisch ist und in der bekannten Art von den Zentrumsgeistlichen bearbeitet wird. Unsere Partei hat hier einen ungeheuer schweren Stand. Versammlungen abzuhalten ist beinahe ein Ding der Unmöglichkeit; nur ein paar Lokale stehen uns zur Verfügung. Es gibt Wirte, die uns gerne einlassen würden, aber sie müssen fürchten, daß sie dann gezwungen sein würden, überhaupt zu schließen, weil die vollkommen unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehende ortsansässige Bevölkerung sie ächten würde. Wie bei der letzten Nachwahl gearbeitet wurde, darüber wurden interessante Beispiele angeführt. Schulkinder mußten im Auftrage von Geistlichen die Einladungszettel zu den Versammlungen und später auch die Stimmzettel austragen. In der Religionsstunde wurden den Kindern Flugblätter übergeben, um sie ihren Eltern zu bringen. Briefträger wurden dafür gewonnen, daß sie auf ihren Dienstgängen die Zentrumsstimmzettel verteilten usw. Trotz all dieser Machinationen ist bei der Nachwahl der Zentrumskandidat mit einem Verlust von über 2000 Stimmen gewählt worden. Um dem Wahlterrorismus in Zukunft einigermaßen zu begegnen, beschloß die Konferenz, bei künftigen Wahlen möglichst alle Wahllokale mit Genossen zu besetzen, damit die Wahlfreiheit mehr gesichert wird.

Zu den schwärzesten Kreisen zählt auch der Wahlkreis Forchheim—Kulmbach—Pegnitz. Trotz aller Schwierigkeiten schreitet auch hier die Sozialdemokratie zwar langsam aber sicher vor. Auf der Wahlkreiskonferenz konnte eine Mehrung der organisierten Parteimitglieder von 937 auf 1040, der Abonnenten der Parteipresse von 1012 auf 1346 festgestellt werden. Die Agitation soll in Zukunft systematischer und gründlicher betrieben werden. Deshalb wurde beschlossen, daß künftig an den Gau (anstatt 5 ₰) 10 ₰ abzuliefern sind. Dafür übernimmt der Gau sämtliche Kosten für Referate, Delegationen usw. Im September soll im ganzen Wahlkreise eine planmäßige Agitation für die Presse eingeleitet werden. In allen Sektionen ist eine dreigliederige Kommission zu wählen, die die Agitation für die Presse zu betätigen und zu überwachen und monatlich oder mindestens vierteljährlich in den Sektionsversammlungen Bericht zu erstatten hat.

Zum Schreckensurteil gegen die Denkmalsbepinseler erhielt der „Vorwärts" am 12. Juni folgende Zuschrift:

Ich bin Abonnent des „Berliner Tageblattes" und habe bis heute vergeblich auf eine Besprechung darin gewartet über das Urteil, betreffend das Beschmieren des Denkmals in Berlin mit roter Schrift. Nur die alberne Anrempelung des „Vorwärts", die sich das freisinnige Blatt aus diesem Anlaß erlaubt, konnte ich finden . . . .

Ich gehöre nicht der sozialdemokratischen Partei an, aber das Urteil hat mich geradezu erschreckt. Zweifellos ist jedes Beschmieren von Wänden strafbar, es ist eine nichtsnutzige Kinderei. Aber eine bodenlose Roheit — wie der Richter diese Unart nannte — das ist nicht objektiv.

Mit Recht hat der „Vorwärts" Urteile dagegengehalten, in denen Roheiten nicht nur gegen Stein, sondern gegen Menschen viel milder beurteilt werden. Vor kurzem wurde z. B. gemeldet, der aus der Zabernaffäre bekannte Herr Leutnant Schadt sei zu ℳ 40 Strafe verurteilt worden, weil er einem Bäckerlehrling einen Zahn ausgeschlagen habe — und wahrscheinlich konnte er Putativnotwehr nicht geltend machen, er wäre doch sonst sicher freigesprochen worden. Es mag hier unerörtert bleiben, ob der Bäckerlehrling, wenn er umgekehrt dem Leutnant Schadt einen Zahn ausgeschlagen hätte, auch nur zu ℳ 40 Strafe verurteilt worden wäre. Aber unwillkürlich hält man solche Urteile gegeneinander — schüttelt den Kopf und glaubt nicht mehr an Recht und Gerechtigkeit.

Was sind nicht für Urteile ergangen bloß vom Fürst-Eulenburg-Prozeß an gerechnet!

Für die bedauernswerten fünf Kinder des Kuhl schicke ich an Ihre Adresse eine Postanweisung von ℳ 50.

Hochachtungsvoll
H . . . J . . . .

Der beleidigte Militarismus.

Das Oberfränkische Schwurgericht in Bayreuth verurteilte den Genossen Hacke von der „Volkstribüne" wegen Beleidigung des bayerischen Offizierkorps zu ℳ 400 Strafe.

* * *

Die Genossin Luxemburg hat eine neue Vorladung zur verantwortlichen Vernehmung von der Berliner Staatsanwaltschaft erhalten. Die Vernehmung ist auf den 22. Juni angesetzt. Ueber den Gegenstand der neuen Anklage ist bisher nichts bekannt.

Ein Parteiveteran. In Nürnberg wurde der 80. Geburtstag des Genossen Christoph Bauer im Kreise der Parteigenossen gefeiert. Bauer gehört der Partei an, seitdem sie besteht und hat sich um die Bewegung in Nürnberg große Verdienste erworben. Er scheint das revolutionäre Gift schon im Mutterleibe eingesogen zu haben, denn schon als Schneiderlehrling war er mit Polizei und Gerichten mehrfach in Konflikt geraten. In einem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen zwei andere Lehrlinge sollte er als Zeuge auftreten, er verweigerte aber den Eid mit dem Hinweis auf das Bibelwort „Eure Rede sei ja, ja, nein, nein" und mit Berufung auf die vielen Fürsten, die ihren Eid gebrochen und in seiner Heiligkeit und Bedeutung entweiht hätten. Dafür wurde er in den Turm gesperrt. Als die Polizei gelegentlich einer Razzia eine geheime Versammlung aufhob, fand sie auch den Lehrling Bauer dabei und verwahrte ihn abermals im Turm. Bauer war Mitgründer des ersten Arbeitervereins, der 1866 in Nürnberg entstand und aus dem sich die sozialdemokratische Parteimitgliedschaft entwickelte. Er hatte inzwischen seinen Beruf gewechselt und war Bleistiftarbeiter geworden; als solcher trat er nun ganz entschieden für Besserstellung seiner unter den erbärmlichsten Verhältnissen lebenden Berufskollegen ein und gründete im Jahre 1872 den Fachverein der Bleistiftarbeiter. In der Partei wurde er von Grillenberger viel zur Agitation verwendet, 1874 wurde er in die Expedition des Nürnberger Parteiblattes berufen, das ihn aber nicht mehr erhalten konnte, als das Schandgesetz in Kraft trat. Er mußte wieder zu seinem Berufe zurückkehren, doch als Mitte der achtziger Jahre wieder eine sozialdemokratische Parteiorganisation gegründet werden konnte, wurde ihm die Einkassiererstelle übertragen, die er mit großer Gewissenhaftigkeit verwaltete, bis er wegen vorgerückten Alters mit einer Pension in den Ruhestand trat. Sein Interesse am politischen Leben ist aber noch lange nicht erlahmt; wo die Partei eine Aktion unternimmt, kann man auch den achtzigjährigen Bauer finden.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 17. Juni.

Hamburg.

rz. **Ein Vergehen, welches das Gesetz nicht kennt.** Das Landgericht III in Berlin hat am 21. März den Kaufmann Richard Thierse wegen „fahrlässigen" Vergehens gegen das Warenzeichengesetz zu einer Geldstrafe von ℳ 50 verurteilt. Der Angeklagte soll das Warenzeichen der Parfümerie-Firma Georg Dralle in Hamburg, einen Leuchtturm in Verbindung mit dem Worte „Illusion" nachgeahmt haben. Er hat geltend gemacht, daß ihm der Schutz dieses Zeichens nicht bekannt gewesen sei. Das Gericht hat ihm dies geglaubt, es war aber der Meinung, daß es immerhin seine Pflicht gewesen sei, sich zu erkundigen, ob er nicht gegen gesetzlich geschützte Rechte verstoße. In der Unterlassung einer solchen Erkundigung lag, da der Angeklagte als Parfümeriewaren-Händler tätig ist, mindestens eine grobe Fahrlässigkeit. In seiner Revision rügte der Angeklagte, daß es eine fahrlässige Verletzung eines fremden Warenzeichenschutzes gesetzlich gar nicht gebe. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils, aber nicht die Freisprechung des Angeklagten, sondern die Zurückverweisung der Sache an das Landgericht, da möglicherweise der eventuelle Dolus festgestellt werden kann. Das Reichsgericht entsprach diesem Antrage.

Verkauf billiger Seefische. Wie uns von der Staatlichen Fischereidirektion mitgeteilt wird, gelangen am Donnerstag, 18. Juni, an den bekannten Verkaufsstellen in Hamburg, Bergedorf, Altengamme, Geesthacht, Kirchwärder und Wandsbeck zum Verkauf: Frischer Kabeljau zum Preise von 18 ₰ für das Pfund in ganzen Fischen und von 24 ₰ im Ausschnitt; lebende Schollen — etwa ein drittel Pfund — zum Preise von 29 ₰ für das Pfund. Wer über die mannigfaltige Verwendung des Kabeljaus noch nicht unterrichtet ist, fordere beim Einkauf das von der Staatlichen Fischereidirektion herausgegebene Kochbuch. Es enthält nicht weniger als 25 verschiedene Anweisungen über die Zubereitung des Kabeljaus und wird bei Einkäufen unentgeltlich abgegeben.

Technisches Vorlesungswesen. Lehrgebäude Lübeckertor 24. Donnerstag, 18. Juni. Coym: Differential- und Integralrechnung II. Nachmittags 4½ Uhr. — Dr. phil. Hoelling: Differential- und Integralrechnung II. Abends 8 Uhr. — Professor Prohmann: Elastizität und Festigkeit. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Gimbel: Technische Wärmemechanik III (Theorie der Kälteerzeugung). Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Neugebohrn: Kondensationsanlagen und Propeller für Turbinenschiffe. Abends 8 Uhr. — Dipl.-Ing. Knorr: Die Haupterzeugnisse der Elektrotechnik für den Export I. Abends 8 Uhr. — Regierungsbaumeister a. D. Prof. Colberg: Beton- und Eisenbetonbau II. Abends 8 Uhr. — Matzen: Technisches Französisch III für Fortgeschrittene. Abends 7½ Uhr. — Dipl.-Ing. Birkner: Der technische Bericht. Abends 8 Uhr. — Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Scheibe: Heimatschutz und Baupflege, ihre Wege und Ziele. Abends 8 Uhr. — Dr.-Ing. Schaefer: Anleitung zu physikalischen Beobachtungen und Versuchen (Vortrag und Uebungen). Abends 7½ Uhr. — Barry: Technisches Englisch I für Anfänger. Abends 8 Uhr. — Dipl.-Ing. Litewski: Ausgewählte Kapitel aus den praktischen bautechnischen Vermessungsarbeiten. Abends 6 Uhr, am Hammer Marktplatz.

Einbruchsdiebstähle. Dem Versicherungsbeamten Straatmann wurden aus seiner Wohnung Ohlendorffstraße 5 verschiedene Kleidungsstücke im Werte von ℳ 200 gestohlen. — Dem Kontoristen Fick wurden aus der Wohnung Stöckhardtstraße 48 verschiedene Silbersachen und Herrengarderoben entwendet. — Aus der Wohnung Telemannstraße 49 wurde der Ehefrau Brabandt eine goldene Damenuhr Nr. 040, auf dem Vorderdeckel drei Brillanten, im Werte von ℳ 100, entwendet.

Einen Weinkeller ausgeplündert haben Diebe, die Sierichstraße 18 den Keller des Kaufmanns Ascher erbrachen. Es fehlen zirka fünfzig Flaschen Wein.

Diebstahl im Hauptbahnhof. In der Wandelhalle des Hauptbahnhofes wurde einem Reisenden im Gedränge eine goldene Brillantnadel im Werte von ℳ 600 aus der Kravatte gestohlen.

Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Allgemeine Ortskrankenkasse. Am Dienstag fand im Lokale der Kasse eine Vorstandssitzung statt, in der Regierungsrat Sonderhoff vom Versicherungsamt Hamburg den Vorsitz führte. Dieser gab zunächst einen interessanten Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben des verflossenen ersten Quartals. Die Ausführungen, die insofern noch lückenhaft sind, weil die Familienbeihilfe der Kasse erst im nächsten Quartal mit in Rechnung gestellt werden kann, veranlaßten die freigewerkschaftlichen Vertreter, sich mit den Arbeitgebern bezüglich der Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes zu einigen. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Herr Peitzner-Geesthacht (Arbeitgeber), 2. Vorsitzender Fr. Pries (Gewerkschaftskartell), 1. Schriftführer Petersen (Gewerkschaftskartell), 2. Schriftführer Langheld-Bergedorf (Arbeitgeber). Dann wurde zur Wahl des Geschäftsführers geschritten. Hierbei machte Regierungsrat Sonderhoff geltend, daß der bisherige Geschäftsführer Herr Störmer sich bisher durchaus bewährt habe, was von den Anwesenden auch anerkannt wurde. Weil aber die Anstellung auf Lebenszeit den Geschäftsführer zu einem staatlichen bezw. städtischen Beamten gemacht hätte, er somit dem in Frage kommenden Disziplinarrecht unterstellt und die Mitwirkung des Vorstandes fast völlig ausgeschaltet sein würde, stimmten die sechs freigewerkschaftlichen Vorstandsmitglieder gegen den Antrag. Da bei derartigen Abstimmungen bei Arbeitgebern sowohl als auch bei den Arbeitnehmern eine Mehrheit vorhanden sein muß, war der Antrag auf lebenslängliche Anstellung des Herrn Störmer gefallen. Da letzterer unter diesen Umständen voraussichtlich zu seiner früheren Tätigkeit bei der Landherrenschaft zurückkehrt, wird eine Neuausschreibung der Stelle erforderlich werden.

k. **Bergedorf.** Von Herzkrämpfen befallen wurde am Dienstag abend beim Staatsbahnhof ein auf der Reise nach Hamburg begriffener Landarbeiter. Er wurde in den Garten des Bahnhofshotels getragen, wo er sich nach längeren Bemühungen wieder erholte. Nachdem er mit Geldmitteln und einer Fahrkarte nach Hamburg ausgerüstet worden war, konnte er die Reise fortsetzen.

k. **Bergedorf.** Von einem Rangierzug erfaßt wurde am Montag gegen 10½ Uhr beim Bahnübergang an der Brauerstraße der Streckenarbeiter Eggers von hier. Er wurde gegen ein Gitter geschleudert und erlitt einige Kopfverletzungen.

Harburg und Wilhelmsburg.

Strafbarer Nachdruck vermischter Nachrichten. Das Landgericht Stade hat am 4. März den Redakteur des „Volksblattes" für Harburg, Genossen Ernst Schubert, von der Anklage des Nachdrucks freigesprochen. Der Angeklagte hatte am 27. September 1913 unter der Rubrik „Politische Uebersicht" einen Artikel unter der Ueberschrift „Der Deutsche Kaiser auf Reisen" veröffentlicht, der von dem Redakteur des „Täglichen Korrespondenten", Dr. Justus Schönthal in München, verfaßt worden war. Der Artikel beschäftigte sich im scherzhaften Tone mit einer Zusammenrechnung der im August 1913 vom Kaiser zurückgelegten Reisen. Der Angeklagte hat eingeräumt, eine Erlaubnis zum Nachdruck vom Verfasser nicht eingeholt zu haben, und behauptet, es habe sich der Brauch eingebürgert, in solchen Fällen, wo die Nachdrucksfähigkeit kleinerer Artikel zweifelhaft sei, den Verfasser nachträglich zu honorieren, nachdem der Artikel ohne vorherige Befragung des Verfassers übernommen worden sei. Der Angeklagte hat nachgewiesen, daß er Herrn Dr. Sch. ein solches Nachdrucks-Honorar durch die Post zugesandt hat; erst vier Tage nach Absendung des Geldes hat Dr. Sch. Strafantrag gestellt. Das Gericht hat mit Rücksicht darauf, daß Dr. Sch. das Honorar nicht zurückgewiesen hat, das Bestehen eines solchen Brauches für glaubhaft gehalten und den Angeklagten wegen Mangels der Kenntnis eines wissentlichen Tatbestands-Merkmales freigesprochen. Auf die Revision des Nebenklägers Dr. Sch. hob heute das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Dr. Sch. hatte in seiner Revisionsschrift betont, daß ein solcher Brauch, wenn er wirklich bestehen sollte, ein Mißbrauch sei und einfach den § 38 des Gesetzes aufhebe. Gegenüber den klaren Bestimmungen des Gesetzes könne sich der Angeklagte nicht durch Berufung auf einen angeblichen Brauch herausreden. Der Reichsanwalt hatte diese Ausführungen für zutreffend erklärt und auf frühere Entscheidungen des Reichsgerichts verwiesen, in welchen davon die Rede ist, daß ein Redakteur nicht straffrei wird, wenn er sich in leichtfertiger Weise über die gesetzlichen Vorschriften hinwegsetze und eine wissenschaftliche Ausarbeitung ohne Einholung der Erlaubnis unter Berufung auf einen angeblichen Brauch nachdrucke; die Einwilligung müsse für den einzelnen Fall bedingungslos gegeben sein. Allen diesen Ausführungen hat sich das Reichsgericht in der vorliegenden Sache angeschlossen.

Sonnenwendfeier. Die Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Freidenker, Ortsgruppe Wilhelmsburg, versammeln sich am Sonnabend abend 8½ Uhr im Vereinslokal bei O. Bachmann, um gemeinsam zu der in derselben Nacht stattfindenden Sonnenwendfeier in Neugraben zu marschieren. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Eine Dividende von 17 Prozent bringt die Deutsche Erdöl A.-G., Berlin, die auch in Wilhelmsburg zwei Fabrikanlagen besitzt, in diesem Jahre zur Verteilung. Im Vorjahre sind 23 Prozent verteilt worden. Aber auch die 17 Prozent stellen schon einen ganz netten Entbehrungslohn dar. Der Gesamtreingewinn der Gesellschaft beträgt ℳ 6 158 358.

Wie man wirtschaftsfriedliche Arbeiter behandeln kann. Auf der Galalithfabrik in Harburg ist bereits vor einiger Zeit eine Reduzierung der Akkordpreise im Pressenraum und in der Hofschacht vorgenommen worden. Vorige Woche sollten die Arbeiter des Lagers und der Expedition Ueberstunden machen. Auf die Frage nach der Bezahlung wurde den Arbeitern eröffnet, daß jeder sechs Ueberstunden pro Woche ohne Bezahlung machen müsse. Erst von der siebten Stunde an erfolge eine Bezahlung. Selbstverständlich waren die zirka 32 Arbeiter des Lagers nicht gewillt, sechs Stunden in der Woche umsonst zu arbeiten. Auf ihr Verlangen wurde eine Bezahlung der Ueberstunden versprochen. Am Sonnabend wurde gefragt, wer die Ueberstunden nicht ohne Bezahlung machen wolle. Darauf meldeten sich vier Mann, die dann sofort die Entlassung bekamen. Die anderen Arbeiter leisten die Ueberstunden ohne Bezahlung. — Die Arbeiter im Lager erhalten Tagelohn und Prozente. Fehlt jemand nur einige Stunden, so wird die Zeit abgezogen. Aber sechs Ueberstunden sollen dann in der Woche umsonst gemacht werden. Ein derartiges Verlangen kann man auch nur an „wirtschaftsfriedliche" Arbeiter stellen.

Die verdorbene Kalbskeule. In der Gemeinderatssitzung am Montag kam der Bürgermeister auch auf eine Verhandlung der Stader Strafkammer zu sprechen. In der Verhandlung, in der sich der Schlachtermeister E. wegen Verkaufs von verdorbenen Fleisch- und Wurstwaren zu verantworten hatte, wurde festgestellt, daß eine Kalbskeule geradezu gestunken hat. Der Sachverständige, Dr. Brehmer-Harburg, hat dabei geäußert, daß er eine ihm zur Untersuchung übergebene Knoblauchwurst, die auch nicht mehr ganz einwandfrei gewesen sein soll, nicht beanstandet habe, weil er für Wilhelmsburg die Anforderungen an die Güte der Nahrungsmittel um ein Loch zurückstecken müßte. Der Bürgermeister meinte — und nach unserer Ansicht auch wohl mit Recht — daß, wenn Dr. Brehmer diese Erklärung wirklich abgegeben habe, er für uns als Sachverständiger nicht mehr in Frage kommen könne. Wilhelmsburg gebrauche ebenso gute Nahrungsmittel wie jeder andere Ort. Der Gemeinderat lehnte es aber ab, in dieser Sache etwas zu unternehmen. Danach bleibt also Dr. Brehmer als Sachverständiger auch fernerhin anerkannt, und sein Ausspruch, daß in Wilhelmsburg weniger Anforderungen an die Güte der Nahrungsmittel gestellt werden dürften, ist vom Gemeinderat als zu Recht anerkannt. Wir haben wirklich tüchtige Gemeindevertreter!

Bremen.

Gerichtliches Nachspiel zum Boykott eines Schlachtergeschäftes. Der im September vorigen Jahres vom Gewerkschaftskartell in Bremen über das Geschäft des Schlachtermeisters Kohl an der Faulenstraße verhängte Boykott bildete den Hintergrund eines Prozesses, der am Montag die Strafkammer I des Landgerichts beschäftigte. Die Angestellten des boykottierten Geschäfts hatten zunächst Strafantrag wegen Beleidigung gegen die Verfasser und Verbreiter der Flugblätter gestellt, hatten den Strafantrag aber noch vor der Hauptverhandlung zurückgezogen. Sodann war Anklage erhoben worden wegen groben Unfugs, den vier Angeklagte in Gesellschaft von anderen durch die Art der Verteilung des Flugblattes verübt haben sollten. Diese Anklage bezog sich auf den Gewerkschaftsbeamten Genossen Brodmerkel und dessen Frau und die Schlachter Saathoff und Hallbauer. Eine Anzahl von Zeugen bekundete, daß Kunden des boykottierten Schlachters und Passanten der Faulenstraße sich durch die Zettelverteiler belästigt gefühlt hätten und daß sich daraus auch erhebliche Verkehrsstörungen ergeben hätten. Wegen dieses groben Unfugs beantragte der Staatsanwalt Haftstrafen. Das Gericht verurteilte die vier in Frage kommenden Angeklagten zu je ℳ 25 Geldstrafe. Schließlich war gegen diese Angeklagten, gegen den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Genossen Rhein, den Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" Genossen Schwartz und gegen zwei Angestellte der Parteidruckerei Schmalfeldt u. Co. als Hersteller der Flugblätter Anklage wegen versuchter Nötigung erhoben worden. Die Strafkammer hatte die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, die Staatsanwaltschaft hatte aber beim Oberlandesgericht die Eröffnung des Verfahrens durchgesetzt. Dabei war das Oberlandesgericht davon ausgegangen, daß eine Nötigung auch in der Bedrohung mit der Fortsetzung von Beleidigungen gesehen werden könne. Nach Beendigung der Beweisaufnahme erklärte der Vertreter der Anklage, daß man unterstellen könne, daß die Angeklagten geglaubt hätten, im Rechte zu sein, und daß unter Berücksichtigung dessen die Ausführungen der Flugblätter im großen und ganzen das erlaubte Maß nicht überschritten hätten. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach von der Anklage der versuchten Nötigung die acht Angeklagten frei.

Schleswig-Holstein.

Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 1. und 2. schleswig-holsteinischen Wahlkreis.

r. Die diesjährige Generalversammlung fand am 14. Juni in Flensburg statt. Es waren anwesend 4 Mitglieder des Zentralvorstandes, der Reichstagskandidat Michelsen-Flensburg, die Genossen Fröhlich und Krause von der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung", Genosse Jensen von der „Flensburger Volks-Zeitung", Genosse Glüsing von der Preßkommission, Genosse Alps vom Bezirksvorstand und 21 Delegierte.

Aus dem vom Vorsitzenden, Genossen Erfurth, gegebenen Jahresbericht geht hervor, daß sich die Organisation nicht so entwickelt hat, wie erwartet wurde. Als Grund dafür wird die im Vorjahr auch in Flensburg ausgebrochene Werftarbeiterbewegung angegeben, deren Folgen noch nicht ganz behoben sind. Die Mitgliederzahl stieg um 72 und beträgt jetzt 2390. Der Zuwachs kommt fast völlig den weiblichen Mitgliedern zugute, stieg doch die Zahl der Genossinnen allein um 63. Der Stand der „Flensburger Volks-Zeitung" zeigt kein gutes Bild. Der bei der Gründung vorhanden gewesene Abonnentenbestand ist noch nicht wieder erreicht. Auch hier hat die Werftarbeiterbewegung die Entwicklung gehemmt. Die „Neue Zeit" hat 47, der „Wahre Jacob" 1000, die „Gleichheit" 378 und die „Arbeiter-Jugend" 221 Abonnenten. Die mündliche und schriftliche Agitation war umfangreich. Es wurden verbreitet 37 000 „Landpost", 24 000 „Röde Postbud", 21 000 Flugblätter, 1900 Kalender und Broschüren. Versammlungen wurden abgehalten 14 öffentliche, 6 für Frauen und 57 für Mitglieder. Die Kreiskasse hatte einen Vermögensbestand von ℳ 991,95 und der Wahlfonds einen solchen von ℳ 2740,30.

An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion. Genosse Drescher beantragte, die im vorigen Jahre beschlossene Abonnementspreiserhöhung um 5 Pfennig wieder rückgängig zu machen, da nur auf diesem Wege ein Weiterkommen möglich sei. Der Antrag wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag Hadersleben, den Titel der dänischen Agitationsschrift „Det röde Postbud" in „Nordslesvigsk Landpostbud" umzuändern.

Von den Genossen aus Hadersleben war ein Antrag eingereicht worden, der Flensburger Resolution zum Kommunalwahlprogramm hinzuzufügen:

„In besonderen Fällen ist es den einzelnen Ortsvereinen gestattet, mit einer anderen Partei ein Wahlabkommen zu treffen. Voraussetzung ist, daß der Wahlkreisvorstand und der Bezirksvorstand ihre Zustimmung gegeben haben."

Die Genossen aus Hadersleben hatten diesen Antrag gestellt, weil ihr Verhalten bei den Stadtverordnetenwahlen nicht die Billigung der Genossen im Kreise gefunden hat. Sie hatten mit den Dänen ein Bündnis geschlossen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Generalversammlung beschloß dann, den Deutschen Parteitag wieder wie in früheren Jahren mit einem Delegierten zu beschicken. Als Vorort wurde Flensburg wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden als Vorsitzender Genosse Erfurth und als Kassierer Genosse Erichsen. Die Kontrollkommission behält ihren Sitz in Apenrade.

Pinneberg. Sitzung der städtischen Kollegien am 11. Juni, abends 6 Uhr. Anwesend sind sämtliche Stadtverordneten. Der Bürgermeister teilt mit, daß zwecks der Bebauung des Geheges Fahlt demnächst eine Besprechung mit den Vertretern der Stadt und dem Forstfiskus stattfinden wird. Die Rechnung der Stadt schließt mit einem Ueberschuß von ℳ 40 213,17 ab. Die Kreisausgaben für das Jahr 1914 betragen ℳ 34 742,50. Die für die Arbeiten zum Bau des Elektrizitäts- und Wasserwerks gewählte Kommission wird aufgelöst, dafür soll eine ständige Kommission gewählt werden, die das Wasser- und Elektrizitätswerk unter ihrer Leitung hat. Die Kommission soll aus drei Stadtverordneten, drei Bürgern und einem Magistratsmitgliede als Vorsitzenden bestehen. Die Gewährung einer Gratifikation von ℳ 300 an den Stadtbaumeister für den Bau des Elektrizitäts- und Wasserwerks wird beschlossen. Vom Genossen Voß wurde befürwortet, daß bei entsprechender Vermehrung der Arbeiten das Gehalt des Stadtbaumeisters erhöht werden müsse, gleichzeitig sei dann aber auch das Gehalt sämtlicher Beamten zu erhöhen. Betreffs des Straßenprojekts über den Schüttenberg haben sich bei Erwerbung eines Grundstücks Schwierigkeiten ergeben. Herr Jakobsen verlangt für 52 Quadratmeter ℳ 2800. Diese Summe wollen die Unternehmer nicht zahlen. Beschlossen wurde, den alten Plan beizubehalten und das Enteignungsverfahren zu beantragen. Bei der über die Pinnau führenden Brücke, die eine Spannweite von 11 Meter haben sollte, wird die Spannweite auf 9 Meter verringert, unter der Bedingung, daß der Stadt statt 12 000 Meter 12 450 Meter für denselben Preis überlassen werden.

Segeberg. Das Zeitalter der Organisation. In Segeberg fand dieser Tage die Tagung der schleswig-holsteinischen Junker statt. Der als Gast anwesende Bundeshäuptling Dr. Roesicke sagte bei dieser Gelegenheit über den Wert der Organisation: „Wir stehen in einem Zeitalter der Organisation. „Wer sich nicht organisiert, wird überfahren. Wir können nicht auskommen mit Parteiorganisationen, wir müssen eine Organisation haben, die den systematischen Aufbau der Kräfte fordert, und das ist die wirtschaftspolitische Organisation. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen lassen sich heute nicht mehr trennen. Wir müssen sie im Zusammenhang behandeln." — Also muß sich das Proletariat und vor allem auch die Landarbeiterschaft organisieren, denn Roesicke spricht aus Erfahrung, er kann den Wert der Organisation an den Profiten der Agrarier abmessen.

Elmshorn. Unterschlagung im Amte. Der ehemalige Kassierer und Buchhalter der städtischen Gasanstalt, E. Wulf, hat sich am 22. Juni d. J. vor den Schranken des Altonaer Schwurgerichts zu verantworten. Die Verhandlung selbst dürfte etwa vier Tage in Anspruch nehmen, indem Wulf immer noch hartnäckig leugnet. Ueber 18 Zeugen sind geladen. Eine Reihe von Freunden aus bürgerlichen Kreisen versucht alles aufzubieten, um W., welcher die Stadt um mehr als hunderttausend Mark bemogelt hat, vor dem Zuchthaus zu bewahren. Allerdings dürfte das schwer gelingen.

Hannover.

Die Gesamteinnahme des Heimatfestes beträgt rund ℳ 24 000. Einen Reingewinn von ℳ 12 000 soll das Fest gebracht haben. Daß durch solchen Ueberschuß der Appetit gereizt wird, ist selbstverständlich. Nach dem „Stader Tageblatt" sind Aeußerungen gefallen, solche Feste, ebenso wie die niedersächsische Kunstausstellung, zu einer dauernden Einrichtung auszubauen. Daß sich kaum eine Stadt so wie Stade mit seiner Insel zu einer derartigen Veranstaltung eignet, wird durch das Fest selbst zur Genüge bewiesen worden sein. Ob aber in Zukunft so hohes Eintrittsgeld erhoben werden darf, kann mit Recht bezweifelt werden. Ebenso dürfte man, statt ein „Festspiel" aufzuführen, mit einem Stavenhagenschen niederdeutschen Theaterstück sich ungleich höhere Verdienste erwerben.

Ein freiwilliger Retter ums Leben gekommen. In Hemelingen war in der Nacht zum Dienstag das mit einem Strohdach versehene Wohn- und Geschäftshaus der Wwe. Claußen in Brand geraten. Da das Feuer einen bedrohlichen Umfang annahm, wurde die Bremer Feuerwehr zur Unterstützung der Ortsfeuerwehr gerufen. Es gelang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Leider ist dabei ein hilfsbereiter freiwilliger Retter ums Leben gekommen. Der Schlachtermeister Adolf Meyer hatte von seiner Wohnung in Hastedt aus den Brand bemerkt und war schleunigst mit seinem Fahrrad an Ort und Stelle geeilt. In der Annahme, es könne von den Bewohnern noch jemand in dem brennenden Hause schlafen und in Lebensgefahr sein, ist M. in das Haus eingedrungen. Inzwischen hatte sich der Brand im Dachstuhl schon soweit entwickelt, daß der eine Giebel des Hauses mit Teilen des Schornstein-Mauerwerks einstürzte. Der Schlachtermeister wurde von einem Mauerstück derart getroffen, daß er kurz darauf in der Tragbahre auf dem Wege zum Hemelinger Krankenhause starb.

Schließung des Bahnhofs Geestemünde. Ueber die Schließung des Bahnhofs Geestemünde für den Personen-, Gepäck-, Eilgut- und Tierverkehr und Eröffnung des Bahnhofs Geestemünde-Bremerhaven für diese Verkehre teilt die Eisenbahndirektion Hannover mit: Am 1. Juli 1914 wird der jetzige Bahnhof Geestemünde — künftig Geestemünde West — für den Personen-, Gepäck-, Eilgut- und Tierverkehr geschlossen; dafür wird an demselben Tag der links der Bahnstrecke Bremen-Lehe gelegene Bahnhof 2. Klasse Geestemünde-Bremerhaven eröffnet und für den Personen-, Gepäck-, Eilgut- und Tierverkehr freigegeben werden. Die Abfertigung von Sprengstoffen ist bis auf weiteres ausgeschlossen. Der Bahnhof Geestemünde-Bremerhaven erhält die gleichen Entfernungen und Tarifsätze wie der jetzige Bahnhof Geestemünde.

Verurteilte Güterdiebe. Unzählige Güterdiebstähle wurden längere Zeit hindurch auf dem Bremervörder Staatsbahnhof festgestellt. Niemals konnte man einen der Diebe erwischen. Nach längeren Beobachtungen gelang es endlich einem Beamten, Feststellungen zu machen. Er hörte Mitte Februar, daß eine Tür eines Güterwagens zugeschoben wurde. Allerdings sah er den Dieb nicht. Nur der Umstand, daß in der Nähe ein Petroleumtankwagen hielt, lenkte den Verdacht auf die Söhne des Fuhrwerksbesitzers T. aus Bremervörde. Zwei Söhne mußten sich daher jetzt vor der Strafkammer in Stade wegen vier Einbruchsdiebstähle verantworten. Bei einer Haussuchung fand man mehrere Säcke Weizen, Roggen, Gerste und Maisschrot, die aus Sendungen der Kaufleute Lohse, Schnelke und Mahler gestohlen worden waren. Der jüngere T. gestand die Diebstähle ein. Wegen drei einfacher und eines schweren Diebstahls erhielt D. T. vier Monate Gefängnis. Der Bruder J. wurde freigesprochen.

Mecklenburg.

Als postalisches Kuriosum wird mitgeteilt, daß eine im August 1910 von Waren nach Breslau aufgegebene Postkarte dem Adressaten jetzt zugestellt worden ist. Die Karte hat also vier Jahre gebraucht, um ihren Empfänger zu erreichen.

Das Spielen mit einer Waffe hat schon wieder den Tod eines blühenden Menschenlebens herbeigeführt. Die 24jährige Tochter des Werkstattschmiedes K. in Malchin wurde in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Revolver. Es wird angenommen, daß das junge Mädchen mit dem Revolver, der dem Bruder gehört, gespielt und sich so die tödliche Wunde beigebracht hat.

Auswärtiges.

Schweres Unwetter in Mittel- und Südwestdeutschland.

In einem großen Teile Kurhessens und in dem angrenzenden Eichsfelde richteten am 16. Juni wolkenbruchartige Gewitterregen schwere Schäden an. An vielen Orten wurden die Feld- und Gartenfrüchte durch schwere Hagelschläge vernichtet oder durch die Fluten der aus den Ufern getretenen Wasserläufe mitsamt der Muttererde weggeschwemmt. Kleine Brücken, leichte Baulichkeiten, Geräte und Materialien, ebenso das frisch gemähte Heu wurden fortgerissen. Mehrfach mußten die Wohnhäuser geräumt werden. In der Homburger Gegend lag der Hagel

5 Zentimeter hoch. Durch Blitzschlag wurden in mehreren Orten Anwesen eingeäschert. In Baumbach schlug der Blitz in das Stationsgebäude und tötete ein Kind des Vorstehers, ein zweites Kind wurde verletzt. In Binsföth erschlug der Blitz zwei italienische Arbeiter. In Knellstedt wurde die 13 Jahre alte Tochter des Gastwirts Wehenkel auf dem Heimwege vom Felde und in Solz bei Bebra der 20 Jahre alte Sohn des Tischlermeisters Schmauch durch den Blitz getötet. Der Fernsprechverkehr war unterbrochen.

In Gonsenheim bei Mainz gingen Dienstag nachmittag schwere Wolkenbrüche nieder. Das Wasser stand in den Straßen einen Meter hoch. In der Klosterstraße und Draiderstraße stehen 40 Häuser unter Wasser. Ein Haus mußte wegen unmittelbar drohender Einsturzgefahr geräumt werden. Aus Mainz eilte die Feuerwehr und eine Militärabteilung zu Hilfe. Auf der Vorort- und der Staatsbahn erfolgten drei Dammrutsche. Beide Strecken sind für den Verkehr gesperrt. Die reichen Gemüsefelder der Umgegend von Mainz sind vernichtet. In den Ställen ertrank viel Vieh, da es nicht rechtzeitig losgemacht werden konnte.

Auch Stuttgart und seine Umgebung waren am Abend des 16. Juni wieder der Schauplatz einer furchtbaren Unwetterkatastrophe. Es entluden sich stundenlang schwere Gewitter, die von Wolkenbrüchen begleitet waren. Die Folge war ein Hochwasser, das im ganzen Stuttgarter Tal große Verheerungen anrichtete. In der Altstadt wurden in zahlreichen Geschäftshäusern die Keller- und Lagerräume überflutet. Im Stuttgarter Schlachtviehhof mußte das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Für die im Neckartal unmittelbar vor den Toren Stuttgarts gelegene Ortschaft Hedelfingen, die schon am Sonntag von dem Unwetter schwer heimgesucht war, gestaltete sich das Unwetter geradezu verhängnisvoll. Durch das Hochwasser wurde eine inmitten des Ortes über einen kleinen Fluß führende Betonbrücke zum Einsturz gebracht, dabei wurde das Hauptrohr der Gasleitung zerbrochen und die Gaszufuhr abgesperrt; die Leitung des Elektrizitätswerkes ist durch Blitzschläge zerstört, so daß der ganze Ort in Dunkelheit gehüllt war. Außerdem wurde auch das Pumpwerk des Wasserwerks überflutet, so daß der Ort auch ohne Trinkwasser ist. Die Trümmer der Brücke verstopften das Flußbett, so daß das Hochwasser die Dorfstraße überschwemmte und in die Häuser drang, trotzdem die Bewohner versuchten, die Türen durch Bretterverschläge, durch Aufführen von Mist und Sand abzudichten. Das ganze Tal im Stuttgarter Vorortegebiet bildet einen See, und von Hedelfingen muß man nach der nächsten Bahnstation über eine Strecke von 50 Metern bis zu den Knien im Wasser waten. Der Schaden ist ganz bedeutend und wird auf viele hunderttausend Mark geschätzt.

Auch Cannstatt wurde stark mitgenommen. Die Filderbahn wurde an einzelnen Stellen hoch überschwemmt. Bei Mieterkingen wurde ein Mädchen vom Blitz erschlagen. Die Wuerm zerstörte die Brücke bei Steinegg. Die Mühlen des Wuermtales sind bedroht. — In Rothenar ist eine Frau und in Kleebronn ein mit Rettungsarbeiten beschäftigter junger Mann ertrunken.

Unerforschliche Wege der Justiz.

Trübe Erfahrungen machte ein strammer Kriegervereinler in der Gemeinde Ohra bei Danzig, wo die herrschenden Gewalten eine heftigen Kampf mit der Sozialdemokratie führen, mit der dortigen Justiz. Dieser Kriegervereinler, ein Maurer, war seit fünf Jahren bei dem Gastwirt Mathesius, der Inhaber eines besonders von Marinesoldaten frequentierten Tanzlokals ist, als Tanzordner angestellt. Er wurde plötzlich entlassen. Der Entlassene behauptete nun, seine Entlassung sei erfolgt, weil er in einem Prozeß, der am Tage der Entlassung zur Verhandlung kam, nicht so ausgesagt habe, wie es der Gastwirt von ihm verlangte. Wegen dieser Behauptung verklagte der Gastwirt den Entlassenen und dieser wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich der Kläger vor Gericht zugeben mußte, daß er den Angeklagten als Zeugen in einer Prozeßsache zu „informieren" gesucht habe. — Nun kehrte der Maurer den Spieß um: er verklagte den Gastwirt wegen Beleidigung, da dieser im Kriegerverein und in der freiwilligen Feuerwehr den Ausschluß des Maurers gefordert hatte mit der Begründung, dieser sei Sozialdemokrat und schreibe für die „Volkswacht" in Danzig. Während der Gastwirt dieses Vorgehen gegen den Kläger bestritt, benannte der Kläger drei Zeugen, die seine Anschuldigungen beweisen sollten. Das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab und sprach den Gastwirt frei.

Preußenfurcht vor einem — Gemälde.

„Die Schlacht bei Grochow" ist ein Oelgemälde von Kossak, welches eine Episode aus dem Befreiungskampfe der Polen gegen die Russen darstellt. Eine Oeldruck-Vervielfältigung dieses Bildes war von zwei polnischen Buchhändlern auf der im Juli 1913 im Schützenhof in Bochum abgehaltenen Polnischen Gewerbeausstellung ausgestellt worden. Dieses Bild soll „aufreizend" zu wirken geeignet sein; aber die beiden Aussteller wurden nicht zur Verantwortung gezogen, weil ihnen nicht das Bewußtsein des aufreizenden Charakters nachzuweisen war. Dagegen hat das Landgericht Bochum am 6. Dezember 1913 im sogenannten objektiven Verfahren auf Einziehung des Bildes und Unbrauchbarmachung der zur Herstellung desselben benutzten Platten erkannt. Das Gericht hat Bezug darauf genommen, daß das Landgericht Graudenz bereits am 12. Juni 1912 die Ausstellung dieses Bildes als aufreizend angesehen und das Reichsgericht am 11. Oktober 1912 dieses Urteil bestätigt hat. Es wird dann in dem Urteil behauptet, daß da, wo Polen und Deutsche nebeneinander wohnen, die ersteren leicht durch den Anblick des Bildes ermuntert werden könnten, den Kampf gegen die deutschen Unterjocher aufzunehmen, um ihre staatliche Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Gegen das Bochumer Urteil hatten die beiden Buchhändler als Interessenten Revision eingelegt. Sie betonten, daß das Original des Bildes ein Kunstwerk ersten Ranges sei und als solches auf die niederen Sinne keine Wirkung ausübe. Die hier in Frage kommende Vervielfältigung sei ebenfalls künstlerisch ausgeführt. Der Sinn des Bildes sei übrigens von der polnischen Arbeiterbevölkerung gar nicht verstanden worden; denn man habe davon gesprochen, daß da die Bulgaren gegen die Türken kämpften. Das Reichsgericht erkannte unter dem üblichen Hinweis auf die „tatsächlichen Feststellungen" am 16. Juni auf Verwerfung der Revision.

Die unsittliche Werkbundausstellung.

Schon vor einiger Zeit hatte die „Köln. Volksztg." einen Entrüstungssturm der Frommen, der der Kölner Werkbundausstellung schwer zum Schaden gereichen würde, angekündigt, wenn nicht einige Malereien und Skulpturen, die die Schönheit des menschlichen Körpers hüllenlos darstellen, von der Ausstellung entfernt würden. Es handle sich vielfach um „gorbsinnliche Nuditäten". Daß es sich hier um einen wohlvorbereiteten klerikalen Vorstoß handelt, zeigt jetzt ein ähnlicher Protest der Kölner Pfarrer. In einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Ausstellung, Beigeordneten Rehorst, sagen sie: Eine öffentliche Ausstellung sei kein Kabinett für auserlesene Gemüter mit eigenem Kunstgeschmack. Sie sei für alle Klassen des Volkes bestimmt, und Malereien und Skulpturen, die dem ästhetischen Gefühl der Allgemeinheit Hohn sprächen und ihr sittliches Empfinden tief verletzten, müßten beseitigt werden. Selbst in Köln muß dieser Vorstoß der Schwarzen ohne Erfolg bleiben, wenn sich die Ausstellungsleitung nicht schwer blamieren und ihren eigenen Grundsätzen ins Gesicht schlagen will.

Die politischen roten Strumpfbänder.

Der Polizeikampf gegen die Arbeiterturnvereine hat wieder einmal zu einer lustigen Gerichtsszene geführt. Die Polizei von Bövinghausen bei Dortmund erklärte den Arbeiterturnverein „Vorwärts" für einen politischen Verein. Der Vorstand des Vereins war der Aufforderung, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und ein Statut des Vereins der Polizei einzureichen, nicht nachgekommen. Darauf Strafmandate in Höhe von je M. 9, gegen welche gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Vor dem Schöffengericht Castrops, das über den Einspruch zu befinden hatte, erklärte der Polizeikommissar auf Befragen, daß seine Politisch-Erklärung des Vereins sich u. a. auf folgende Tatsachen gründe: Am 1. September 1912 feierte der Verein ein öffentliches Fest; bei diesem Fest trugen die Mitglieder „rote Schärpen" und „rote Strumpfbänder". Der frühere Vorsitzende des Vereins sei ein „Hauptagitator" der Sozialdemokratie gewesen. In dem Vereinslokal habe ein Schild gehangen mit der Aufschrift „Frei Heil!" und dann habe ein Schild eine „blaßrote" Farbe gehabt. Endlich habe er einmal ein Flugblatt gesehen, das sich gegen den deutschen Turnerbund, gegen die Gesellschaftsordnung und gegen den Militarismus richtete. Er habe dann die Vorlegung des Vereinsprotollbuches verlangt, was abgelehnt worden sei. Eine Haussuchung nach dem Protokollbuch sei erfolglos gewesen; nur einen Geschäftsbericht habe er gefunden. — Der Verein ist als solcher dem Bund, der politisch erklärt worden ist, nicht angeschlossen. Wohl sind Mitglieder des Vereins auch dem Bunde als Einzelmitglieder beigetreten, um gegen Unfälle versichert zu sein. Das Gericht hielt alle diese schönen Gründe der Polizei nicht für stichhaltig und erkannte auf Freisprechung.

Ein „Stellvertreter Gottes" als Heiratsschwindler.

Wegen Fahnenflucht, Betrug in sieben und Unterschlagung in zwei Fällen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Halle der im zehnten Jahre dienende Sergeant Ernst Jakob vom Füsilierregiment 36 zu verantworten. Der Herr Unteroffizier war erst eine Zeitlang Polizist, trat dann aber wieder als Rekrutenerzieher in Dienst bei einem Regiment in Mühlhausen i. E. Nachdem er ein Jahr lang als Feldhüter bei einer Wach- und Schließgesellschaft tätig war, ließ er sich Ende November v. J. zum vierten Male zum Militär einstellen. Im März rückte Sergeant Jakob nach Holland aus und zwar aus Furcht vor den zahlreichen Betrügereien, die er inzwischen mit Hilfe des „Königs Rock" verübt hatte. In Mühlhausen lockte er einer armen Schneiderin ihre Ersparnisse ab mit dem Versprechen, sie, nachdem er in Frankfurt Polizist geworden, zu heiraten. Zuglich war der Mensch bereits mit einem andern Mädchen aus Aschersleben verlobt. Dieser Braut entlockte er M. 1000, dem zukünftigen Schwiegervater noch M. 750 mit dem Vorgeben, er habe eine Geldstrafe von M. 600, zu der er wegen Soldatenmißhandlung verurteilt sei, zu zahlen. Dann bändelte er mit einem für zweierlei Tuch schwärmenden Mädchen aus Delitzsch an, um ihr als angebliche Heiratskaution M. 300 abzuknöpfen. Trotz dieser Zusicherungen knüpfte er mit einer weiteren Braut an, der er zuerst M. 400 zur Heiratskaution und ein Sparkassenbuch über M. 900 ablockte. Das dem bedauernswerten Mädchen abgeschwindelte Geld verjubelte der saubere „Stellvertrer Gottes", wie auch die übrigen Beträge, in lockerer Gesellschaft und warf das leere Sparkassenbuch weg. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Barbarei im „Kulturstaat".

Aus Straßburg (Elsaß) wird gemeldet: Die 41jährige Witwe Magdalene Wendel und der 39jährige Tagelöhner Wirt aus Hagenau, die am 5. Dezember wegen Giftmordes, begangen an dem Ehemann der Wendel zum Tode verurteilt worden waren, sind Mittwoch früh vom Scharfrichter Silcher hingerichtet worden.

Unfall-Chronik.

In der Lackfabrik Horn u. Horn, Ehrenfeld bei Köln, ereignete sich am 15. Juni ein schweres Unglück. Durch die Explosion eines Kessels mit Lack erlitten zwei Arbeiter entsetzliche Brandwunden. Einer von ihnen, Walter, ist bereits gestorben, der andere liegt fast hoffnungslos danieder.

In der Düsseldorfer Maschinenfabrik an der Rathersstraße wurden durch Umstürzen zweier Panzerplatten zwei Arbeiter tödlich verletzt.

Am Dienstag, nachmittags um 1 Uhr, explodierte in Gencio bei Carcare in der Nähe von Genua die dortige Dynamitfabrik. Der Knall war so gewaltig, daß er viele Kilometer weit vernommen wurde. Einstweilen hat man drei Tote und über zwanzig Verwundete gefunden. Die Rettungsversuche dauern fort.

In einer Zellulosefabrik in Moskau in der Nähe des Taganschen Gefängnisses fand am Dienstag eine furchtbare Explosion statt, die das ganze Fabrikgebäude in ein Flammenmeer hüllte. Unter den Arbeitern brach eine Panik aus, da viele den Ausgang in der Verwirrung nicht finden konnten. Bisher konnten aus den erst teilweise gelöschten Trümmern vier tote Arbeiter hervorgezogen werden. Sechzehn Personen haben tödliche Brandwunden erhalten. Insgesamt sollen fünfzig Arbeiter den Tod bei der Katastrophe gefunden haben.

Zweihundert Bergleute gerettet.

In einer Kohlengrube bei Northamman (England) wurden ungefähr zweihundert Bergleute durch einen Erdsturz 20 Stunden eingeschlossen. Den fieberhaften Anstrengungen der Rettungsmannschaften gelang es, einen Durchbruch zu schaffen und die Eingeschlossenen zu befreien.

Die Folgen des Pariser Unwetters.

Ein fünf Quadratmeter großes Loch von zwei Metern Tiefe bildete sich auf dem Jenaplatze in Paris über den Arbeiten der Untergrundbahn. Zwei andere Erdeinstürze wurden an der Wegekreuzung der Gluck- und Halevystraße und auf dem Place de Rome festgestellt. Die technischen Beamten versichern, daß keinerlei Gefahr bestehe.

Der Pariser Deputierte Kinder teilte dem Minister der öffentlichen Arbeiten mit, daß er ihn über die durch die Erdeinstürze verursachten Unglücksfälle, sowie über die Maßnahmen befragen werde, welche die Behörden zu ergreifen gedenken, um zukünftig derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen. Bisher wurden die Leichen von sechs Verunglückten zutage gefördert. Nach der Polizei zugegangenen Meldungen werden noch sechs Personen vermißt und man befürchtet, daß sie bei den Erdeinstürzen das Leben eingebüßt haben. Die Besitzer der durch die Erdeinstürze gefährdeten Häuser beabsichtigen, gegen die Stadt Paris einen Schadensersatzprozeß anzustrengen.

Die Katastrophe der „Empreß of Ireland" vor dem Untersuchungsausschuß.

Am 16. Juni begann in Quebec (Kanada) unter dem Vorsitz von Nersey die Verhandlung der Untersuchungskommission über den Untergang der „Empreß of Ireland".

Kapitän Kendall von der „Empreß" sagte aus, daß er nach seiner Rettung durch ein Boot der „Storstad" auf den Kapitän des Dampfers „Storstad" zugegangen sei und zu ihm sagte: Sie brachten mein Schiff zum Sinken, Sie fuhren mit voller Geschwindigkeit. Er erklärte weiter, daß er auf dem Deck der „Storstad" vor Erschöpfung zusammengebrochen sei.

Die Besitzer der „Storstad" reichten folgende schriftliche Erklärung ein: Die „Storstad" fuhr mit einer Geschwindigkeit von sechs Knoten, als die Mastlichter der „Empreß" sechs oder sieben Knoten entfernt gesichtet wurden. Sechs Minuten später sah man auf der „Storstad" ihr grünes Licht und bemerkte dann, daß sie ihren Kurs änderte. Sie zeigte rot und grün zusammen. Dann verblaßte das grüne Licht und nur das rote blieb sichtbar. Nach drei bis vier Minuten hüllte der Nebel das Schiff ein, doch war das rote Licht noch sichtbar. Hierauf gab die „Empreß" ein Signal. Wir antworteten und verringerten die Geschwindigkeit. Das Steuerrad wurde weiter herumgelegt, doch gehorchte das Schiff nicht. Um nicht alle Manövrierfähigkeit zu verlieren, erging in den Maschinenraum der Befehl, langsam weiterzufahren. Der Steuermann ließ jetzt den Kapitän auf die Brücke rufen, sagte ihm aber nichts von der „Empreß". Als der Kapitän an Deck kam und die Mastlichter der „Empreß" sah, ließ er sofort mit voller Geschwindigkeit rückwärts fahren. Die Schiffe waren jetzt 800 Fuß voneinander entfernt, dann erschien das grüne Licht der „Empreß". Drei Minuten später stießen beide Schiffe zusammen. Der Kapitän hörte von der „Empreß" den Ruf, er möge vorwärts fahren. Er gab einen entsprechenden Befehl, doch konnte er den Bug der „Storstad" nicht in der Oeffnung der „Empreß" halten. Die „Storstad" schwenkte herum, bis sie parallel lag, denn der Kapitän fürchtete, sein Schiff würde an der Backbordseite von der Steuerbordseite der „Empreß" getroffen. Sie mußte einen völligen Kreis beschreiben, inzwischen sank die „Empreß". Auf die Hilferufe kam er vorsichtig näher und ließ vier Boote herab, die einige hundert Menschen retteten.

Kapitän Kendall gab dann eine Version von dem Zusammenstoß. Nach ihm fand dieser um 1 Uhr 55 Minuten, nach der „Storstad" um 2 Uhr 7 Minuten östlicher Zeit statt.

Gegen den Darlehnsschwindel. Gegen die Herausgeber des „Allgemeinen deutschen Finanzanzeigers", der seine Netze besonders nach Berlin ausgeworfen hat, ist jetzt ein Untersuchungsverfahren wegen Betrugs eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Finanzanzeiger die Fachblätter der Darlehnsschwindler sind. Es ist auch sicher, daß die Finanzanzeiger die Adressen, an die sie sich wenden, nicht allein aus Inseraten erfahren, sondern auch von Darlehnsschwindlern, die Geldbedürftige schon irgendwie geschröpft haben und diese den Finanzanzeigern zur weiteren Ausbeutung zuweisen. Die Staatsanwaltschaft stellt auch Ermittlungen über Personen an, die vom „Allgem. deutschen Finanzanzeiger" geschädigt worden sind.

Unterschlagungen bei der Starnberger Gemeindekasse. Der ehemalige Gemeinde- und Distriktskassierer Georg Wenzel und der ehemalige Bürgermeister Privatier Franz Rettenberger, beide in Starnberg, wurden zur Aburteilung noch vor die gegenwärtige Schwurgerichtssession verwiesen. Wenzel, der sich jetzt fast ein Jahr in Untersuchungshaft befindet, ließ sich Unterschlagungen gemeindlicher Gelder in der Höhe von M. 33 000 zuschulden kommen. Rettenberger nahm in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von dem Gemeindekassierer Darlehen, obwohl er wußte, daß die Gelder aus der Gemeindekasse unterschlagen waren. Die Verhandlung beginnt am 25. Juni vor dem Münchener Schwurgericht.

Streikende Baldachinträger. Die Kirchenstreitigkeiten in Blatzheim (Rheinland), über die wir kürzlich nach der „Rhein. Ztg." berichteten, haben am Fronleichnamstage ihren Ausdruck sogar bei der Bildung der üblichen Fronleichnamsprozession gefunden. Die Anhänger des Gemeinderats und des neuen Pfarrers veranstalteten eine Prozession, die rebellierenden Ortseinwohner ebenfalls eine. Die „Intregalen" waren insofern im Nachteil, als ihnen die kirchlichen Insignien vorenthalten blieben; sie halfen sich aber, indem sie in einer Stärke von über 500 Personen betend zum benachbarten Orte Kerpen zogen und sich der dortigen Prozession anschlossen. Bei der offiziellen Blatzheimer Fronleichnamsprozession war indessen die Beteiligung äußerst schwach. Da sich im Orte keine sechs Einwohner fanden, die bereit waren, den Baldachin zu tragen, mußten sechs im Orte beschäftigte russische Arbeiter für die streikenden Blatzheimer Baldachinträger einspringen. Ob die sechs russischen Arbeitswilligen gegen Bezahlung sich zu ihrem unsolidarischen Tun bewegen ließen oder ob andere Gründe bei ihrem Einspringen für die streikenden Himmelsträger maßgebend waren, konnte unser Kölner Parteiorgan nicht ermitteln.

Marinenachrichten. Eingetroffen: „Göben" mit dem Chef der Mittelmeerdivision am 16. Juni in Tripoli (Syrien), „Iltis" am 15. Juni in Tsingtau, „Jaguar" am 16. Juni in Hankau. — Privatpakete an die Besatzung des Peilboots III (Südsee) können zu den bekannten Versendungsbedingungen für Privatpakete kostenfrei verschickt werden, wenn sie mit Postporto und bestellgeldfrei bis spätestens 22. Juli bei der Speditionsfirma Matthias Rohde u. Co., Hamburg, Sandtorkai 35, eintreffen. Für Verpackungs- und Ladegebühr sind 30 ₰ bei der annehmenden Postanstalt zu entrichten.

Im Alkoholrausch. Ein gefährliches Nachtlager hatte sich ein Heizer des in Bingen vor Anker liegenden Bootes „Schiller" nachts ausgesucht. Der Mann überstieg in trunkenem Zustande das Geländer des am Rhein herlaufenden Eisenbahndamms, fiel über eine Schiene und blieb neben dem Geleise liegen. Erst am frühen Morgen fanden ihn Schutzleute. Die ganze Nacht hindurch rollten Personen- und Güterzüge dicht an dem ahnungslos schlafenden Mann vorüber, der nur die geringste Bewegung zu machen brauchte, um verloren zu sein. Auch der mit rasender Geschwindigkeit daherbrausende Expreßzug Ostende-Wien wurde von dem Schlafenden nicht bemerkt. Aus dem einen Aermel seines Rockes und vom Rock selbst war dem Manne ein Stück abgefahren worden.

Aus dem Reich des Blut- und Prügelzaren wird der „Frankfurter Zeitung" geschrieben: In der alten Petersburger Festung, die außer der Gruftkirche der Romanows noch die Staatsgefängnisse umschließt, leben mehrere verheiratete Unteroffiziere, deren Kinder in dem weiten Festungsbezirk ungehindert spielen. Vor einigen Tagen wurde bei diesen kindlichen Spielen, an denen sich diesmal auch Kinder einiger Offiziere beteiligten, einem Soldaten einen Stein an den Kopf geworfen. Obwohl er nicht die geringste Verletzung davontrug, rapportierte der Soldat über den Vorfall, worauf der Kommandant der Festung befahl, eine Untersuchung einzuleiten. Als sie ergeblos blieb, weil die Kinder entweder den Schuldigen nicht verraten wollten oder vielleicht gar nicht kannten, erteilte der Kommandant den Befehl, alle Soldaten- und Unteroffizierskinder zu prügeln, bis sie mit der Wahrheit herausrücken würden. Ein früherer Unteroffizier, der selber eine zahlreiche Familie hat, wurde mit der Exekution beauftragt, verweigerte aber den Gehorsam. Daraufhin wurde er aus der Dienstwohnung, die ihm bisher bewilligt war, gewaltsam hinausgeworfen und ein kinderloser Soldat mit dem wenig ehrenvollen Auftrag betraut. In Begleitung eines Militärarztes begab er sich von Wohnung zu Wohnung; überall wurden die Kinder, nachdem der Arzt sie untersucht und sein Gutachten darüber abgegeben hatte, ob sie eine Züchtigung ertragen können, ausgezogen und von dem Soldaten mit Ruten geprügelt. Das Maß der Züchtigung blieb dabei dem diskretionären Ermessen des Züchtigers vollständig überlassen. In einigen Familien sollen sich dabei bewegliche Szenen abgespielt haben, doch wagten die Eltern nirgends, sich zur Wehr zu setzen. Trotz der Prügelei erfuhr der Festungskommandant, ein kommandierender General, den Namen des Schwerverbrechers nicht, um dessentwillen 20 Kinder geprügelt werden mußten. — Leider ist noch nicht einmal zu hoffen, daß dem perversen Kerl von Kommandanten die gebührende Strafe für seine Grausamkeiten zuteil wird.

Gewerbegericht Hamburg.

Ist ein Maschinist verpflichtet, den Hof zu fegen?

p. Als ein gegen M. 36 Wochenlohn und freie Wohnung angestellter Heizer und Maschinist im Maschinenhaus gerade nichts zu tun hatte, wurde er von dem Geschäftsführer seiner Firma aufgefordert, den Hof zu fegen. Der Maschinist wies dies jedoch entschieden zurück und erhielt darauf seine sofortige Entlassung. Gegen seine Klage auf M. 72 Lohn für die Kündigungszeit brachte die Firma als weiteren Grund zur Entlassung vor, daß sich der Kläger auch während der Arbeitszeit von ihrem Material Akkumulatoren angefertigt und auf ihre Kosten elektrischen Strom verbraucht habe. Der Maschinist führte zur Begründung seiner Klage an, er habe sich nicht für verpflichtet gehalten, das Fegen des Hofes zu besorgen, da er Maschinist und nicht Arbeitsmann gewesen sei. Die Akkumulatoren habe er, wenn anders nichts zu tun gewesen sei, zu seiner eigenen Belehrung angefertigt. Das dazu benötigte Holz sei von alten Kisten genommen. Der Geschäftsführer der Firma habe ihn selbst bei dieser Arbeit gesehen und nicht mit einem Worte zu erkennen gegeben, daß er in dem Tun des Klägers etwas Unzulässiges erblicke. Das Gewerbegericht, den Vorsitz führte Amtsrichter Dr. Böe, verurteilte die beklagte Firma kostenpflichtig dem Antrage des Klägers entsprechend aus etwa folgenden Gründen: Das Vorbringen der beklagten Firma ist nicht geeignet, die sofortige Entlassung des Klägers zu rechtfertigen. Zunächst ist eine unbefugte Arbeitsverweigerung nicht festzustellen. Der Kläger war unstreitig als Maschinist angestellt. Durch den Dienstvertrag war er zur Leistung der versprochenen Dienste verpflichtet. Diese bestanden in der pflichtmäßigen Bedienung der seiner Obhut anvertrauten Maschinen, nicht aber auch in dem Fegen und Reinigen des Hofplatzes. Der Kläger war daher berechtigt, das an ihm von dem Geschäftsführer gestellte Ansinnen, den Hof zu fegen, abzulehnen. Er war es selbst dann, wenn er im Augenblick an der Maschine nichts zu tun hatte. War er aber zur Ausführung der angewiesenen Arbeit auf Grund des mit der Beklagten geschlossenen Arbeitsvertrages nicht verpflichtet, so konnte er sich auch durch seine Ablehnung dieser Arbeit keiner Arbeitsverweigerung schuldig machen, die seine Entlassung rechtfertigte. Was dann die Herstellung der Akkumulatoren durch den Kläger während der Arbeitszeit angeht, so ist unstreitig, daß sie nicht etwa heimlich vorgenommen, sondern unter den Augen des Geschäftsführers der Beklagten ausgeführt ist. Das beweist, daß sich der Kläger jedenfalls für berechtigt gehalten hat, diese Arbeit zu machen. Es ist aber auch zugegeben, daß der Geschäftsführer die Tätigkeit des Klägers mit keinem Worte beanstandet hat. Daher muß angenommen werden, daß er in dem Verhalten des Klägers damals nichts Unzulässiges gesehen, jedenfalls aber darin keinen Grund zur Entlassung erblickt hat. Dann kann aber ein solches Moment nicht mehr nachträglich dazu benutzt werden, um einer unberechtigten Entlassung den Anschein der Berechtigung zu geben.

Muß das Personal beim Verkauf eines Geschäfts zu dem Käufer übertreten?

p. Ein Bäckermeister verkaufte sein Geschäft. Der Käufer bot dem Personal an, unter den bisherigen Bedingungen bei ihm weiter zu arbeiten. Dies lehnte jedoch ein Bäckergeselle ab, weil er nicht Lust hatte, für den bis dahin erhaltenen Lohn von M. 29 die Woche unter dem neuen Meister weiterzuarbeiten. Als der Geselle darauf seine Entlassung erhielt, verlangte er M. 58 Lohnentschädigung für die Dauer der gesetzlichen Kündigungsfrist. Vom Gewerbegericht, Vorsitzender Amtsrichter Dr. Böe, wurde er unter nachstehenden Gründen mit seiner Klage abgewiesen. Da der Beklagte dem Kläger nicht gekündigt hatte, so kam er an sich als Dienstberechtigter vom Tage der Uebernahme des Geschäfts durch den Käufer mit der Annahme der Dienste des Klägers in Verzug, und der Kläger kann an sich gemäß § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die infolge des Verzuges nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Im vorliegenden Falle ist der Anspruch des Klägers dennoch nicht begründet. Der § 615 des B. G. B. bestimmt nämlich in seinem zweiten Satze, daß sich der Dienstverpflichtete den Wert desjenigen auf seinen Anspruch anrechnen lassen muß, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben, böswillig unterläßt. Die letztere Voraussetzung trifft hier zu. Dem Kläger ist unstreitig von dem Käufer des Geschäfts angeboten, während der beanspruchten Kündigungsfrist zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen weiterzuarbeiten. Wenn er nun auch nicht verpflichtet war, jede ihm angebotene Arbeit anzunehmen, so lag doch anderseits für ihn zur Ablehnung der Arbeit, welche sich mit der bisher von ihm verrichteten völlig deckte, nicht der mindeste Anlaß vor. Es mußte daher als erwiesen angesehen werden, daß der Kläger böswillig unterlassen hat, soviel zu erwerben, als der ihm gegen den Beklagten zustehende Anspruch ausmacht.

Vereine und Versammlungen.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Versammlung am Freitag, 5. Juni, bei Wils, Rosenstraße. Dem verstorbenen Kollegen Bie wurde ein ehrender Nachruf gewidmet. Mitgeteilt wurde die stattgefundene Vorstandswahl der Ortskrankenkasse der in Hotels usw. beschäftigten Personen. Veranlaßt durch mehrfache Anfragen, schilderte Zillmann die Vorgänge auf dem Dampfer „Vaterland", soweit sie bekannt geworden sind. Gewerkschaftlich organisierte Stewards sind daran nicht beteiligt. Die Bewegung war eine Folge wüster Agitation von Anhängern des „Syndikalistischen Industrieverbandes". Höltje erstattete einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag. Er hob hervor, daß der Verbandstag gegen früher ein durchaus würdigeres Ansehen zeigte. Zillmann gab eine vorläufige Rechnung der Kosten des Verbandstages. Der Sitz des Verbandsausschusses ist wieder Hamburg. Von den fünf Mitgliedern sind von unserer Sektion drei zu wählen. Gewählt wurden Zillmann, Höltje, Kasten. Den Bericht der Kartellversammlungen gaben Traupel und Zillmann. Der Erhöhung des Stammkapitals des Gewerkschaftshauses wurde zugestimmt. Unser Verband hat M 4000 aufzubringen; von dieser Summe sind M 2000 in Form des Saalbaufonds bereits abgeführt. Die Restsumme, die nach Abzug der von den Abteilungen Cafékellner und Hoteldiener zu leistenden Rate verbleibt, soll der Verbandskasse entnommen werden. Zillmann teilte den Verlauf der bisherigen Gesellschafterversammlungen des Gewerkschaftshauses mit. Eine Differenz zwischen der Geschäftsführung des Gewerkschaftshauses und den dort arbeitenden Kollegen wegen der die letzteren benachteiligenden Festsetzung der Ferien soll die Kommission regeln.

Verband der freien Händler. Mitgliederversammlung am 4. Juni im Gewerkschaftshause. Nachdem die Eingänge verlesen waren, setzte eine lebhafte Debatte ein, worauf verschiedene Anträge erledigt wurden. Auch der Antrag, den „Vorwärts" und „Markt und Messe" zu abonnieren, wurde angenommen. Schmüser berichtete sodann, daß der Berliner Verband auch hier in Hamburg eine Zahlstelle errichtet habe. Er fordert die Kollegen auf, eine etwaige Ausdehnung zu verhindern. Die Hamburger Händlerschaft sei zur Genüge zersplittert. Koltrowitz beantragte sodann, mehr öffentliche Versammlungen abzuhalten, was angenommen wurde. Zur Verschmelzungsfrage wurde nach längerer Debatte beschlossen, baldmöglichst eine kombinierte Mitgliederversammlung abzuhalten. Die nötigen Vorarbeiten bleiben dem Vorstand überlassen. Weihl beantragt, zu den Mitgliederversammlungen schriftlich einzuladen, was abgelehnt wurde. Die Kollegen werden nochmals aufgefordert, die erhaltenen Strafmandate an den Kollegen Th. Schmüser, Hamburg 26, Dorfgang 15, ptr., einzusenden, sowie auch stets ihre Kontrollkarte bei sich zu führen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 12½ Uhr geschlossen.

Isolierer. Versammlung am 9. Juni bei W. Stein, Albertstraße. Unser Lohntarif, welcher am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, ist in vielen Punkten verbesserungsbedürftig. Es wurde einstimmig beschlossen, ihn am 1. Juli zu kündigen. Sodann wurde bekanntgegeben, daß Winterhof mit seinen Beiträgen noch vom vorigen Jahre im Rückstande ist und er nicht mehr als Kollege beachtet werden kann. Dem Kollegen Ernst Krüger ist wegen grober Verletzung und Mißbrauchs unseres Arbeitsnachweises eine gehörige Rüge erteilt worden. Ferner wurde von verschiedenen Kollegen angefragt, ob es nicht möglich ist, daß unser Arbeitsvermittler einen Stempel bekommt, der zur Erlangung von Arbeitslosenunterstützung Gültigkeit hat. Es wurde einstimmig beschlossen, dieses beim Zweigverein zu beantragen. Darauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Fabrikarbeiter-Verband, Distrikt Hamm-Borgfelde. Mitgliederversammlung am 10. Juni bei Boscheinen, Wendenstraße. Stein las die Anträge der Zahlstelle Hamburg zum Verbandstag vor. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Hegemann berichtete von den Kartellversammlungen und hob besonders den regen Geschäftsgang der „Volksfürsorge" hervor. Ferner berichtete er über die Fluktuation der Mitglieder im letzten Krisenjahr. Sodann wurde von Stein auf unsere, am 2. August stattfindende Dampfertour nach der Lühe hingewiesen. In das Festkomitee wurden Limenschloß, Schimpf, Klinkicht und Griem gewählt. Sodann wurde noch über die Adreßkarten für die Mahnkommission gesprochen. Es sind vom Kassierer Gewrich Mahnkarten mit 17, 12 und 9 Wochen rückständige Mitglieder abgegeben worden. Dies wurde von der Versammlung scharf verurteilt. Hieran knüpfte sich eine rege Diskussion, an der sich Hegemann, Weidner, Stein, Lünenschloß, Ley und Griem beteiligten. Von den Generalversammlungsvertretern fehlten unentschuldigt C. Eschenburg, A. Jessen und R. Müller; entschuldigt fehlte M. Hamer. Schluß der Versammlung 11½ Uhr.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung am 9. Juni im Gewerkschaftshause. Es erhält das Wort der Linguist und Korrektor Sawwa Zezmirski zu einem Vortrage mit Demonstration über: „Entstehung und Entwicklung der Sprache." Redner hatte seinen Vortrag zergliedert in die Abteilungen: Einleitung und Demonstration des Sprachorgans; 3600 Jahre des Lautwandels und der Verwandtschaft der Sprachen, demonstriert durch Hieroglyphen, Keilschrift, Aramäisch, Arabisch, Sanskrit, Zend, Griechisch und Altslawisch; die Hauptsprachen Europas, Erklärung der Schriftzeichen und Akzente sowie der richtigen Aussprache und Spracheigentümlichkeiten (Russisch, Französisch, Italienisch, Englisch und Spanisch). Den Schluß bildete Rezitation in acht Sprachen. Trotzdem der Vortrag zwei Stunden währte, verstand es der Redner, die Aufmerksamkeit der Anwesenden bis zum Schlusse des Vortrages rege zu halten. Dem Vortragenden wurde ein überaus reichlicher Beifall zu teil. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Verteilung der in der vorigen Versammlung beschlossenen M. 4000 für die Leipziger Ausstellung", entfesselte eine lebhafte Debatte. Gemeldet haben sich zur Fahrt 621 Kollegen. Da die Mehrzahl der Anwesenden sich auf den Standpunkt stellte, daß jedem Ausstellungsbesucher als Beihülfe zu den Fahrkosten mindestens M. 10 bewilligt werden muß, wurde ein Antrag M. Vogel angenommen: Jedes Mitglied, das nach Leipzig geht, erhält M. 10, so lange die ausgesetzte Summe von M. 4000 dazu ausreicht. Sollten nach Verbrauch dieser Summe noch Meldungen vorliegen, dann beschließt eine spätere Versammlung weiter darüber." Angenommen wurde ferner ein Antrag, daß diejenigen Kollegen, welche vom Geschäft einen Zuschuß erhalten, sowie diejenigen, welche mit ihren Beiträgen oder mit der Abzahlung erhaltener Darlehen im Rückstande sind, keine Beihilfe vom Verein erhalten. Hierauf wurde die von zirka 900 Mitgliedern besuchte Versammlung vertagt. — Ausgeschlossen wurden wegen Reste Fr. Schröder, H. Feuß, E. Dubbert, W. Henke, Herm. Peters, J. Rudolph, Georg Meyn und L. Höhne. Arbeitslos sind 225 Kollegen, krank 48 Kollegen.

Vermischtes.

Herzogs beim Wellfleisch-Essen.

Eine patriotische Kundgebung der Bauernschaft seines Landes, an die er denken wird, hat jüngst der Herzog von Altenburg mit seiner herzoglichen Gemahlin über sich ergehen lassen. Er machte nach beliebtem Muster eine Landesreise und suchte sich recht volkstümlich zu geben. Zu den kuriosen Dingen, welche er zu diesem guten Zweck auf sich nahm, gehörte, wie ein altenburgischer Mitarbeiter der „Frankf. Ztg." schreibt, auch ein herzogliches Wellfleisch-Essen gelegentlich eines ländlichen Schlachtfestes, das in Nördit an der altenburgisch-sächsischen Grenze ein guter Patriot veranstaltet hatte. Mit großen, weißen Schlachterschürzen, die auch dem Herzogspaar umgebunden wurden, setzten sich die vielen Teilnehmer an die Tafel, deren Freuden der Gemeindeälteste mit dem wundervollen Schlachteessen-Tischgebet eröffnete:

Herr, lehre uns Bescheidenheit,
Wenn ich mich setz' zu Tische,
Und hilf, daß ich zu jeder Zeit
Das größte Stück erwische.

Der Gastgeber überreichte den Prinzen und Prinzessinnen ein Angebinde vom Schweineschlachten mit folgenden Worten: „Wie das Ringelschwänzchen des geschlachteten Schweines sich in endloser Rundung über die Gaben des Korbes erhebe, in so unendlicher Treue halte die Bauernschaft zum Herrscherhause, und das dicke Ende, mit dem das Schwänzchen an dem Körper hänge, bedeute für ihn, daß auch Se. Hoheit der gesamten Bauernschaft sein Wohlwollen nicht entziehen werde." Noch lange wird das Herzogspaar an das Essen und an den kuriosen Spruch denken, der über dem Eingange zum Gute mit dem Bilde eines delikaten Schweines prangte:

Du greeßte Sau, dich upferd garn
Die Liebe zu dem Landesharrn!

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg, Deutsche Seewarte.)

Witterungsübersicht vom 17. Juni 1914.

Am Ostrande des ozeanischen Hochdruckgebiets hatte unser Bezirk bei schwachen Winden aus nördlichen Richtungen im Westen vielfach wolkiges und kühleres, im Osten noch heiteres und warmes Wetter. Die über ganz Deutschland verbreiteten Gewitter reichten noch bis in die südlichen und östlichen Teile unseres Bezirks. Als Höchsttemperaturen werden 15 bis 29 Grad, als niedrigste Werte der letzten Nacht 11 bis 14 Grad gemeldet. Heute morgen ist das Wetter bei schwachen Winden aus westlichen Richtungen meist kühler, wolkig oder trübe und stellenweise regnerisch.

Das Hochdruckgebiet über Westeuropa hat sich in südöstlicher Richtung ausgebreitet und an Höhe etwas abgenommen. Ein Gebiet tiefen Drucks reicht heute morgen von seinem Minimum über Südeuropa nach der Nordsee und Südnorwegen. Im hohen Nordwesten ist das Barometer ziemlich stark gefallen.

Am Ostrande des Hochdruckgebiets ist bei schwachen Winden aus nördlichen Richtungen und wechselnder Bewölkung kühles, meist trockenes Wetter zu erwarten.

Aussicht für die Witterung am 18. Juni 1914.

Kühl, wechselnde Bewölkung, schwache nördliche Winde, meist trocken.

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 18 Juni

Flut: 8 Uhr 6 Min. vorm. | Ebbe: 12 Uhr 22 Min. vorm.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8½ Uhr: **Zweiter Wahlkreis, 4. Distrikt,** bei Aldag, Ecke Reimarus- und Karpfangerstraße. — **7. Distrikt,** bei W. Rüsch, Schulterblatt 94. — **Dritter Wahlkreis, Distrikt Harvestehude,** im „Grenzhaus". — **Distrikt Eimsbüttel, Frauen,** bei Struck, Fruchtallee. — **Distrikt Eilbeck,** bei Mauch, Ritterstraße. — **Bauschlosser usw.,** in „Rehbehns Gesellschaftshaus", Valentinskamp 73. — **Maschinisten und Heizer,** im Gewerkschaftshause. — **Anarch. Föderation,** bei Hüttmann Poolstraße.

Freitag, den 19. Juni, abends 8½ Uhr: **Zweiter Wahlkreis, 1. Distrikt,** bei Engelbrecht Nachflg., Düsternstraße. — **Steinarbeiter, Sektion Steinarbeiter,** im Restaurant „Vorwärts", Frankenstraße

Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr: **Brauerei- und Mühlenarbeiter,** bei Horn, Hohe Bleichen 30. — Abends 8½ Uhr: **Maschinisten und Heizer, Sektion Werften,** bei Karl Stern, Pinnasberg 60. — **Korbmacher,** bei Knibbe, Eimsbütteler Str. 12. — **Mühlenbauer,** bei Schmidt, Bartelsstr. 63. — **Stock- und Schirmmacher,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe. — **Böttcher,** im Gewerkschaftshause. — **Anarch. Föderation,** bei Brandt, Gr. Bergstraße, Altona. — **Textilarbeiter,** im Gewerkschaftshause.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Das frohe Fest der **silbernen Hochzeit** feiern am Sonnabend, 20. Juni, unsere lieben Eltern
Georg Schneider und Frau,
geb. **Böss.**
Die Kinder.
Hamburg 22, Wohldorferstr. 52

Nach langem, schwerem Leiden entschlief sanft am Dienstag, 16. Juni, unser lieber Vater, Schwiegervater und Bruder, der Wächter vom Beleuchtungswesen
Hermann Dorjahn
im Alter von 53 Jahren.
Tief betrauert von seiner **Tochter, Schwiegersohn** und **Schwester.**
Beerdigung: Freitag, nachm. 2½ Uhr, vom Krankenhaus St. Georg aus nach Ohlsdorf, Kapelle 3.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Vereinigung der Gasröhrenarbeiter zu Hamburg v. 1887.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber pensionierter Kollege
Hermann Dorjahn.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Freitag, 19. Juni, nachm. 2½ Uhr, vom Krankenhause, Lohmühlenstraße. **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Verein
für den
3. Hamburger Wahlkreis.
Todes-Anzeigen.
Distrikt Eimsbüttel.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse
Aug. Hoyer
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Heute, Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom Freimaurerkrankenhause, Kl. Schäferkamp.
Um rege Beteiligung bittet
Die Distriktsleitung.

Distrikt Fuhlsbüttel.
Montag abend verschied nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Genosse
August Dolberg.
Mit ihm verliert die Partei einen braven, pflichttreuen Genossen; fünfzehn Jahre gehörte er der Gemeindevertretung Alsterdorfs an und wirkte hier nach Kräften.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachm. 2½ Uhr, statt von der Wohnung, Alsterdorferstraße 280.
Die Genossen werden um rege Beteiligung gebeten.

Verband der Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Hamburg.
Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Andreas Meyoocks
Dienstag, 16. Juni, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, 19. Juni, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhause St. Georg nach Ohlsdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Nach langem, schwerem Leiden entschlief sanft und ruhig am Dienstag, 16. Juni 1914, im 67. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
J. E. Fickbohm.
Tief betrauert von seinem **Sohn, seiner Schwiegertochter nebst Enkelkindern.**
Beerdigung: Freitag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle, Norderreihe, Altona, nach dem Diebsteicher Friedhof.

H. Bärthel's Tanzlehrinstitut,
St. Pauli, Talstrasse 45, Privathaus.
Anmeldungen zu den verschiedenen Kursen, sowie für Einzelunterricht werden jederzeit entgegengenommen.

Zur Kirmes nach Kollmar
fährt am Sonntag, 21. Juni, morg. 7½ Uhr,
ab St. Pauli Landungsbrücken Nr. 8,
Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven“** zurück von Kollmar abends 9⅝ Uhr.
Preis hin und zurück M. 3,20, einfach M. 2.
NB. Die Rückfahrkarten haben drei Tage Gültigkeit.

Wirtschaftsübernahme.
Allen werten Freunden und Parteigenossen hiermit zur gef. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage die **Destillation nebst Bierlokal** von Herrn **Aug. Herbener, Baustr. 21,** übernommen habe und bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Heinr. Langmack,
Baustraße 21.

Geschäftseröffnung.
Meinen werten Partei- und Turngenossen und Genossinnen zur gefälligen Mitteilung, daß ich heute in der **Jungmannstraße 5** ein **Zigarren- und Papiergeschäft** eröffnet habe.
Eilbeck, den 17. Juni 1914. **A. Geloneck.**

Lauenburg a. d. Elbe.
Todesanzeige.
Allen Genossen, Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser lieber einziger Sohn
Friedrich
im Alter von 14 Jahren am Montag, den 15. d. Mts., plötzlich und unerwartet infolge eines Unglücksfalles verstorben ist. Um stilles Beileid bitten die tiefgebeugten Eltern
O. Mundt u. Frau **Anna,**
geb. **Stelter.**

Sparklub Frohsinn v. 1914.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Fräulein Alma Kelm
am Montag, 15. Juni, gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die erwiesene Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Tochter
Henny
sagen wir allen Nachbarn, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Sparklub „Weihnachtsfreude von 1907“ und dem Beerdigungsübernehmer **Carl Thiel** für die gute Ausführung unseren herzlichsten Dank.
Diedrich Marquard u. Frau
nebst Kindern.

Beerdigungsverein „St. Anschar“.
Sarg-Magazin.
C. Meyer,
Marcusstr. 51,
zwischen Marienstr. u. Hütten.
Fernsprecher Gr. I, 5769.

Arbeitsmarkt

Gesucht wird sofort eine tüchtige Morgenfrau od. ein jüngeres Tagmädchen. Eiffestr. 630, I.

Lernen Sie Feinzeug, Oberhemd. plätten in kurzer Zeit. **Meyer's Plättschule, Wegstr. 23.**

Tücht. Hosenschneider
auf Werkstelle sucht
Ivan M. Schlichter,
Mönckebergstr. 31, I.

Westenschneider sucht
B. Fritsche, Neuerwall 41.

Gesucht tücht. Schneider auf alles. P. Kruse, Poppenbüttel, Treudelberg.

Ein Schuhmacher ges. auf Damenarbeit, dauernd volle Beschäftigung. **H. Vagedes,** Gerhoffstraße 23.

Volksschauspiele.
Wir empfehlen:
Kameraden,
Komödie in vier Aufzügen
von
August Strindberg.
Vollständige Textausgabe.
Preis 20 Pfennig.
Buchhandlung Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstr. 11.

Ein fast neues Damenrad krankheitshalber zu verkaufen. Näheres bei **Wengel,** Neuer Steinweg 40, II.

Hocheleg. (neu) **Straßenrenner,** Freil.-Rücktr., Torpedo, enorm bill. **Herrenrad M. 45.** Steindamm 109, I.

Studier-Piano, gut erhalten, für M. 180 zu verk., ferner ein gutes, gebr. nußb. Piano f. M. 320 m. Garantie. **F. R. Trübger, Schanzenstr. 117,** am Sternschanzen-Bahnhof.

Hocheleg. Piano M. 250, Harmonium M. 100. W. Czekalski, Klaviermacher, **Hammerbrookstraße 31.**

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien,
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Auer & Co.
Hamburg 36 :: Fehlandstraße 11

Gartenbau-Ausstellung Altona

Mai—Oktober — Flottbecker Chaussee

Täglich grosse Konzerte erster Kapellen
auf beiden Festplätzen und in der „Elbburg“.
Eintrittspreis: M. 1,10, nach 7 Uhr abends 60 ₰, Kinder etc. die Hälfte.
Grosser Vergnügungspark. — Abends Leuchtfontäne. — Ausstellungs-Lotterie.

Blumen-Korso

mit Blumenschlacht für Automobile und Wagen
am Freitag, 19. Juni 1914, nachm. 6 Uhr,
auf der Flottbecker Chaussee zwischen Hohenzollernring und Wrangelstrasse in Altona
zum Besten der Berliner Olympiade 1916.

Preise der Plätze. Im Vorverkauf: **Bis Donnerstag, 18. Juni, mittags:** **Numerierter Tribünenplatz M. 2,50, Logenplatz M. 5,—**
Karten sind zu haben in **Hamburg** bei **Käse,** Alsterarkaden; in **Altona** in der Geschäftsstelle der **Gartenbau-Ausstellung** und bei **Carl Hönig,** Annoncen-Expedition, Königstrasse 30.

An der Kasse: Numerierter Tribünenplatz M. 3,—, Logenplatz M. 6.—. Für **Fussgänger** im Vorverkauf und an den Kassen **60** ₰. Kinder unter 10 Jahren **30** ₰. Tribünen- und Logenkarten berechtigen nach Schluss des Blumenkorsos zum Eintritt in die Gartenbau-Ausstellung zum halben Preis. — Es wird dringend gebeten, die Karten möglichst im Vorverkauf zu lösen.

Zugang für Zuschauer und Teilnehmer nur vom Hohenzollernring aus. — Papierschlangen- und Konfettiwerfen ist erlaubt.
Es wird gebeten, die numerierten Plätze bis spätestens 5½ Uhr einzunehmen.

Sonnenwendfeier
des **10. Bezirks** vom **1. Hamburger Wahlkreis** am **20. Juni** bei **Wintermoor** im Lokale des Genossen **Jungnitsch** (Villa „Moorhof“). **Abfahrt 7,22 Uhr** und **9,31 Uhr vom Hauptbahnhof. Treffpunkt: Großer Kandelaber.** Gäste freundlichst willkommen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Sektion Seeleute.
Am Sonntag, 21. Juni 1914:
Sommer-Vergnügen
in der
schönen Lühe „Lüher Fährhaus“, Unterelbe.
Inhaber: **Ad. Steinhoff.**
Daselbst Gartenkonzert, Preiskegeln auf zwei Doppelbahnen mit zwei Preisverteilungen, Tombola, Kinderspiele, Lampenpolonaise und sonstige Belustigungen. Abends bengalische Gartenbeleuchtung. Tanz in beiden Sälen.
Abmarsch mit Musik und Fahne präz. 1½ Uhr vom Wilhelmsplatz, St. Pauli. Abfahrt präz. 2½ Uhr von den St. Pauli Landungsbrücken (Brücke 1) mit den Extradampfern „Mönckeberg“ u. „Neumayer“ d. H. D. A. G. (grüne Dampfer). Rückfahrt v. d. Lühe 11½ Uhr abds.
Kartenpreis im Vorverkauf 80 ₰, bei der Abfahrt M. 1, Kinder 30 ₰.
Alle Seeleute, deren Freunde, Verwandten und Bekannten ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**
Karten sind im Bureau, Schaarmarkt 12, u. in den bekannten Zahlstellen zu haben.

Von der
Arbeiter-Gesundheitsbibliothek
sind bisher erschienen:

Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Von Dr. Christeller.
Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein.
Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. Hirschlaff.
Heft 4. **Der Achtstundentag.** Von Dr. Zadek.
Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Von Dr. Fröhlich.
Heft 6. **Das Schulkind.** Von Dr. Silberstein.
Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** Von Dr. Gebert.
Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes.
Heft 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** Von Dr. P. Bernstein.
Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein.
Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustration.)
Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Von Dr. E. Thesing.
Heft 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Munter.
Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns.** Von L. Jordan.
Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. J. Markuse.
Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Rewald.
Heft 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.** Von Dr. Christeller.
Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.
Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranke-Mannheim.
Heft 20. **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. J. Zadek.
Heft 21. **Atemgymnastik.** Von Otto Rühle.
Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.
Heft 23. **Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen?** Von Dr. Eugen Reisch.
Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.** Von Hugo Hillig.
Heft 25. **Die Schmarotzer des Menschen.** Von Dr. A. Lipschütz.
Heft 26. **Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens.** Von Dr. Hans Schwerin.
Heft 27. **Sport und Arbeiter.** Von Dr. R. Silberstein.
Heft 28. **Die Jahre der Geschlechtsreife.** Von Dr. Popitz.
Heft 29. **Volksernährung.** Von Dr. Julian Marcuse.
Heft 30. **Die Berufswahl** mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. J. Zadek.
Heft 31. **Die Berufskrankheiten der Buchdrucker.** Von Dr. R. Silberstein.
Heft 32. **Die Arzneimittel und ihre Verwendung.** Von Dr. Alexander Lipschütz.
Heft 33. **Das Auge und seine Erkrankungen.** Von Dr. W. Seeligsohn.
Heft 34. **Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter.** Von Dr. W. Hanauer.
Heft 35. **Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter.** Von Dr. med. A. Grotjahn.
Heft 36. **Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter.** Von Dr. med. E. Thesing.
Heft 37. **Die Krebskrankheit.** Von Dr. J. Zadek jr.

Neu erschienen:

Heft 38. **Unsere Genußmittel.** Von Dr. Alexander Lipschütz.
Heft 39. **Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer.** Von Albert Fleck, Arzt in Berlin.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Buchhandlung Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstraße 11.
Auch zu beziehen durch die **Filialleiter** und Kolporteure des **„Hamburger Echo“.**

Volksschauspiele 1914

Unter der Leitung des Oberregisseurs :: **Leopold Jessner** ::

Arrangiert von d. Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen v. Hamburg-Altona

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag
im
Thalia-Theater in Hamburg
Sonntag, den 21. Juni, abends 8 Uhr:
Das Tal des Lebens
Historischer Schwank in 4 Aufzügen von Max Dreyer

Preis der Karte 75 Pfennig einschließlich Garderobe und Programm

Anfang der Vorstellung Sonntags 8 Uhr, an Wochentagen 8½ Uhr
Die Verlosung der Plätze beginnt immer ½ Stunde vorher.

Karten-Verkaufsstellen:

Innere Stadt:
Sämtl. Gewerkschaftsbureaus
Zentralbibliothek, Gewerkschaftshaus, Hintergebäude (geöffnet von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 7½ Uhr)
Gewerkschaftshaus-Restaurant
Zigarrengeschäft von Stangenberg, Gewerkschaftshaus
J. Becker, Lilienstraße
In den Buchhandlungen von Auer & Co.
M. Glogau, Bleichenbrücke 6
H. Bandholdt, Alstertor 21

St. Pauli:
J. Riedel, Thalstraße 81

Hammerbrook:
R. Fuhrmann, Süderkaistraße 18

Borgfelde:
C. Ortel, Baustraße 26

Eilbeck:
Caesmann & Erdmann, Hammer Steindamm 8

Rotenburgsort:
Fr. Hübener, Billhorner Röhrendamm 213

Barmbeck:
R. Birr, Poppenhusenstraße 13
E. Lerbs, Lohkoppelstraße 54, I.
H. v. Elm, Gluckstraße 52, I.

Eimsbüttel:
Ed. Forsberg, Laden, Rellinger Straße 18
C. Lüders, Laden, Stellinger Weg 7
Joh. Soltwedel, Eimsbütteler Chaussee 138, Laden
F. Krug, Lindenallee 6

Eppendorf:
Ludwig Blank, Düppelstraße 51

Altona:
Bureau, Adolfstraße 29, 1. Et.
Philipp Gärtner, Papierhaus, Neue Burg 37
Fr. Ludwig, Bürgerstraße 22
Fr. Blievernicht, Funkstr 13, 1. Et.
E. Nehlsen, Geibelstr. 41, 1. Et.

Ottensen:
Bureau, Friedensallee 46
Aug. Middelhoff, Bahrenfelder Straße 192
H. Faden, Bahrenfeld, Weberstraße 48

Wandsbek:
Fr. Krüger, Kurze Reihe 34

Wilhelmsburg:
Wilh. Henk, Fährstraße 48, part.

Schiffbeck:
Verkaufsstelle der „Produktion“, Möllnerlandstraße.

Hamburg St. Pauli **Circus** **Circusweg Telephon 1, 3377.**
Albert Schumann.
Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
Zum 3. Male
das grosse Pracht-Manege-Schaustück
„GOLO“
der Seeräuber und Mädchenhändler
in fünf Akten. Inszeniert von Kommissionsrat **Albert Schumann,** einstudiert von Hofballettmeister **Pratesi.**
1. Akt: **Ein Fischerdorf in Holland.**
2. Akt: **Diamantengrotte in Indien.**
3. Akt: **Jagdzug des Mahârâdscha,** Verfolgung des Mädchenhändlers, Zerstörung seiner Burg am Meere.
4. Akt: **Der Elefant als Urteilsvollstrecker.**
5. Akt: **Pompöses Fest beim Mahârâdscha.**
Noch nie gesehene Schluss-Apotheose.
Vorher das grosse Gala-Programm.
Vorverkauf an den Circuskassen ab **10** Uhr vormittags ununterbrochen, sowie im Warenhaus **Hermann Tietz.**

Hansa-Saal, Langenfelde.
Straßenbahnen: Linien 3, 5, 10, 11, 17, 38, 39, 40.
Jeden Donnerstag: Kränzchen. Anfang 8 Uhr.
Tanz und Garderobe frei!

Für Sommervergnügen, Schinkentouren, Kegeln etc.
bestens empfohlen:
„Zum Voßberg“, Groß-Flottbeck. Telephon: Blankenese 253.
„Zur schönen Aussicht“, Groß-Borstel. Telephon 5, 1414.
Tanzsalen, Garten und Regelbahnen.

Carl Hagenbeck's Tierpark, Stellingen.
Völkerschau
Nubien
65 Nubier und Schilluks.
Im **Haupt-Restaurant:** **Militär-Konzert** v. Inf.-Reg. Nr. 31, Graf Bose, Oberm. **F. Zehe.**
Im Sommerrestaurant: **Klüver-Konzerte.**

Naucke's Varieté
Dir.: **Hugo Ferry.**
‚Bimmel in der Klemme‘
Posse mit Gesang.
Neue Attraktionen.
Einlass **7** Uhr. Karten **gültig.**

Theater.

Donnerstag, den 18. Juni: **Thalia-Theater. Sommerspielzeit.** Leitung: **Leopold Jessner. Vorstellungen der Arbeiterbildungskommission.**
Donnerstag, 18. Juni, abends 8½ Uhr: **Kameraden.**
Sonntag, 21. Juni, abends 8 Uhr: **Das Tal des Lebens.**
Dienstag, 23. Juni, abends 8½ Uhr: **Kameraden.**
Oeffentliche Vorstellungen.
Freitag, 19. Juni, 8½ Uhr: **Die Ratten.**
Sonnabend, 20. Juni, 8½ Uhr: **Die Ratten.**
Montag, 22. Juni, 8½ Uhr: **Das Tal des Lebens.**
Mittwoch, 24. Juni, 8½ Uhr: **Kameraden.**
Neue Oper Hamburg. Täglich, abends 8½ Uhr: **Burleske Spiele** unter Leitung von **Ralph Arthur Roberts. Die Arche Noah,** Schwank in 3 Akten von Victor Millère. Deutsche Bearbeitung von Ralph Arthur Roberts.
Operetten-Theater. Täglich, abends 8 Uhr: **Gastspiel Hamburg. Bühnenkünstler, kein Film. Exzellenz Max,** Gauner-Komödie in vier Akten. Hierauf: **Größte Sensation. Fantomo,** das neue Weltwunder. Mit Orchester. Bedeutend ermäßigte Sommerpreise.
Carl Schultze-Theater. Vereinskarten gültig. Heute u. folgende Tage, 8 Uhr: **Wie einst im Mai.**
Ernst Drucker-Theater. Abends 8½ Uhr: Zum letzten Male: **Alsterrand und Elbestrand,** oder: **De Piependreihers von Mottenburg,** große Hamburger Lokalposse mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Carl Hischen.
Freitag, 8½ Uhr: Premiere: **Um Albanieus Thron,** oder: **Prinz und Bettlerin,** romant. Militär-Ausstattungsstück in 6 Bildern.

Schiller-Theater.
Opern-Spielzeit.
Donnerstag, 18. Juni, abends 8½ Uhr: **Gastspiel Heinrich Bötel.**
Martha,
Oper in 6 Bildern von F. v. Flotow.
Freitag: **Tannhäuser.**
Sonnabend: **La Traviata.**
Sonntag: **Der fliegende Holländer.**

Neues Theater
8½ 8½ Donnerstag 8½ 8½
zum 1. Male 150. 0. zum Male
Die spanische Fliege.

Ludwig Auspitz a. G.

Bach-Theater
Die Nachtwandlerin, nord. Drama in 3 Akten.

Flora
Direktion: Siegfried Simon.
Juni 1914.
Eine neue Burleske
Weinreiss.
Neu! Neu!
Der Doppelgänger.
Laurent,
der Steinschläger. Der Mann mit der eisernen Hand.
Lilly Walter-Schreiber
Miniatur-Soubrette.
The 4 Nightons
Kunst. Kraft. Schönheit.
Alfred Heinen
Humorist
und die übrigen Sensationen.
Anfang: 7½ Uhr.
Sonntags: 5 Uhr.
Sonntags, Dienstags, Freitags:
Ball.

Loebel's Cherry Brandy
Ausserordentlich beliebt.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 139.

Donnerstag, den 18. Juni 1914.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Die Tarifverträge als Kampfmittel der Bauunternehmer.

Als vor etwa zehn Jahren in Deutschland Tarifverträge in größerem Umfange eingeführt wurden, sahen bürgerliche Sozialpolitiker bereits eine Aera des sozialen Friedens anbrechen. Man nannte die Tarifverträge „soziale Friedensdokumente" und träumte von dem friedlichen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern. Weitsichtige Männer wiesen damals gleich darauf hin, daß dies Illusionen seien, die vor der Wirklichkeit wie Seifenblasen zerplatzen würden. Tarifverträge seien nichts anderes, als Dokumente eines zeitweiligen Waffenstillstandes, ein Mittel, um die durch die Macht der Organisationen errungenen und mit dem Gegner vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit hinaus sicherzustellen. Die Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern seien fest verankert in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; die Arbeiter seien gezwungen, einen ständigen Kampf um einen möglichst großen Anteil an dem von ihnen geschaffenen Mehrwert zu führen und hätten von den Unternehmern kein anderes Entgegenkommen zu erhoffen als das, das sie den Unternehmern durch die Macht ihrer Organisationen abtrotzen könnten. Deshalb machten auch Tarifverträge die Stärkung der gewerkschaftlichen Macht nicht überflüssig, sondern erst recht notwendig; denn nur mit Hilfe starker Organisationen seien die Kämpfe um den Inhalt der Tarifverträge siegreich zu bestehen.

Man wird heute zugeben, daß diese Charakterisierung der Tarifverträge richtig war. Die Hoffnungen der sozialen Friedensapostel auf den friedlichen Ausgleich der Interessengegensätze haben sich ebenso wenig erfüllt, wie die Befürchtungen mancher Sozialisten, die von den Tarifverträgen die Korrumpierung der Arbeiterschaft und die Versumpfung der ganzen Gewerkschaftsbewegung befürchteten. Im Gegenteil hat sich herausgestellt, daß durch die Tarifverträge die gewerkschaftlichen Kämpfe immer umfangreicher geworden sind und daß sie auch jetzt immer noch umfangreicher werden. Dafür ist insbesondere das Baugewerbe ein sehr lehrreiches Beispiel.

Noch um die Wende des vorigen Jahrhunderts waren die baugewerblichen Unternehmer in ihrer Gesamtheit erbitterte Gegner von Tarifverträgen. Tarifverträge setzen die Anerkennung der Arbeiterorganisation, die Gleichberechtigung der Arbeiter und Unternehmer bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen voraus. Von alledem wollten aber die Bauunternehmer nichts wissen. Sie wollten „Herr im Hause" bleiben, und dazu konnten sie weder starke Arbeiterorganisationen noch gleichberechtigte Arbeiter brauchen. Erst durch langwierige Kämpfe gelang es den Arbeiterorganisationen, die Unternehmer zum Abschluß von Tarifverträgen zu zwingen und die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit zu sichern. Um sich vor Tarifverträgen zu schützen und die Arbeiterorganisationen zu schädigen oder womöglich zu vernichten, sperrten die Unternehmer die Arbeiter bei jeder Gelegenheit aus. Als sie durch die Aussperrung der Arbeiter eines Bauberufs und eines Ortes ihr Ziel nicht erreichten, zogen sie auch gänzlich unbeteiligte Arbeitergruppen in die Aussperrungen hinein und dehnten diese auf mehrere Orte aus. Aber auch diese Aussperrungen endeten in der Regel mit dem Abschluß von Tarifverträgen. Das brachte dann schließlich die führenden Männer des Arbeitgeberbundes zu der Einsicht, daß der Kampf gegen Tarifverträge auf die Dauer aussichtslos sei. Einzelne Unternehmerverbände hatten das schon vorher eingesehen und sich mit den Tarifverträgen abgefunden.

Sobald die führenden Männer des Arbeitgeberbundes sahen, daß man um den Abschluß von Tarifverträgen nicht mehr herumkomme, nahmen sie mit aller Energie den Kampf auf, um den Tarifverträgen einen für sie möglichst günstigen Inhalt zu geben. Aber sehr bald entdeckten pfiffige Unternehmer außerdem, daß Tarifverträge bei einer schlauen Politik der Unternehmerverbände ein ausgezeichnetes Kampfmittel für sie seien, daß sie zur Niederhaltung der Arbeiter und zur Knebelung ihrer Organisationen beitragen könnten. Man brauchte nur mit Hilfe der Tarifverträge das Interesse der Unternehmer an der Organisation zu wecken, ein gemeinsames Band um alle Unternehmer zu schlingen und sie zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiter zu gewinnen. Das konnte nicht schwer sein; denn Außenseiter konnte man ja leicht durch den geschäftlichen Boykott, die Materialsperre und andere Zwangsmittel zum gemeinsamen Kampf gefügig machen.

So tauchte bei den Bauunternehmern im Jahre 1904 der Gedanke auf, sich dem Abschluß von Tarifverträgen nicht mehr zu widersetzen, sondern ihn mit Gewalt herbeizuführen, für alle Verträge einen einheitlichen Ablauftermin anzustreben und beim gemeinsamen Vertragsablauf eine Aussperrung großen Stil ins Werk zu setzen. Mit Hilfe einer solchen Aussperrung glaubte man erreichen zu können, was man vorher mit örtlichen Aussperrungen nicht erreichen konnte: die Vernichtung der Organisationsmacht der Arbeiterverbände. Man träumte davon, daß sich diese Verbände bei einer Aussperrung über das ganze Reich verbluten müßten und daß dann die Unternehmer wieder als „Herren im Hause" den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren könnten.

Die Unternehmer gingen auch alsbald an die Verwirklichung ihres Planes. Im Maingau, wo die schlaue Idee zuerst ausgeheckt wurde, sperrten sie 1904 wegen kleiner Streiks in einigen Orten die Bauarbeiter des ganzen Bezirks aus. Niederzwingen konnten sie damit die Arbeiterverbände nicht; sie mußten im Gegenteil nach mehrwöchigem Kampfe Lohnerhöhungen bis zu 7 ₰ pro Stunde zahlen; aber sie erreichten doch für alle Orte Verträge mit einheitlichem Ablauftermin. Es galt nun, möglichst viele Unternehmerverbände zum Abschluß von Verträgen mit dem gleichen Ablauftermin zu gewinnen. Schon ein Jahr später wurden auf diesem Gebiet erhebliche Fortschritte gemacht. Die Unternehmer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet brachen eine Anzahl Verträge und setzten gleichfalls eine gemeinsame Aussperrung ins Werk. Auch sie mußten nach monatelangem Kampf erhebliche Lohnerhöhungen zahlen sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen; aber dafür erreichten auch sie einen einheitlichen Vertrag für das ganze Industriegebiet. Von da an betrieb der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe systematisch die Vorbereitungen zu einer großen Aussperrung im Jahre 1908, indem er seine sämtlichen Unterverbände anwies, in Zukunft Tarifverträge nur noch bis zum 31. März 1908 abzuschließen. 1907 arbeitete er jenen berüchtigten Normalarbeitsvertrag aus, der für alle im Jahre 1908 abzuschließenden Tarifverträge als Unterlage dienen und dessen Anerkennung eben durch die Generalaussperrung aller deutschen Bauarbeiter erzwungen werden sollte.

Zu dieser Aussperrung kam es bekanntlich nicht; durch die Vermittlung unparteiischer Herren wurde der Friede erhalten. Aber das war nur möglich, weil sich die Arbeiter in Anbetracht der ungünstigen Konjunktur mit ganz unwesentlichen Lohnerhöhungen begnügten und manche ungünstige Vertragsbestimmung mit in Kauf nahmen. Auf Grund eines zentralen Schiedsspruches wurden alle abgelaufenen Verträge erneuert. Ihre Grundlage bildete ein für ganz Deutschland gültiges Vertragsschema. Als Ablauftermin wurde für alle Verträge der 31. März 1910 bestimmt. Damit hatte die eigentliche Zentralisierung des baugewerblichen Tarifwesens begonnen. Die Unternehmer fühlten sich als Sieger und rüsteten sofort zu dem großen Entscheidungskampf im Jahre 1910. Der gemeinsame Ablauf von etwa 300 Verträgen ermöglichte ihnen die lange vorbereitete große Aussperrung. Das lange ersehnte Ziel des scharfmacherischen Unternehmertums: die Vernichtung der Macht der baugewerblichen Arbeiterverbände und die Zeit der schrankenlosen Herrschaft des Unternehmertums, schien gekommen.

Aber die baugewerblichen Arbeiter machten den scharfmacherischen Unternehmern einen dicken Strich durch ihre Rechnung. Sie hatten ihre Organisationsmacht im Laufe der Jahre so gestärkt, daß sie den großen Entscheidungskampf ruhigen Blutes aufnehmen konnten. Und sie nahmen ihn auf und führten ihn mit einer Opferwilligkeit und Bravour, die ihresgleichen suchte. Nach monatelangem Kampf sahen die Unternehmer ein, daß die Arbeiterorganisationen nicht niederzuringen waren. Die Herren, die vorher mit mutgeschwellter Brust und Kampfeslust die weiteren Vermittlungsversuche der Reichsregierung brüsk zurückgewiesen hatten, nahmen nun aus den Händen von Unparteiischen Schiedssprüche entgegen, die ihnen in Gestalt von Lohnerhöhungen und einer teilweisen Verkürzung der Arbeitszeit einen ziemlich hohen Kampfpreis auferlegten. Freilich erreichten auch sie in der weiteren Zentralisierung des Tarifwesens einen beträchtlichen Erfolg. Durch einen sogenannten Hauptvertrag wurden alle örtlichen Verträge zu einem einheitlichen und untrennbaren Ganzen zusammengefaßt, was für Unternehmer und Arbeiter den Verlust eines großen Teiles der Selbständigkeit der örtlichen Organisationen bei der Führung der Lohnbewegungen zur Folge hatte.

Die Macht der Arbeiterorganisationen wurde durch die große Aussperrung nicht nur nicht gebrochen, sondern noch wesentlich gestärkt. Die Unternehmer mußten also noch stärkere Mittel zur Verwirklichung ihrer Pläne ersinnen. Und das taten sie auch alsbald.

Durch den Ausgang der Aussperrung im Jahre 1910 wurden die Bauunternehmer keineswegs mutlos. Sie dachten auch keinen Augenblick daran, nun etwa die Verwirklichung ihrer Pläne aufzugeben, sondern sie zogen aus dem Verlauf der Aussperrung nur die Lehre, daß ihre Organisation 1910 zur Erringung des lange erstrebten Zieles noch nicht stark genug gewesen sei. Deshalb suchten sie alsbald eifrig nach Mitteln, um ihre Macht zu stärken und für die spätere Verwirklichung ihrer Pläne die Grundlagen zu schaffen. Eines dieser Mittel war die Ansammlung eines „Wehrschatzes" von einer Million Mark, der die finanzielle Grundlage für eine spätere Aussperrung größten Stils bilden sollte. Das hauptsächlichste Mittel aber war die Errichtung einer Kampfgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden der Baunebengewerbe. Mit diesen Verbänden gemeinsam sollte nun das Ziel erreicht werden, das man 1910 allein noch nicht hatte erreichen können.

Auch hier erkor man sich die Tarifverträge als Kampfmittel. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gliederte sich den Betonbau-Arbeitgeberbund an und führte mit ihm 1913 die Lohnbewegung gemeinsam. Auch die Verträge wurden gemeinsam geschlossen. Mit den übrigen Verbänden der Baunebengewerbe schloß man sich 1912 zum Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände zusammen und leitete sofort die einheitliche Führung aller Lohnbewegungen im gesamten Baugewerbe und in allen Baunebengewerben ein. Ich Jahre 1913 waren zwar die Verhältnisse zu einem gemeinsamen Kampfe noch nicht reif. Der Reichsbund war noch zu jung, die letzte Aussperrung mit ihrem für die Unternehmer nicht eben glücklichen Ausgang war noch in aller Erinnerung, die 1910 verscherzte Sympathie der Oeffentlichkeit hatten die Unternehmer in den wenigen Friedensjahren noch nicht gewonnen, und schließlich ließen auch die politischen Verhältnisse im Jubiläumsjahr eine allgemeine Aussperrung nicht rätlich erscheinen. Nur die Unternehmer im Malergewerbe trieben es zum Kampf, in der Hoffnung, daß es auch im Baugewerbe zu einer Einigung nicht kommen werde und man dann, getreu den übernommenen Verpflichtungen im Reichsbunde, Schulter an Schulter kämpfen würde. Aber trotzdem ging das Streben aller Arbeitgeberverbände schon im Jahre 1913 dahin, sich mit ihrem Ablauftermin dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe festgehaltenen Termin, dem 31. März 1916, möglichst zu nähern.

Sein Ziel für die Zukunft hat der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände kürzlich in einer Denkschrift, die er über die Erneuerung der Tarifverträge im Jahre 1913 herausgegeben hat, mit erfreulicher Offenheit dargelegt. In der Denkschrift wird gesagt, die Zentralarbeitgeberverbände des Baugewerbes hätten sich zusammengeschlossen, „um die gemeinsamen Arbeitgeberinteressen zu wahren, insbesondere auch eine Vereinheitlichung des Tarifvertragswesens zu erstreben". Man wolle „durch die Tarifverträge eine Gewähr schaffen, daß im gesamten Baugewerbe für einen bestimmten Zeitpunkt allgemeiner Arbeitsfrieden herrscht". Es müsse vermieden werden, daß in einem Jahre im Baugewerbe, im andern im Holzgewerbe um die Arbeitsbedingungen gekämpft werde, da das zur Folge habe, daß in einem Jahre die Bautätigkeit stocke, weil die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit einstellen, im andern, weil die Bautischler streiken. „Die unausbleiblichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müssen in allen Baugewerben möglichst in dieselbe Zeit fallen, sie müssen möglichst zu gleicher Zeit bendet werden." Weiter heißt es, man erstrebe einen gleichen Ablauftermin für alle Tarifverträge, weil „der gemeinsame Abwehrkampf einen wesentlichen Schutz gegen übermäßige Forderungen der Arbeiter hinsichtlich der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bedeuten würde". Deshalb sei das Streben aller Arbeitgeberverbände bei der Tarifbewegung im Jahre 1913 darauf gerichtet gewesen, sich mit ihrem Ablauftermin dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe festgehaltenen Termin, dem 31. März 1916, möglichst zu nähern. Man sieht, die Unternehmer machen aus ihren Plänen gar kein Hehl. Sie sprechen zwar von einem „Abwehrkampf"; aber einen Abwehrkampf nannten sie auch die große Aussperrung im Jahre 1910, die zur Durchsetzung ihrer Vergewaltigungspläne diente. Die Arbeiterschaft des Baugewerbes und der Baunebengewerbe weiß also, was sie von den Unternehmern zu erwarten hat. Die ganze Tarifentwicklung der letzten zehn Jahre ist beeinflußt von dem Streben der Unternehmer, mit Hilfe der Tarifverträge die Macht zu erlangen, um den weiteren Aufstieg der Arbeiter aufzuhalten und für sich die alte Herrschaft bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder zu erringen. Zu diesem Zweck haben sie in zäher Arbeit und unter erheblichen Opfern eine Vergrößerung des Kampffeldes durchgesetzt. Die jetzigen Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Tarifwesens mit den Unternehmern der Baunebengewerbe sind nur die vorläufig letzte Stufe auf dem vor zehn Jahren eingeschlagenen Wege; von ihrer Verwirklichung erhoffen die Unternehmer den lange ersehnten Sieg.

Die baugewerbliche Arbeiterschaft hat keinerlei Ursache, diese Bestrebungen des vereinigten Unternehmertums auf die leichte Schulter zu nehmen; denn daß es das Unternehmertum schon 1916 zu einem Kampfe treiben kann, der alle bis jetzt dagewesenen Arbeitskämpfe weit in den Schatten stellt, das begreift man, wenn man bedenkt, daß 1916 außer den rund 600 Verträgen im eigentlichen Baugewerbe auch die Tarifverträge im Stuckgewerbe, Dachdeckergewerbe und Malergewerbe ablaufen. Alle Unternehmerverbände in diesen Gewerben wollen 1916 die Tarifbewegung gemeinsam führen und die Tarifverträge nach einheitlichen Grundsätzen ausgestalten. Dazu kommen noch die Unternehmer im Klempner- und Installateurgewerbe sowie im Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe, die gleichfalls zum Reichsbund gehören und ihre Lohnbewegungen ganz oder teilweise gemeinsam mit den Bauunternehmern führen können und führen wollen. Nur im Holzgewerbe ist den Unternehmern beim letzten Tarifabschluß die Konzentrierung der Lohnbewegung auf das Jahr 1916 noch nicht gelungen; dafür bereiten aber diese Unternehmer die gemeinsame Führung der Lohnbewegung mit den übrigen Gruppen für das Jahr 1919 vor.

Nimmt man alle diese Dinge zusammen und berücksichtigt man außerdem, daß die deutschen baugewerblichen Unternehmerverbände mit den Unternehmerverbänden des Auslandes zur wirksameren Bekämpfung der Arbeiterverbände Kartellverträge abgeschlossen haben, ferner, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe kürzlich zur Stärkung seiner Macht der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" beigetreten ist, und daß dieser Bund neuerdings wieder große Anstrengungen macht, um die Einführung der Streikklausel in allen Bauverträgen zu erreichen, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die gesamte baugewerbliche Arbeiterschaft alle Ursache hat, auf dem Posten zu sein und jeden Augenblick zur Stärkung ihrer Organisationsmacht auszunutzen. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Baunebengewerbe rüsten zum Kampf. Darum hat die Bauarbeiterschaft aller Berufe in Zukunft eine starke Organisationsmacht notwendiger als je. Die Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern haben sich unter der Herrschaft der Tarifverträge nicht gemildert; sie sind eher größer geworden. Einheitlicher und geschlossener als je stehen sich heute die Heere der Arbeiter und Unternehmer gegenüber. Wenn es zum Kampfe kommt, wird die Partei siegen, die über die größte Macht verfügt.

Möge die deutsche Bauarbeiterschaft die Zeichen der Zeit verstehen und rechtzeitig das tun, was zur Erhaltubng ihrer Stellung gegenüber den Unternehmern notwendig ist!

11. Genossenschaftstag.

k. Bremen, 16. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung stand der Punkt:

Der Abschluß von Tarifen mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und dem Deutschen Transportarbeiterverbande.

Der Referent, Dr. Müller, erklärte einleitend, der vorliegende Tarifentwurf habe sehr vieler Arbeit und Mühe und auch sehr großen Entgegenkommens auf beiden Seiten bedurft, um ihn so zu gestalten, wie er jetzt vorliege. Bei der Schaffung des Tarifs seien die Praktiker, Arbeiter aus den Genossenschaften und Mitglieder des Generalrats, beteiligt gewesen; er wäre also nicht nur vom grünen Tisch aus gemacht worden. Dr. Müller schilderte nun die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter. Bei den Verhandlungen habe es mehrfach kritische Situationen gegeben. Die Verständigung sei etwas erschwert worden durch die Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen. Bei der Aufstellung der Forderungen der Arbeiter sei der Mund etwas voll genommen worden, was taktisch nicht richtig wäre. Den Genossenschaften gegenüber sollte man sich nicht so sehr aufs Abhandeln einrichten. Wenn die Hoffnungen so hoch geschraubt würden, sei später das Gefühl der Enttäuschung um so größer. Es sei ja wohl niemand im Saale, dem es nicht wünschenswert wäre, daß die Forderungen der Arbeiter gewährt werden könnten. Aber es sei mit sozialpolitischen Idealen, wie mit allen Idealen: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen." Die Genossenschaften müßten genau kalkulieren, sie ständen mitten im scharfen Konkurrenzkampf. Damit sei den Genossenschaften ein Maßstab gegeben. Die Genossenschaften könnten nicht über das hinausgehen, was im Wirtschaftsleben ein bestimmtes Maximum erlangt habe. Die Konsumvereine müßten die Löhne und Arbeitszeit in Rechnung stellen, die bei der Konkurrenz üblich seien.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen besprach der Referent den Inhalt der Tarife, und zwar zunächst den für die Transportarbeiter.

Die Arbeitszeit wurde allgemein nicht reduziert, doch beträgt sie künftig bei Kutschern, die noch 9½ Stunden arbeiten, durchweg nur 9 Stunden. Die Lohnfrage wurde dahin geregelt, daß jeder männliche Beschäftigte bei Inkrafttreten des Tarifs eine sofortige Zulage von ℳ 2 pro Woche (Arbeiterinnen ℳ 1) erhalte. Dazu kommt eine weitere Zulage am 1. August 1916 um ℳ 1 für die männlichen und um 50 ₰ wöchentlich für die weiblichen Arbeiter. Der Grundlohn beträgt: für männliche Transportarbeiter: in Orten von 0 bis 10 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 22,50 und steigt alljährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohn von ℳ 27,50; in Orten von 12½ bis 20 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 23 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohne von ℳ 28; in Orten mit 22½ bis 30 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 24 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohne von ℳ 29; für Chauffeure: in Orten von 0 bis 10 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 26,50 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohne von ℳ 29,50; in Orten von 12½ bis 20 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 27 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohne von ℳ 30; in Orten mit 22½ bis 30 pZt. Ortszuschlag wöchentlich ℳ 28 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu einem Wochenlohne von ℳ 31; für Arbeiterinnen wöchentlich ℳ 12 und steigt jährlich um ℳ 1 für die Woche bis zu ℳ 16.

Zu diesen Löhnen treten für alle Gruppen in den einzelnen Orten die auf 10 ₰ nach oben abgerundeten Ortszuschläge. Soweit diese Ortszuschläge nicht durch Entscheidungen des Tarifamts oder gegenseitige Vereinbarung der beteiligten Genossenschaftsverwaltungen und von ihr beschäftigten Transportarbeitern besonders festgesetzt sind, gelten die im Buchdruckertarif vorgesehenen Ortszuschläge mit der Maßgabe, daß für solche Ortszuschläge, die nicht durch 2½ teilbar sind, wie 2, 6¾, 11½ pZt., der nächste ohne Rest durch 2½ teilbare Zuschlag, also 2½, 7½, 12½ pZt., zu setzen ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gelten als jugendliche Arbeiter. Für deren Entlohnung werden zwischen den Tarifkontrahenten entsprechende Vereinbarungen von Fall zu Fall getroffen.

Eine Verbesserung erhielten die Bestimmungen über Ferien. Sämtlichen Angestellten werden in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September unter Fortzahlung des Lohnes Sommerferien gewährt. Die Ferien betragen bis zu fünfjähriger Beschäftigungsdauer eine Woche, über fünfjährige Beschäftigungsdauer zwei Wochen. Die Ferienwoche ist die Kalenderwoche. Feiertage, die in die Ferien fallen, gelten als Ferientage. Für Neueingetretene kommen die Ferien nur in Betracht, wenn die Betreffenden vor dem 1. Januar desselben Jahres eingetreten sind.

Bei Neueinstellung von Arbeitskräften muß der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes benutzt werden, soweit derselbe in der Lage ist, geeignete Arbeitskräfte nachzuweisen. Müller betonte hierbei, es entspreche den Interessen der Konsumvereine, daß der Arbeitsnachweis der Gewerkschaften benutzt werde. Die auf dem Verbandstage der Transportarbeiter gehegte Befürchtung, daß die Schlußbestimmungen des Tarifs zur Herabsetzung der höheren Löhne, als der vorgesehenen, benutzt werden könnten, treffe nicht zu. Es dürften keine Lohnreduzierungen vorgenommen werden.

Die meisten der Bestimmungen im Transportarbeitertarif sind auch für den Bäckertarif zutreffend. Eine Arbeitszeitverkürzung ist nicht erfolgt. Die Lohnzulagen sind die gleichen wie bei den Transportarbeitern. Der Grundlohn für Bäcker und Konditoren beträgt nach dem neuen Tarif wöchentlich: in Orten mit 0 bis 10 pZt. Ortszuschlag ℳ 26,50, in Orten mit 12½ bis 20 pZt. Ortszuschlag ℳ 27, in Orten mit 22½ bis 30 pZt. Ortszuschlag ℳ 28.

Der Grundlohn für ungelernte Bäckerei- und Konditoreihilfsarbeiter beträgt wöchentlich ℳ 2 weniger, als der Lohn der gelernten Bäcker.

Vom 1. August 1916 ab erhöhen sich die Grundlöhne der vorstehend angeführten Kategorien um ℳ 1 wöchentlich.

Der Grundlohn für Arbeiterinnen in Bäckereien, Konditoreien sowie in der Nudel- und Zwiebackfabrikation beträgt: in Orten mit 0 bis 10 pZt. Ortszuschlag ℳ 13, in Orten

Theater und Musik.

Volksschauspiele der Arbeiterbildungskommission.

Die überaus lustige Komödie „Flachsmann als Erzieher" von Otto Ernst wurde auch bei ihrer Wiederholung am Dienstag im ausverkauften Hause von dem genußfreudigen Publikum mit großer Begeisterung aufgenommen. Unter der Regie Oskar Hardels wurde wieder recht frisch und flott gespielt, wofür die Darsteller reichen und herzlichen Beifall ernteten. Auch Otto Ernst, der der Aufführung beiwohnte, mußte sich am Schlusse mehrfach dem Publikum zeigen und dessen Dank entgegennehmen.

Am Donnerstag wird zum ersten Male August Strindbergs Komödie „Kameraden" aufgeführt. Die Einstudierung des Werkes hat Herr Leopold Jeßner übernommen, der auch für eine ausgezeichnete Besetzung Sorge getragen hat. Die beiden weiblichen Hauptrollen werden von den Damen Daisy Orska und Eugenie May gegeben und die männliche von Herrn Franz Schönemann. Am Dienstag nächster Woche wird das interessante Werk wiederholt werden.

Schiller-Theater.

Am Dienstag ging Kreutzers melodiöse Oper „Das Nachtlager in Granada" erstmalig während dieses Sommers in Szene, leider vor sehr schlecht besuchtem Hause, was man nur bedauern kann, denn die Qualität der Aufführung bewies, wie das bisherige Repertoire, daß es an guten, zum Teil vorzüglichen Kräften, an einem fein geschulten Orchester, an musikalisch bewährter und regietüchtiger Leitung nicht fehlt. Herr Kapellmeister Dr. Ernst Praetorius waltete mit gewohnter Sicherheit, mit Temperament und Geschmack seines Amtes und Hans Baron hatte die musikalische Wirkung durch stimmungsvolle Regie unterstützt. Eine entzückende Gabriele bot Elisabeth Scheffler; der Liebreiz ihrer Stimme und ihr anmutiges Spiel kamen in dieser Partie besonders zur Geltung. Recht gut war auch der Prinzregent Gustav Hauffs; jedenfalls hat er gute stimmliche Mittel, die allerdings nicht immer wohlklingend zum Ausdruck gelangten. Für den Hirten Gomer eignete sich Richard Hofmüllers weicher Tenor vorzüglich. Emil Fischer, Walter Capell, Nicolas van Weeren, Hans Reuter vervollständigten in angenehmer Weise das Ensemble. Der Beifall war herzlich.

Die Werkbundausstellung in Köln.

II.

Futuristisches Kunstgewerbe.

An dem deutschen Stil, der erreicht war, konnte natürlich die Entwicklung nicht stillhalten, um so weniger, wenn der deutsche Stil wirklich ein Ergebnis organischen Formgedeihens ist, also ein Lebensausdruck, der verholzt, wenn seine Wachstumstriebe versiechen. Wahrer Stil ist immer ein veränderlicher Begriff: es kann hier keine Stagnation geben. Aus diesem Grunde wäre gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die Werkbundausstellung auch Auffassungen zeigte, die über den deutschen Stil hinausweisen, organische Entwicklungsmöglichkeiten aufdecken, von denen die lebenskräftigen durch natürliche Auslese sich behaupten werden. Denn die Natur macht auch beim künstlerischen Schaffen keine Sprünge, und das künstlerische Schaffen soll doch hoffentlich noch ein natürlicher, nicht ein künstlich geförderter Prozeß sein.

Für alle älteren Stilperioden trifft das in der Hauptsache zu, nur einige, aber bezeichnende Ausnahmen kennen wir, so die plötzlich in der Rokokogesellschaft einsetzende bizarre, ganz unorganische Vorliebe für das Chinesische, das wie ein Hautgout sich mit der zum Stillstehen neigenden Formensprache des Rokoko mischte. Im Grunde dieser Geschmacksrichtung lag die gesellschaftliche Fäulnis der herrschenden Klasse jener Zeit, und ihr furchtbarer Zusamenbruch war unweigerlich beschlossen, auch wenn sie in ihrem äußeren Gehaben und damit auch in ihrer Geschmacksrichtung mit scharfem Ruck sich abzukehren strebte von dem brüchigen Boden, auf dem sie stand; das Debacle kam mit unerbittlicher Folgerichtigkeit.

Zu Chinoiserien hat man sich nicht wieder geneigt gefühlt; vielleicht war die geschichtliche Erinnerung unbewußt wirksam. Aber haben wir in der Struktur unserer Klassengesellschaft nicht dieselben Voraussetzungen, die damals unter vielen andern Symptomen auch das jener pikanten Vorliebe für das Exotische erklärten? Nun, dieselben Symptome zeigen sich heute wieder, und auch in der Kunst treffen wir sie an. China liegt uns heute nicht mehr so märchenfern, wie der feudalen Gesellschaft am Ausgange des 18. Jahrhunderts, wir sind in verschiedener Beziehung mit dem Reich der Chinesen sogar liiert. Aber in dem großen Asien wächst für uns noch manches Märchenwunder und von dorther kommt nun der exotische Einschlag in dem Geschmack des Publikums, das die Erzeugnisse des Salonkunstgewerbes kaufen kann.

Man sagt, wir seien in unserer müden europäischen Kultur verarmt, und ohne Anleihe bei den sinnenkräftigen unverbildeten exotischen oder wenigstens orientalischen Völkern, ohne eine solche Blutauffrischung müsse die künstlerische Produktion veröden. Aus dieser Auffassung kommt die slawische Ueberschwemmung unserer Ornamentik; Wien, die deutsche Grenzwarte gegen das Slawentum, ist der Importeur. Das kunstgewerbliche Wienertum greift weit hinunter in den Orient, und ohne Zweifel hat unsere vom klassizistischen Formgedanken so schwer loskommende Ornamentik von daher manche gute Bereicherung erfahren. Wenigstens sprudelt in jenen südlichen Breiten der Born der Volkskunst, der ursprünglichsten und wesensechtesten Kunstäußerung viel ungestümer, als in unserer gemäßigteren deutschen Bauernkunst, die der Jungborn der müde gewordenen Kunstgewerbezeichner sein sollte. Zudem ist eine naturwüchsige deutsche Bauernkunst gar nicht wieder zu erwecken; die junge Bauerngeneration ist beinahe intellektuell geworden, und nicht nur erst, wo das elektrische Licht und der Dampfpflug in ein Bauerndorf kommt, ist es mit der Naivität vorbei, aus der die alte Bauernkunst herauswuchs. Ohne diese Naivität ist die Wiederbelebung der Bauernkunst ein Possenspiel. Da unten am Balkan und weit hinten in der Türkei gibt es diese Naivität noch, wenn nicht europäisches Kapital, wie zum Beispiel in der Teppichweberei, diesen Urgrund künstlerischen Schaffens industrialisiert hat.

Selbst die moderne Innenkunst, die nichts mit dem Futurismus zu tun hat, zeigt diesen orientalischen Einschlag deutlich genug. Das weibische, süßlich-läppische dieser Formen, das weichlich-verschwommene dieser Farben ist nichts von dem, was man sonst, und zwar in gutem Sinne, unter Deutschtum versteht. Das ist auch nicht eine Weiterentwicklung der deutschen Stilsprache von 1820 in moderne deutsche Stilsprache hinein, sondern eben eine müde Anlehnung an orientalische Motive. Verschlafene Haschischstimmung ist es, voller verhaltener Sentiments, dem Licht abgewandt, das nur noch durch seidene, opalene oder marmorne Glocken schimmern darf, die direkt aus der Hagia Sophia zu Konstantinopel stammen könnten. Dabei steht der Bourgeois, der vom Innenarchitekten sich und seiner Dame diese Art der Innenkunst einreden läßt, draußen im Leben durchaus nicht unter traulichem Ampellicht, und er wird draußen keineswegs von der sentimentalen Stimmung beherrscht, die ihn hier in den allermodernsten seiner Wohnräume umfangen will. Draußen ist er der brutale und nüchterne, ideallose Gegenwartsmensch, dem Auge um Auge gilt und der im Konkurrenzkampf und in der Hetzjagd um die Lebensposition seinem Mitmenschen nicht die Luft gönnte.. Seine Sentiments pflegt er in seiner Wohnung, da ist er der Neuromantiker, von Realismus will er hier nichts mehr wissen, weder in der bildenden Kunst noch in der modernsten Literatur, die ihm in dieser Neigung geschäftig entgegenkommt und die statt des wirklichen Lebens ein traumhaftes Geschehen weltenferner Phantasien und Vergangenheiten zum Gegenstand nimmt.

Soweit diese neueste Geschmacksrichtung sich auch von einem kernigen deutschen Stil schon entfernt und sich einer lässigen Weichlichkeit, ja fast einer lasziven Auffassung nähert, so nahe steht sie auch schon einer weiteren offeneren Betonung sinnlicher Regungen. Diese brauchen — natürliche Dinge sind nicht schändlich — nicht vermieden zu werden — ja, sie sind der Grundzug jeder Kunst, und die Kölner ultramontanen Blätter, die sich „an den grobsinnlichen Nacktheiten und an einem ganz übertriebenen Naturalismus" in der Werkbundausstellung stoßen und aus Rücksicht auf das gesunde Empfinden des Volkes — ausgerechnet des kölnischen — die Entfernung der „grobsinnlichen Nuditäten" fordern, wenn sich nicht ein Sturm der Entrüstung erheben solle, werden in ihrer Sinnlichkeit an einem ganz falschen Zipfel gekitzelt. Sie stoßen sich an den unbekleideten Darstellungen von Menschen, die in ihrer unverblümten und unrasierten Nacktheit zehnmal unsinnlicher sind, als die Gebräuche auf dem aus gutem Grunde abgeschafften Lichtmeßball im Gürzenich während des Kölner Karnevals. Denn Sinnlichkeit spricht nicht ohne weiteres aus der Darstellung eines unverhüllten Menschenschoßes, über dessen Form auch die frömmste Nonne und der rundeste Prälat kaum im unklaren sein wird. Es kann an der figürlichen Darstellung alles verhüllt und doch die stärkste und erregendste Sinnlichkeit an ihr zum Ausdruck kommen.

Aber dieses stark Sinnliche, das wir heute in die figürliche Kunst einwandern sehen und das beileibe nicht unkünstlerisch zu sein braucht, ist exotischen Ursprungs. Aus dem indischen Völkergemisch und ihrer Kultur scheint gerade diese Auffassung zu stammen, diese sadistische Mißhandlung der menschlichen Formen bei der Wiedergabe, dieses wollüstige Runden und Aufblähen der Formen, das animalische Hervorheben des rein Geschlechtlichen, dieses rachitische Verbiegen der Glieder, dieses Mißachten der Proportion, dieses Mißbilden der Schädelform, aus der das Gehirn verbannt zu sein scheint, das ist kaum noch gesunde Sinnlichkeit, das ist Perversität, und sie spricht aus den futuristischen Kunstwerken.

Kunstwerken? Nun ja, sie werden so genannt. Ich bin altmodisch genug, sie nicht dafür zu halten, und ich würde dem ganzen futuristischen und kubistischen Rummel gar nicht die Bedeutung zubilligen, mich mit ihm hier auseinanderzusetzen, wenn es nicht doch drei Gründe gäbe, die das notwendig machen. Erstens: ich bewundere die Futuristen aufrichtig und wünschte mir wenigstens ein Quentchen von der Eigenschaft, die ich an ihnen bewundere: nämlich ihre gottvolle naivdumme Frechheit, mit der sie auf den Plan treten. Zweitens: wie auf jeden Topf ein Deckel paßt, so findet sich auch für diese Futuristen ein Kunstschreibertum, das ihre „Kunst" in den Himmel hebt, und das erschauert vor den Offenbarungen, die aus dieser perversen Strömung werden sollen. Und drittens: auf der Werkbundausstellung in Köln sind futuristische „Werke" allen Ernstes als freie und angewandte Kunst zugelassen und ausgestellt. Vermutlich als deutscher Stil!

Die Kunstschreiber werfen als letztes Argument, wenn das von der starken Sinnlichkeit der exotischen Perversitäten nicht mehr ziehen will, die Monumentalität der futuristischen Malereien und Skulpturen ein, ihre Anpassungsfähigkeit an die Architektur. Dieselben Kunstschreiber haben das schon von den Arbeiten Puvis de Chavannes gesagt, bei denen an Futurismus nur zu denken, schon Schauern erweckt; dann haben sie es von den Präraffaeliten gesagt, aber nun behaupten sie es von der futuristischen Kunst; wenigstens von der, in der das Bild aufgelöst ist in lauter geometrische Figuren. Diese Spielart futuristischer Gemälde kann gleich einmal an der Außenwand des Pfeilerganges studiert werden, der vor der Haupthalle angeordnet ist, und zugleich kann man auch das Gerede von der architektonischen Anpassung und monumentalen Wirkung auf seine Richtigkeit prüfen. Zunächst scheint es nicht so, als wenn es Gemälde wären; wie wilde, grauschwarze, rote und gelbbraune Plakate für Schuhwichse oder Feenpalastvorstellungen könnte man sie halten. Kommt man näher, so erkennt man, daß es Moritaten sind. Menschenähnliche Figuren mit Steckelbeinen und Korkzieherrümpfen, Kohlrübenköpfen und Heuforkenhänden in allerlei grausigen Stellungen, so daß schon die Phantasie eines Idioten dazu gehört, um irgendwelche Deutung dieser „Darstellungen" zu finden. Und was das ganz Unglaubliche ist, diese Malereien sind wohl von jungen Malern gemacht, aber nicht erfunden; der sie erfand, ist kein jugendlicher Tollhahn, sondern ein Mann an der Schwelle des Greisenalters, ein Stuttgarter Malerprofessor Hölzel! —

Noch eine solche futuristische Malerei findet sich in dem Frontbau der Maschinenhalle, die beide zusammen eine Fabrik darstellen sollen. Der bemalte Innenraum ist als Fabrikbureau gedacht, wäre es wirklich eines, so wäre es fraglich, ob jemand darin aushalten könnte. Steinzeitliche Höhlenmalereien oder die Hausbemalung der Quakiutlindianer in Nordamerika sind reife Kunst gegen diese Ausschmückung der Räume, in die man zivilisierte Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts, des technischen Zeitalters, setzen will.

Den genauen Ursprung solcher Form- und Farbenanschauungen zu finden, ist nicht gut möglich, aber die Verwandtschaften lassen sich leichter erkennen. Ganz ratlos ist man aber da, wo das Slawentum der Tschechen seine neuen Formoffenbarungen abhält. Die Böhmen haben auch einen Werkbund, den Svaz

mit 12½ bis 20 pZt. Ortszuschlag M 13,50, in Orten mit 22½ bis 30 pZt. Ortszuschlag M 14.

Am Schlusse seiner Ausführungen sagte Dr. Müller: Die gewerkschaftliche Arbeit wird um so schwieriger, die Erfolge erscheinen um so geringer, je höher die Basis ist, auf der die Arbeiter sich befinden, für die eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden. Es ist leichter, die Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden zu reduzieren, als von 9 auf 8 Stunden. Dieses Wirtschaftsgesetz gilt nicht nur für die Privatunternehmer, sondern auch für die Genossenschaften. Auch für diese muß das Entgegenkommen eine Grenze finden. Der neue Tarif bringt den Konsumvereinen eine Belastung von 15 pZt. Wir können aber nicht bei jeder Tarifrevision eine Belastung von 12 bis 15 pZt. auf uns nehmen. Im Jahre 1909 betrug die Belastung ebenfalls 15 pZt. Es ist aber nicht möglich, daß es in diesem Verhältnis so weiter geht, wenn uns nicht der Beweis erbracht wird, daß auch die Unternehmer, die unsere Konkurrenten sind, in derselben Weise belastet werden. (Sehr richtig!) Die Genossenschaften werden in fünf Jahren nicht mehr imstande sein, bei gleichbleibenden Verhältnissen abermals so viel zuzulegen wie heute. Betont muß auch werden, daß vorbildliche Arbeitsbestimmungen auch zu vorbildlicher Arbeitsleistung verpflichten. Müller bittet dringend um Annahme der Tarifentwürfe. Bei Ablehnung hätten die Gewerkschaften freie Hand. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Aeste am gleichen Stamme seien, mit dem gemeinsamen großen Ziel, eine bessere Gestaltung des Wirtschaftslebens zugunsten der sozial Tieferstehenden herbeizuführen. Das Ziel sei das gleiche, nur die Methode verschieden. Je erfolgreicher die Gewerkschaften sind, desto größer sind auch die Erfolge der Genossenschaften. All dies würde erschwert und verlangsamt, wenn man hier von dem Mark- und Pfennig-Standpunkt ausgehen würde. Die Genossenschaften hätten auch soziale Pflichten, deren vornehmste das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften sei. Redner bittet, dem Tarif einmütig zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Die

Diskussion

war sehr ausgedehnt, sie führte zu einer Auseinandersetzung mit Professor Staudinger-Darmstadt. Dieser gab als erster Redner zunächst seiner Freude Ausdruck, daß aus den Worten Müllers herausgeklungen sei, daß Gewerkschaften und Genossenschaften einig sein müßten. Er sei aber nicht der Ansicht Müllers, daß zwischen beiden Organisationen ein Lohnkampf ausgefochten werden könne. Das käme ihm vor, als wenn ein Fuß dem andern die Hühneraugen zertreten wolle. Leider sehe der Arbeiter oft noch nicht ein, daß die Arbeitsverhältnisse im kapitalistischen und genossenschaftlichen Betriebe abhängig seien von der Gesamtheit aller Arbeiter als Käufer und Konsumenten. Die Arbeiter würden vielfach nicht einsehen, daß sie nicht nur durch ein Drängen nach immer weiterer Lohnerhöhung, sondern durch allmähliche Senkung der Ausgaben ihre Besserstellung bewerkstelligen könnten. Was helfe es dem Arbeiter, wenn er von M 3 auf M 4 aufrücke, und der Kapitalist verteure die Waren? Wenn es ihm aber gelänge, die Preise durch die Genossenschaft wieder zurückzudrängen, dann hätte er eine weit höhere Aufbesserung. Professor Staudinger polemisiert dann gegen das Buch Vandervelde, das kürzlich in deutscher Uebersetzung erschienen ist: „Neutrale oder sozialistische Genossenschaftsbewegung?" Vandervelde sage, in den Konsumvereinen seien es die Angestellten und Lohnarbeiter, die den Ueberwert hervorbringen. Von derem Standpunkt aus liege ziemlich wenig daran, ob dieser in Profit verwandelte Mehrwert zum Schaden von einigen Kapitalisten oder von Tausenden Genossenschaftern konfisziert werde. Dieser Satz, sagte Staudinger, ist so falsch, so unsozialistisch und unmarxistisch wie überhaupt möglich. Nicht die Arbeiter in den einzelnen Betrieben bringen die Profite hervor, diese sind das Produkt der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, wie Marx im Kapital sagt. In den Genossenschaften realisieren die Arbeiter den Profit selbst wieder, sie holen das wieder zurück, was sie an Mehrwert geschaffen haben. Vandervelde predigt anstatt Sozialismus Individualismus. — Der vorliegende Tarifvertrag wäre eine genossenschaftlich-gewerkschaftliche Verstümmelung, wenn es nicht gelänge, ihn auch in andern Betrieben durchzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Steinbach-Hamburg: Ich kann die Ausführungen Staudingers im großen und ganzen unterschreiben. Seine Ausführungen mögen für den Wissenschaftler von großem Wert sein, für uns aber, die wir uns bemühen, unsere Ideale praktisch in die Tat umzusetzen, wir haben vor allen Dingen Rücksicht immer wieder darauf zu nehmen, daß wir mit der Arbeiterschaft, die unsere Mitgliedschaft ist, als Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung rechnen müssen. Wir wollen den Kapitalismus durch die sozialistische Erziehung bekämpfen. Wir haben ja alle die praktische Lehre des Sozialismus, Erreichung besserer Verhältnisse, gelehrt. Es ist darum zu verstehen, wenn die Arbeiter auch zu uns mit Forderungen kommen. Ich verurteile es aber, daß man uns gegenüber das Wort „Arbeitgeber" gebraucht. Wenn die Arbeiter das richtige Verständnis als Konsument hätten, müßten sie auch berücksichtigen, daß bei den M 2 Lohnerhöhung die Mitglieder der Genossenschaften einen Ausfall von Hunderttausenden haben. Unsere Ideale können nicht im Galopp verwirklicht werden. Die Arbeiter haben als Genossenschaftler für die Genossenschaften zu wirken. (Beifall.)

Fleißner-Dresden bittet, den Tarif, so wie vorgeschlagen, anzunehmen. Der heutige Verhandlungsgegenstand sei eigentlich nicht zu theoretischen Auseinandersetzungen geeignet, die Ausführungen Staudingers könnten aber nicht unwidersprochen bleiben. Er halte Staudingers Theorie für falsch und für die Genossenschaften für verhängnisvoll. Staudinger habe die Zitate von Marx falsch verstanden. Die Theorie Marx gipfle in der wissenschaftlichen Ueberzeugung, daß die Erlösung der Arbeiterklasse nur durch politische Maßnahmen möglich sei. Die Berufung auf Marx sei falsch. Natürlich wolle man im Rahmen der Genossenschaft alles tun, um der minderbemittelten Klasse zu dienen. Er (Redner) schätze das Buch von Vandervelde, halte es aber für deutsche Verhältnisse für falsch. Vandervelde stelle den Genossenschaften Aufgaben, die sie nicht erfüllen könnten. Der Kopenhagener Kongreß habe ja gezeigt, daß man in dieser Frage ein Prinzip für die ganze Welt nicht aufstellen könne. Eine Theorie könne immer nur soweit Anwendung finden, als sie die Praxis ermögliche. Es scheine, als ob in neuerer Zeit aus dem Lager der Bürgerlichen sich den Genossenschaften Leute nähern würden auf Grund solcher Anschauungen von Prof. Staudinger, die die Arbeit aber nur erschwerten. Wir müssen praktisch arbeiten, darüber helfen uns alle schönen Theorien aus dem Wolkenkuckucksheim nicht hinweg. (Lebhafter Beifall.)

Griesbach-Hohenstein ist gegen den Tarif, der besonders die kleinen Konsumvereine sehr belasten würde. Man könne keine Sprünge machen, sondern müsse Schritt für Schritt vorwärts gehen.

Lorenz-Hamburg unterstreicht, daß bei vorbildlichen Löhnen auch die Leistungen vorbildlich sein müßten.

Dreher-Berlin (Vertreter des Transportarbeiterverbandes) erklärt, daß die Transportarbeiter trotz aller Bedenken dem Tarif zugestimmt hätten. Dr. Müller habe von der Perspektive der hohen Theorie schöne Lehren gegeben, die sich in der Praxis aber nicht durchführen ließen. Man könne den Arbeitern nicht sagen, ihr dürft diese oder jene Forderung nicht aufstellen. Die Genossenschaften sagten, die Forderungen seien über das Ziel hinausgegangen, die Arbeiter wären jedoch anderer Meinung. Müller empfehle, sich in Zukunft auf das Erreichbare zu beschränken. Was sei aber das Erreichbare? Die Transportarbeiter hätten auch in Privatbetrieben ganz wesentliche Erfolge errungen. Selbstverständlich sei, daß die Genossenschaftsarbeiter ihre volle Pflicht zu tun hätten.

Allmann-Hamburg der Vertreter der Bäcker, schließt sich diesen Ausführungen an. Sie hätten auch in Privatbetrieben im gleichen Zeitraum die gleichen Lohnverhältnisse errungen. Er bitte, dem Entwurf möglichst einmütig zuzustimmen.

Dr. Müller erklärte im Schlußwort, er sei nicht der Meinung, daß die Arbeiter sich nur genossenschaftlich betätigen sollen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter sich auch gewerkschaftlich und politisch betätigen sollten. Ich glaube, daß Professor Staudinger diesen Standpunkt teilt. (Staudinger: Sehr richtig!) Es kann nicht Aufgabe von Genossenschaftstagungen sein, hier zu bremsen. Staudinger ist von dem Grundgedanken ausgegangen, die Genossenschaftsbewegung zu fördern.

Bei der

Abstimmung

wurden die Tarife mit allen gegen 56 Stimmen (bei zirka 400 stimmberechtigten Vereinen) angenommen.

Den Bericht des Ausschusses erstattete hierauf v. Elm-Hamburg, der besonders lobend die Einrichtung des Generalrats erwähnte. Die ausscheidenden Ausschußmitglieder, Pobbig, v. Elm und Professor Staudinger wurden einmütig wiedergewählt. Ebenso die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Barth-München und Lorenz-Hamburg.

Die Abrechnung des Zentralverbandes gab dann Bästlein-Hamburg. Der Abschluß balanciert mit M 192 854 in Einnahmen und Ausgaben. Das Vermögen beträgt M 26 692.

Vorstand und Ausschuß unterbreiteten hierzu folgenden Antrag, der auch einstimmig angenommen wurde:

Der elfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 14. bis 16. Juni 1914 in Bremen beschließt, aus den von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Zuwendungen für allgemeine genossenschaftliche Zwecke im Betrage von M. 16 000 den einzelnen Revisionsverbänden folgende Beträge zuzuweisen:

dem Verbande bayrischer Konsumvereine	M. 1900
dem Verbande der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten	" 4100
dem Verbande mitteldeutscher Konsumvereine	" 1500
dem Verbande nordwestdeutscher Konsumvereine	" 1100
dem Verbande der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen	" 2100
dem Verbande sächsischer Konsumvereine	" 900
dem Verbande südwestdeutscher Konsumvereine	" 1300
dem Verbande Thüringer Konsumvereine	" 1800
dem Verbande württembergischer Konsumvereine	" 1300
Summa	M. 16000

Der elfte ordentliche Genossenschaftstag beschließt ferner, aus den für allgemeine genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten 2 ₰ Rückvergütung pro Exemplar der von den Verbandsvereinen abonnierten rund 650 000 „Konsumgenossenschaftliche Volksblätter" (M. 13 000) jedem der beteiligten acht Revisionsverbände M. 1500 zuzuweisen. Der Rest ist als Beihilfe zu den Kosten des Genossenschaftstages 1915 zu reservieren."

Der Genossenschaftstag genehmigte dann noch den Voranschlag für 1915.

Damit waren seine Arbeiten erledigt. Vorsitzender Barth schloß ihn mit der Mitteilung, daß der nächstjährige Genossenschaftstag voraussichtlich in Frankfurt a. M. tage.

Morgen findet die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft statt.

Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Hamburg, 17. Juni.

Der dritte Tag beginnt mit der

Beratung der Finanzreform.

Der Finanzreform liegt ein Beschluß des 18. Verbandstages zugrunde, der lautete:

„Der Verbandstag 1912 beauftragt den Verbandsvorstand, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Beitrags- und das gesamte Unterstützungswesen in dem Sinne neu regelt, daß eine wesentliche Stärkung der Hauptkasse damit erreicht wird."

Der Verbandsvorstand legte bei seinen Arbeiten folgende Grundsätze fest: 1. Erhöhung der Beiträge und Erweiterung der Beitragsstaffelung, um dem Verdienst entsprechende gleichmäßigere Beitragsleistung zu erzielen; 2. Ausbau und Erhöhung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit; 3. Ausbau und Erhöhung der Streik- und Gemaßregeltenunterstützung; 4. anderweitige Regelung der Entschädigung an die Zahlstellenverwaltungen für persönliche Bemühungen und für anderweitige lokale Bedürfnisse.

Die Vorschläge des Vorstandes sind im wesentlichen die folgenden:

Die wöchentlichen Beiträge betragen: Bei einem Wochenverdienst bis M. 18 40 ₰, bei einem Wochenverdienst von M. 18 bis 23 50 ₰, bei einem Wochenverdienst über M. 23 60 ₰.

Die alte Bestimmung lautet: Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder bei einem Wochenlohn unter M. 18 (ausschließlich des Haustrunks) und für weibliche Mitglieder 30 ₰ pro Woche, für männliche Mitglieder mit höherem Verdienst 50 ₰ pro Woche. Kost und Logis bei dem Unternehmer wird mit M. 12 pro Woche berechnet. Mitgliedern mit einem Wochenlohn unter M. 18 ist es gestattet, die höhere Beitragsstufe zu zahlen.

Zur Reform der Unterstützungseinrichtungen schlägt der Vorstand vor:

1. Streik- und Maßregelungsunterstützung. Die Unterstützung wird für sechs Wochentage inkl. der in die Woche fallenden Feiertage berechnet. Die Unterstützung beträgt bei einer Beitragsleistung pro Woche von

	40 Pf. pro Tag Mk.	40 Pf. pro Woche Mk.	50 Pf. pro Tag Mk.	50 Pf. pro Woche Mk.	60 Pf. pro Tag Mk.	60 Pf. pro Woche Mk.
für das Mitglied	1,90	11,40	2,30	13,80	2,60	15,60
" die Frau	0,40	2,40	0,45	2,70	0,50	3,—
pro Kind bis zu 14 Jahren	0,10	0,60	0,15	0,90	0,20	1,20
bis zu 5 Kinder	0,50	3,—	0,75	4,50	1,—	6,—
demnach beträgt der höchste Unterstützungssatz	2,80	16,80	3,50	21,—	4,10	24,60

2. Erwerbslosenunterstützung. Erwerbslosenunterstützung kann bezogen werden bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

52 Wochen für 45 Tage	260 Wochen für 75 Tage
156 " " 60 "	364 " " 90 "

Die Unterstützungssätze betragen pro Tag bei einer wöchentlichen Beitragsleistung von:

	40 ₰	50 ₰	60 ₰
bei Krankheit	M. 0,70	M. 0,85	M. 1,—
" Arbeitslosigkeit	" 1,—	" 1,25	" 1,50

Arbeitslosen- und Krankenunterstützung können zusammen für eine Unterstützungsperiode nur bis zur Höchstzahl der nach der Beitragsleistung berechneten Unterstützungstage bezogen werden.

Bezugsberechtigung für Erwerbslosenunterstützung bei öfterem Bezug. Nach jeder Unterstützungsperiode beträgt die Unterstützungsdauer von neuem 45 bezw. 60 bezw. 75 bezw. 90 Tage, je nach der Zahl der seit dem ersten Unterstützungstage geleisteten Beiträge. Ist in einer Unterstützungsperiode die Gesamtunterstützung nicht bezogen worden, so kann der Rest der noch fehlenden Tage der neuerworbenen Unterstützungsberechtigung bei der nächsten Unterstützungsperiode bis zur Höchstgrenze seiner statutengemäßen Unterstützungsdauer zugezählt werden.

3. Sterbegeld. Das Sterbegeld beträgt nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung:

Beitrag	M. —,40	M. —,50	M. —,60
Sterbegeld	" 36,—	" 45,—	" 54,—
Steigerung pro Jahr	" 4,—	" 5,—	" 6,—
bis zum Höchstsatz von	" 72,—	" 90,—	" 108,—

Der Berechnung für das Sterbegeld werden die während der ganzen Mitgliedschaft geleisteten Beiträge zugrunde gelegt. Gehörte das Mitglied während der Mitgliedschaft verschiedenen Beitragsklassen an, so erfolgt die Umrechnung nach den zuletzt geleisteten Beiträgen, wenn diese mindestens ein Jahr lang entrichtet sind, dagegen nach den vorher geleisteten, wenn die letzten noch nicht während eines Jahres entrichtet wurden.

4. Umzugsunterstützung. Hinsichtlich der Gewährung von Umzugsunterstützung an Gemaßregelte wird die bisherige Höchstsumme von M. 40 auf M. 50 erhöht. Umzugsunterstützung an nichtgemaßregelte Mitglieder, welche einen eigenen Haushalt führen, wird, wenn sie mindestens 25 Kilometer weit nach einem anderen Arbeitsort verziehen, nach mindestens 156wöchiger Beitragsleistung gewährt:

Von 25— 50 km	M. 15,—
" 50— 75 "	" 20,—
" 75—100 "	" 25,—
" 100—125 "	" 30,—
" 125—150 "	" 35,—
über 150 "	" 40,—

Die Unterstützung wird nur bei Umzügen innerhalb des deutschen Zollgebietes gewährt. Die Unterstützung kann innerhalb eines Jahres nur einmal gewährt werden. Sie wird bei anderen Unterstützungen nicht aufgerechnet. Umzugsunterstützung jeder Art darf nur auf Anweisung des Hauptvorstandes ausbezahlt werden.

5. Prozentanteile der Zahlstellen. Zahlstellen mit angestellten Beamten erhalten 4 pZt., die Zahlstellen ohne angestellte Beamte erhalten 6 pZt. der Beitragseinnahme. Von den 6 pZt. können 3 pZt. für die Mühewaltung des Zahlstellenvorstandes verwendet werden. Die verbleibenden 3 pZt. sollen zur Bestreitung lokaler Bedürfnisse, wie Hauskassierung, Zeitungsaustragen, höhere Kartellbeiträge, Sekretariatsbeiträge usw. verwendet werden.

Nach den alten Bestimmungen betrug die Streikunterstützung für Mitglieder der höheren Beitragsstufe M. 2, für die Frauen 30 ₰ und für jedes Kind bis zu 14 Jahren 15 ₰ bis zu 5 Kindern; für weibliche und die in die niedere Beitragsstufe zahlenden männlichen Mitglieder M. 1,20 und für jedes Kind bis zu 14 Jahren 10 ₰ bis zu 5 Kindern.

Bei Maßregelungen wurde die Unterstützung bisher von Fall zu Fall festgesetzt.

Bisher wurde Sterbegeld gezahlt an die Hinterbliebenen der Mitglieder der höheren Beitragsstufe (50 ₰) nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

52 Wochen	(1 Jahr)	die Summe von M. 45
156 "	(3 Jahre)	" " " " 60
260 "	(5 Jahre)	" " " " 75
364 "	(7 Jahre)	" " " " 90

an die Hinterbliebenen der Mitglieder der niederen Beitragsstufe (30 ₰) nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

52 Wochen	(1 Jahr)	die Summe von M. 27
156 "	(3 Jahre)	" " " " 36
260 "	(5 Jahre)	" " " " 45
364 "	(7 Jahre)	" " " " 54

Die Erwerbslosenunterstützung betrug für Mitglieder der höheren Beitragsstufe (50 ₰) nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

52 Wochen	(1 Jahr)	pro Tag M. 1 bis zu 45 Tagen
156 "	(3 Jahre)	" " " 1 " " 60 "
260 "	(5 Jahre)	" " " 1 " " 75 "
364 "	(7 Jahre)	" " " 1 " " 90 "

für Mitglieder der niederen Beitragsstufe (30 ₰) nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

52 Wochen	(1 Jahr)	pro Tag 60 ₰ bis zu 45 Tagen
156 "	(3 Jahre)	" " 60 " " " 60 "
260 "	(5 Jahre)	" " 60 " " " 75 "
364 "	(7 Jahre)	" " 60 " " " 90 "

Die Unterstützung kann bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit bezogen werden, darf aber in beiden Fällen zusammen in einer Unterstützungsperiode nur die für die Dauer der Mitgliedschaft vorgesehene Höhe erreichen.

Die Umzugsunterstützung wurde bisher nur Gemaßregelten gewährt.

Den Bericht der Revisionskommission gibt Backert, Hauptvorstand. Er empfiehlt im Namen der Kommission die Annahme der Vorschläge des Vorstandes. Eventuell solle man noch darüber hinausgehen. Außerdem bittet er, einem Antrag Dresden zuzustimmen, der besagt: Für diejenigen Mitglieder, welche während ihrer Mitgliedschaft die Höchstgrenze erreicht und noch keine Unterstützung bezogen oder bei Aufrechnung der bis dato bezogenen Unterstützung den Höchstsatz nicht erreicht haben, steigt die Summe bei allen Unterstützungen für je weitere 100 geleistete Beiträge um je M. 4, M. 5 und M. 6 bis zur Höchstgrenze von M. 96, M. 120 und M. 144.

In der

Diskussion

tritt Jurisch-Berlin entschieden für die Beitragserhöhung um 10 ₰ ein. Eine Erhöhung um 5 ₰ genüge nicht, ihr müßte bald eine weitere Erhöhung folgen, die neue Reibungsflächen schaffe.

Supper-Bielefeld betont, daß nur weitsichtige Beurteilung der Sache gerecht wird. Die Finanzreform beschäftige den Verband schon so lange, daß jetzt allgemein Klarheit bestehen sollte. Der Kriegsruf der Unternehmer müsse alle Bedenken niederschlagen. Bei den großen Kämpfen werde es sich lediglich um die Frage handeln, wer dem Ansturm den größten Widerstand entgegensetzen könne.

Frank-Düsseldorf erklärt, die Düsseldorfer Kollegenschaft begrüße die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse, die ihr noch nicht weit genug gehe. Eine weitere Beitragsstaffel von 70 ₰ sei sehr wohl möglich. Dagegen dürften die schlechtbezahlten jugendlichen und weiblichen Mitglieder nicht so sehr belastet werden. Auch Thauer-Barmen tritt für eine höhere Staffelung der Beiträge ein.

Tröger-Berlin beantragt, die in den Ortskassen verbleibenden Prozente der Beiträge zu erhöhen. Zahlstellen mit Angestellten sollen 4 pZt., Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern und alle übrigen 6 pZt. der Beiträge behalten dürfen. Der Redner begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die starke Belastung der kleinen Zahlstellen durch die gewerkschaftlichen Nebeneinrichtungen, die Gewerkschaftskartelle und ähnliche Körperschaften.

Kandlbinder-München geht die Vorlage zu weit. Die Unterstützungen dürften nicht erniedrigt werden. Die Krankenunterstützung müsse um 20 ₰ höher sein. Er fürchte, daß Mitglieder verlorengehen.

Heyn-Hannover wendet sich gegen die Beitragserhöhung; der Vorstand habe die Situation zu schwarz gemalt. Prinzipiell sei er nicht gegen die Beitragserhöhung. (Heiterkeit.) An den Verwaltungskosten lasse sich sparen.

Etzel (Hauptvorstand) weist auf die Anschläge der Unternehmer hin. Das sei entscheidend und die beste Begründung der Vorlage. Die Unterstützungen müßten so bemessen sein, daß für die Kämpfe etwas übrig bleibe. Heute stehe der Verband mit seinen Unterstützungseinrichtungen unter den deutschen Gewerkschaften an erster Stelle. Durch die gewünschte Verschiebung der mittleren Beitragsstaffel von M 23 auf M 25 werde das finanzielle Ergebnis stark beeinträchtigt. Mit Rücksicht auf die Entwicklung im Krankenkassenwesen müsse von dem Ausbau der Krankenunterstützung, des Schmerzenskindes der Organisation, Abstand genommen werden.

Meyer-Zwickau tritt für die Finanzreform ein. An Mitgliederverluste als Folge der Beitragserhöhung glaube er nicht.

Nach den Vorschlägen des Hauptvorstandes soll die Karenzzeit vom Tage der Erwerbslosigkeit bei der Arbeitslosigkeit acht Tage, bei der Krankenunterstützung aber vierzehn Tage betragen. Gegen die längere Karenzzeit für Kranke wenden sich Grimm-Dresden und Auerbach-Breslau.

Steinhauer-Stuttgart hält zwei Beitragsstaffeln für ausreichend. Ein Beitrag von 70 ₰ könnte nicht erhoben werden.

Behringer-München wünscht mehr Rücksicht auf die schlechtbezahlten Mitglieder. Bei großen Kämpfen könnten Extrabeiträge erhoben werden. Götz-Königsberg warnt davor, es dem Bauer gleichzutun, der erst dann an die Versicherung denkt, wenn das Haus schon brennt. Die künftigen Kämpfe verlangten außerordentliche Mittel. Nachdem noch Huber-Köln sich für die Reform, aber gegen eine Verschlechterung der Krankenunterstützung und Bieber-Frankfurt sich im Namen seiner Zahlstelle gegen die Finanzreform überhaupt ausgesprochen hatte, wird ein Schlußantrag eingebracht, aber mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es sind noch 29 Redner eingezeichnet.

Die Debatte setzt sich sodann in lebhaftem Für und Wider fort.

Die Vorlage wird schließlich mit den dazu gestellten Anträgen einer Kommission von neun Mitgliedern überwiesen, die sofort ihre Arbeiten aufnimmt.

Ueber

die Abgrenzung der Organisationsgebiete

spricht sodann der Vorsitzende Etzel. Er schildert kurz die Entwicklung der Grenzstreitigkeiten und bedauert, daß sie zum Gaudium der Gegner sich so auswachsen konnten. Mit der Zeit wurde die ganze Gewerkschaftswelt auf die Grenzstreitigkeiten zwischen dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und dem Transportarbeiterverband aufmerksam. Häufig galten wir als die Karnickel. Wir haben von Anfang an zu erkennen gegeben, daß wir auf alle Arbeiter in den Brauereien Anspruch erheben. Ueber die Auslegung der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses gab es Differenzen. Die Vorständekonferenz gab uns Unrecht, als wir auf das gesamte Fahrpersonal Anspruch erhoben. Aber ebenso ist mit dem Hinweis auf die Vereinbarung von 1904 entschieden, daß nunmehr der Transportarbeiterverband nicht etwa für das gesamte Fahrpersonal allein zuständig ist. Wir mußten uns mit dieser Entscheidung abfinden und haben es getan. Man kann es den meist unbeteiligten Vorständen nicht verübeln, daß sie nicht in das Wespennest stechen wollten. Die Vorständekonferenz überwies die Sache der Generalkommission, diese wandte sich vor nicht langer Zeit abermals an die Vorstände und die beschlossen nunmehr das Schiedsgericht. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes stimmte dem zu. Ich wandte mich an den Vorstand. Die Bedeutung der Frage war uns allen klar und deshalb ist es auch erklärlich, wenn wir nur in der bedingten Form dem Schiedsgericht zustimmten, daß der Verbandstag dem Schiedsspruch zustimmen werde. Doch hatte die Vorständekonferenz die bedingungslose Unterwerfung unter den Schiedsspruch gefordert. Wir haben mit dem Ausschuß und den Bezirksleitern eingehend beraten und nach dem Wunsch der Vorstände beschlossen. Unsere einzige Zuversicht war die Einsicht der erfahrenen Gewerkschafter, die zu schätzen wissen, was es heißt, gegen die Unternehmer und diese Widrigkeiten zu kämpfen. Der Transportarbeiterverband ist einmal für die Betriebsorganisation, für die Industrieorganisation, und einmal wieder nicht. Die Auswahl der Schiedsrichter hat mancher Kollege nicht verstanden; denn fünf der Schiedsrichter sind Anhänger der Berufsorganisation.

Den Ausfall des Schiedsspruches kennen Sie. Aber so wie es jetzt steht, kann es nicht weitergehen. Wir sind nicht gewillt, uns am Narrenseil führen zu lassen. (Sehr richtig!) Was seit Fällung des Schiedsspruchs vom Transportarbeiterverband in der Frage der Grenzstreitigkeiten an Illoyalität geleistet worden ist, ist nicht zu beschreiben. Anscheinend wird von den Transportarbeitern die Parole befolgt, vom Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter alles zu nehmen, was zu bekommen ist. Das geschieht trotz des Schiedsspruchs, der doch von Leuten gefällt worden ist, die auch etwas von der Gewerkschaftsbewegung verstehen. Auf dem Kölner Verbandstag haben uns die Transportarbeiter ja ordentlich die Meinung gesagt. Die dort gefaßte Resolution ist eine Brüskierung der Organisationsvertreter, die den Schiedsspruch gefällt haben. Sollte diese Resolution, was nicht wahrscheinlich ist, auf dem Gewerkschaftskongreß in München präsentiert werden, so müssen unsere Vertreter dort erklären, daß sie unter keinen Umständen in eine Abänderung des Schiedsspruches einwilligen. Wir verlangen, daß der Schiedsspruch rückhaltlos durchgeführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Sassenbach-Berlin, Vertreter der Generalkommission, gibt den Delegierten den Rat, die Angelegenheit mit möglichster Ruhe zu behandeln. Wenn der Gewerkschaftskongreß eine Erklärung abgibt, so wird sich der Transportarbeiterverband ihr fügen müssen. Vor seiner Abreise nach Köln hat mir Genosse Legien erklärt, daß er in der bestimmten Erwartung nach Köln gehe, daß der Schiedsspruch durchgesetzt werde. Die Generalkommission hat immer darauf hingewirkt, daß eine freie Vereinbarung bei Grenzstreitigkeiten erzielt werde, aber wo sich eine solche Vereinbarung nicht ermöglichen läßt, da muß der Gewerkschaftskongreß einen Weg finden, der solche Grenzstreitigkeiten ausschließt.

Folgende Resolution wird darauf einstimmig angenommen:

Der Verbandstag erblickt in dem am 26. April zur Abgrenzung unseres Organisationsgebiets gefällten Schiedsspruch das Mittel, den unangenehmen Grenzstreitigkeiten zwischen unserm Verbande und dem Transportarbeiterverband ein Ende zu machen. Wenn auch die nach ihrer Ansicht berechtigten Hoffnungen der Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter weitergingen, so ist doch nicht zu verkennen, daß durch die Abgrenzung des Organisationsgebietes die Schlagfertigkeit des Verbandes erhalten und gehoben wird. Der Verbandstag billigt daher die Haltung des Verbandsvorstandes, der in Rücksicht darauf, daß praktische Gewerkschafter den Schiedsspruch zu fällen hatten, seine anfänglich sehr erheblichen Bedenken zurückstellte und auch den heftigen Widerstand der sonstigen Verbandsinstanzen überwand und der Fällung eines Schiedsspruchs zustimmte.

Nachdem nun der Schiedsspruch gefällt ist unter ausdrücklicher vorheriger Erklärung von beiden Teilen, sich ihm zu unterwerfen, hat er unbedingte Geltung, und der Verbandstag erwartet, daß er in allen Teilen zur Durchführung kommt.

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Bauarbeiter. Gesperrt sind wegen Nichtzahlung der Löhne die Baustellen Römermann, Grovestraße, Kramer, Bauherr Klette, Hellbrookstraße, wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes das Abbruchsgeschäft Ehlert, Platz Spaldingstraße.

Bauarbeiterverband, Zweigverein Hamburg.

Töpfer. Gesperrt ist Adolf Ribbe in Bergedorf wegen Nichtanerkennung des Lohntarifs.

Zentralverband der Töpfer, Filiale Hamburg.

Zivilmusiker. Das Lokal „Sander Tivoli", Sande bei Bergedorf, ist für Zivilmusiker gesperrt.

Zentralverband der Zivilmusiker,
Ortsverwaltung Bergedorf.

An die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß in München!

Die Delegierten werden ersucht, beim Eintreffen in München sich sofort im Empfangszimmer am Hauptbahnhof zu melden, dort das Mandat abzugeben und die Delegierten- und Wohnungskarten in Empfang zu nehmen.

Das Lokalkomitee.

Deutsches Reich.

Maschinistenstreik auf den englischen Trampdampfern!

Aus London wird gemeldet: Die Schiffsmaschinisten der Trampdampfer sind am 16. Juni in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von dreißig bis vierzig Schilling pro Monat. Vermutlich werden heute (Mittwoch) zweitausend Mann streiken. Der Streik dürfte die Kohlenproduktion in manchen Gebieten Englands lahmlegen.

Bergarbeiterlöhne und Werksgewinne.

b. Als der Landtagsabgeordnete Hué im preußischen Dreiklassenhaus auf die sinkende Tendenz der Bergarbeiterlöhne hinwies, wurde er von allen scharfmacherischen Blättern heftig angegriffen. Jetzt sind nun die Löhne pro 1. Quartal 1914 veröffentlicht. Das, was vorausgesagt wurde, ist eingetroffen: die Löhne fast der gesamten Bergarbeiter sind ganz erheblich gesunken, die Zahl der verfahrenen Schichten ebenfalls, trotzdem vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat die Förderreinschränkung um 5 Prozent gemildert ist. Der Lohnrückgang kann aber auch nicht zurückgeführt werden auf eine Preisermäßigung für Kohlen und Koks. In den allermeisten Kohlensorten trat erst mit dem 1. April eine geringe Preisermäßigung ein.

Welche geradezu märchenhaften Gewinne die Grubenkapitalisten dank dem christlichen Streikbruch in den letzten Jahren einheimsen konnten, mögen einige Zahlen beweisen. Die Gewinnergebnisse von 35 Werken des Ruhrgebiets betrugen in Mark im Jahre:

1909	1910	1911	1912	1913
175 709 992	202 830 469	227 030 760	272 681 535	334 469 017

Die Gewinnsteigerung beträgt seit 1909: M. 158 786 025 = 90,37 pZt.

Diese Gewinnergebnisse zeigen, wie kolossal ungerecht der Lohnabzug ist. Die Löhne der Ruhrbergarbeiter stiegen in derselben Zeit von M. 4,49 pro Schicht im Jahre 1909 auf M. 5,36 im Jahre 1913 oder um 19,38 pZt. Diese Lohnsteigerung wurde aber wettgemacht durch eine Steigerung der Leistung.

So betrug pro Arbeiter im Jahre

	1909	1910	1911	1912	1913
die Förderung in Tonnen	243,1	251,7	259,0	270,2	289,4
der Durchschnittslohn in Mark	4,49	4,54	4,69	5,05	5,36

Die Leistung pro Arbeiter stieg also während dieser Zeit um 46,3 t = 19,05 pZt. Der Durchschnittslohn stieg um 87 ₰ = 19,38 pZt. In derselben Zeit, wo die Unternehmer ihren Gewinn um 90,37 pZt. oder um 158,8 Millionen steigern konnten, trat nur eine Lohnsteigerung von 0,33 pZt. ein, wenn man die Mehrleistung von der Lohnerhöhung in Abzug bringt. Gerade diese Zahlen beleuchten am besten die Tatsache, daß die Unternehmer sich bei dem großen Kampf im Jahre 1912 keine besseren Bundestruppen als die „Christen" wünschen konnten. Herrliche Siege haben diese Leute erfochten für die — Unternehmer.

Letztere zeigen sich aber auch jetzt erkenntlich, indem sie in den letzten beiden Quartalen die Löhne ganz enorm reduziert haben. Die Entwicklung der Löhne vom 3. Vierteljahr 1914 mögen folgende Zahlen veranschaulichen:

Nach der amtlichen Lohnstatistik betrugen die Löhne der Ruhrbergleute:

	Gesamtbelegschaft	Gesamtlohnsumme	Schichtenzahl pro Arbeiter	Lohn pro Schicht
3. Vierteljahr 1913	379 591	M. 175 784 865	85	5,42
4. " 1913	396 768	" 168 763 595	79	5,38
1. " 1914	407 512	" 164 003 886	77	5,25

Während also die Gesamtbelegschaft gegen das dritte Vierteljahr 1913 um 27 921 stieg, ist die Gesamtlohnsumme in der gleichen Zeit um **M. 11 780 979 gesunken!**

Im dritten Vierteljahr 1913 entfiel auf jeden Arbeiter eine Lohnsumme von **M. 463,09**, im ersten Vierteljahr 1914 eine solche von **M. 402,45**. Die Vierteljahrslohnsumme ist also um M. 60,64 = 15,07 pZt. gesunken. Am schärfsten wurden die eigentlichen Bergarbeiter, Hauer und Lehrhauer getroffen. Diese hatten in der gleichen Zeit einen Lohnverlust von M. 0,31 pro Schicht, während der Rückgang des Durchschnittslohnes M. 0,17 pro Schicht betrug.

Im 1. Vierteljahr 1914 war die Zahl der Gesamtbelegschaft um 27 921 höher als im 3. Vierteljahr 1913. Wären Lohn und Schichtenzahl nur auf der gleichen Höhe geblieben, wie im 3. Quartal 1913, dann mußte entsprechend der höheren Belegschaft die Gesamtlohnsumme von M. 175 784 865 im 3. Quartal 1913 auf M. 188 714 801 im 1. Quartal 1914 steigen. Sie ist aber auf M. 164 003 886 gefallen.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl gegen das 3. Quartal 1913 der Gesamtbelegschaft entstandene Lohnausfall beträgt M. 39 964 536.

Diese ungeheure Summe haben also die Ruhr-

Ceskeho dila in Prag. Da lernen wir den Futurismus oder wenigstens eine Spielart davon auch in seiner architektonischen Anwendung kennen — Gott behüte uns in allen Gnaden davor. Bei dieser Architektur ist prinzipiell jede Senkrechte und Wagerechte vermieden, die Säulen des Raumes sind als Vitrinen ausgebildet und sie gleichen auf die Spitze gestellten Tüten. Ein Schrank ist da, dessen Seiten und Oberteil in der Mitte durchgeknickt sind, so daß der Schrank nicht mehr ein geradliniges Rechteck zeigt, sondern fast die Form eines Sternes annimmt. Technisch ist der Schrank unzweifelhaft ein Kunststück, wenngleich ich den Tischler bedauere, der seine Kunst an eine solche Ausgeburt krankhaft verschrobener Phantasie verschwenden mußte. Und auch den armen Ausstellungswärter bedauere ich, der in diesem Cenotaphium, in dem der geistig verstorbene „Künstler" leider nicht mit ausgestellt ist, ein halbes Jahr lang Wache halten muß.

Widerwärtiger noch als die Form ist die Farbenauffassung dieser futuristischen Schöpfungen. Ganz verlassen von jedem farbigen Feingefühl, krankhaft, hysterisch, bald leichenblaß, bald brutal schreiend ist es eine farbige Kakophonie allerschlimmster Art, die wir hier über uns ergehen lassen müssen; in der Musik sollen die Futuristen ja, wenn man Zeitungsmitteilungen glauben darf, eine ähnliche Tonschweinerei für Kunst halten. Die ganz unglückliche Anlage der Werkbundausstellung tischt diese Scheußlichkeiten auch noch recht nachdrücklich auf, so, wenn man in der Richtung der linken Hauptachse von der Ladenstraße her kommt und zwischen dem Bierrestaurant und dem österreichischen Haus durchgeht. Da liegt jenseits eines großen Platzes rechts die Festhalle von Behrens, ein trockener, reizloser Bau von klassizistischer Auffassung, und gleich daran stößt, die Achse sperrend, das niedrige Hauptcafé mit seinem in einem steinerweichenden Gelb gehaltenen Pfeilergang. Ein solches architektonisches Grobgefühl ist mir noch auf keiner Ausstellung begegnet. Dieser Pfeilergang ist dann wieder mit erotischen Motiven bemalt, Siamesen oder Bengalesen in krankhaft verzerrten Tinten, davor Windlichter in Formen und Farben — wer hätte sich wohl dessen vom deutschen Werkbund versehen?

Aber es ist schon so: den Kunstgewerbezeichner, den man verpönte, weil der Handwerker selber Künstler werden sollte, hat man immer noch, nur nennt er sich jetzt Innenarchitekt und fühlt sich als Künstler. Die Entfremdung zwischen Entwurf und Ausführung besteht wie vorher, also ist alles beim Alten geblieben. Der Künstler aber, der immer nur Urheber, nicht Ausführender ist, muß sich erschöpfen; das Mittel dagegen sind diese Abwege, die etwas ganz anderes als Entwicklung bedeuten. Ich glaube, Goethe hat es einmal gesagt, daß, wenn von einem Menschen immer etwas Gescheites und Geistreiches erwartet werde, man sich nicht wundern dürfe, daß schließlich etwas sehr Dummes herauskomme. Daß es so ist, das zeigt auf der Werkbundausstellung der starke Einschlag einer „zukünftigen" Kunst, von der wir hoffen möchten, daß wir sie nicht zu erleben brauchen. H. H.

Bücher und Schriften.

Im Verlag von G. Birk & Co. m. b. H. in München ist erschienen: **Erfindungen und Gefahren für Erfinder.** Die Ursachen der vielen Mißerfolge auf dem Patentgebiet von Franz Kleemann. Preis M. 1.

Bergarbeiter in einem halben Jahre eingebüßt, um soviel ist ihre Kaufkraft heruntergedrückt worden.

Dieselben Herrenmenschen, welche hier einem ganzen Beruf ungerechtfertigterweise die Löhne reduzierten, wagen es, nach vermehrtem Schutz für die Arbeitswilligen zu schreien, um die Lohndruckschraube noch weiter anzuziehen. Diese sind es auch, welche jede freie Regung der Arbeiter mit brutaler Gewalt niederhalten, um „Herr im Hause" zu bleiben. Würde die Bergarbeiterschaft sich nur einmal ihrer Macht bewußt und einig sein, würde sie nur einmal einsehen, daß sie es ist, welche die für unser ganzes Wirtschaftsleben so wichtigen „schwarzen Diamanten" dem Schoß der Erde entreißt, sie würde diesem Herrenmenschentum ein schnelles Ende bereiten und sich den Platz in der Menschheit erobern, der ihr gebührt.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1914.

Nach vorläufiger Mitteilung des reichsstatistischen Amts auf Grund der Berichte für das „Reichs-Arbeitsblatt" zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Mai gegenüber dem Vormonat im allgemeinen eine geringe Zunahme des Beschäftigungsgrades, bei der Großindustrie zum Teil eine Abnahme. Die im Vormonat berichtete Wiederbelebung bewahrte in der Hauptsache ihren saisonartigen Charakter; die Gesamtlage des gewerblichen Arbeitsmarktes war noch unbefriedigend.

Die an das „Reichs-Arbeitsblatt" berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Juni 1914 10 211 418 beschäftigte Mitglieder (6 691 547 männliche und 3 519 871 weibliche) oder 68 890 mehr als am 1. Mai, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 13 514 oder 0,20 v. H., die der weiblichen um 55 376 oder 1,60 v. H. zugenommen. Die in der Regel vom 1. Mai zum 1. Juni eintretende Besserung hat auch in diesem Jahre, allerdings nur in geringem Umfange, stattgefunden.

Nach den Berichten von 16 größeren Arbeiterfachverbänden mit zusammen 1 790 850 Mitgliedern waren Ende Mai 1914 42 309 oder 2,5 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 2,6 v. H. Ende April 1914. Von Ende April auf Ende Mai pflegt die Arbeitslosigkeit etwa auf gleicher Höhe zu verharren. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist aber zu gering, um daraus auf eine nennenswerte Erleichterung der noch immer gedrückten Lage des Arbeitsmarktes schließen zu können. Von April bis Mai 1913 war allerdings die Bewegung der Arbeitslosigkeit ungünstiger, denn die Arbeitslosenziffer stieg von 2,1 v. H. auf 2,3 v. H.

Bei 374 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 159 889 Vermittlungen kamen im Mai auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 165, bei den weiblichen 96 Arbeitsgesuche. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 154 und 93. Hiernach hätte wie gewöhnlich im Monat Mai der Andrang der männlichen sowie der weiblichen Arbeitsuchenden zugenommen.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarkts im Mai 1914 lauten nach wie vor wenig günstig. Der Eingang an Aufträgen blieb im allgemeinen bei außerordentlich gedrückten Preisen unzureichend; nur vereinzelt ist eine Besserung gegen den Vormonat eingetreten. Im Ruhrkohlenbergbau gestaltete sich die Lage infolge besonderer Verhältnisse etwas besser, wogegen der Kohlenbergbau in Ober- und Niederschlesien nach wie vor unzulänglich beschäftigt war. Die Roheisenerzeugung stieg nach der Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller von 1 534 329 t im April auf 1 607 211 t im Mai oder um 7,7 v. H., ohne jedoch den Stand des Vormonats zu erreichen. Die Stahlwerke waren zum Teil etwas besser als im Vormonat beschäftigt. Die dem Stahlwerksverband angeschlossenen Werke erhöhten den Gesamtversand von 512 445 t auf 552 872 t, blieben aber noch um 14 459 t hinter dem des Vorjahres zurück. Der Kalibergbau war normal beschäftigt. In der Metall- und Maschinenindustrie hat sich der unbefriedigende Geschäftsgang weiter verschlechtert. Ebenso wird in der elektrischen sowie in der Holzindustrie über nicht ausreichende Beschäftigung geklagt; auch die Textilindustrie war in ihren Hauptzweigen nicht zufriedenstellend beschäftigt. Die chemische Industrie hatte dagegen wieder gut, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie im allgemeinen noch hinreichend zu tun. Im Baugewerbe ist die Erholung zum Teil fortgeschritten, an einigen wichtigen Plätzen aber wieder zum Stillstand gekommen.

Von 300 Firmen, in der Hauptsache großindustriellen Betrieben, ist die Arbeiterzahl angegeben, und zwar mit 301 191 zu Ende Mai 1914 gegen 308 601 zu Ende Mai 1913. Es ist also eine Verringerung um 2,40 v. H. eingetreten, während für den Mai 1913 eine Vermehrung gegenüber dem Vorjahr um 4,44 v. H. zu verzeichnen war. Die Abnahme entfällt, wie im Vormonat, vor allem auf die Maschinenindustrie (÷ 8,21 v. H.), ferner auf die elektrische Industrie (÷ 5,48 v. H.), auf die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (4,08 v. H.) und die Eisen- und Metallindustrie (÷ 3,13 v. H.). Diesen Rückgängen stehen wesentliche Zunahmen nur in der chemischen Industrie (+ 5,28 v. H.) und in der Montanindustrie (+ 2,04 v. H.) gegenüber, während in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe die Zahl der Arbeiter bei einer verhältnismäßigen Zunahme um 4,41 v. H. in Wirklichkeit nur um 46 gestiegen ist.

Wahlen von Versichertenvertretern für die Gärtnereiberufsgenossenschaft.

Der „Reichsanzeiger" vom 16. Juni enthält folgende Bekanntmachung:

Für die Unfallverhütung bei der Gärtnereiberufsgenossenschaft sind nach der vom Reichsversicherungsamt erlassenen Wahlordnung (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1914 Seite 461) 15 Versichertenvertreter und 30 Ersatzmänner zu wählen.

Gemäß § 6 der Wahlordnung werden die dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallverhütung zugehörenden Versichertenvertreter der Versicherungsämter aufgefordert, bis zum 29. Juni 1914 Vorschlagslisten an den Unterzeichneten unter der Adresse des Reichsversicherungsamts einzureichen. Vorschlagslisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens zwei Wahlberechtigten unterschrieben sind, sind ungültig.

Die Vorschlagslisten dürfen nur von wahlberechtigten Versichertenvertretern derjenigen Versicherungsämter unterschrieben werden, auf deren Bezirke sich die Gärtnereiberufsgenossenschaft erstreckt. Bei jeder Unterschrift ist anzugeben, welchem Versicherungsamte der Unterzeichner als Versichertenvertreter angehört. Jede Vorschlagsliste soll möglichst so viel nach § 3 der Wahlordnung wählbare Bewerber benennen, als Vertreter und Ersatzmänner zu wählen sind; mehr Bewerber darf die Liste nicht enthalten. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien- und Vor- (Ruf-)namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen; auch ist anzugeben, in welchem Betriebe sie beschäftigt sind. Die schriftliche Zustimmung zur Annahme der Wahl ist tunlichst beizufügen.

In jeder Vorschlagsliste ist ein Listenvertreter und ein Stellvertreter für ihn zu bezeichnen.

Im Interesse sachdienlicher Gestaltung der Unfallverhütungsvorschriften ist es geboten, daß unter den Vorzuschlagenden die hauptsächlichen Betriebszweige und Betriebsarten sowie die verschiedenen Bezirke der Berufsgenossenschaft vertreten sind.

Jeder Wähler darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen.

Berlin, den 13. Juni 1914.
W. 10, Königin-Augusta-Straße 26.

Der Wahlleiter:
Dr. Schulz, Kaiserlicher Regierungsrat,
ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Unter allen Umständen politisch.

Die Politisch-Erklärung des Transportarbeiterverbandes in Breslau, die vor einigen Wochen vom Amtsgericht ausgesprochen war, unterlag am Dienstag der Nachprüfung des dortigen Landgerichts. Um die Absurdität dieser Rechtsprechung zu kennzeichnen, führte der Verteidiger, Justizrat Heilberg, der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in Breslau, eine Liste von bürgerlichen Vereinen auf, die reif seien, für politisch erklärt zu werden, wenn die gelegentliche Einwirkung auf die Gesetzgebung zu solchen Entscheidungen genüge. Zu diesen Vereinen gehören: der Deutsche Richterbund (!), denn er hat sich auf seiner letzten Tagung mit der Reform der Zivilprozeßordnung beschäftigt, die vom Staate verlangt wird; der Stenographenbund, denn er wünscht die gesetzliche Einführung der Einheitsstenographie und propagiert dieses Ziel; die Tierschutzvereine, sie bearbeiten die Regierung für den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze der Vögel; der Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, denn er ruft die Hilfe der Behörden zur Bekämpfung der großen Volksübel auf.

Aber alles das blieb auf den Gerichtshof ohne jede Einwirkung. Gewiß sei der Handels- und Transportarbeiterverband in erster Linie ein Verein zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, aber er überschreite doch in manchen Punkten die Grenze, die nach der politischen Seite hin gezogen ist, besonders durch seine Reichssektion der Eisenbahner. Die Interessen der Eisenbahner könnten gar nicht vertreten werden, ohne die staatlichen Behörden zu beeinflussen, und das sei eben Politik. Vergeblich verwies der Verteidiger auf den soeben in Breslau tagenden Verband der Lokomotivführer, für den dasselbe gelte und der doch nicht als politisch angesehen werde! — Es half alles nichts, der Transportarbeiterverband ist eben eine freie Gewerkschaft und deshalb politisch! Von Rechts wegen!

Streikbruch der Christlichen in der Steinindustrie.

In den Orten Büchlberg, Hauzenberg, Tittling, Edenstetten und Metten, die in der Zentrumsdomäne Niederbayern liegen, streikten etwa 500 Steinarbeiter. Der Kampf, der soeben beendet wurde, dauerte neun Wochen. Etwa 300 Steinarbeiter sind abgereist. Dadurch wurden die Unternehmer geneigt, zu verhandeln. Die Mitglieder des christlichen Steinarbeiterverbandes (Sitz Köln) streikten netto einen Tag mit und ließen dann durch die bürgerliche Presse verkünden, sie hätten mit den Unternehmern abgeschlossen. Die Christlichen arbeiteten nun die neun Wochen ruhig weiter. Soeben haben in Passau unter dem Vorsitz des Bezirksamtmanns mit den Streikenden, die dem Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) angehören, Einigungsverhandlungen stattgefunden. Dazu fand sich nun auch der christliche Sekretär Lechner mit einigen Getreuen ein. Auf den Hinweis der Arbeitervertreter, daß doch die Christlichen ihren Abschluß schon in der Tasche hätten, erklärte der Führer der Unternehmer, Kommerzienrat Kerber, daß mit den Christen absolut kein Abschluß erfolgt sei. Darüber großes Erstaunen bei den Anwesenden. Diese Konstatierung mußte wie ein Peitschenschlag auf die Christen wirken. Der christliche Vertreter unternahm es nicht im geringsten, sich zu rechtfertigen. Die Streikbrecherei der Christlichen aber war damit glatt erwiesen. Die Christlichen haben nun den Erfolg, daß sie die 5 pZt. Zulage, die auf die Grabsteinarbeiten erzielt wurden, ebenfalls einstecken, trotz des verübten Streikbruchs. Dieser Vorgang zeigt aber wiederum, wie unehrlich die Christlichen sind und welcher Wert ihren Angaben bei Lohnbewegungen zuzumessen ist.

Metallarbeiterstreik in Halle.

Bei der Firma Paul Feller, Maschinenfabrik in Halle a. d. S., haben am Montag sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Streikenden hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 ₰ beantragt, die trotz der schlechten Lohnverhältnisse aber abgelehnt wurde. Die Hallesche Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes ersucht, Arbeitsangebote der Firma abzulehnen.

Arbeitervertreterwahlen zum Versicherungsamt Augsburg.

Die Wahl der Arbeitervertreter zum Versicherungsamt Augsburg brachte der Liste der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen beachtenswerten Erfolg. Die freigewerkschaftliche Liste erhielt 27 333 Stimmen = 5 Vertreter und 10 Ersatzleute, die Liste der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine 18 506 Stimmen = 3 Vertreter und 6 Ersatzleute. Eine von den Industriellen aufgestellte Liste, die in der Hauptsache Gelbe enthielt, brachte es auf nur 7519 Stimmen = 1 Vertreter und 2 Ersatzmänner. Das Humoristische bei der Sache ist, daß der von der Fabrikantenliste gewählte einzige Vertreter ebenfalls den — freien Gewerkschaften angehört.

Handlungsgehilfen und Handelskammern.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte sich mit einer an die Elberfelder Handelskammer gerichteten Einladung zu einem rheinisch-westfälischen Gautag einen Korb geholt. Die Handelskammer schrieb dem einladenden Verband, daß er die Handelskammern recht oft in gehässiger Weise angreife. Der Gauvorsteher der antisemitischen Handlungsgehilfen war ganz bestürzt ob dieser Auffassung der Unternehmer und bat um Beweise für die aufgestellte Behauptung. Jetzt antwortete die Elberfelder Handelskammer in einem nicht gerade sehr höflichen Schreiben u. a.: „In Ihrem Schreiben vom 1. Mai, das Sie uns als Entgegnung zugehen ließen, baten Sie uns, Ihnen Ihre ausgesprochene Handelskammerfeindlichkeit zu beweisen. Dieses Ersuchen erscheint uns sehr befremdlich, da Sie nach nur flüchtigem Durchblättern Ihrer Verbandszeitschrift „Deutsche Handelswacht" wohl kaum noch das Bedürfnis empfunden haben dürften, von uns Beweise für unsere Behauptung zu erbitten. Da Sie also scheinbar über den Inhalt der Mitteilungen Ihres Verbandes nicht sehr gut unterrichtet sind, gestatten wir uns, Sie auf einige Stellen darin aufmerksam zu machen, in denen Sie die Handelskammern . . . in gehässiger Weise kritisieren." Es werden dann eine Anzahl Zitate aus der „Deutschen Handelswacht" beigebracht.

Man weiß nicht recht, ob hier die Handelskammer den Antisemiten damit einen Gefallen erweisen wollte, oder ob sie wirklich nicht begriffen hat, daß der Kampf der Antisemiten in ihrer Presse gegen die Handelskammern nur eitel Spiegelfechterei ist, darauf berechnet, dem ernsthaft gegen die Unternehmer kämpfenden Zentralverband der Handlungsgehilfen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Einladung zu der antisemitischen Tagung mußte den Handelsherren doch schon zeigen, welche Bedeutung den von ihnen bejammerten Presseäußerungen beizulegen ist. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß die Elberfelder Handelskammer es den Antisemiten erleichtern wollte, den Handlungsgehilfen auch in Zukunft den Bären aufzubinden, sie seien es, die den Unternehmern gegenüber ernsthaft die Interessen der Handlungsgehilfen vertreten.

Internationales.

Aus der skandinavischen Gewerkschaftsbewegung.

Seit Sonnabend streiken in Aarhus die Hafenarbeiter, etwa 425 Mann. Seit langem schon wurden Verhandlungen um einen neuen Tarif geführt, und man hatte bis Freitag nacht sich auch über alle Punkte bis auf die Lohnfrage geeinigt. Aber trotzdem die Arbeiter gerade bei dieser Frage ein weitgehendes Entgegenkommen zeigten, verhielten sich die Unternehmer ablehnend. Der Hafen von Aarhus ist nächst dem Kopenhagener der lebhafteste. Die Wirkungen des Streiks waren gleich am Sonnabend früh zu verspüren. Der jeden Morgen um 8 Uhr von Kopenhagen kommende Dampfer konnte nicht gelöscht werden, und der am Abend nach dort abgehende hatte gar keine Fracht an Bord. Auf etwa 40 größeren und kleineren Schiffen, die im Hafen liegen und auf Löschung oder Befrachtung warten, ruht die Arbeit. Für diese Woche werden mehrere Hamburger Schiffe und solche aus andern deutschen Häfen erwartet, ebenso zwei, die den Butterexport nach England besorgen. Wie verlautet, soll der Frachtschiffverkehr Kopenhagen-Aarhus vorläufig ganz eingestellt werden. Man will die Schiffe in die Nachbarhäfen dirigieren und das Gut von hier aus mit der Bahn weiter befördern. — Außer den Hafenarbeitern streiken in Aarhus noch die Oehlmühlenarbeiter, etwa 400 Mann, ebenfalls seit Sonnabend. Auch in Kopenhagen streiken die Arbeiter der Oelmühle, eine Filiale der Aarhuser Firma, hier kommen etwa 300 Mann in Betracht. Alle diese Streikenden sind organisiert im dänischen „Arbejdsmandsforbund", der gegenwärtig etwa 2000 Mitglieder im Streik stehen hat.

Auf den großen Sägewerken bei Söderhamn streiken die Arbeiter, welche die Baumstämme in Flößen nach dem Sägewerk schaffen. Im ganzen haben 800 Mann die Arbeit niedergelegt. Ein starker Transport Streikbrecher, den die Unternehmer im ganzen Lande zusammengeholt haben — die schwedischen Blätter geben die Zahl auf 200 an — wurde von den Streikenden abgefangen. Nun hat man die Regierung um militärische Hilfe ersucht und um mindestens 200 Mann Soldaten gebeten. Von dem gegenwärtigen Ministerium ist leider zu befürchten, daß der Wunsch der Unternehmer erfüllt wird, ist doch der Häuptling und Führer der Unternehmer in dem großen Kampfe der schwedischen Arbeiter im Jahre 1909, der Herr v. Sydow, der jetzige Minister des Innern.

Der Gesamtverband der norwegischen Gewerkschaften hat soeben seinen Jahresbericht für 1913 herausgegeben. Wir entnehmen daraus, daß die Mitgliederzahl aller dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften am Ausgang des Berichtsjahres 64 108 betrug; dazu kommen noch etwa 2300 Papierarbeiter, welche eine eigene Organisation gegründet haben und mit ihrer früheren Organisation, dem Arbejdsmandsforbund, in Differenzen geraten sind, vorläufig außerhalb des Gesamtverbandes stehen. Im Laufe dieses Jahres ist die Mitgliederzahl schon auf 69 000 gestiegen. Alle angeschlossenen Verbände haben im ganzen 976 Ortsvereine. Außerhalb des Gesamtverbandes stehen noch etwa 15 000 Arbeiter, darunter die Eisenbahner, die Handlungsgehilfen und Kontoristen, die Maschinisten, die unteren Beamten usw. Der „Nationalverband", die gelbe Organisation, spielt nicht die geringste Rolle, sie ist völlig bedeutungslos. — Was die Lohnkämpfe anbetrifft, so wurde für 17 678 Arbeiter eine Lohnerhöhung von insgesamt 2,4 Millionen Kr. erreicht, oder 135,27 Kr. pro Arbeiter und Jahr. Die Arbeitszeit ist für 11 847 Arbeiter mit 36 775 Stunden pro Woche verkürzt worden, oder 3,10 Stunden pro Woche und Arbeiter. Sommerferien sind für 4339 Arbeiter tariflich festgelegt, im Jahre 1912 hatten 2340 und 1911 nur 1350 Arbeiter Anspruch auf Ferien. — Im ganzen bestehen 744 Tarife, welche 80 262 Arbeiter umfassen, was bedeutet, daß Handwerk und Industrie fast vollständig unter tariflich festgelegten Verhältnissen arbeiten. — Die Gesamteinnahmen aller dem Verbande angeschlossenen Organisationen betrugen 2 004 303 Kr., die Ausgaben 1 689 038 Kr., so daß ein Ueberschuß von 314 264 Kr. verbleibt. Die Hauptposten der Ausgaben waren: für Lohnkonflikte 197 265 Kr., für Arbeitslosenunterstützung 169 424 Kr., für Krankenunterstützung 517 446 Kr., Versicherungsbeiträge 144 320 Kr., Invalidenbeiträge 13 187 Kr. Für die Agitation wurden 22 302 Kr., für die Fachblätter 22 439 Kr., für Kongresse usw. 74 884 Kr. ausgegeben. Das Lohnkonto sämtlicher Gewerkschaftsbeamten betrug 105 702 Kr.

Schwurgericht.

17. Juni.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Ertel.
Beisitzer: Landrichter Dr. Albert, Dr. Sundfeldt.
Protokollführer: Gerichtssekretär Wischer.
Staatsanwalt: Dr. Schlanbusch.
Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Arnthal.

Meineid. Dem Maschinisten Albert M. wird vorgeworfen, daß er am 15. Mai 1913 vor der Zivilkammer VI in einem Ehescheidungsprozeß der Eheleute R. einen Meineid geleistet habe. In dem Prozeß hat er unter seinem Eide abgestritten, mit der Ehefrau R., bei der er eine ganze Zeit als Einlogierer wohnte, mehr als einmal intim verkehrt zu haben. Die Ehefrau R., die sich mit M. aber wieder erzürnt hat, erstattete gegen ihn eine Anzeige wegen Meineides, da seine Aussage wissentlich nicht wahr gewesen sein soll. So kam es, daß sich M. heute wegen Meineides zu verantworten hatte. Während die Frau R. ihre Aussage aufrecht erhielt, stritt M. mit aller Entschiedenheit ab, sich schuldig gemacht zu haben. Er bezeichnete die von der Frau gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als nicht wahr und als einen Racheakt, da er ihr untreu geworden sei. Nach eingehender Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig zu erachten. Der Verteidiger bat, den Angaben der Frau keinen Glauben zu schenken, da sie offenbar parteiisch sei. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen unter Berücksichtigung der strafmildernden Nebenumstände, worauf der Staatsanwalt gegen M. eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 5 Jahre Ehrverlust beantragte. Der Vertreter der Anklage ging bei seinem Strafantrag von der Ansicht aus, daß in der letzten Zeit die Scheu vor der Heiligkeit des Eides in bedauerlicher Weise nachgelassen habe. Das Gericht ging jedoch über den Antrag noch weit hinaus. Es verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, 6 Jahren Ehrverlust und verfügte seine sofortige Verhaftung.

Landgericht.

17. Juni.

Strafkammer VI. Vorsitzender: Direktor Dr. Hasche.

Phantasievolle Verteidigung. Wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls wird der mehrfach vorbestrafte Schlosser August Thiel angeklagt. Am Abend des 3. Mai d. J., eines Sonntags, wurden Einbrecher bei einem Krämer in der Belle-Alliancestraße bei der Arbeit gestört. Als ein herbeigeholter Schutzmann das Haus betrat, wurde er gerade noch gewahr, wie zwei der Einbrecher durch ein nach dem Hof gehendes Fenster verschwanden. Als er ihnen folgen wollte trat aus der Seitentür des Krämerladens ein dritter fremder Mann heraus. Der Schutzmann hielt nun diesen zunächst fest, in der Zeit entkamen die anderen beiden Einbrecher. Der Verhaftete, nach der Wache gebracht, wurde dort sofort als ein schwerer Junge festgestellt. In seinem Besitz fanden sich diverse Einbruchswerkzeuge. Da in dem Geschäft des Krämers verschiedene Behälter erbrochen waren, darunter auch ein Geldschrank, woraus ein geringer Geldbetrag und ein größerer Posten Postwertzeichen gestohlen waren, wurde nach Lage der Sache angenommen, daß Th. mit an dem Einbruch beteiligt gewesen sei, und Anklage gegen ihn erhoben. Der Angeklagte bestreitet, daß er an dem Einbruch beteiligt gewesen sei. Er habe sich, erzählt er, am Abend zuvor mit zwei Komplicen, wovon er nur einen mit dem Rufnamen „Hans" kenne, verabredet, in Eppendorf einen Einbruch zu verüben. Als er zu dem festgesetzten Zeitpunkt an Ort und Stelle gewesen, waren die beiden nicht dort. Er sei dann in eine Wirtschaft gegangen, und als er dort hörte, daß zwei Mann einen Einbruch bei einem Krämer in Eimsbüttel ausführen wollten, sei er sofort nach Eimsbüttel gefahren, und als er dort durch die Belleallliancestraße gegangen, sei ihm vor der betreffenden Krämerei der Gedanke gekommen, daß hier wohl gearbeitet werde. Als er nun das Haus durch den Etagenaufgang betreten, seien plötzlich zwei Männer an ihm vorbeigerannt, von denen der eine, den er aber nicht kenne, ihm irgend etwas zugerufen habe, das er nicht verstanden habe und im nächsten Augenblick sei er schon von einem Schutzmann gepackt und nach der Wache geschafft worden. Durch die sehr eingehende Beweisaufnahme erhält diese Erzählung den Charakter eines Märchens, so daß es den Richtern unmöglich erscheint, sie als eine ernste Verteidigung zu werten. Das Gericht erachtet vielmehr den Angeklagten der Teilnahme an dem Einbruch für überführt und verurteilt ihn zu 4 Jahren Zuchthaus und sechsjährigem Ehrverlust.

Strafkammer III. Vorsitzender: Landrichter Dr. Amfinck.

Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall wird gegen den Artisten Ernst Friedrich Klemmer Anklage erhoben. Der Angeklagte wird beschuldigt, im Mai in zwei verschiedenen Logis Diebstähle verübt zu haben und zwar in ersterem Falle soll er aus einem von ihm gewaltsam geöffneten Kleiderschrank außer einem neuen Jackettanzug auch andere Kleidungsstücke und aus einer offenen Kommode eine goldene Uhr und einen ℳ 40 enthaltenen Geldbeutel gestohlen haben, welche Sachen seinen beiden Logiskollegen gehörten. Nachdem er die gestohlenen Sachen verschärft und das Geld verjuxt hatte, hat er ein anderes Logis gemietet und hat dort schon in der nächsten Nacht ebenfalls seinem Logiskollegen einen Geldbeutel mit Inhalt gestohlen. Der Angeklagte ist im wesentlichen geständig. Er wird unter Berücksichtigung seiner vielen und schweren Vorstrafen zu fünf Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Polizeiaufsicht verurteilt.

Aus den Schöffengerichten.

17. Juni.

Gelegenheit macht Diebe. Der Kutscher Paul St. sah vor einiger Zeit in der Mattentwiete ein ohne Aufsicht dastehendes, leeres Fuhrwerk. Ohne sich lange zu besinnen, setzte er sich auf den Bock des Wagens und fuhr davon. In der Fuhlentwiete, die er zufälligerweise passierte, stahl er dann noch von einem Wagen der Firma Caesar Koch zwei Ballen mit verschiedenen Gummi-Artikeln, die er später veräußern wollte. Der Diebstahl des Fuhrwerks war bald bemerkt worden. Es gelang daher, es nach ganz kurzer Zeit in der Stadt anzuhalten. Als der rechtmäßige Eigentümer sein Fuhrwerk wieder nach Hause gebracht hatte, entdeckte er unter einem Persennig die beiden gestohlenen Ballen. Da der ehrliche Finder sie gleich an die Polizei ablieferte, konnten auch sie dem Eigentümer wieder zugestellt werden. Da der Angeklagte geständig war, die Diebstähle ebenfalls auch in animierter Stimmung ausgeführt hat, wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgendeine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Freibad Kattwyk.

Am Montag, 15. Juni, waren wir im Freibad Kattwyk. Als wir badeten, versank plötzlich vor unseren Augen ein junger Mann, der des Schwimmens vollständig unkundig war. Ich rief um Hilfe, worauf sofort zwei Herren mit Baumästen herbeieilten. Wir bildeten eine Kette und glücklicherweise erfaßte im letzten Augenblick der Ertrinkende den Baumast, so daß wir ihn ans Land ziehen konnten. Nun möchte ich doch höflichst die zuständige Behörde ersuchen, möglichst schnell für Rettungsmaterial zu sorgen und Warnungstafeln anzubringen, daß bei starker Ebbe das Baden verboten ist. Nur dadurch kann weiteres Unglück verhütet werden. **W. E.**

Schiffs-Nachrichten.

(Deutscher Reichstelegraph.)

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

Cuxhaven, 17. Juni, vormittags.
Angekommen am 17. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 5 50	Freja, D.	Elvestrion	England
6 50	Claire Hugo Stinnes 1, D.	Strubelt	Rotterdam
7 15	Nordenham, Schl.	—	—
„	Koladin, Leichter	—	—
7 50	Solo, D.	Woodfield	Newcastle
8 5	Columbia, Schl.	—	—
„	Unterweser 2, Leichter	—	—
„	Unterweser 11, Leichter	—	—
9 40	Weimar, D.	Grierson	Leith

Ferner auf: 6 Uhr d. Gaffel-Scho. Adelheid. — Von hier auf: 6,30 Uhr Post-Dampfb. Graf Waldersee; 6,45 Uhr Dampfb. Bengalen; 8 Uhr Dampf. Bubendey. — 9,40 Uhr: 2 Dampfboote in Sicht.

In See gegangen am 17. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 5 45	Bürgerm. Stammann, F.-D.	der Nordsee
7 20	New Londoner, D.	Newcastle
8 25	Adler, D.	Hörnum
9 20	Leversons, D.	d. Tyne
„	Vulcan, Schlepper	Bremerhaven
„	Nr. 74, 101 und 142, Kähne	do.

Abwärts gekommen: Dampfb. Wasserboot II.
Wind: WNW., leicht. Wetter: bedeckt. — Barometer: 760,5. Thermometer: + 15,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 17. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 6 —	Johanna, d. Segler	Biether	Aarhus
„	Orion, d. Segler	Sievers	Neumühlen
„	Die Liebe, d. Segler	Drews	Eckernförde
„	Eros, d. Segler	Petersen	Hörupshaff
„	Helene, d. Segler	Schröder	Schleswig
6 5	Tatee, d. Segler	Oehms	do.
„	Metha Catharina, d. Sgl.	Meier	Eckernförde
„	Maria, d. Segler	Kelting	Hadersleben
„	Neptunus, d. Segler	Kunst	Schleswig
7 5	Johannes, d. Segler	Bartels	Flensburg
„	Metha, d. Segler	Braack	Sonderburg
„	Palmyra, d. Segler	Burmester	Flensburg
„	Spesmea, holl. Segler	Houtsira	Schleswig

Helgoland meldet: Wind: NNW., schwach. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 17. Juni, nachmittags.
Angekommen am 17. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 10 20	Trevnthoe, D.	—	d. Schw. Meer
10 25	Bärenfels, D.	Engelage	Kalkutta
N. 12 5	Erich Lindöe, D.	—	—
12 10	Eikhaug, D.	—	Lerwick
12 45	Moordrecht, D.	—	Llanelly
2 20	Nerissa, D.	Görcke	London
„	Karanja, D.	Batty	Newcastle
2 45	Helene Hugo Stinnes 14, D.	—	—
„	City of Belfast, D.	Tyndall	Dublin
3 —	Silvana, D.	Botsch	Helgoland

Von hier auf: 11,45 Uhr Dampfer Trevethoe; 12,15 Uhr Dampfer Bärenfels; 2,45 Uhr Schlepper Schulau mit Wohnschiff Anchoria, Schlepper Expedient mit Leichter Lühe, Ilmenau und Elde. — Eingekommen: 10,15 Uhr Schlepper Fairplay 10; 2,15 Uhr Fischerdampfer Senator Strandes. — 3,40 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 17. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 12 15	Horden, D.	Newcastle
12 —	Etscar, D.	Spanien
N. 12 50	Prinzessin Heinrich, D.	Westerland
1 10	Senator v. Berenberg Goßler	d. Nordsee
„	Ernst Hugo Stinnes 2, D.	—
2 15	Hamburg, D.	—
„	Norborg, F.-D.	d. Nordsee
„	Proteus, F.-D.	do.
„	Delphin, F.-D.	do.
„	Elstorf, F.-D.	do.
„	Simon v. Utrecht, F.-D.	do.
2 55	Lauenburg, F.-D.	do.
3 10	Bastant, D.	—

Abwärts gekommen Dampfer Elbe, holl. Schlepper Anna Sophia mit 1 Leichter.
Wind: WNW., schwach. Wetter: bedeckt — Barometer: 761,5 Thermometer: + 17,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 17. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 8 45	H. C. Kiehn, Schl.	Bröcker	Holtenau
„	Minna Kiehn, L.	Bröcker	do.
9 20	Diederich, d. Segl.	Raap	Eckernförde
„	Anna, d. Segl.	Tiedemann	Hadersleben
„	Anna Elise, d. Segl.	v. Borstel	do.
„	Wilhelm, d. Segler	Kuhrt	Kappeln
„	Union, D.	Borgby	Kolding
N. 1 5	Niobe, d. Segler	Hansen	do.
„	Freja, D.	Gustafsson	Umea

Helgoland meldet: Wind: NW., leicht. Wetter: bedeckt. See: ruhig.

Ueberseeische Schiffsnachrichten.

Vaterland, Ruser, am 16. d. von New York. — **Cleveland**, Filler, am 16. d. von Boston. — **Meteor**, Höter, am 16. d. von Odde. — **Kaiserin Auguste Victoria**, Dempwolf, am 16. d. Lizard passiert. — **Westmark**, Bahle, am 14. d. von Colombo. — **Fürst Bülow**, Jäger, am 15. d. von Saigon. — **Sieglinde**, Tutt, am 15. d. von Lissabon. — **Westerwald**, v. Luckner, am 16. d. in Havre. — **Schwarzwald**, Rauschenplat, am 16. d. in Baranquilla. — **Persepolis**, Sacher, am 15. d. Peniche passiert. — **Bosnia**, Schmidt, am 16. d. Lizard passiert. — **Polynesia**, Eckhorn, am 15. d. Cap Finisterre passiert. — **Cap Arcona**, Feldmann, am 16. d. in Buenos Aires. — **Santa Ines**, Bohn, am 16. in Santos. — **Santa Lucia**, Surdorf, am 16. von Barbados. — **Santos**, Köhler, am 17. d. in Lissabon. — **Santa Catharina**, Dohrn, am 16. d. von Santos. — **Rio Negro**, Tepfer, am 16. d. von Vigo. — **Rhakotis**, Reimers, am 16. d. Ouessant passiert. — **Salatis**, Dreyer, am 16. d. von Guatemala. — **Eisak**, v. Ehren, am 16. d. Gibraltar passiert. — **Lucie Woermann**, v. Hutten, am 16. d. von Madeira. — **Carl Woermann**, Stuth, am 16. d. von Monrovia. — **Martha Woermann**, Kornhardt, **Khalif**, Bremer, am 16. Las Palmas passiert. — **Feldmarschall**, Pens, am 16. d. Ouessant passiert. — **Windhuk**, Zobel, am 16. d. von Lobito Bay. — **Tabora**, Gauhe, am 16. in Lissabon. — **Prinzessin**, Weißkam, am 17. d. in Daressalaam. — **Kronprinz**, Greiwe, am 17. d. von Antwerpen. — **Usambara**, v. Holdt, am 17. d. von Lourenzo Marques. — **Stolberg**, am 16. in Antwerpen. — **Java**, am 16. Teneriffe passiert. — **Sydney**, am 16. in Mosselbay. — **Bielefeld**, am 14. von Tjilatjap. — **Olympos**, Menssen, am 16. d. in Alexandrette. — **Italia**, Matz, am 16. d. in Taganrog. — **Volos**, Liebscher, am 16. d. in Rotterdam. — **Leros**, Steen, am 16. d. in Rotterdam. — **Kerkyra**, Junge, am 16. d. in Alexandrien. — **Naxos**, Engel, am 16. d. von Algier. — **Athos**, Dillwitz, am 16. d. von Bordeaux. — **Arkadia**, Lange, am 16. d. von Rotterdam. — **Arta**, Kasten, am 15. d. Ouessant passiert. — **Stambul**, Mahnke, am 16. d. Dungeneß passiert. — **Rhodos**, Backer, am 16. d. Beachy Head passiert. — **Bastia**, Voß, am 14. d. von Savona. — **Mailand**, Romensen, am 16. d. von Barcelona. — **Marsala**, Korsage, am 16. d. von Arzeo. — **Portofino**, Meyer, am 16. d. von Catania. — **Rom**, Wiegand, am 16. d. von Barcelona. — **Termini**, Hansen, am 16. d. in Canneto de Lipari. — **Prometheus**, Tholen, am 12. d. von Paita. — **Mohican**, Jäger, am 16. d. von Swinemünde. — **Buffalo**, Janssen, am 16. d. in San Franzisko. — **Hesperus**, Bruns, am 14. d. in Iquique. — **Ulrich**, Pritzel, am 15. d. in Port Pirie. — **Andromeda**, Sagcob, am 16. d. in Antwerpen. — **Anhalt**, Winter, am 14. d. in Newcastle. — **Derflinger**, Prösch, am 16. d. von Schanghai. — **Franken**, Lindrob, am 15. d. in Newcastle. — **Großer Kurfürst**, Dietrich, am 16. d. auf der Weser. — **Hannover**, Troitzsch, am 16. d. in Rotterdam. — **König Albert**, Traue, am 16. d. von Gibraltar. — **Pfalz**, Kühlken, nach Australien, am 16. d. Dover passiert. — **Rheinland**, Spangenberg, nach Australien, am 14. d. in Sydney. — **Scharnhorst**, Stollberg, von Australien, am 16. d. von Adelaide. — **Schleswig**, König, Norwegenfahrt, am 16. d. von Odde. — **Seydlitz**, Leuß, nach Australien, am 16. d. von Genua. — **Sierra Cordoba**, Schäffer, vom La Plata, am 16. d. von Coruna. — **Würzburg**, Dirks, nach Brasilien, am 15. d. St. Vincent passiert. — **Yorck**, Loeser, nach Ostasien, am 16. d. von Southampton. — **Gneisenau**, Rehm, von Australien, am 16. d. von Port Said. — **Kaiser Wilhelm II.**, Dahl, nach New York, am 17. d. Dover passiert. — **Kleist**, Maaß, nach Ostasien, am 16. d. in Penang. — **Kronprinzessin Cecilie**, Polack, am 16. d. von New York via Plymouth und Cherbourg nach der Weser. — **Prinz Eitel Friedrich**, Mundt, nach Ostasien, am 16. d. von Port Said. — **Sierra Nevada**, Meyer, nach dem La Plata, am 16. d. von Coruna. — **Zieten**, v. Senden, nach Australien, am 17. d. von Fremantle. — **Axenfels**, Buß, am 16. d. in Kalkutta. — **Fangturm**, Frisius, am 15. d. von Hoek van Holland. — **Goldenfels**, Diedrichsen, am 16. d. in Chiuwantao. — **Rappenfels**, Gronau, am 15. d. von Bombay. — **Rauenfels**, Kückens, am 15. d. Dover passiert. — **Wachtfels**, Hüpers, am 16. d. von Karachi nach Hamburg. — **Ursterturm**, Oltmann, am 16. d. Perim passiert. — **Lahneck**, Siebje, am 16. d. von Oporto. — **Marienfels**, Siegholt, am 16. d. von Hamburg. — **Ockenfels**, v. Aswegen, am 16. d. in Rangoon. — **Ostmark**, Peter, am 16. d. von Suez. — **Reichenfels**, Kühlken, am 16. d. Ouessant passiert. — **Soneck**, Buse, am 16. d. Beachy Head passiert.

Arbeitersekretariat Hamburg-Altona.

Hamburg, Besenbinderhof 57, 3. Etg., Gewerkschaftshaus.

Sprechstunden: Wochentags von 10 bis 1 und 5 bis 7 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Bibliothek der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, Besenbinderhof 57, Hintergebäude, parterre links, geöffnet Wochentags von 11 bis 1 und 4 bis 7½ Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen.

Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Hintergebäude, parterre links.

Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 und von 4 bis 7½ Uhr nachmittags. Sonn- und Festtags geschlossen.

KNORR

Die Beliebtheit der Knorr-Suppenwürfel nimmt ständig zu. Das liegt an dem besonderen Wohlgeschmack und der Ausgiebigkeit der Marke: „Knorr"!

Versuchen Sie: Knorr-Reissuppe, Rumfordsuppe, Erbsensuppe. 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis

Distrikts-Versammlungen.

Donnerstag, den 18. Juni 1914, abds. 8½ Uhr:

4. Distrikt, 18. bis 22. Bez., bei **Aldag,** Ecke Reimarus- und Karpfangerstraße.

6. Distrikt, 28. bis 32. Bez., bei **W. Nüsch,** Schulterblatt 94.

Freitag, den 19. Juni 1914, abends 8½ Uhr:

1. Distrikt, 1. bis 6. Bez., bei **Engelbrecht Nachfolger,** Düsternstr. 41.

Sonnabend, den 20. Juni 1914, abds. 8½ Uhr:

7. Distrikt, 33. bis 38. Bez., bei **Knibbe,** Eimsbüttelerstraße 12.

Montag, den 22. Juni 1914, abends 8½ Uhr:

2. Distrikt, 7. bis 12. Bez., im „Holsteinischen Haus", Kohlhöfen.

5. Distrikt, 23. bis 27. Bez., bei **Hohn,** Glashüttenstraße 113.

Dienstag, den 23. Juni 1914, abends 8½ Uhr:

3. Distrikt, 13. bis 17. Bez., bei **Hagelstein,** Schlachterstraße 43/44.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Bericht des Distriktsführers. 3. Neuwahl der Distriktsleitung.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Hamburg I.

Branche Roll- und Speditionskutscher und in Fuhrbetrieben beschäftigte Arbeiter.

Versammlung

am Donnerstag, 18. Juni 1914, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, tiefliegendes Restaurant.

Erweiterte Ortsverwaltungssitzung

Freitag, den 19. Juni 1914, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, 5. Stock, Zimmer 73.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Hamburg.

Bureau: **Hamburg 1, Besenbinderhof 57, III., Zimmer 35/36.**
Telephon: Gruppe 1, Nr. 7782.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 20. Juni 1914, abends 8 Uhr, im „Hammonia-Gesellschaftshaus", **Hohe Bleichen 30.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht vom Schiedsgericht und Kuratorium.

Die Versammlung wird präzise um 8 Uhr eröffnet.

Der Vorstand.

Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Hamburg und Umgegend.

Nach dem Beschluß der letzten Zahlstellenversammlung vom 4. Juni d. Js. findet die

Urabstimmung

über die Einführung einer **Ausgesteuerten-Arbeitslosenunterstützung** in der Gesamtzahlstelle einheitlich am **Sonntag, 21. Juni, in der Zeit von 10 bis 1 Uhr vormittags, in den einzelnen Bezirkslokalen statt.**

Jedes Mitglied kann nur in seinem Bezirk stimmen. **Mitgliedsbuch legitimiert.** Ohne Mitgliedsbuch wird keiner zur Wahl zugelassen.

Die Vorlage einer Ausgesteuerten-Arbeitslosenunterstützung nebst Begründung ist bereits allen Mitgliedern mit dem „Zimmerer" der letzten Woche durch die Bezirkskassierer zugestellt worden.

Die Mitglieder werden ersucht, sich vollzählig an dieser Urabstimmung zu beteiligen.

Die Platz- und Baudeputierten werden ersucht, für genügende Bekanntgabe der Urabstimmung auf den Bau- und Arbeitsstellen zu sorgen.

Der Vorstand.

NB. Für die Mitglieder vom Bezirk 27, Schiffbeck-Steinbeck, findet die Urabstimmung am Sonntag, 21. Juni, nachmittags 4½ Uhr, bei Bahr Wwe., Steinbeck, Marktstraße, statt.

D. O.

Cutaways
in **marengo** mit **gestreifter Hose** nach Masz
Mk. 79,—.
Teilzahlung M. 10 monatl.
Kaiser Wilhelmstr. 115, Hochp.
ROBERT NEBEN & Co.

Gardinen-Reste
abgepaßt u. meterweise, 1-, 2- u. 3-fach, darunter edle Qualitäten, ohne Rücksicht auf frühere Preise **enorm billig.**
Teppich-Juster
Ellernthorsbrücke 5, I. Etg.

Jetzt zur Saison verkaufen wir hochelegante **Anzüge, Paletots, Hosen usw.,** teils einige Male vermietet gewesen, wegen **Ersparnis** der Ladenmiete **äußerst preiswert.**
Nur Alter Steinweg 60, I.
Kein Laden.

Zufall! 10 Anzüge, Paletots, Ulster M. 15,50 und 20. Süderstraße 70, Hochpart.

Rock, Smoking, Jackettanzüge, neue und getragene, kaufen Ste billig Beim Strohhause 9, Schneiderwerkstelle.

Hübscher neuer Hausstand soll billig verkauft werden. Becker, Schauenburgerstr. 121, II., Altona.

Brautleute! Hausstand z. Fabrikpreis. Gustavstr. 23, I. r., Alt.

Ortskrankenkasse der Konditoren u. verw. Gewerbe.

Bekanntmachung

betr. die Wahlen der Vertreter u. Ersatzmänner zum Vorstande.

Gemäß § 20 der Wahlordnung geben wir bekannt, daß die zum 18. Juni d. J. angesetzte Wahl der Vorstandsvertreter **nicht** stattfindet. Von beiden Gruppen ist je eine gültige Vorschlagsliste eingereicht. Es sind somit gewählt:

a) als Arbeitgeber-Vorstandsmitglieder:

Gustav Jensen, Oben Borgfelde 4.
Heinrich Paulmann, Lübeckerstraße 139.
Oscar Schramm, Eppendorferbaum 18.

b) als Versicherten-Vorstandsmitglieder:

Hans Finnern, Schrammsweg 23.
Christian Rosenberger, Sophienallee 1.
Theodor Vick, Nienhorferstraße 119.
Otto Warnick, Roßberg 3.
Hubert Schmidt, Wendenstraße 367.
Otto Krohn, Mittelstraße 85.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung angefochten werden.

Hamburg, den 16. Juni 1914.

Der Vorstand.
Gust. Jensen, Vorsitzender.

Für Ausflügler

Wir empfehlen:

Stadtplan von Hamburg und Altona. Mit einem Verzeichnis der Straßen ..... **50 ₰.**

Hamburg-Altona. Illustrierter Wegweiser mit 14 Illustrationen **60 ₰.**

Hamburg-Altona und Umgebung. Mit großem Plan, Spezialplänen und 34 Illustrationen **M. 1,—.**

Großer Plan von Hamburg-Altona und Wandsbek. Sechsfarbig. Auf starkem Papier 1:15500 ..... **M. 1,—.**

Karte von Hamburg-Altona und die weitere Umgebung. Bearbeitet von Paul Baron ..... Preis **25 ₰** und **60 ₰.**

Arbeiter-Wanderfahrten. Zwölf Wanderfahrten in Hamburgs Umgebung rechts und links der Elbe. Preis **30 ₰.**

150 Ausflüge in Hamburgs Umgebung und in die Lüneburger Heide. Mit 27 Karten ..... Preis **M. 2,—.**

Führer durch Harburg und Umgegend. Illustriert. Bearbeitet von Theod. Benecke ..... Preis **60 ₰.**

Orientierungskarte durch sämtliche Harburger Waldungen. (Haake, Emme, Rosengarten usw.) ..... Preis **10 ₰.**

Touristenkarte von der „Harburger Schweiz" (Haake, Emme, Rosengarten) ..... Preis **60 ₰.**

Karte der Lüneburger Heide. Vierfarbig ..... Preis **80 ₰.**

Touristenkarte der Lüneburger Heide:
I. Teil: **Walsrode, Fallingbostel und Umgegend** ... Preis **50 ₰.**
II. Teil: **Zentralheide.** 1:40000 ..... Preis **50 ₰.**

Lüneburger Heide. **Von der Elbe bis zur Leine.** Mit 13 Karten. Preis **M. 1,50.**

Wanderbuch durch die Lüneburger Heide und ihre Grenzgebiete. Mit einer Uebersichtskarte und 20 Sonderkarten. Bearbeitet von Ed. Gabain. Preis **M. 3,50.**

Hamburger Wanderbuch. Von A. Blaß, Rud. Kohfahl und Paul Roth. Mit 2 Uebersichtskarten, 4 Wegekarten und 36 Spezialkarten.
I. Teil: **Wanderungen nördlich der Elbe. Holstein und Lauenburg.** Preis **M. 2,50.**
II. Teil: **Wanderungen südlich der Elbe. Die Lüneburger Heide.** Preis **M. 2,50.**
Beide Teile zusammen ..... **M. 4,50.**

„Holsteinische Schweiz". **Wegweiser mit Karte.** Preis **50 ₰.**

Ost-Holstein. **„Holsteinische Schweiz." Die Seebäder. Die Städte Kiel und Lübeck, Ratzeburg und Mölln.** Mit 8 Karten. Preis **M. 1,—.**

Schleswig-Holsteinisches Wanderbuch von Ernst Strohmeyer. Mit Uebersichtskarte und 14 Spezialkarten ..... gebd. **M. 3,—.**

Bäderkarte der deutschen Nordseeküste ..... Preis **50 ₰.** der deutschen Ostseeküste ..... Preis **60 ₰.**

Rügen nebst Ausflug nach Bornholm. Mit 11 Karten. Preis **M. 1,50.**

Bremen und Umgebung. Mit 4 Karten und 7 Grundrissen. Preis **M. 1—.**

Karte von Hamburg nach Cuxhaven und Helgoland. Preis **30 ₰.**

Harzklub-Routenkarte der Wanderwege I. O. (Sommerausgabe). Herausgegeben vom Harzklub .... Preis **25 ₰.**

Der Harz. Mit 26 Karten und Panoramen ..... gebd. **M. 2,50.** Mit 7 Karten (Kleine Ausgabe) ..... gebd. **M. 1,—.**

Buchhandlung Auer & Co.
Hamburg 36, Fehlandstraße 11.
Sämtliche **Filialleiter** und **Kolporteure** des **„Hamburger Echo"** nehmen Bestellungen entgegen.

Vermietungen

Barmbeck, Amselstraße 5—9.
Helle, freundliche 2-Zimmer-Wohnungen M. 250 bis M. 280.
Näheres Nr. 7, beim Vize Schoof.

Eppendorferweg 207 (4 Min. v. Bahnh. Hoheluftbr.) sof. od. spät. eleg. neue Wohn., M. 300—370, zu verm.

7 Minuten vom Hafen mit der Hochbahn nach Station Hoheluft
kleine Wohnungen
2 sch. Zim., Kche., Vorpl. 2c. f. bill. f. M. 215-246 sof. z. vrm. Falkenried 14/20 und Löwenstr. 9/15.

Barmbeckerstraße 34, neben der Volksschule, 3 Min. vom Bahnhof Borgweg, große mod. 3-Zimmer-Wohnung mit Kachelküche, Gas, Topfschrank, elektr. Licht, per 1. Oktober zu verm. Früher zu beziehen. Daselbst noch einige moderne 2-Zimmer-Wohnungen. Näheres am Bau u. Nr. 36, Hochpt.

Für Tischler 2c. eine kleine Werkstelle sof. z. verm. **Conventstr. 5, Hof.**

Borstelmannsweg 111 sof. oder später neue Wohn. m. großer, freier Ausf., M. 220-300, z. vm.

Wendenstraße 349/53, neben d. „Produktion", 10 Min. von Vorort- u. Untergrundbahn Berlinertor, per sofort große, helle **1- und 2-Zimmer-Wohnungen** mit großer Küche, Speisekammer und Zubehör für **M. 220 bis M. 290** zu vermieten. Näh. daselbst 351, I., bei **Lange.**

Zu verm. gr. hell. 3-Zim.-Wohn., Kachelk. a. d. Straße, M. 336, b. H. Naeve, Hammerdeich 135.

Eckladen mit Wohnung mit 2 oder 3 Zimmern zu vermieten. **Marckmannstr. 162.**

Hell. frdl. möbl. Vorder- u. Schlafzim., pass. f. 2 Herren, zu verm. pr. Woche M. 4. Spaldingstraße 154, IV.

Zu verm. ein gut möbl. Vorderzim. Humboldtstr. 69, I. **Schilling.**

Möbel auf Kredit
Einzelne Teile evtl. ohne Anzahlung.
Herren- und Damenkonfektion.
M. Charmatz & Co., G. m. b. H.
Steinstrasse 117.

Hochfeines Schlafzimmer mit 3tür. Ankleideschrank, ⅓ Wäsche, 2 Bettst. mit Patentmatratze u. Aufl., mod. Waschkom. u. 2 Nachtschr., 1 Halter. M. 295. Barmbeck, Hamburgerstr. 45, I.

Stader Dampfer
(weisse Dampfer mit gelbem Schornstein)
ab St. Pauli Landungsbrücken Nr. 3.
Express-Salon-D. **„Hamburg"**
Werktags: mgs. 11, nm. 3
Sonntags: mgs. 11, nm. 2, 4½.

Werktags-Lustfahrten Hamburg-Cuxhaven
mit Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven"**
ab St. Pauli Landungsbr. Nr. 5
Werktags mgs. 8½ Uhr
Sonntags mgs. 7½ Uhr
Zurück von Cuxhaven „Alte Liebe"

Fahrtage:	an Hamb. za.	abds.	Werktags: Hin und zurück M. 3 gültig für die ganze Saison einfach M. 2,— Gepäck frei.
19. Juni	nm. 7,	10²⁵	
20. „	„ 7,	10⁴⁰	
22. „	„ „	9⁵⁵	
24. „	„ „	9⁵⁵	
25. „	„ „	9⁵⁵	

Wochentags:
v. **Blankenese:** 9, 10, 11*, 12, 12½, 1, 2, 2½, 3*, 4, 4½, 5, 6, 7, 7¾.
v. **Blankenese:** 7½, 9½, 11½, 12½*, 5½, 6½, 7½*, 7½, 8½, 9, 9½.
n. **Freibad Wittenbergen:** 9, 10, 11*, 12½, 2, 2½, 3*, 4, 4½, 5, 7.
v. **Wittenbergen:** 7, 9, 10⁵⁰, 2⁵⁵, 4, 4⁴⁵, 5⁵⁵, 6⁵⁵*, 7⁵⁵, 8⁵⁵.
n. **Schulau:** 9, 10, 11*, 12½, 2, 3*, 4, 4½, 5, 7.
v. **Schulau:** 6½, 8½, 10⁴⁰, 11⁵⁵*, 2⁴⁰, 4½, 5⁴⁰, 6⁴⁰*, 7⁴⁰, 8⁴⁰.
n. **Lühe, Borstel, Stade:** 10, 2, 4½, 7.
v. **Stade:** 5, 7½, 2¾, 5⁵⁰.
v. **Borstel:** 7⁵⁰, 3½, 6⁴⁰.
v. **Lühe:** 6½, 8½, 4¹⁰, 7²⁰.
n. **Kolm., Krts., Wischh.:** nm. 4½, ret. mgs. 6.
* Bei gutem Wetter Express-Salondampfer „Hamburg".

Sonntags-Lustfahrten Hamburg-Cuxhaven
mit Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven"**
ab St. Pauli-Landungsbrücken Nr 5 morgens 7½ Uhr.
Zurück von Cuxhaven „Alte Liebe":
Sonntag, 21. Juni, nm. 8, an Hamburg za. 11⁴⁰ Uhr.
Sonntag, 28. Juni, nm. 5, an Hamburg za. 9 Uhr.
Hin und zurück M. 3²⁰ Gültig f. d. ganze Saison, einfach M. 2. **Gepäck frei.**

Turnhallenbau-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Geschäftsstelle: Maxstraße 29, part.

Ausschreibung.

Zum 1. Oktober d. J. suchen wir einen Lagerhalter für unsere Verkaufsstelle II, Hamm, Eiffestr. 462; die Bedingungen sind zu erfahren bei: **E. Schultze,** Maxstraße 29, **H. Saul,** Hinrichsenstraße 6, II., **P. Köhnke,** Süderstraße 129, und in unseren **Verkaufsstellen für Sport- und Wäscheartikel,** Eilbeckerweg 198 und Eiffestraße 462.

Der Vorstand.

Jeder organisierte Arbeiter kaufe seine Wäsche, Wollwaren und Touristen-Ausrüstungen in den Verkaufsstellen der Turnhallenbau-Genossenschaft.

Ortskrankenkasse der Färber, Wäscher und Tuchbereiter.

Bekanntmachung.

Gemäß § 20 der Wahlordnung geben wir bekannt, daß die zum **26. Juni 1914** angesetzte Wahl der Vorstandsvertreter **nicht** stattfindet. Von beiden Gruppen ist je eine gültige Vorschlagsliste eingereicht. Es sind somit gewählt:

a) als Arbeitgeber-Vorstandsmitglieder:
J. B. Lammers, Langergang 4,
C. Rudolf, Dehnhaide 137,
Ernst Renner, Grünerdeich 108
(für die Firma Bischoff & Rodatz);

b) als Versicherten-Vorstandsmitglieder:
Adolf Vorwerk, Falkenried 69,
Friedrich Rausch, Drehbahn 49,
Fritz Krohn, Gertigstraße 61,
Paul König, Bäckerbreitergang 27,
Emil Dwinger, Lokstedterweg 76,
Julius Nettelmann, Hegestraße 46.

Anfechtungen gegen die Gültigkeit der Wahlen sind innerhalb eines Monats bei dem Vorstande oder dem Versicherungsamt anzubringen.

Hamburg, den 18. Juni 1914.

Der Vorstand.

„Antwortl. Ihrer Anfrage teile Ihnen mit, daß Ihre **Herba-Seife** meinen **Haarausfall** vollständig beseitigt hat und ich einen bedeutenden Nachwuchs konstatieren kann." O. Strebe, Frankfurt a. M. **Obermeyers Herba-Seife** zu haben in allen Apoth., Drog., Parfüm. à Stück 50 ₰, **30 % stärk. Präp. M. 1,—.** Bestandteile: 90 % Seife, 3,5 % Clematis erecta, 2 % Salvia, 3,5 % Herniaria, 1 % Arnica.

Strickmaschinen
mit ständiger Arbeit
zu kulantesten Zahlungsbedingungen.
Unterricht kostenlos.
Gebrauchte Maschinen, Reparaturen u. Zubehörteile billigst.
Paul Just, Michaelisstr. 19.

Versetzt gewesene
Nähmaschinen
aller Systeme spottbillig.
Schriftliche Garantie.
A. M. Polack & Co., Hütten 85/89.

Schöne Nähmaschine 30 Mark. Retzlaff, Eppendorferweg 25, Lad.

Singer-Nähmasch., f. neu, M. 20, zu verk. Schulterblatt 35, I.

Im Leihhaus, Kielerstraße 26:
Große Auswahl, enorm bill. Preise. Elegante modern. Jackett- und Gehrock-Anzüge, Knabenanzüge, Paletots, Regenröcke, große Partie elegante Schuhwaren, Regenschirme, Normal- und Macco-Unterzeuge, goldene u. silberne Uhren, Ketten, Ringe 2c., elegante Freischwinger u. Weckuhren, Partie Operngläser und Reißzeuge, hochfeine Nähmaschinen 2c.

Unterbett, Oberbett, Kissen M. 14, 2 sch. Daunendecke M. 23. Wexstr. 18, I. r.

Eleg. Hausstand unter Preis. Heußweg 91, Hochpt. r.

Großer herrschaftlicher Hausstand
950 Mark.
Engl. Speisezim., eiche, Büfett, 3tür., gr. echt. Schlafzim., Schrank, 3tür., m. Wäscheabt., eiche, satin u. weiß, mahag. u. birnbaum, gr. lasierte Küche, 3teilig, gr. eichen Herrenzim., 3tür., schweres engl. Speisezim., Büfett (2 Met.), Ledersofa, -Sessel und -Stühle, Betten. Lagerung frei. Die Sachen sind alle neu und übersichtlich ausgestellt.
H. Christiansen,
A. d. Verbindungsbahn 8, I., beim Dammtorbahnhof, beim Grindel.

Ausflüge mit den **Lauenburger Dampfschiffen.**

Nach **Moorwärder** (Stadtkolonie). Hamburgs Gemüsegarten.
„ **Hoopte.** Kopfstation der Lüneburger Heide.
„ **Vierlanden (Zollenspieker, Alten- u. Neuengamme).** Hamburgs Blumen-, Erdbeer- und Fruchtgarten.
„ **Geesthacht und Tesperhude.** Herrliche Buchenwaldungen.
„ **Lauenburg.** Reizende Lage a. d. Elbe.
„ **Hitzacker.** Kopfstation der Göhrde. Kaiserl. Jagdrevier.
Ab Stadtdeich (15 Min. vom Hauptbahnhof)
Werktags: Vorm. 7, 10, 11 Uhr; nachm. 2, 3, 6¾ (7½ ab Deichtor), 7¾ Uhr.
Sonntags: Vorm. 7, 8, 9, 11 Uhr; nachm. 1, 2, 3, 5½, 8½, 10½, 12 Uhr.
Lauenburger Dampfschiffe, Burmester & Basedow.
Wegen Extradampfer wende man sich an das Kontor: Bankstr. 46. Tel. Gr. 8, 4106.

Dove-Elbe-Fahrten der Lauenburger Dampfschiffe **Burmester & Basedow**

Von Hamburg (Deichtor):
nach Tatenberg, Moorfleth (v. Have) und Ochsenwärder-Kirchenbrücke.
Sonntags: vorm. **7, 10,** nachm **3, *4, 5¹⁰, *6, 7⁴⁵** Uhr.
Werktags: vorm. **7, 10,** nachm. **3** und **7³⁰** Uhr.

Nach Hamburg (Deichtor):
von Ochsenwärder-Kirchenbrücke.
Sonntags: vorm. **8, 12,** nachm. **4, 6³⁰** und **9⁰⁰** Uhr.
Werktags: vorm. **8, 11³⁰,** nachm. **5³⁰** und **8³⁰** Uhr.
Von Moorfleth (v. Have), Tatenberg
Sonntags: vorm. **8¹⁰,** nachm. **12¹⁰, 4¹⁰, 6⁴⁰, 8, 9¹⁰** und **11** Uhr.
Werktags: vorm. **8¹⁰, 11⁴⁰,** nachm. **5⁴⁰** und **8⁴⁰** Uhr.

Mit Stern nur bis **v. Have.**
Fahrpreise (inkl. Fahrkartensteuer):
Hamburg—Tatenberg—Moorfleth: Einfach 40 ₰, Rückfahrt 59 ₰.
Hamburg—Ochsenwärder (Kirchenbrücke): Einfach 45 ₰, Rückfahrt 75 ₰.

Wir empfehlen:
Aus meinem Leben
Von August Bebel
Dritter Teil
Herausgegeben von Karl Kautsky, VIII u. 270 Seiten
Mit einem Porträt von August Bebel
Gebunden M 2,25
Erster Teil. Zweite durchgesehene Auflage VIII und 226 Seiten. Preis gebunden M. 2
Zweiter Teil. VIII und 420 Seiten. Preis gebunden M. 3
Buchhandlung Auer & Co.
Hamburg 36, Fehlandstraße Nr. 11

Zahnziehen mit lokaler Betäubung und in der Narkose.
Künstl. Zähne von M. 2 an. — Umarbeit. in einem Tage.
Zahnpraxis Hugo Lapoehn, Dentist, Rotenburgsort, Lindleystr. 71, I
Sprechzeit: 9—1, 3—7, Sonntags: 10—12

Kleiner, feiner Hausstand, spottbill., 4 Betten, sehr fein, M. 18 und M. 28. Frau **Turbahn Wwe.,** Alt., Königstr. 28, I. r.

Im Leihhaus, Kielerstraße 26:
Großer Posten eleg. Gardinen, Stores, Tüllbettdecken, Rouleaus, Portièren, eleg. Tischdecken, Teppiche und Läufer, hochf. Daunenbetten und Steppdecken, Bettinletts, Bettbezüge, Bettücher, Tischtücher, Handtücher, große Partie eleg. Damenwäsche, Schürzen 2c., Posten Hemdentuche, eleg. Anzug- und Kostümstoffe 2c. zu spottbilligen Preisen.

Borneo
erste Länge, Stückblatt, hell, sehr preiswert, pro Pfund M. 2,40.
Ottensen, Bismarckstr. 28/32.
Altona, Reichenstr. 18.
Eimsbüttel, Bartelsstr. 109.
St. Georg, Grosse Allee 6.
Eilbeck, Wandsb. Chaussee 257.
Barmbeck, Holst. Kamp 1.

Achtung! Brautleute!
Wegen Platzmangels soll eine **gute grüne Säulengarnitur mit Tisch und 2 Sesseln, 1 Phantasieschrank, gr. Salonspiegel mit Untersatz,** sehr billig event. auf Teilzahlung verkauft werden. **Eiffestr. 630, I. vorne.**

300 Mk. eleg. gr. Hausstand
Wohnzim. mit Umbau, massives engl. Schlafzim., große Küche mit Aufsatz, auch einzeln, event. Teilzahlung.
Müller, Steindamm 107, Hochp. r.

Mod. Klappk. bill. Günther str. 35, part.